

D 20 488 F

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

2
'72

April - Juni

**Strategie und Taktik des antimonopolistischen
Kampfes in den Ländern des
staatsmonopolistischen Kapitalismus**

Erscheint Juli 1972

G. J. Gleserman

Der historische Materialismus und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft

Übersetzung aus dem Russischen

2., überarbeitete Auflage

Etwa 340 Seiten. Broschur 9,- M

Die Arbeit beschäftigt sich mit theoretischen Problemen der Gesellschaftsentwicklung bei der Errichtung der Grundlagen des Kommunismus.

Aus dem Inhalt: Objektive Bedingungen und subjektiver Faktor beim Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus. Die ökonomischen Verhältnisse und die Interessen der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft. Von den Klassenunterschieden zur sozialen Gleichheit. Die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomie im Sozialismus.

Erscheint im August 1972

G. A. Arbatow

Der ideologische Kampf der Gegenwart und die internationalen Beziehungen

Übersetzung aus dem Russischen

Etwa 480 Seiten. Leinen etwa 11,- M

Als einer der ersten untersucht der Autor, Direktor des sowjetischen USA-Instituts, die ideologische Seite der Globalstrategie des Imperialismus.

Auf der Grundlage reichhaltigen Materials analysiert er Entwicklungstendenzen, Wesen, differenzierte Formen, vielgestaltige Methoden und Inhalte sowie Organisation und Finanzquellen der außenpolitischen Propaganda des Imperialismus. Auf diese Weise erläutert er am konkreten Beispiel den Zusammenhang von friedlicher Koexistenz und ideologischem Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus unserer Epoche.

Bitte informieren Sie sich über unser gesamtes Verlagsprogramm und verlangen Sie ein ausführliches Angebot.



DIETZ VERLAG BERLIN
DDR-102 Berlin
Wallstraße 76-79

Marxismus Digest

Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften

herausgegeben vom

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

**Strategie und Taktik des
antimonopolistischen Kampfes
in den Ländern des
staatsmonopolistischen Kapitalismus**

April – Juni

I
M
S
F

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Inhaltsverzeichnis

Boris Ponomarjow	
Über einige Probleme der gegenwärtigen internationalen Arbeiterbewegung	3
Georges Marchais	
Einleitung zum Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit	17
Philippe Herzog	
Grundsätze und innerer Zusammenhang der Wirtschaftspolitik im Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit	30
Enrico Berlinguer	
Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation in Italien und ihre Perspektiven	57
James Klugmann	
Die revolutionären Vorstellungen von Marx und die gegenwärtige Revolte	73
Jacques Moins	
Demokratie und Sozialismus	94
Jack Kurzweil / Al Richmond	
Staatsmonopolistischer Kapitalismus und antimonopolistisches Bündnis	109
Claude Lightfoot	
Von „Black Power“ zur Macht des Volkes und der Arbeiterklasse	122
W. Tscheprakow	
Ökonomische Probleme des antimonopolistischen Staates	140
Hellmut Hesselbarth	
Lenin und der Kampf um Demokratie und Sozialismus heute	156
Anhang	
Auszug aus dem Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit	175

Bitte beachten Sie die Beilagen des IMSF, des Verlags Sozialistische Politik GmbH und des Verlags Marxistische Blätter GmbH.

Erstauflage dieses Heftes: 1,-5.000

Marxismus-Digest. Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften. 3. Jahrgang.

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Der Marxismus-Digest erscheint vierteljährlich. Bestellungen sind an den Buchhandel oder an das IMSF zu richten. Preis: Einzelheft DM 8,-, Jahresabonnement DM 26,- Für Studenten gilt ein ermäßigter Preis von DM 5,- für das Einzelheft, DM 16,- für das Abonnement, zuzüglich Porto. Bestellungen von Studenten können nur an das IMSF gerichtet werden.

Redaktionssekretär: Thomas Müller. Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Schmidt.

Anschrift der Redaktion, Anzeigen: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6, Tel. 0611/72 49 14. Postscheckkonto: Frankfurt 51 627.

Preis im Ausland nach dem offiziellen Umrechnungskurs der DM zur jeweiligen Landeswährung.

Abonnements sind stets für ein volles Kalenderjahr gültig. Kündigung des Abonnements ist möglich bis sechs Wochen vor Jahresende.

Herstellung Anton Hain KG, Meisenheim/Glan.

Boris Ponomarjow

Über einige Probleme der gegenwärtigen internationalen Arbeiterbewegung

Der nachfolgende Beitrag ist ein Auszug aus einem Referat zum Thema ‚Aktuelle Probleme der Theorie des revolutionären Weltprozesses‘, das der Verfasser auf einer wissenschaftlichen Konferenz mit der Thematik ‚Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie‘ in Moskau hielt. Die Übersetzung erfolgte nach dem veröffentlichten Referat in der Zeitschrift ‚Kommunist‘, Nr. 14/15, Moskau 1971.

Die politische Entwicklung in den Ländern des entwickelten Kapitalismus wird durch einen großen Aufschwung der Massenbewegung der Werktätigen charakterisiert. Die Streikkämpfe gehen in ihrer Stärke, ihrer Durchschlagskraft, in ihren Maßstäben über den Rahmen traditioneller Vorstellungen hinaus. Bisweilen verwandeln sie sich in gesamtationale Zusammenstöße mit dem Monopolkapital.

Der XXIV. Parteitag der KPdSU unterstrich, daß der Kampf der Arbeiterklasse in einer Reihe von Ländern des Kapitals sich immer weniger gegen einzelne Unternehmer oder einzelne Unzulänglichkeiten des Kapitalismus richtet, sondern gegen das ganze System der staatsmonopolistischen Herrschaft. Die Achse des politischen Lebens in dieser Zone der Welt verschiebt sich merklich nach links. Das ist ein Ruck, der die Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft zutiefst erschüttert.

Die Massenbewegung begrenzt sich heute bei weitem nicht auf das Wachstum der Streikkämpfe. Ein leuchtendes Beispiel dafür ist die Solidaritätsbewegung mit Vietnam. Sie nahm in vielen Ländern, darunter selbst in den USA, gewaltige Ausmaße an. Nicht selten haben die Massenbewegungen einen spontanen Charakter, doch ist das bei aller Schwäche einer solchen Art von Ausbrüchen, wie Lenin unterstrich, ein Ausdruck der Tiefe der Bewegung. Gemeinsam mit der Arbeiterklasse und ihrem traditionellen Verbündeten, der werktätigen Bauernschaft, wirken heute in der Arena des politischen Kampfes bedeutende Schichten der progressiven Intelligenz, vor allem der ingenieurtechnischen Kader, der Angestellten, der Beschäftigten, der Dienstleistungssphäre usw.

Im Ergebnis des gewaltigen Anwachsens des ökonomischen und politischen Kampfes der Werktätigen mehren sich Regierungskrisen, verschärfen sich Zusammenstöße der herrschenden Parteien, kommt es immer öfter zu Kämpfen im Mechanismus der Regierungsblöcke.

Die marxistischen Wissenschaftler sind verpflichtet, eine umfassende Analyse der politischen Lage in den kapitalistischen Ländern auszuarbeiten. Es hat sich viel Material für neue theoretische Verallgemeinerungen und Schlußfolgerungen über die sozialpolitischen Voraussetzungen der Revolution unter den gegenwärtigen Bedingungen angesammelt. Die gegenwärtige politische Lage in einer Reihe entwickelter kapitalistischer Länder wird durch die wachsende Zuspitzung sozialer

Widersprüche charakterisiert. Auf jeden Fall sind sowohl die Radikalisierung der antimonopolistischen Massenbewegung, deren führende Kraft die Arbeiterklasse ist, als auch die Krisenerscheinungen im Gesamtsystem der monopolistischen Herrschaft Anzeichen dafür, daß sich in den Tiefen der kapitalistischen Gesellschaft viel „Zündstoff“ angesammelt hat. Jede heftige politische Krise, eine innere oder eine internationale oder ein scharfer Zusammenstoß der Klassen, kann jener Tropfen sein, der das Maß zum Überlaufen bringt und eine revolutionäre Situation herbeiführt. Sosehr die angespannte Lage auch neue Möglichkeiten für die Arbeiterklasse enthält, sie hat aber auch eine andere Seite, verbunden mit den Versuchen der äußersten Reaktion, die politische Labilität zu ihren Zwecken zu nutzen und der sich erhebenden revolutionären Bewegung einen Schlag zu versetzen.

In einer Reihe von kapitalistischen Ländern treten immer mehr Anzeichen auf, daß der Zustand heranreift, wo die herrschende Klasse schon nicht mehr in der Lage ist, die Entwicklung der Ereignisse völlig zu kontrollieren, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten aber noch ungenügend vereinigt und organisiert sind. Ihnen fehlen noch die notwendige Bewußtheit und Zielstrebigkeit für entschlossene gemeinsame Aktionen. Unter solchen Bedingungen schafft die schnelle Entwicklung einer Regierungskrise, die nicht von einer ebenso schnellen Mobilisierung der demokratischen Kräfte begleitet wird, auf ihre Art ein politisches Vakuum, das die äußersten rechten Kräfte auszufüllen bemüht sind, indem sie sich dabei auf die Armee, die Polizei und die Organe der Staatssicherheit stützen. Aus der Geschichte ist bekannt, daß in Perioden, die den revolutionären Erhebungen vorausgehen, die Reaktion, die das Herannahen der Gefahr spürt, nicht selten – wie man sagt – va banque spielt.

Alle erinnern sich, wie in der Situation der politischen Labilität die „schwarzen Obristen“ ihren Schlag gegen die demokratischen Kräfte Griechenlands führten und im Lande ein halbfaschistisches Regime errichteten. Auch in anderen europäischen Ländern bemühen sich ultrarechte Gruppen, die Kräfte zu mobilisieren. Eine neofaschistische Verschwörung war in Italien organisiert worden. Obwohl der Umsturz nicht gelang, dauern die Versuche der Reaktion, zum Gegenangriff überzugehen, noch an. Die Häupter der Neofaschisten lobten lautstark, daß die terroristischen Akte im vorigen Jahr die analogen Aktionen der Faschisten 1922, am Vorabend ihres Marsches auf Rom, überstiegen. Die Ereignisse in Südalien, die Provokationen der Neofaschisten und – was besonders gefährlich ist – der merkliche Zuwachs an Stimmen, die sie bei den Teilmunizipalwahlen erhielten, zwingen zu folgender Schlußfolgerung: Von der Arbeiterbewegung, von ihrer Avantgarde, von allen demokratischen Kräften wird eine hohe Wachsamkeit verlangt, eine Bereitschaft, jederzeit mit Massenaktionen die Pläne der Reaktion zu durchkreuzen. Besonders trifft das für solche Länder zu wie die BRD, wo die Neonazis Reserven in Gestalt revanchistischer Elemente haben.

Somit haben die Lehren des Kampfes gegen den Faschismus keineswegs ihre Aktualität eingebüßt.

Natürlich sind die heutigen Ultras nicht mit dem „klassischen“ Faschismus identisch. Sie haben ihre Besonderheiten, und nicht selten grenzen sie sich von ihren zerstörerischen bzw. nicht völlig zerschlagenen Vorgängern ab. Aber wenn man auch

nicht die Besonderheiten des Neofaschismus übersehen kann, man muß doch seine innere Verwandtschaft mit dem Faschismus *Hitlers* und *Mussolinis* erkennen. Faschistische Bewegungen verstärken sich dann, wenn das kapitalistische System besondere Schwierigkeiten durchlebt, wenn das Großkapital nicht in der Lage ist, seine Herrschaft im Rahmen der bürgerlichen Gesetze aufrechtzuerhalten, und sich Methoden der terroristischen Diktatur zuwendet. In solchen Momenten wächst das Verlangen nach dem Faschismus, und diese Nachfrage ist, wie es scheint, heute in vielen Hochburgen des Kapitals sehr groß. Die äußersten rechten Kreise sind bemüht, die Unzufriedenheit mit der existierenden Gesellschaftsordnung demagogisch zur Stärkung ihres Einflusses auszunutzen.

Die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, die die Positionen der Monopole angreift, wird immer öfter vor die Notwendigkeit gestellt, reaktionären Verschwörungen und Versuchen von Gegenangriffen der Neofaschisten eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

Wenn wir darüber sprechen, ist es wichtig, zu unterstreichen, daß im Unterschied zu den dreißiger Jahren in unserer Zeit die revolutionären Kräfte über unermäßlich mehr Möglichkeiten verfügen, den faschistischen Kräften den Weg zu versperren und die Zusitzung der politischen Situation für mächtige Schläge gegen den Klassenfeind, für die Vorbereitung der politischen Massenarmee der sozialistischen Revolution auszunutzen.

Man muß beachten, daß die positiven Ergebnisse der Entwicklung der Arbeiterbewegung im vergangenen Vierteljahrhundert im Bewußtsein der Massen ihren Niederschlag gefunden haben, daß sie zu Faktoren der Verstärkung ihres revolutionären Geistes geworden sind. Und diese Ergebnisse sind wirklich großartig.

Das sind die Erfolge des Weltsozialismus und vor allem der Sowjetunion, die ständig wachsende Macht der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Das ist auch die langjährige Tätigkeit marxistisch-leninistischer Parteien in der Arbeiterbewegung, die konsequent die Klasseninteressen der Werktätigen verfechten.

Das ist die Schwächung des reformistischen Flügels der Arbeiterbewegung, die Unzufriedenheit der Massen mit der sozialdemokratischen Politik.

Das ist die gewaltige Schule des Klassenkampfes, die in diesen Jahren die Gewerkschaften, unter aktiver Teilnahme der Kommunisten, durchlaufen haben.

Das sind auch die praktischen Erfahrungen der ökonomischen Kämpfe und politischen Schlachten, die die Arbeiterklasse bei der Durchführung von Streiks, Demonstrationen und Wahlkämpfen gesammelt hat.

Alle diese und viele andere Faktoren beeinflussen zweifelsohne ernsthaft die Entwicklung der Klassen und politischen Kräfte. Sie wirkten sich auch auf die Tätigkeit und die Positionen aller politischen Parteien und Massenorganisationen aus, darunter auch in der Verstärkung des Einflusses der Kommunisten. Es wächst das Interesse der Massen, besonders der Jugend, an der marxistisch-leninistischen Lehre, an den Ideen des Sozialismus, an den Errungenschaften der real existierenden sozialistischen Gesellschaft. Immer mehr unterstützen die Wähler die kommunistischen Parteien. Davon zeugen unter anderem der Erfolg der FKP bei den letzten

Präsidentenwahlen und bei den Munizipalwahlen im April dieses Jahres und die Ergebnisse der Teilmunizipalwahlen in Italien im Juni. Es festigten sich die Positionen der Kommunisten in den Fabriken und Werken und in den Massenorganisationen. Vor den Kommunisten eröffnen sich reale Perspektiven der Entwicklung zum politisch-ideologischen Kern der organisierten Front der linken politischen Kräfte.

Der Linkstrend der Massenbewegung spiegelt sich auch in der Sozialdemokratie wider. Wie im Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969 hervorgehoben wurde, verstärkt sich in ihren Reihen der Differenzierungsprozeß.

Eine bestimmte Radikalisierung erfaßte auch die katholischen Organisationen. Die katholischen Arbeiter werden in bedeutendem Umfang von dem allgemeinen Prozeß der Linksbewegung erfaßt. Es ist deshalb verständlich, daß sich diese Stimmen auch in bestimmter Weise auf ihre politischen Aktionen auswirken.

Merkliche Fortschritte gibt es auch in der Gewerkschaftsbewegung. Selbst reformistische Gewerkschaftszentren sind entgegen dem Geist „der politischen Neutralität“ und des „reinen Tradeunionismus“ manchmal gezwungen, antimonopolistische Positionen einzunehmen.

Eines der Merkmale des Linksruckes ist die Bewegung der sogenannten neuen Linken. Sie stützt sich hauptsächlich auf radikale Schichten der Intelligenz, der Jugend, vor allem der studentischen Jugend. Diese Bewegung ist weder einheitlich noch ideologisch oder organisatorisch gefestigt. In ihr wirken in breitem Umfange viele verschiedene abenteuerliche, darunter auch maoistische und trotzkistische Elemente. Die Anhänger dieser Bewegung verfallen leicht dem Einfluß der revolutionären Phrase. Ihnen fehlt die notwendige Standhaftigkeit und die Fähigkeit, nüchtern die Situation einzuschätzen. Ein Teil von ihnen ist mit antikommunistischen Vorbehalten verseucht. Gleichzeitig ist jedoch ihre allgemeine antiimperialistische Stoßrichtung offensichtlich. Diesen Teil der Massenbewegung nicht zu beachten würde bedeuten, die Stoßkraft des antiimperialistischen Kampfes zu schwächen und die Schaffung einer Einheitsfront gegen das Monopolkapital zu erschweren.

Selbstverständlich garantiert die Linksbewegung an sich noch nicht den Erfolg. Alles hängt davon ab, ob die fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterbewegung, und vor allem die kommunistischen Parteien, den Zusammenschluß der antimonopolistischen Front sichern, die neuen Positionen verteidigen, allen Abarten des Revisionismus eine Niederlage beibringen und die politische, organisatorische und ideologisch-erzieherische Arbeit auf die Stufe der heutigen revolutionären Möglichkeiten heben können. Objektiv verfügt die kommunistische Bewegung über alles Notwendige für die Lösung der vor ihr stehenden Aufgaben. Aber neben den objektiven Bedingungen ist der subjektive Faktor wichtig – die Fähigkeit der Parteien der Arbeiterklasse, die revolutionäre Energie der Massen zu mobilisieren, sie in den Strom der aktiven Tätigkeit zu lenken, der in der Lage ist, den Widerstand der Reaktion zu brechen, die Macht der Werktäglichen zu festigen und die sozialistische Revolution durchzuführen. Auf der Grundlage der Verallgemeinerung der historischen Erfah-

rungen formuliert die marxistisch-leninistische Wissenschaft Hauptmerkmale für die Reife der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse.

Welches sind diese Hauptmerkmale:

- Das Vermögen, sich konsequent von der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus leiten zu lassen, in der die welthistorischen Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterklasse verallgemeinert und die Hauptgesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erfaßt sind;

- die Fähigkeit, konsequent unter Berücksichtigung der Besonderheiten der gegebenen Etappe der Entwicklung des gegebenen Landes den Kurs auf die revolutionäre Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durchzuführen;

- die Beherrschung der taktischen Kunst, aller Formen und Mittel des Klassenkampfes und die Bereitschaft, bei veränderter Situation schnell diese Formen und Mittel zu ändern und die Kräfte umzugruppieren;

- die Fähigkeit, die Massen anhand ihrer eigenen Erfahrungen politisch zu entwickeln, sie anhand der Praxis von der Notwendigkeit revolutionärer Umgestaltungen zu überzeugen, Wege und Methoden zu finden, sie zu entscheidenden Aktionen zu führen, die gegen den Klassenfeind gerichtet sind;

- das Vermögen, die Massen zum Kampf für konkrete politische und ökonomische Forderungen zu mobilisieren, rechtzeitig Lösungen zu formulieren und um diese Lösungen alle Abteilungen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktäglichen zu scharen;

- die Fähigkeit, eine Politik durchzuführen, die auf die Vereinigung der verschiedensten Richtungen der Arbeiter-, antimonopolistischen, demokratischen und Antikriegsbewegungen zu einem einheitlichen Strom und auf die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse gerichtet ist;

- ein konsequentes internationalistisches Herangehen an die inneren und die internationalen Probleme ihres Landes, an die Erziehung der Massen, an die Koordinierung ihres Zusammenwirkens mit anderen revolutionären Abteilungen.

Die historischen Erfahrungen der kommunistischen Bewegung zeigen, daß die Vorbereitung der Partei auf die Revolution eng mit ihrer organisatorischen und politisch-ideologischen Festigung, mit der Erweiterung ihrer unmittelbaren Arbeit unter den Massen, mit den Organisationen der Parteilosen, den Gewerkschaften, unter der Jugend, in der Armee, verbunden ist. Als Organisation der Arbeiterklasse ist die marxistisch-leninistische Partei bestrebt, möglichst dauerhafte politische Positionen in ihrem Land zu erobern und für alle Möglichkeiten der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft auszunutzen. Im Unterschied zu den Reformisten bleiben die Kommunisten, indem sie für die Eroberung solcher Positionen in den gewählten Organen, für die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten zur Verteidigung der Interessen der Werktäglichen und für den Einfluß auf die Politik der bürgerlichen oder sozialdemokratischen Regierungen kämpfen, jedoch immer eine Partei der sozialistischen Revolution, eine Partei, die sich niemals mit der kapitalistischen Ordnung versöhnt und stets bereit ist, die Führung des Kampfes um die gesamte politische Macht der Arbeiterklasse, um die Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form zu übernehmen.

Welche gewaltige Bedeutung die Bereitschaft und Fähigkeit der revolutionären Avantgarde hat, an der Spitze der Massen zu stehen, haben sowohl die positiven als auch die negativen Erfahrungen der Geschichte gezeigt; auf der einen Seite der Sieg der Bolschewiki im Jahre 1917, auf der anderen die Niederlage der Arbeiterklasse in einer Reihe europäischer Länder infolge des Fehlens einer kämpferischen Partei, die fähig war, in dieser Periode an die Spitze der Revolution zu treten. Die ständige Verbindung mit den Massen, die unermüdliche Arbeit mit den Massen, ihre Erziehung im Geiste der Notwendigkeit der Ausnutzung aller Kampfformen – das ist der einzige Weg zur Formierung der politischen Armee der sozialistischen Revolution.

Diese Aufgabe kann nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn sie mit dem Kampf um die täglichen Sorgen der Werktätigen eng verbunden ist. Das hat *Lenin* die Kommunisten immer wieder gelehrt. Die Marxisten-Leninisten lehnten die anarchistische und linkssektiererische These „Alles oder nichts“ ab. Die breiten Massen der Arbeiterklasse, die Werktätigen gelangen zum Verständnis der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution über den Kampf für ihre Interessen, die sich aus ihrer unterdrückten Lage im Kapitalismus ergeben. Hierin besteht die gewaltige, nicht nur ökonomische, sondern auch politische Bedeutung des Verständnisses für die Tagesforderungen jedes Arbeiters, die die Erhöhung des Arbeitslohnes, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten, das System der sozialen Betreuung, der Rentenversorgung usw. betreffen. Einen besonders wichtigen Platz in der Reihe der dringenden Lebensforderungen der Werktätigen nehmen die Forderungen ein, die gegen die Kriegsgefahr und den Militarismus gerichtet sind. Das Gewicht der Lasten, die sich aus den Kriegsabenteuern des Imperialismus ergeben, liegt in seiner ganzen Schwere auf den Schultern der Werktätigen. Deshalb treten sie immer aktiver gegen die Aggressionspolitik, gegen die imperialistischen Kriege auf.

Durch langjährige Erfahrungen lernten die kommunistischen Parteien, die Fragen des täglichen Kampfes der Massen ernst und qualifiziert zu stellen und die Lösungen des Kampfes auszuarbeiten, die die wirklichen Sorgen von Millionen und aber Millionen Werktätigen berühren. Die gigantischen Maßstäbe, die dieser Kampf in den letzten Jahren annahm, sind in hohem Maße mit der Tätigkeit der Kommunisten verbunden. Er ergibt nicht nur wichtige unmittelbare Resultate, indem er die Werktätigen vor den äußersten Formen des wirtschaftlichen Elends schützt, sondern hat zugleich weitergehende Folgen, die sich in der politischen Aufklärung der Massen und im Bewußtsein von der Unvereinbarkeit der Interessen der Werktätigen mit dem Kapitalismus als soziales System ausdrücken.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen wachsen in Verbindung mit dem Aufschwung im gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten das Niveau und die Bedeutung der unmittelbaren Forderungen. Die Werktätigen protestieren heute nicht nur gegen die Arbeitslosigkeit und Teuerung, gegen die Unsicherheit angesichts des morgigen Tages und andere mit dem Kapitalismus verbundene Nöte. Sie protestieren auch gegen die Folgen der bürgerlichen Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution, wie die Intensivierung der Ar-

beit, die nervliche Überbeanspruchung, die soziale Rechtlosigkeit, und gegen die sich verstärkende geistige Unterdrückung durch das Kapital. Mit jedem Jahr wächst der Kampf der Arbeiterklasse für die Demokratie, für eine reale Ausnutzung der Bourgeoisie entrissenen demokratischen Rechte im Interesse der Werktätigen. Das alles erweitert die Möglichkeit, breite Schichten der Arbeiterklasse auf revolutionäre Positionen zu führen.

Die Realisierung dieser Möglichkeiten ist mit der Überwindung opportunistischer Tendenzen in der Arbeiterbewegung verknüpft und erfordert die konsequente Verteidigung der Prinzipien der marxistisch-leninistischen Ideologie. In der letzten Zeit wurde in der kommunistischen Bewegung der Kampf gegen den rechten und „linken“ Opportunismus aktiviert. Den revisionistischen Theorien und ihren Vertretern wurde ein ernster Schlag versetzt. Jedoch beschränkt sich der Kampf gegen den Revisionismus nicht auf einzelne Aktionen. Das ist eines der wichtigsten Entwicklungsgesetze der marxistisch-leninistischen Parteien und der gesamten kommunistischen Weltbewegung. Wenn man versucht, das Wesen des Opportunismus unter den gegenwärtigen Bedingungen kurz zu charakterisieren, so kann man sagen, daß die Gefahr des **rechten Opportunismus** darin besteht, daß er sich bemüht,

- den Marxismus-Leninismus zu verleumden, ihn als veraltet zu erklären und ihn durch eine reformistische Ideologie zu ersetzen, die den Klassenkampf, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats verneint;

- die grundlegenden Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft zu vertuschen und die Idee von der Transformation des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Sozialismus ohne Revolution zu suggerieren;

- die Rolle der Arbeiterklasse als der revolutionären Hauptkraft zu negieren, die parlamentarischen Methoden zu verabsolutieren, die Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes der Massen herabzusetzen;

- die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern zu verunglimpfen;

- den Zusammenhang des revolutionären Kampfes innerhalb eines gegebenen Landes mit dem Klassenkampf in der internationalen Arena und die Rolle des sozialistischen Systems in diesem Kampf zu ignorieren.

Die Gefahr des „linken“ Revisionismus besteht darin, daß er

- die Notwendigkeit eines breiten demokratischen Programms im antiimperialistischen Kampf, die Notwendigkeit der Verknüpfung allgemeindemokratischer und proletarischer Klassenziele und Interessen negiert;

- die Gefahr der Isolierung der Kommunisten von den breiten Schichten der Werktätigen heraufbeschwört, sie auf passives Abwarten oder auf linksradikale, abenteuerliche Handlungen drängt, was die Vorbereitung einer politischen Armee der proletarischen Revolution und den Sieg der Arbeiterklasse erschwert;

- gegen das Zusammenfließen der revolutionären Hauptkräfte der Gegenwart zu einem einheitlichen Strom auftritt, die zeitgemäße und richtige Einschätzung der sich verändernden Situation und der neuen Erfahrungen, die Ausnutzung aller Möglichkeiten im Interesse des Sieges der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Kriegsgefahr verhindert;

- die militärischen Formen des Kampfes um die Macht verabsolutiert;
- das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung negiert oder entstellt.

In der Regel ist der „linke“ Opportunismus mit dem Dogmatismus verflochten und führt unweigerlich zu sektiererischer Engstirnigkeit. Bei unterschiedlicher Ausgangsposition sind der rechte und der „linke“ Opportunismus oft miteinander verflochten; sie vereint die Gemeinsamkeit der antirevolutionären Ausrichtung. Sie geistiger und politischer Einflüsse in der kommunistischen und Arbeiterbewegung in Erscheinung. Ganz gleich, ob es um den rechten oder „linken“ Opportunismus geht, beide verfolgen Ziele, die im Grunde gegen die Revolution gerichtet sind. Die rechten wie die „linken“ Opportunisten versuchen, die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu untergraben, die internationalistischen Verbindungen der Bruderparteien der KPdSU zu schwächen. Der rechte wie der „linke“ Opportunismus schwächen die Kampfbereitschaft der kommunistischen Parteien, unterhöhlen die revolutionären Positionen der Arbeiterklasse, aller Kämpfer gegen den Imperialismus und bremsen die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses.

Die Ausführungen des XXIV. Parteitages der KPdSU über den Kampf gegen den Revisionismus haben prinzipielle Bedeutung. Es reicht nicht mehr aus, die Revisionisten als Feinde der Arbeiterklasse zu entlarven. Der antilennistische Inhalt ihrer Ansichten muß bloßgestellt werden. Es ist wichtig, von marxistisch-leninistischen Positionen aus den wirklichen Inhalt jener Probleme, auf die revisionistische Ideologien spekulieren, aufzudecken. Genosse L. I. Breschnew hob im Rechenschaftsbericht an den XXIV. Parteitag der KPdSU hervor: „*Die Wiederholung alter Formeln Art an neue Probleme heranzugehen, schaden der Sache und schaffen zusätzliche Möglichkeiten für die Verbreitung revisionistischer Verfälschungen des Marxismus-Leninismus. Die Überzeugungskraft der Kritik an bürgerlichen und revisionistischen Ausfällen gegen unsere Theorie und Praxis verstärkt sich dann in sehr starkem Maße, wenn sie sich auf die aktive und schöpferische Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften und der marxistisch-leninistischen Theorie stützt.*“¹

Unter den gegenwärtigen Bedingungen hat der Kampf gegen den Nationalismus besondere Bedeutung erlangt. Die Praxis hat gezeigt, daß es einen engen Zusammenhang zwischen revisionistischen Entstellungen und nationalistischen Schwankungen gibt. Dort, wo revisionistische Abweichungen von der marxistisch-leninistischen Theorie zugelassen werden, dringt auch die kleinbürgerliche nationalistische Ideologie in die revolutionäre Bewegung ein. Und umgekehrt: Jedes Abgleiten von den Positionen des proletarischen Internationalismus auf nationalistische Gleise gibt faltung.

¹ Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag, APN-Verlag, Moskau 1971, S. 139.

Der Nationalismus fügt der Sache der Revolution großen Schaden zu. Nationalistische Abweichungen erweisen sich als ein Hemmnis bei der Ausnutzung der günstigen internationalen Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse des betreffenden Landes, die durch die Erfolge des Sozialismus in der Welt und durch die Schwächung des imperialistischen Lagers und der Reaktion geschaffen wurden.

Der Nationalismus ist ein gefährlicher Feind der gesamten antiimperialistischen revolutionären Bewegung. Nicht zufällig setzt die Monopolbourgeoisie in der letzten Zeit auf ihn besonders große Hoffnungen. Die bürgerlichen Ideologen stellen die These auf, daß das Jahrhundert der proletarischen Revolutionen vorüber sei und daß nunmehr das Jahrhundert des streitbaren Nationalismus angebrochen wäre, welcher – wie sie sagen – allenthalben über den Sozialismus „die Oberhand gewinne“.

W. I. Lenin hat auf die besondere Zähigkeit nationalistischer Vorurteile hingewiesen. Man muß berücksichtigen, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen bestimmte objektive Ursachen für ihr Aufleben und sogar für ihre Verstärkung gibt. Der Nationalismus spekuliert auf solche fortschrittlichen Prozesse wie das stürmische Anwachsen des nationalen Selbstbewußtseins der Völker, wie die Einbeziehung gigantischer Massen in das politische Leben, von denen ein bedeutender Teil sich seiner Klasseninteressen noch nicht bewußt ist.

Lenin deckte den grundlegenden Unterschied zwischen dem reaktionären Nationalismus von Nationen, die andere unterdrücken, und dem Nationalismus von Nationen, die sich zum Kampf für die Befreiung von den Fesseln des Kolonialismus erhoben haben, auf. Er sagte, daß sich die Kommunisten in den unterdrückten Ländern neben der Herstellung umfassender Beziehungen zu den werktätigen und ausgebauten Massen auch auf den Aufschwung des Nationalbewußtseins stützen müssen, der „... sich bei diesen Völkern regt und zwangsläufig regen muß und für den es eine geschichtliche Erklärung gibt“.²

Die Kommunisten, die den allgemein demokratischen und antiimperialistischen Inhalt des Nationalismus der unterdrückten Nationen und der Entwicklungsländer unterstützen, berücksichtigen auch, daß im Nationalismus die Ideologie der reaktionären Ausbeuteroligarchie zum Ausdruck kommen kann, welche die jungen Staaten vor den Wagen des Imperialismus zu spannen sucht.

Die Grenze zwischen der progressiven, antiimperialistischen Seite des Nationalismus und seiner reaktionären Seite ist historisch fließend. Nationale Lösungen können häufig ihre sozialpolitische Tendenz verändern und sich aus einer Waffe des Kampfes für die nationale Befreiung in ein Instrument verwandeln, das dem Zusammenschluß der antiimperialistischen Kräfte entgegenwirkt oder sogar – wie dies die Ereignisse der maoistischen Politik demonstrieren – zum Instrument einer chauvinistischen Großmachtpolitik, welche gegen die Hauptstoßkräfte der revolutionären Weltbewegung gerichtet ist, werden.

² W. I. Lenin: Referat auf dem II. Gesamt russischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens. In: Werke, Bd. 30, S. 147.

Der Nationalismus ist doppelt gefährlich, wenn er antisowjetische Färbung annimmt. Diesen Umstand nutzt die imperialistische Bourgeoisie besonders im Kampf gegen den Sozialismus und die kommunistische Bewegung aus. Nach dem XXIV. Parteitag der KPdSU haben die Bruderparteien den Kampf gegen alle Spielarten des Antisowjetismus intensiviert, darunter auch den Antisowjetismus, der sich hinter „linken“ und „revolutionären“ Phrasen verbirgt. Charakteristisch dafür ist die kürzliche Erklärung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kolumbiens, Genossen *Gilberto Vieira*. In einer Rede auf dem Kongress der Gewerkschaftsföderation der Werktätigen dieses Landes bemerkte er, daß „... gerade im ‚linken Antikommunismus‘, der im Weltmaßstab von der chinesischen Führung geschürt wird, der internationale Imperialismus und die herrschende Klasse der Bourgeoisie ein neues Instrument zur Entfesselung antikommunistischer und antisowjetischer Hetze erblicken“. In ihren Dokumenten prangern die Bruderparteien die Pläne und Ränke der Antisowjethetzer an. Die Autorität der KPdSU, der Sowjetunion, der revolutionären Hauptkraft, des Begründers und Bannerträgers der neuen, sozialistischen Ära antasten und untergraben, das heißt dem gesamten revolutionären Weltprozeß Schaden zuzufügen.

Wenn wir die Gefahren, die der Nationalismus für die revolutionäre Bewegung mit sich bringt, im vollen Maße einschätzen, so müssen wir aber auch die gewachsenen Möglichkeiten zur erfolgreichen Bekämpfung dieser Krankheit sehen.

Der Prozeß der Internationalisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens und des revolutionären Kampfes beschleunigt sich. Dies ist auch ein Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Umwälzung, die zu einer entschiedenen Verstärkung der Internationalisierung des Wirtschaftslebens führt. Dieser Umstand macht die Vereinigung der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder im Kampf gegen die internationalen Monopole zu einer dringenden Notwendigkeit. In den Ländern des Sozialismus, die in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten sind, verstärken sich ebenfalls die objektiven Grundlagen für ihre allseitige Annäherung, sowohl auf dem Wege der sozialistischen ökonomischen Integration als auch durch eine engere politische Zusammenarbeit.

Zugleich wird in unserer Zeit die Tatsache immer deutlicher, daß die Front des antiimperialistischen Kampfes unteilbar ist, daß Niederlagen des Imperialismus an einem Abschnitt dessen ganzes System schwächen.

Die Internationalisierung des revolutionären Kampfes ist Ergebnis der wachsenden Stärke des Weltsozialismus, ist Ergebnis der Ausdehnung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus auf die ganze Welt. Diese Prinzipien haben vielfach ihre gewaltige Bedeutung für den erfolgreichen Kampf der Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt demonstriert, und sie tun dies auch weiterhin. Die Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, die den Leninschen Weg beschreiten, die internationalistische Tätigkeit der kommunistischen Bruderparteien und der fortschrittlichen Kräfte der revolutionär-demokratischen Parteien – all dies repräsentiert eine gewaltige Kraft, die den Tendenzen nationaler Zersplitterung entgegensteht.

Für die Marxisten-Leninisten ist die Verteidigung des Prinzips des proletarischen Internationalismus nicht schlechthin eine aktuelle Aufgabe neben anderen wichtigen Aufgaben. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß das vielmehr eine Lebensnotwendigkeit ist; denn der proletarische Internationalismus ist Existenzgrundlage der kommunistischen Bewegung als einer Kraft von internationaler Bedeutung, die die Grundinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zum Ausdruck bringt.

Es gibt Beispiele, daß in einzelnen Parteien das Problem des Zusammenschlusses der internationalen kommunistischen Bewegung vornehmlich nur unter einem Gesichtspunkt behandelt wird. Es wird allein die Notwendigkeit hervorgehoben, die Unabhängigkeit und Souveränität jeder Partei streng zu wahren, deren Selbständigkeit bei der Ausarbeitung der politischen Strategie und Taktik zu beachten, keine Einmischung zuzulassen usw. Diese These ist zweifellos richtig. Es war gerade die KPdSU, die sie als erste aufgestellt hat, und sie tritt voll und ganz für sie ein. In der gemeinsamen Erklärung der Delegationen der KPdSU und der FKP, die im Ergebnis der Verhandlungen im Juli dieses Jahres in Moskau abgegeben wurde, heißt es, daß alle diese Prinzipien „... einschließlich der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe organisch zum Inhalt des proletarischen Internationalismus gehören“. Man kann das eine nicht dem anderen entgegenstellen. Um so weniger kann man sich mit einer Schwächung des internationalistischen Herangehens an die aktuellen Probleme der Gegenwart abfinden. Deshalb sieht mitunter die einseitige Betonung der „Autonomie“ und der „Unabhängigkeit“ wie eine verborgene Polemik gegen jene Bruderparteien aus, die aktiv und konsequent die Prinzipien des proletarischen Internationalismus in der kommunistischen Bewegung verteidigen. Und dies schadet der gemeinsamen Sache der Kommunisten, um so mehr, da sowohl die chinesische als auch die imperialistische Propaganda sich solcher Erklärungen zu spalterischen Zwecken bedienen.

Auch Diskussionen über eine „Krise“ der kommunistischen Weltbewegung, die manchmal in der Presse einzelner Parteien erscheinen, dienen nicht der Sache der Einheit. Es geht nicht darum, die ernsten Schwierigkeiten zu negieren, mit denen sie zu tun hat. Es geht darum, daß diese Fragestellung, ob gewollt oder ungewollt, zu dem Gedanken führt, daß die Herstellung der Einheit mit den erprobten Methoden der konsequenten Anwendung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus nicht möglich sei. Durch die Anstrengungen der marxistisch-leninistischen Parteien ist die internationale Einheit der kommunistischen Bewegung erhalten geblieben. Und das Problem besteht nicht darin, sie durch irgend etwas „Neues“ und nicht sehr Verständliches zu ersetzen, sondern darin, mit allen Kräften für die Erweiterung und Festigung dieser Einheit auf der Grundlage der durch das Leben erprobten Prinzipien des marxistisch-leninistischen Internationalismus zu kämpfen.

Die sowjetischen Kommunisten sind stolz darauf, daß unsere Leninsche Partei zur Avantgarde des aktiven Kampfes für die Einheit der kommunistischen Bewegung gehört. Die Tatsache, daß der XXIV. Parteitag der KPdSU zu einem Forum der Geschlossenheit der Kommunisten wurde, ist das Resultat der prinzipiellen Position unserer Partei, der gewaltigen Arbeit, die von ihr in der kommunistischen Bewegung geleistet wurde.

Die KPdSU stand in der ersten Reihe jener, die für die Einberufung der Internationalen Beratung im Jahre 1969 kämpften, die zu einem Wendepunkt in der Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Bewegung wurde. Unsere Partei setzt sich konsequent und beharrlich für die Aktionseinheit im Kampf gegen den Imperialismus ein. Sie entwickelt zwei- und mehrseitige Beziehungen zu den anderen Bruderparteien, bemüht sich geduldig, Kontakte auch zu jenen in unserer Bewegung zustande zu bringen, die vorläufig noch besondere Positionen einnehmen. Der XXIV. Parteitag der KPdSU hat in der Entschließung zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees die Notwendigkeit unterstrichen, den Kampf für die politische Geschlossenheit mit dem Kampf für die ideologische Einheit der Kommunisten zu verbinden. Welches komplizierte Problem der gegenwärtigen kommunistischen Bewegung es auch ist, die KPdSU begrenzt sich nicht auf die bloße Feststellung der Schwierigkeiten. Sie unternimmt entschlossene Schritte zu deren Überwindung.

Die Marxisten-Leninisten verfügen über alles Notwendige, um den Triumph der internationalistischen Ideen zu sichern und den imperialistischen Plänen der Ausnutzung des Nationalismus zu ihren Gunsten eine vernichtende Niederlage zuzufügen. Es versteht sich aber, daß die Überwindung der nationalistischen Abweichungen und der Spaltungstendenzen in den revolutionären Reihen nicht im Selbstlauf erreicht werden kann. Sie fordert eine hartnäckige, beharrliche Arbeit. In dieser Sache können und müssen unsere Gesellschaftswissenschaftler – die Philosophen, Soziologen, Ökonomen und Historiker – einen großen Beitrag leisten.

Unter den Problemen des gegenwärtigen revolutionären Prozesses nimmt das Problem der Einheit der Arbeiterbewegung einen wichtigen Platz ein. Sein Kernstück sind die gegenseitigen Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Bereits Jahrzehntelang werfen die Kommunisten die Frage der Arbeitereinheit auf, die Frage der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten für die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse. Das Leben bestätigt immer wieder aufs neue die Richtigkeit der Positionen der Kommunisten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Faschismus nicht durchgekommen wäre, wenn die sozialdemokratische Führung zu Beginn der dreißiger Jahre den Vorschlag der kommunistischen Parteien zur Zusammenarbeit angenommen hätte. Das hätte nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der ganzen Menschheit jene unermesslichen Leiden erspart, die der deutsche Faschismus mit sich gebracht hat. Über die gewaltigen Möglichkeiten auf dem Weg der Einheit kann man auch aufgrund der Erfahrungen der Volksfront in Frankreich und Spanien urteilen. Diese Möglichkeiten wurden durch die Schuld der rechten sozialdemokratischen Führer nicht genutzt.

Wenn man die Position der Sozialdemokratie während des Nachkriegsvierteljahrhunderts einschätzt, muß man feststellen, daß sie nicht alle notwendigen Schlußfolgerungen aus den Folgen ihrer Politik in der Periode vor dem zweiten Weltkrieg gezogen hat. Nach dem Krieg erhielten sozialdemokratische Parteien erneut die Möglichkeit, die Rolle regierender Parteien zu übernehmen. Die Kommunisten, die sich auf die Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus stützten, schlugen den Sozialdemokraten die Zusammenarbeit vor. Aber die Führer der

Sozialdemokratie kehrten zur Politik der Blockbildung mit bürgerlichen Parteien zurück, verweigerten die Zusammenarbeit mit Kommunisten und halfen sogar mit, sie aus den Regierungen zu entfernen.

Die Rechnung, daß damit der kommunistischen Bewegung ein tödlicher Schlag versetzt würde, ist nicht aufgegangen. Die kommunistische Bewegung wuchs und festigte sich weiter, wobei in einigen Ländern, wie zum Beispiel in Frankreich und Italien, die marxistisch-leninistischen Parteien stärker als die sozialdemokratischen wurden. Ungeachtet der feindlichen Positionen der rechten sozialdemokratischen Führer haben die Kommunisten, die sich von den höheren Interessen der Werktagen leiten lassen, nicht auf die Politik der Aktionseinheit verzichtet. Nicht wenig wurde zur Herstellung von Kontakten und zur Entwicklung der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Parteien in internationalen Fragen auch durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion getan. Delegationen einiger dieser Parteien weilten in der Sowjetunion. Sozialdemokratische Funktionäre konnten sich mit eigenen Augen von den Erfolgen des kommunistischen Aufbaus in unserem Land überzeugen.

Man kann sagen, daß die Linie der Einheit ihre Ergebnisse gebracht hat. Der Antikommunismus der Zeit des „kalten Krieges“ erlitt in der sozialdemokratischen Bewegung eine ernste Niederlage. Viele rechte Führer der Sozialdemokratie vertreten jedoch immer noch die Position des Antikommunismus. Nicht selten begegnet man auch heute noch groben antikommunistischen Ausfällen seitens einer Reihe von Führern der Sozialistischen Partei Österreichs und einiger anderer sozialdemokratischer Führer.

Gleichzeitig verstärkt sich die Differenzierung innerhalb der Reihen der Sozialdemokratie, darunter auch bei ihren führenden Vertretern. Auf der einen Seite befinden sich die äußerst rechten Führer, auf der anderen die linken Strömungen, die sich verstärken. Es gibt eine Reihe sozialistischer Parteien, die die antiimperialistischen Klassenpositionen unterstützen und zu denen die KPdSU gute, freundschaftliche Beziehungen unterhält. Das sind die Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit Italiens, die Sozialistische Partei Chiles und die Sozialistische Partei Japans. Eine nicht geringe Bedeutung hat die Festigung der linken Strömungen in solchen Parteien wie der Labour Party Englands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Schwedens.

Ausgehend von einer nüchternen Einschätzung der Situation in der internationalen Sozialdemokratie, hat der XXIV. Parteitag der KPdSU erneut unsere prinzipielle Position in dieser Frage unterstrichen. In Übereinstimmung mit der Linie der Internationalen Beratung vom Jahre 1969 ist unsere Partei bereit – ohne Abweichung von den revolutionären Prinzipien – die Zusammenarbeit mit Sozialisten und Sozialdemokraten sowohl im Kampf für Frieden und Demokratie als auch im Kampf für den Sozialismus zu entwickeln. Diese Position wurde sowohl im Rechenschaftsbericht des Genossen L. I. Brezhnev auf dem XXIV. Parteitag als auch in seiner bekannten Rede in Tbilissi im Mai dieses Jahres eindeutig zum Ausdruck gebracht. Die von ihm dort vertretenen Auffassungen fanden einen breiten Widerhall in den Kreisen der internationalen Sozialdemokratie.

Der Kampf gegen die Ideologie und Politik des Sozialdemokratismus bleibt eine wichtige Aufgabe der KPdSU, der gesamten kommunistischen Bewegung. Diesen Kampf führen und führen die Kommunisten im Namen der Einheit der Arbeiterbewegung und nicht mit dem Ziel der Vertiefung ihrer Spaltung. Indem sie die Interessen des einheitlichen Handelns an die Spitze ihrer Politik stellen, sind die Kommunisten die Initiatoren immer neuer Vorschläge für die Zusammenarbeit. Die rechten Führer der Sozialdemokratie können nicht daran vorübergehen, daß das Leben immer stärker die Frage der Einheit der Arbeiterbewegung stellt. Gleichzeitig fördert die Politik der Einheit die Überwindung der Vorurteile und des Mißtrauens gegenüber den Kommunisten, die es in den mittleren und unteren Kreisen der sozialdemokratischen Bewegung gibt. Die Kommunisten werden auch künftig unbedingt die Leninsche Politik der Einheit durchführen.

Internationale Konzerne und Arbeiterklasse

Dokumente – Statistiken – Analysen

Band 2 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/Main 1972, VI und 443 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 15,-

Mit der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“ will das Institut für Marxistische Studien und Forschungen einem größeren Interessentenkreis wissenschaftliches Grundmaterial zum jeweiligen Thema zugänglich machen. Es handelt sich dabei in der Regel um Grundmaterial (Konferenzdokumente, Reden, statistische Materialien, Aufsätze, Artikel, Interviews usw. aus deutschen und ausländischen Quellen) zu Themen, die im IMSF bearbeitet wurden oder werden. Die der vorliegenden Veröffentlichung bzw. Übersetzung zugrundeliegende Quelle wird am Schluß des jeweiligen Dokuments angegeben.

Der vorliegende Band enthält, nach Themenkreisen geordnet, folgende Schwerpunkte:

1. Dokumente und Materialien einer Konferenz kommunistischer Parteien der kapitalistischen Länder Europas zum Thema: Der Kampf der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder Europas angesichts der Entwicklung der internationalen Konzerne, London 11.–13. Januar 1971
2. Materialien und Dokumente aus internationalen und nationalen Gewerkschaftsverbänden
3. Statistische Übersichten, sonstige Dokumente
4. Analysen zum internationalen Konzern
5. Bibliographische Angaben

Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien

Dokumente – Statistiken – Analysen

Band 3 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/Main 1972, VI und 381 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 15,-. Erscheint in Kürze

Der vorliegende Band enthält, nach Themen geordnet, folgende Schwerpunkte:

1. Die politisch-ökonomische gesamtgesellschaftliche Situation Italiens seit 1969
2. Probleme und Aspekte der italienischen Arbeiterbewegung in den Klassenkämpfen 1969 und 1970
3. Zur Entwicklung der Gewerkschaftseinheit
4. Statut der Rechte der Arbeitnehmer
5. Bibliographie (Publikationen der italienischen Arbeiterbewegung seit 1968)
6. Interview-Anhang
7. Enrico Berlinguer, Eröffnungsrede auf dem XIII. Parteitag der PCI in Mailand, 13. März 1972.

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
D–6000 Frankfurt/Main 1, Liebigstraße 6, Tel. 06 11/72 49 14**

Georges Marchais

Einleitung zum Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit

Der nachfolgende Beitrag ist die Einleitung zu dem von der PCF (Französische Kommunistische Partei) veröffentlichten „Programme pour un gouvernement démocratique d'union populaire“ (siehe auch den Anhang des vorliegenden Digest 2/1972). Das Programm wurde 1971 im Verlag editions sociales, Paris veröffentlicht. Der vorliegende deutsche Text folgt der 3. Auflage (750. Tausend).

Am 9. Oktober 1971 hat das Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei eine große politische Initiative ergriffen: es hat ein Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit angenommen.

Warum?

Weil wir aufgrund des Bewußtseins unserer nationalen Verantwortung es für notwendig halten, eine klare und konstruktive Lösung der großen Probleme, die sich heute unserem Land stellen, anzubieten.

Frankreich in der Krise

Wir sind nicht die einzigen, die es sagen: Frankreich befindet sich in einer Krise. 1958 behaupteten die neuen Führer, Frankreich modernisieren und es dem Fortschritt der Zeit anpassen zu wollen. Sie versprachen „einen großen Erfolg“.

Dreizehn Jahre sind vergangen. Die Ergebnisse dieser Politik lauten: keines der großen nationalen Probleme auf wirtschaftlicher, sozialer und moralischer Ebene wurde gelöst.

Die Wirtschaft des Landes leidet unter einem schwerwiegenden Mißverhältnis von enormer Verschwendug und industrieller Rückständigkeit auf bestimmten Gebieten. Unermessliches materielles und geistiges Potential liegt brach. Während die riesigen Monopole märchenhafte Profite akkumulieren, fordern Großunternehmen und Regierung von den Arbeitern, von der großen Mehrheit der Bevölkerung unaufhörlich neue Opfer.

In den Betrieben führen die Erhöhung des Arbeitstemplos sowie die Disqualifizierung dazu, aus dem Arbeiter eine Produktionsmaschine zu machen. Verschleiß und Überanstrengung übersteigen die Grenzen des Erträglichen. Die Arbeitslosigkeit, von der insbesondere die Jugendlichen betroffen sind, vergrößert sich. Die Arbeitszeit in Frankreich ist eine der längsten der Welt. Der Fortschritt der Produktion würde es ohne weiteres ermöglichen, das Rentenalter herabzusetzen, aber die Regierung weigert sich.

Millionen von Franzosen – besonders die älteren Menschen – leben in Armut, in Not. Weitere Millionen sehen ihr Einkommen durch eine galoppierende Inflation

und durch ein ungerechtes und erdrückendes Steuerwesen geschmälernt. Der kleine Bauer wird von seinem Boden vertrieben, der Ingenieur wird zu einem bloßen Rädchen im Getriebe, Handwerker und Kaufmann werden durch Steuern und durch Forderungen des Großkapitals zugrunde gerichtet.

Der soziale Wohnungsbau entspricht nicht dem Bedarf. Die Mieten werden immer schneller erhöht. Trotz des umfangreichen Bedarfs weist das Budget von 1972 einen verlangsamten Zuwachs der Ausgaben für das nationale Bildungswesen aus. Das veraltete, unkomfortable, unzureichende Transportwesen wird weiter vernachlässigt. Im allgemeinen ist die Regierung nur an der Forderung solcher gesellschaftlicher Einrichtungen interessiert, die dem unmittelbaren Bedarf der großen Industrie entsprechen.

Auf politischer Ebene wirkt sich die Machtzentration in den Händen einer kleinen Minderheit folgenschwer aus. Die Angriffe auf die allgemeinen Rechte und die Rechte der Arbeiter werden heimtückisch, aber hartnäckig weitergeführt.

Die Tätigkeit der Institutionen nehmen mehr und mehr autoritären Charakter an. Das Parlament ist zu einer einfachen Registrierkammer der ministeriellen Entscheidungen geworden. Die örtlichen Institutionen werden im Unklaren gelassen und der notwendigen Mittel für ihre normale Tätigkeit beraubt.

Beruft man sich auch in offiziellen Reden oft auf die „participation“ (Mitbestimmung) und die „concertation“ (Konzertierte Aktion), so sind doch die Werktätigen, alle Arbeiter und Intellektuellen, die Gesamtheit unseres Volkes von der Möglichkeit einer Beteiligung an der Leitung und Führung der öffentlichen Hand, gleich ob auf nationaler, lokaler oder auf Betriebsebene, ausgeschlossen. Um ihre egoistischen Klassenziele zu verschleiern und ihre Realisierung voranzutreiben, appelliert die große Bourgeoisie an „die nationale Anstrengung“, an „die nationale Solidarität“, aber sie behandelt die Schöpfer aller materiellen und geistigen Werte als politisch Minderjährige.

Die U.D.R.¹-Regierung hat eine Politik der Große Frankreichs versprochen. Aber sie macht aus der Rüstung eine privilegierte Branche des wirtschaftlichen Lebens und wird zum Vorkämpfer eines Blocks des kleinen Europas der Trusts, in dem unser Land seine Souveränität verliert. Sie tritt als Verfechter für internationale Entspannung auf, bleibt aber den Verhandlungen über Abrüstung fern und orientiert sich auf die Produktion von Atomwaffen – Ziele, die sich in die Globalstrategie der Atlantikmächte einordnen.

Diejenigen, die sich um die Zukunft des Landes sorgen, können nicht umhin, auch über die moralischen Aspekte der aktuellen Krise beunruhigt zu sein.

Es ist bezeichnend, daß das offizielle Organ der U.D.R. es für notwendig hält, sich gegen die Anklage, daß „etwas faul ist im Staate Dänemark“ zu verteidigen. Indes, es ist wahr, es ist etwas faul in diesem Regime.

Aufsehenerregende Finanzskandale belasten die Abgeordneten der Parlamentsmehrheit. Die herrschende Klasse entfaltet ihre Korruption. Die reine und strenge

¹ U.D.R.= Abkürzung für die gaullistische Partei Frankreichs

Republik, wie sie kürzlich genannt wurde, ist in Wirklichkeit ein Sündenpfuhl, in dem man billig die Ehre des Landes verkauft.

In dieser seelenlosen Gesellschaft, die sich dem einzigen Gesetz des Geldes unterwirft, nimmt der Drogenhandel besorgniserregende Ausmaße an, die Kriminalität nimmt zu, die Pornographie wird zu einem großen Geschäft. Diejenigen, die unser Land regieren machen sich schuldig an den Jugendlichen, von denen sich eine kleine Zahl mitunter durch die Absurdität des Lebens, das ihnen geboten wird, demoralisieren läßt. Wer jedoch bringt diese Jugendlichen zur Verzweiflung, wer verursacht letzten Endes solch eine Geißel? Das ist das Monopolregime, unfähig der Jugend eine Zukunft, ein Ziel zu bieten.

Kurz zusammengefaßt, wir stehen vor einer tiefen Krise der französischen Gesellschaft.

Diese Situation wird noch durch die Auswirkungen der Währungskrise des kapitalistischen Weltsystems, die ernsteste dieser Art seit Ende des Krieges, verschärft. Die Interessengegensätze zwischen den amerikanischen und japanischen Monopolen haben sich brutal zugespitzt. Die kapitalistische Wirtschaft ist überall ins Wanken geraten. Der U.D.R.-Präsident der Finanzkommission spricht in diesem Zusammenhang von einem „Schiffbruch“. Auf die Konsequenzen dieser Situation für unser Land hinweisend, gibt der Präsident der Republik zu: „Vieles entgeht uns.“

Warum diese Krise?

Was ist nun die Hauptursache der schweren Krise, die unser Land befallen hat?
Das ist der schreiende Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Nation einerseits und der Politik des Großkapitals andererseits, das mit der Regierung zu einem einheitlichen Mechanismus eng verflochten ist, der das Land beherrscht, unterdrückt und bevormundet.

Das ist der Grund dafür, daß der Klassenkampf in Frankreich in den letzten Jahren neue Ausmaße erreicht hat. Die große Bewegung vom Mai/Juni 1968 hat die tiefe Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und der breitesten Schichten unseres Volkes bekundet sowie das Streben nach einer realen Veränderung des täglichen Lebens, der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

Heute wird auf den verschiedensten Gebieten der Kampf fortgesetzt. Er führt mehr und mehr dazu, die Regierung und ihre Politik in Frage zu stellen.

Es bleibt nicht aus, daß diese Entwicklung die Bourgeoisie tief beunruhigt.

Um ihr zu begegnen holt sie aus alten Schränken den Antikommunismus, die größten Verleumdungen und die schamlosesten Lügen wieder hervor.

Gleichzeitig versucht sie, ein Maximum an reaktionären Kräften um die sich an der Macht befindliche Regierung zu gruppieren.

Gewiß werden durch das Anwachsen der Unzufriedenheit der Bevölkerung Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der Bourgeoisie über die einzunehmende Taktik hervorgerufen, die sich deutlich abzeichnen. Das erklärt auch, daß von Poniatowski bis Servan-Schreiber, von Edgar Faure bis Lecanuet sich eine lange

Kette von Intrigen und Schlichen spinnt, um zu versuchen, dem Streben des Landes nach Veränderung neue Fallen zu stellen.

Die einen wie die anderen jedoch – gleich, ob sie die Maske des „sozialen Liberalismus“, des „Zentrismus“ oder der „Reform“ tragen – verfolgen im Grunde dasselbe Ziel wie die herrschende Partei, d.h. die U.D.R.: das Regime der Monopole zu erhalten, die Politik der großen kapitalistischen Firmen weiterzuführen und zu beschleunigen, indem ihnen die Unterstützung einer noch breiteren gesellschaftlichen Basis garantiert wird. Sie streiten sich nur um die Wahl der Methoden und um die Männer, fähig, dies zu erreichen.

In der Tat zeigen alle Erfahrungen der Vergangenheit – und vor allem der der letzten dreizehn Jahre: für das französische Volk wird es keine durchgreifende und dauerhafte Verbesserung seines Schicksals geben, solange das nationale Leben von den Geldgewaltigen beherrscht wird. Darum muß man diese Herrschaft beenden.

Unser Ziel: der Sozialismus

Die Welt steht verkehrt. Man muß sie richtig stellen. Man muß ein System anstreben, in dem der Reichtum denen zukommt, die ihn schaffen, in dem die Menschen tatsächlich über die Angelegenheiten, die sie betreffen, bestimmen, ein System, in dem das oberste Ziel nicht der Profit einiger weniger, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse aller ist.

Dieses System nennen wir **Sozialismus**. Und das ist die einzige Gesellschaft, die wirklich neu ist, das ist die Gesellschaft, die Frankreich braucht.

Unser Land zum Sozialismus führen, das ist das Ziel der Französischen Kommunistischen Partei.

Man spricht heute viel vom Sozialismus. Es ist ein Zeichen der Zeit. Wenn man indes vom Sozialismus spricht, muß man sich deutlich ausdrücken.

Es handelt sich in der Tat nicht darum, Pseudo-Reformen als Sozialismus darzustellen, die nur dazu dienen sollen, den Kapitalismus besser anzupassen, oder von einem „selbstbestimmten“ Sozialismus zu reden, um sich gleichzeitig zu weigern, die Herrschaft des großen Finanzkapitals wirklich anzugreifen.

Der Sozialismus, der Kommunismus hat zum Ziel, die Menschen von sozialer Ungleichheit und von allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, die Befriedigung der ständig steigenden materiellen und geistigen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft zu garantieren, die freie Entfaltung aller menschlichen Fähigkeiten jedes einzelnen zu ermöglichen. Um diese Gesellschaft für den Menschen aufzubauen, muß zwangsläufig das kapitalistische Eigentum abgeschafft, die großen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt, die Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten und die Übernahme der Verwaltung ihrer Angelegenheiten auf allen Ebenen durch die Arbeiter, durch die Gesamtheit des Volkes gesichert werden. Ohne diese Maßnahmen gibt es keinen Sozialismus.

Weil sie berufen ist, das Volk zum Herrn seiner Geschichte zu machen, wird diese Veränderung zwangsläufig das Werk des Volkes selbst sein. Es wird das Ergebnis der Bewegung der Mehrheit der arbeitenden Nation sein.

Wir Kommunisten wollen die Voraussetzung für diese Bewegung schaffen, wir wollen unserem Land einen Weg zum Sozialismus unter sorgfältiger Berücksichtigung der Traditionen und spezifischen Bedingungen Frankreichs anbieten.

In diesem Geist hat unser Zentralkomitee im Dezember 1968 sein Manifest „Für eine fortgeschrittene Demokratie, für ein sozialistisches Frankreich“ angenommen. Dieses Manifest und die Beschlüsse unseres 19. Parteitages (Februar 1970) legen als erstes Ziel unserer Aktion die Errichtung einer neuen Demokratie mit einem fortgeschrittenen politischen und wirtschaftlichen Inhalt fest, die eine Etappe zum Sozialismus sein wird.

Den Franzosen und Französinnen, die wachsenden Existenzschwierigkeiten, verursacht durch die Politik der gegenwärtigen Regierung, ausgesetzt sind, all denjenigen, die nach den Weg des „Herauskommens“ fragen, erscheint es uns notwendig zu zeigen, was diese demokratische Politik, die unsere Partei vorlegt, konkret für ihr tägliches Leben, für das Leben der Nation, für den Platz Frankreichs in der Welt bedeutet.

Um besser zu leben

Welche Politik brauchen die Arbeiter, braucht die Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung, braucht Frankreich?

Notwendig ist eine Politik, deren Hauptziel es ist, den Werktätigen, den Arbeitern und Intellektuellen, den Lohnabhängigen und Selbständigen, in der Stadt und auf dem Land, das heißt der überwiegenden Mehrheit der Franzosen, ein besseres Leben zu ermöglichen.

Dies setzt die Verwirklichung einer Reihe von dringenden sozialen Maßnahmen voraus, die die Erhöhung der Kaufkraft, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Sicherung des Arbeitsplatzes und die Erweiterung der sozialen Sicherheit berühren.

Dieses setzt weiter die Verwirklichung einer wirklichen Politik der sozialen und kulturellen Interessen voraus, beim Wohnungswesen angefangen über den Nahverkehr bis zum Bildungswesen.

Das Leben verbessern, seine Umgebung, seine Qualität, das ist die vorrangige Aufgabe einer neuen Politik. Nichts ist dem Geist einer wirklichen Politik im Interesse des Volkes befremdlicher als die Vorstellung, daß ein graues Einerlei das Ergebnis der gesellschaftlichen Veränderung sein würde, oder daß etwa die Armut für die Emanzipation des Menschen begrüßenswert wäre. Das Ideal der Kommunisten ist, daß der Mensch besser lebt, immer besser, materiell und geistig, in einer Gesellschaft, die ihm die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ermöglicht. Die Politik, für die wir eintreten, ist von diesem tiefen humanistischen Ideal, unserem Ideal, inspiriert.

Eine fortgeschrittene politische und wirtschaftliche Demokratie

Wie die Bedürfnisse und Hoffnung der Arbeiter, der breiten Masse des Volkes befriedigen?

In dieser Hinsicht kann man von dem gegenwärtigen Herrschaftssystem nichts erwarten, in dem eine kleine Minderheit der Großkapitalisten der Masse der Bevölkerung ihr Gesetz, das Gesetz des Monopolprofits, aufzwingt. Um eine soziale Politik, eine Politik des Volkes zu ermöglichen, muß folglich in unserem Land eine wirkliche Demokratie errichtet werden, d.h. ein Herrschaftssystem, in dem das Volk souverän ist.

Das bedingt in erster Linie die Abschaffung des Regimes der persönlichen Macht. Nicht zufällig steht in der Hymne der internationalen Arbeiterklasse der berühmte Satz: „Es gibt kein höheres Wesen ... uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.“ Diese Devise muß die aller Demokraten, aller Republikaner sein.

Eine wahre Demokratie bedeutet eine Herrschaftsform, in der die arbeitende Bevölkerung endlich an der Leitung der öffentlichen Hand und an der Orientierung der nationalen Politik wirklich mitwirken kann. Für die jetzige Regierung ist die „participation“ [Teilhabe] das non plus ultra der offiziellen Reden. Uns, dagegen, geht es um eine ernste Sache. Übrigens ist das der Grund, warum wir sagen, daß bei allen Wahlen das proportionale Wahlverhältnis gelten muß. Denn dies ist die einzige Wahlmethode, die eine wirkliche Repräsentation der verschiedenen politischen Strömungen in den Parlamenten garantiert, in denen das Schicksal der Männer und Frauen unseres Landes diskutiert wird.

Aber Demokratie, das heißt nicht nur und kann nicht nur heißen die Demokratisierung der Institutionen. Das ist nicht nur die Erweiterung der Rechte, unentbehrlich, um die Stimme der Arbeiter zur Geltung zu bringen und um ihre Rechte durchzusetzen.

Eine wirkliche Demokratie bedingt außerdem in unserer Epoche, daß die wichtigsten wirtschaftlichen Hebel, die eine bestimmende Rolle im gesellschaftlichen Prozeß des Landes folglich für das Schicksal unseres Volkes spielen, den Händen einer Handvoll großen Finanziers entrissen und in die Verfügungsgewalt der Nation selbst übergehen.

Die erste wichtigste notwendige Veränderung auf diesem Gebiet muß folglich die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien der Wirtschaft sein. Selbstverständlich handelt es sich nicht darum, alle Produktions- und Handelsbetriebe des Landes zu verstaatlichen. Selbst die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien soll nur allmählich fortschreitend erfolgen. Eine Mindeststufe der Nationalisierung jedoch muß zwangsläufig sofort bei Übernahme durch eine demokratische Regierung erreicht werden. In Anbetracht der Rolle, die das Finanzkapital bei der Kontrolle und der Orientierung der nationalen Geldmittel spielt, muß das gesamte Bank- und Finanzsystem, angefangen bei den großen Banken bis zu den Versicherungsgesellschaften, ebenso sofort verstaatlicht werden.

Diese Nationalisierungen, die gleichzeitig einem sehr großen privaten Sektor die Möglichkeit läßt, innerhalb der nationalen Wirtschaft weiterzuarbeiten, werden das

Finanzkapital an der Quelle seiner Macht treffen und den Einfluß des Monopolkapitals auf das Leben des Landes beträchtlich zurückdrängen.

Durch ihre demokratische Verwaltung, an der sich die Betriebsbelegschaft aktiv beteiligen wird, werden sie sich von den gegenwärtigen Staatsbetrieben unterscheiden. Sie werden einen soliden Stützpfeiler für die Ausarbeitung – in einem ebenfalls demokratischen Verfahren – eines Planes zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung entsprechend den Interessen der Arbeiter und der Nation bilden.

Ein unabhängiges und souveränes Frankreich

Diese Maßnahmen werden darüber hinaus die wirtschaftliche Grundlage der nationalen Unabhängigkeit sichern. Ein demokratisches Frankreich muß in der Tat ein unabhängiges Frankreich sein.

Das ist für uns eine Frage des Prinzips: das französische Volk muß zu jeder Zeit, in jeder Lage souverän über die Führung der nationalen Politik bestimmen können.

Unser Land muß ebenfalls seine völlige Handlungsfreiheit wiedererlangen, um fruchtbare Beziehungen der internationalen Zusammenarbeit mit allen Ländern ohne Diskriminierung herzustellen, um eine aktive Friedenspolitik, eine Politik der Entspannung und der Sicherheit zu verfolgen.

Deshalb sind wir der Meinung, daß Frankreich keinem militärischen Block angehören darf. Deshalb sind wir auch gegen jede Unterordnung unseres Landes unter supranationale Institutionen, wodurch in einem kleinen Europa der Trusts der Weg unseres Landes zum gesellschaftlichen Fortschritt der Willkür der kosmopolitischen Monopole ausgesetzt wäre. Die nationale Unabhängigkeit ist eine Bedingung (sine qua non) für die demokratische Entwicklung.

Ein konstruktives und realistisches Programm

Die Politik, die unser Programm enthält, ist eine neue Politik. Sie bricht radikal mit der antisozialen und antinationalen Politik, die seit Jahrzehnten von der großen Bourgeoisie betrieben wird und in den letzten dreizehn Jahren durch die gegenwärtige Regierung verschärft wurde. Sie schlägt den Werktäglichen, dem ganzen Volk vor, selbst Gründer von unvergleichlichen wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu sein.

Denn es handelt sich wirklich um Reformen. Wenn sich die Kommunisten gegen den Reformismus wenden, d.h. gegen die Theorien und die Praktiken, die beabsichtigen, die zu erzielenden Veränderungen auf einfache Anpassung zu begrenzen, ohne die Herrschaft des Großkapitals in Frage zu stellen, so sind sie für alle Reformen, die der Arbeiterklasse und den anderen Werktäglichen dienen. Wie der Generalsekretär unserer Partei, Waldeck-Rochet sagte, als er das „Manifeste de Champigny“ vorlegte: „Die Kommunisten sind der Meinung, daß die Reformen benutzt werden müssen, um der Stunde des Sozialismus näherzukommen.“

Die Verwirklichung der von uns unterbreiteten Politik schafft die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kampfes der Werktätigen für die sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Diese Politik ist gleichzeitig realistisch und in sich geschlossen. Denn unser Programm begnügt sich nicht damit, die sozialen Ziele voranzutreiben, deren Verwirklichung für die gesamte arbeitende Bevölkerung in der Stadt und auf dem Land ein besseres Dasein bedeuten würde, das sie so notwendig braucht. Es zeigt auch den Weg auf, um diese Ziele zu erreichen. Es definiert detailliert eine Politik, die eine umfassende und harmonische wirtschaftliche Expansion sichert und die gleichzeitig die notwendigen Mittel zur Finanzierung der sozialen Maßnahmen freisetzt.

Wir sind nicht nur „Kritiker“, allerdings wenden wir uns gegen die Politik der U.D.R.-Regierung und ihrer „unabhängigen“ oder „zentristischen“ Verbündeten. Aufbauend auf der Tatsache, daß wir die Hauptkraft, die entschlossenste Kraft der demokratischen Opposition darstellen, sind wir fest entschlossen, diesen Kampf bis zum Ende zu führen, indem wir immer besser unsere avantgardistische Funktion bei Organisation und Führung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes erfüllen. Aber wenn wir diese Rolle einnehmen, so ist es eben darum, weil wir uns nicht darauf beschränken, die Mißstände der Politik der Monopole aufzuzeigen. Wir unterbreiten gleichzeitig für alle Fragen, die sich den Werktätigen des Landes stellen, konstruktive Lösungen, die sich auf eingehende Kenntnisse der wirtschaftlichen Realitäten und der sozialen Bedürfnisse gründen. Demagogie ist nicht unsere Sache. Unsere Sorge um das öffentliche Wohl und unsere Fähigkeit, öffentliche Verwaltungen zu leiten, unser Staatssinn ist bei Millionen von Franzosen bekannt, die die Arbeit von Kommunisten in den Kommunalverwaltungen, die sie leiten, beurteilen können.

Nicht nur, daß uns die Notwendigkeit der nationalen wirtschaftlichen Expansion gleichgültig wäre, mehr noch, wir sehen den gesellschaftlichen Fortschritt nicht isoliert vom wirtschaftlichen Fortschritt. Im Gegensatz zu dem, was sich unter der Herrschaft des Großkapitals abspielt, muß nach unserer Meinung eines mit dem anderen Schritt halten. Für die Erweiterung des Binnenmarktes wird die Erhöhung der Kaufkraft ein Faktor für die wirtschaftliche Expansion darstellen. Die Leitung der Schlüsselindustrien durch die Nation, die effektive und ausgeglichene Planung ihrer Entwicklung, die Entfaltung der Initiativen der Werktätigen werden ebenfalls mächtige Faktoren eines bisher noch nicht bekannten wirtschaftlichen Aufschwungs sein. Dieser wird außerdem von der Steigerung des Tempos der wirtschaftlichen und technischen Revolution profitieren, die befreit wird von den Hindernissen, die mit der einseitigen Orientierung des Monopolprofits zwangsläufig gegeben sind. Umgekehrt wird dieser wirtschaftliche und technische Aufschwung es ermöglichen, neue Etappen für die Befriedigung der Bedürfnisse der Masse des Volkes zu erreichen.

Natürlich behauptet wie gewöhnlich das Monopolkapital, daß die Realisierung unserer sozialen Maßnahmen ein Luxus für Frankreich wäre. Was indes ein Luxus für Frankreich ist, das ist es, die Kaste der vermögenden Privilegierten zu ertragen, die sich auf seine Kosten bereichern. Denn es handelt sich um einen tatsächlichen

Mißbrauch der produktiven Kräfte der Nation, ihrer Finanzmittel, ihrer Arbeitskräfte, den das Großkapital zugunsten seines Profits betreibt.

Die Mittel, um eine soziale Politik zu verwirklichen, existieren

Die Kontrolle der wichtigsten Quellen durch die Nation, eine demokratische Steuerreform, die Abschaffung der enormen überflüssigen Ausgaben, die vom Rüstungswettlauf verschlungen werden, die Ausschaltung der Finanzspekulation – dies alles wird die Finanzmittel, die für die von uns unterbreitete Politik notwendig sind, freistellen.

Weit davon, eine Summe von nicht zu vereinbarenden Maßnahmen, einen Katalog entgegengesetzter Versprechungen vorzulegen, stellt dieses Programm eine Einheit dar. Zudem ist es das Ergebnis einer umfassenden kollektiven Arbeit.

Das Programm reiht sich direkt ein in die Linie der Arbeiten, die auf diesem Gebiet in den letzten Jahren geleistet wurden und die in die außerordentlich umfassende Analyse des aktuellen wirtschaftlich-sozialen Kontextes eingegangen sind, die von der Sektion Wirtschaft des Zentralkomitees unserer Partei mit dem Werk „Der staatsmonopolistische Kapitalismus“ ausgearbeitet wurde. Es steht in Zusammenhang mit den Materialien der Studentage, die von unserer Partei zu den Themen „Für eine demokratische Außenpolitik Frankreichs“ erarbeitet wurden, mit dem Plan für demokratische Reformen im Bildungswesen, der von kommunistischen Lehrkräften unter Beteiligung von Nichtkommunisten ausgearbeitet wurde, mit dem Plan für Steuerreformen, Reformen des Gesundheitswesens, der O.R.T.F. usw.

Unser Programm stützt sich ebenfalls auf die Gesetzesvorschläge, die der Nationalversammlung von kommunistischen Abgeordneten vorgelegt wurden, sowie auf die Arbeiten, die für die Formulierung des „Gemeindevertrages“ durchgeführt wurden.

Das Programm profitiert auch von den zahlreichen Beiträgen in den Versammlungen, Diskussionen, die unsere Partei in mehr als einem Jahr veranstaltet hat und über deren Verlauf man sagen kann, daß es unseren Mitgliedern in der Diskussion unserer Probleme um die Sorge für Frankreich ging.

Ausgehend von diesem umfassenden Material und im Rahmen der im Manifest „Für eine fortgeschrittenen Demokratie, für ein sozialistisches Frankreich“ definierten Prinzipien wurde unser Programm von einem großen Kollektiv von leitenden Funktionären und Mitgliedern, die in den verschiedensten Bereichen tätig sind, ausgearbeitet und fertiggestellt.

Wir glauben, daß noch keine Partei ihr Programm unter Einbeziehung so vieler Fachleute, unter Bekundung eines solchen Verantwortungsbewußtseins ausgearbeitet hat.

Dies war notwendig, denn angesichts der belastenden Probleme, von denen die heutige französische Gesellschaft betroffen wird, geht es nicht darum, einige vage Alternativen in Form eines Wahlprogramms vorzulegen. Es geht nicht darum, die-

Erfahrungen der Vergangenheit zu kopieren. Es ist möglich und notwendig, künftig über die Ergebnisse, die 1936 und 1945 erzielt wurden, hinauszugehen: die Situation des Landes erfordert gegenwärtig entscheidende und unwiderrufliche Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens. Von diesen politischen, wirtschaftlichen, sozialen Veränderungen ausgehend, haben wir unser Programm erstellt.

Dieses Programm entspricht nicht nur den Interessen der Werktätigen, des ganzen Volkes; es entspricht zugleich den höchsten Interessen der Nation.

Ein Programm für Frankreich

Wir Kommunisten lieben leidenschaftlich unser Land.

Schon vor fast 40 Jahren hat unsere Partei durch Maurice Thorez unsere Verbindung „mit den besten Traditionen unseres Volkes, mit all dem, was zur Größe Frankreichs beigetragen hat, mit all dem, das dem menschlichen Fortschritt gedient hat“, ausgedrückt.

Die Französische Kommunistische Partei war diesem Erbe immer treu und wird es auch immer sein. Darum will sie heute die Hindernisse, die der Entfaltung aller schöpferischen Energien unseres Volkes im Wege stehen, die Hindernisse, die die Entwicklung der Nation bremsen, beseitigen. Frankreich verfügt über riesige Schätze, über ein mächtiges Wirtschaftspotential. Seine Arbeiter, seine Bauern, seine Ingenieure und Techniker besitzen eine Tradition in hochqualifizierter Arbeit. Auf allen Gebieten der Kunst, der Bildung und der Forschung weist die Nation Talente auf, die der reichen kulturellen Vergangenheit würdig sind.

Die großen Erfahrungen des Kampfes und der Organisierung der Arbeiterklasse und der anderen Schichten der Werktätigen, ihr hohes politisches Bewußtsein schaffen die Voraussetzung, um mit Sachverstand ihren Platz in der Leitung des Landes zu übernehmen. Die Jugend verlangt nichts anderes, als ihren bahnbrechenden Geist, ihre Energie, ihren Enthusiasmus in den Dienst einer großen Sache zu stellen.

Wir sagen, daß wir dieses riesige Potential freisetzen müssen, daß wir einem neuen Elan des Landes die Tore weit öffnen müssen.

In unserer Epoche geht die soziale Befreiung Hand in Hand mit der nationalen Befreiung. Der Kampf um die Beendigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse ist ein Kampf um die Emanzipation der Nation selbst. Das bedeutet, daß wir sowohl die anarchistische Phrase als auch die reformistische Politik ablehnen, die beide Patriotismus und Anpassung an die große Bourgeoisie miteinander vermengen.

Unser Patriotismus, der aus den besten Quellen unserer Geschichte schöpft, ist ein Appell an die Nation, sich von den „Parasiten, die sie zernagen“ zu befreien. Weil wir unser Land lieben, wollen wir es vom Joch der Finanzherren, die es unterdrücken und bevormunden, befreien.

Große nationale Aufgaben stehen auf der Tagesordnung: eine ausgeglichene und schnelle Entwicklung der Wirtschaft sichern, die wissenschaftliche und technische Revolution vorantreiben und sie in den Dienst des Menschen stellen, der sozialen Ungleichheit und der Existenzunsicherheit ein Ende setzen; eine größtmögliche

Anzahl in die Verantwortung einbeziehen; Egoismus, Gewalttätigkeit und Haß zurückdrängen; Frankreich einen Platz in der Welt einräumen, der seiner Vergangenheit würdig ist und der ihm volle Handlungsfreiheit im Dienste des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern sichert.

Unser Regierungsprogramm legt die Bedingungen und die Mittel zur Lösung dieser großen Probleme dar.

Indem wir für seine Durchsetzung kämpfen, kämpfen wir für die Erneuerung und die Emanzipation Frankreichs, für sein Glück. Dieser Kampf steht nicht im Widerspruch zu unseren internationalistischen Pflichten – im Gegenteil, er bildet eine Einheit mit ihnen. Unsere laufenden Aktionen zur Unterstützung der im Kampf gegen die Aggression des amerikanischen Imperialismus stehenden Völker Indochinas, für die Befreiung von Angela Davis, für die Solidarität mit allen Völkern und Bewegungen, die für den sozialen Fortschritt, für nationale Unabhängigkeit, für Frieden und Sozialismus eintreten, zeigen deutlich die Bedeutung, die wir diesen Aufgaben beimessen.

Unsere Ziele waren niemals egoistisch und werden es auch nie sein. Wir wollen nicht eine Ausbeutung durch eine andere ersetzen. Wir kämpfen weder aus Rache, noch um des Triumphes einer Idee willen. Im Gegenteil. Indem sich die Arbeiterklasse befreit, befreit sie alle unterdrückten Schichten, die Nation selbst. Bereits heute wird der Kampf gegen die große Bourgeoisie von der Bewegung aller gesunden Kräfte der Nation, von dem arbeitenden Frankreich mit seinem Reichtum und seiner Manigfaltigkeit getragen.

Die Volkskräfte vereinigen

Wir, Kommunisten, sind diejenigen, die die Kräfte zusammenführen. Wir wollen in der Aktion die Arbeiter und Intellektuellen, in der Stadt und auf dem Land, Christen und Nichtchristen, all diejenigen, die unter der ersticken Herrschaft des monopolistischen Großkapitals und seiner Regierung zu leiden haben, vereinigen.

Wer, in der Tat, kann diese Politik der sozialen, demokratischen und nationalen Erneuerung, die unser Programm empfiehlt, verwirklichen? Diese Aufgabe muß das Werk einer demokratischen Regierung sein, die aus der arbeitenden Nation hervorgeht und sich auf sie stützt, einer Regierung der Volkseinheit, in der unsere Partei den Platz einnimmt, der ihr zukommt.

Die Französische Kommunistische Partei hat immer im Dienste des Volkes und der Nation gestanden. Als Partei der Arbeiterklasse hat sie seit einem halben Jahrhundert dieser das Bewußtsein seiner Rolle als Erbe und als weiterführende Kraft der besten Traditionen unseres Landes gegeben. Sie hat sie dahin geführt, sich die Werte der Freiheit, des Fortschritts und des Humanismus, die von der Bourgeoisie verraten wurden, zu eigen zu machen und sie wiederzubeleben. Sie hat sich an die Spitze der Aktion gestellt, um alle Opfer des Kapitalismus, alle Volkskräfte im Kampf um die Herrschaft der Nation durch die Nation selbst zusammenzuführen.

In den 30er Jahren hatte unsere Partei eine entscheidende Rolle bei der Realisierung der Einheit der Arbeiterklasse, beim Zustandekommen der Allianz zwischen der Arbeiterklasse und den Mittelschichten, im Sieg der Volksfront eingenommen, die es ermöglichte, die faschistische Gefahr einzudämmen und die der Gesamtheit der französischen Werktätigen so viel Nutzen brachte.

Unsere Partei hat eine entscheidende Rolle in der nationalen Resistance gegen den Hitlerfaschismus und bei der Ausarbeitung des Programms der Erneuerung des Nationalrates der Resistance gespielt. Nach der Befreiung hat sie ihren Teil am Wiederaufbau Frankreichs geleistet und alles getan, um ihm den Weg zu einer neuen demokratischen Entwicklung zu öffnen.

Wenn Millionen Werktätige und Demokraten heute ihr Vertrauen in die Französische Kommunistische Partei setzen, so deshalb, weil sie wissen, daß sie mit ihr rechnen können, wenn es darum geht, ihre Interessen und die höheren Interessen des Landes zu verteidigen, Kompromisse abzulehnen, wahrhaftig um Demokratie und Sozialismus zu kämpfen.

Alle Erfahrungen unseres Landes überzeugen sie: *Es gibt keine Politik des sozialen und nationalen Fortschritts, die ohne Kommunistische Partei in Frankreich möglich wäre.*

Was uns betrifft, so erheben wir keinerlei Ansprüche auf irgendwelche Vorrrechte, auf irgendwelche Hegemonie. Wir sind für eine demokratische Formierung, für eine Zusammenarbeit zwischen Partnern, die ihre Persönlichkeit bewahren, über dieselben Recht und Pflichten verfügen und das auf der Grundlage eines gemeinsamen Engagements, dem wirksamen Kampf für eine demokratische Veränderung des Landes, für seinen Weg zum Sozialismus.

Für uns, in der Tat, ist die Einheit nicht Selbstzweck. Sie wird nicht darin bestehen, die Arbeiterklasse und die Masse des Volkes zum Schlepptau dieser oder jener Fraktion der Bourgeoisie zu machen. Niemand darf sich in dieser Beziehung Illusionen machen: die Französische Kommunistische Partei wird niemals als Trittbrett politischer Spekulationen dienen, die unter diesem oder jenem Etikett mit der Bildung einer kapitalistischen Interessen vertretenden Regierung enden würde.

Das, was unser Land, das, was unsere Werktätigen erwarten, das ist etwas anderes, das ist eine wirkliche Veränderung, eine Politik, die endlich reelle und neue Lösungen der dringenden Probleme, die sich stellen, bringt. In diesem Geist haben wir das Regierungsprogramm ausgearbeitet, das wir dem Land unterbreiten.

Es ist kein Programm, das man annehmen kann oder nicht. Wir sind bereit, es zu jeder Zeit mit der Sozialistischen Partei sowie mit den anderen demokratischen Parteien zu diskutieren mit dem Ziel, ein wirkliches politisches Übereinkommen zu treffen, zu einem wirklich *gemeinsamen Regierungsprogramm* zu kommen.

Die Zuspitzung der Krise in unserem Land, die gefährliche Verschärfung der autoritären und antisozialen Politik der Regierung, die wachsende Unzufriedenheit des Volkes machen die Ausarbeitung eines solchen Programms zu einer dringenden Aufgabe der Linksparteien.

Der Regierung würde so die Waffe entrissen, die das Fehlen einer dauerhaften Verständigung der demokratischen Gruppierungen bis heute darstellt. Es würde

die Entwicklung der großen Bewegung der Mehrheit begünstigen, die in der Lage ist, die Macht des Großkapitals zu zerschlagen. Es würde für die Werktätigen eine Garantie für die Sicherung der Zukunft darstellen, wenn sich die demokratischen Parteien feierlich vor dem Lande verpflichten, dieses gemeinsam ausgearbeitete und verteidigte Programm morgen zusammen in der Regierung zu realisieren.

Doch hat unsere Partei niemals ihren Kampf gegen die Macht der Monopole und für die Errichtung einer neuen demokratischen Herrschaft von dem Verlauf der Diskussionen zwischen den Führungsspitzen abhängig gemacht. Vor allem durch die Entwicklung der Aktionen „an der Basis“, in den Betrieben, den Quartiers, in den Städten und Dörfern durch die Einheit der Arbeiter und der demokratischen Kräfte, wird die Einheit aller Volkskräfte geschmiedet.

Deshalb werden die Kommunisten weiterhin die Aktion für die Rechte und Freiheiten, für Unabhängigkeit und Frieden vorantreiben und organisieren. Deshalb werden sie auch das Regierungsprogramm, das sie vorschlagen, überall bekannt machen.

Dieses Programm betrifft tatsächlich das ganze Volk.

Zunächst weil wir Lösungen zu Problemen anbieten, die tatsächlich Probleme des Volkes sind. Und dann, weil die Veränderungen, die wir vorsehen, nur mit der breiten Masse des Volkes unseres Landes verwirklicht werden können. Wir wollen heute ihre Unterstützung so wie wir sie morgen zur Mitarbeit auffordern werden.

Wir wollen deshalb nicht nur, daß sie unsere Vorschläge kennen, sondern daß sie diese diskutieren, daß sie uns ihre Meinung sagen, daß sie diese Vorschläge unterstützen.

Indem die Französische Kommunistische Partei Frankreichs dieses „Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit“ den Männern und Frauen unseres Landes unterbreitet, wird sie erneut ihrer Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse und der Nation gerecht. Sie zeigt ihre Fähigkeit, gleichzeitig den unmittelbaren Interessen ihres Volkes und der Zukunft Frankreichs zu dienen.

Aus unserem Land ein modernes, friedliches, freies und glückliches Frankreich zu machen, ein Frankreich, das mutig den Weg zum Sozialismus geht, das ist der Sinn unseres Daseins, das ist der Sinn unseres Handelns.

Erkenntnistheorie

Heft 1/72 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1972, 167 Seiten, Format 23 x 15 cm, Preis DM 8.-. (Abonnement 4 Hefte pro Jahr DM 26.-)

Das Heft bringt Aufsätze zu folgenden Themen:

Karl Marx und die dialektisch-materialistische Abbildtheorie; aktuelle Probleme der Leninschen Abbildtheorie und der ideologische Kampf in der Gegenwart; Lenins Begriff der Wahrheit; Allgemeingültigkeit des marxistisch-leninistischen Begriffs „objektive Wahrheit“; Aktivität des Subjekts und Widerspiegelung; Lenins Auffassung der Subjekt-Objekt-Dialektik; Spezifik der Erkenntnis sozialer Erscheinungen; Zusammenfallen von Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie; zum Strukturalismus. Das Heft enthält ferner eine Bibliographie zum Thema.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
D-6000 Frankfurt/Main 1, Liebigstraße 6, Tel. 06 11/72 49 14

Philippe Herzog

Grundsätze und innerer Zusammenhang der Wirtschaftspolitik im Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit

Aus: *economie et politique*, Paris 1971, Heft Nr. 208

I. Wesentliche Grundsätze zum Handeln – gesteckte Ziele

Das wirtschaftspolitische Programm enthält drei Hauptziele: ständige Steigerung des Lebensstandards, wirtschaftliche und politische Demokratie, nationale Unabhängigkeit. Dazu sei zunächst angemerkt, daß die Verbesserung des Lebenstandards, wie sie im Programm vorgesehen ist, eine Veränderung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse zur Voraussetzung hat.

Trotz aller Versprechungen der gegenwärtigen Regierung werden die Bedürfnisse der Menschen nicht befriedigt. Dabei steigt die Produktionsrate ständig an. Wenn die Kaufkraft auch nicht unverändert bleibt, so steigt sie doch langsamer, und das ist auf die unproduktiven Kosten, die Vergeudung, die Überinvestitionen und die Ausrichtung auf den Exportmarkt zurückzuführen. Im übrigen ist diese langsame Kaufkraftsteigerung nur ein Anzeichen dafür, daß beim Lohn ein nur teilweiser Zugewinn als Folge des Kampfes der Werktätigen gegen die Abschwächung der Folgen einer Abwertungstendenz bei den Arbeits- und Lebensbedingungen verzeichnet werden kann.

Nach unserer Meinung muß die Produktion unmittelbar den Bedürfnissen entsprechen. Aber nicht die erfüllbare Nachfrage bestimmt die wahren Bedürfnisse, ebenso wenig die Marktforschung. Darüberhinaus besitzt der Kapitalist weder eine ihm angeborende Kenntnis über noch die Erfahrung von den Bedürfnissen seiner Umwelt. Die Produktion muß den Bedürfnissen angeglichen werden. Um dies zu erreichen, müssen die politische und ökonomische Demokratie erweitert werden. Unsere hauptsächlichen Zielvorstellungen stehen also untereinander in Wechselbeziehung. Ihre Verwirklichung hängt von grundlegenden Veränderungen ab, die zunächst auf staatlicher Ebene, dann in den Betrieben erfolgen müssen, wo sich die untersten Strukturen der monopolistischen Macht, mit der gebrochen werden muß, aufbauen. Ohne Veränderungen der politisch-ökonomischen Verhältnissen können diese Zielvorstellungen nicht verwirklicht werden. Werden aber diese Veränderungen wie bei jedem Anfang den Zielen etwa entgegenstehen? Das Gegen teil des Bestehenden herstellen, heißt jedoch die Kohärenz und den Realismus des demokratischen Programms zustandebringen. Indem wir nun diesem Regierungsprogramm in seinen einzelnen Abschnitten folgen, wollen wir in diesem und späteren Beiträgen versuchen, die politischen Verantwortlichkeiten und den Gesamtzusammenhang des Programms (der dazugehört) hinsichtlich der Produktion und das Verhältnisses Staat-Wirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene genau darzulegen und zu erläutern.

1. Drei grundlegende Zielvorstellungen

Die gaullistisch-zentralistische Regierung behauptet nach einem Zögern zynisch, daß der VI. Plan drei Hauptziele verfolge: Verbesserung des Lebenstandards der Massen, die Entwicklung von Demokratie im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sowie die nationale Unabhängigkeit. Tatsächlich aber stehen der VI. Plan und die gegenwärtige Regierungspolitik mit allen Mitteln der Verwirklichung solcher Zielvorstellungen entgegen geschweige denn, daß ihnen überhaupt entsprochen wird. Diese drei Ziele – Verbesserung des Lebensstandards, Demokratie und nationale Unabhängigkeit (und nicht nur Autonomie, die nicht ohne echte Grundlagen der Unabhängigkeit bestehen kann) – sind tatsächlich Ziele der Kommunisten und von der heutigen Regierung nur als Schlagwort gebraucht. In jedem Abschnitt des demokratischen Regierungsprogramms, in jeder Maßnahme, die seine Durchführung gewährleisten wird, kann und wird jedermann eine konkrete Antwort auf diese drei Zielvorstellungen finden.

2. Wie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt aufeinander abgestimmt werden können.

Wenn die Werktätigen sich erheben, um ihre Arbeits- und Existenzverhältnisse zu verbessern, rechtfertigt die Macht der Monopole ihre Ablehnung mit der Behauptung: „Man kann nicht alles auf einmal machen“, schließlich seien die Finanzmöglichkeiten der Nation begrenzt.

In der französischen Gesellschaft von heute stehen die bedeutenden Entwicklungsmöglichkeiten des technischen Fortschritts und des Fortschritts der Produktionskapazitäten ständig und immer stärker in umgekehrtem Verhältnis zu der anhaltenden und wachsenden Nichtbefriedigung der Bedürfnisse, die durch den wirtschaftlichen Wandel entstehen und sich dauernd ändern. Die Übereinstimmung zwischen Produktion und Bedürfnissen kann daher nur durch die Arbeiterschaft und die anderen demokratischen Kräfte herbeigeführt werden. So müssen von jetzt an die materiellen Möglichkeiten dieses bedeutenden Fortschrittes und die Existenzbedingungen der Massen auf einen Nenner gebracht werden. Allein das Gesetz der Akkumulation und des monopolistischen Profits stellt sich solchen Fortschrittsbemühungen entgegen. Hinzukommt, daß gegenwärtig ein bedeutender Teil dessen, was die Statistik als Produktivitätszuwachs ausweist, tatsächlich nur Arbeitsintensivierung ist. Die beträchtlichen technischen Veränderungsmöglichkeiten, die sich durch den wissenschaftlichen Fortschritt ergeben, bleiben aber weitgehend ungenutzt. Die technischen Wandlungen sind ihrerseits von Verlusten an nationalen Einnahmequellen begleitet, insbesondere durch die ungenügende Ausbildung der Werktätigen. Es zeigt sich immer mehr, daß eine bessere Ausbildung der Werktätigen, ihre stärkere Initiative im Arbeitsprozeß, berufsgerechter Einsatz im Arbeitsprozeß und für die Werktätigen günstigere Freizeitmöglichkeiten zur Wiederherstellung der Arbeitskraft absolut notwendig sind, um echte Ergebnisse aus dem

technischen Fortschritt und in der Produktion zu erreichen, so wie das heute in der Tat möglich ist.

Den Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung tragen, heißt also auch, weitgehende Möglichkeiten für den technischen Fortschritt eröffnen¹.

Denn werden die unmittelbaren Ansprüche der Werktägigen befriedigt, trägt man ständig und unmittelbar ihren individuellen und kollektiven Bedürfnissen Rechnung, so wird die Produktion keineswegs gelähmt. Im Gegenteil, gerade darin liegen die notwendigen Voraussetzungen für neue und maßgebliche Entwicklungen in der Produktion. Und von hier ist auch das Kohärenzprinzip unseres Programmes zu sehen, das auf der engen Verbindung zwischen unseren Zielvorstellungen (soziale Bedürfnisse) und unseren Mitteln (technischer und produktiver Fortschritt) beruht.

Allein durch demokratische Betriebsführung und Kooperation zwischen den einzelnen Unternehmen werden die Probleme der Werktägigen zu lösen sein, Probleme, die durch den von den Bedürfnissen angeregten Produktionsauftrieb gestellt sind. Dennoch genügt die demokratische Betriebsführung allein nicht. Um den Zusammenhang der Anstrengungen sicherzustellen, Vergeudung und Interessenkonflikte zu vermeiden, werden die demokratische Regierung und die Werktägigen Regelungen für die Koordinierung zu treffen haben und entsprechende Verbindungsstellen für die verschiedenen Unternehmen und deren wirtschaftliche Aktivitäten, insbesondere auf nationaler Ebene, schaffen müssen. Die Anhebung der kollektiven Bedürfnisse, die Lösung der Probleme des Verkehrs, der Energieversorgung, des Wohnungsbau, außerdem der Spitzentechniken erfordern unbedingt eine Koordinierung auf nationaler Ebene.

3. Kein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ohne Bruch mit dem gegenwärtigen System

Um nun die kurz umrissenen Ziele zu erreichen, um die Produktion mit den Bedürfnissen in Einklang zu bringen, sind grundlegende Veränderungen der gegenwärtigen Lage notwendig, insbesondere was den Staatsapparat und die Produktionsverhältnisse angeht. Um vom Gesetz des Profits weg- und zum Gesetz der Bedürfnisse der Arbeiterklasse hinzukommen, muß der Produktions- und Staatsapparat dem Griff des Großkapitals entzogen und die staatliche Interventionsmethode im wirtschaftlichen und sozialen Bereich radikal umgewandelt werden.

Denn die kapitalistische Akkumulation reißt alles an sich und verschwendet es oder treibt die Produktivkräfte in Richtungen, die nicht zum Frieden oder zur Kooperation der Völker führen. Deshalb ergibt sich die demokratische Nationalisierung der wichtigsten Monopolgruppen in den Schlüsselindustrien unseres Landes von selbst. Gleichzeitig muß aber sichergestellt sein, daß das Großkapital bei Ausschaltung, Aufteilung oder Kontrolle nicht seine Produktions- und Finanz-

¹ Vgl. Kapitel 2 des „Traité marxiste d'économie Politique“, 2 Bände, Paris 1971, editions sociales. Deutsche Ausgabe 1972 im Dietz-Verlag Berlin (DDR), Lizenzausgabe für die BRD: Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main.

kapazitäten ins Ausland oder in nicht nationalisierte Produktionszweige transfiert, sich so der nationalen Einnahmequellen bemächtigt und zu diesem Zweck sich sogar der nationalisierten Unternehmen bedient. Gewiß besteht dabei die Gefahr einer gewissen Lahmlegung der Einnahmequellen, d.h. der Arbeitsergebnisse und darüberhinaus das Entstehen von Schwierigkeiten, die einen Rückschlag für die demokratische Bewegung bedeuten können.

Deshalb enthält die neue ökonomische Politik, wie sie im demokratischen Plan und in anderen Formen von Koordinierungs- und Eingliederungsvorschlägen für Unternehmen dargelegt sind, einen doppelten Aspekt:

- Erweiterung und Unterstützung der demokratischen Betriebsverwaltung und der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit, wodurch die Nationalisierung der wichtigsten Unternehmen bedingt ist.
- Ausübung staatlichen Zwanges auf das Großkapital und alle Arten der monopolistischen Akkumulation.

4. Voraussetzungen zur Lenkung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

Die Voraussetzungen für eine echte Lenkung der nationalen Wirtschaftsentwicklung werden im Kampf gegen die Kapitalakkumulation geschaffen. Im Versuch, eine Einheit des Produktionsfortschritts auf allen Ebenen (Betrieben, Unternehmensgruppen, Gemeinden, Regionen, Land) und die Befriedigung der Bedürfnisse zu erreichen, werden die Voraussetzungen dazu erreicht. Und dies ist eine Forderung unserer Zeit. Infolge des in unserem Lande bereits bei den Produktivkräften erreichten Vergesellschaftungsgrades sind vor allem die Werktägigen der Großbetriebe in den Spitzenbereichen gehalten, ständig über die Eingliederung ihrer Aktivität in die Gesamtheit der Nation nachzudenken. Dieses Großprojekt, und jene Massenproduktion haben Rückwirkungen für die Gemeinschaft insgesamt und das wollen und müssen die Werktägigen erkennen.

Die ökonomische Politik der Monopolmacht bekommt die Gesamtwirtschaft nicht in ihren Griff. Der Staat hat die Entwicklung nicht in seiner Hand; er bemüht sich wohl, sie zu lenken, sie zu kanalisieren, hauptsächlich aber zu versuchen, wie die vom Stellenwert des Monopolkapitals aufgeworfenen Probleme gegenüber der wachsenden Vergesellschaftung der Produktivkräfte gelöst werden können. Deshalb erfordert die Herrschaft der Werktägigen über die sozio-ökonomische Entwicklung, die aber erst nach der Enteignung des Monopolkapitals möglich ist, eine Demokratisierung des Plans.

Die Ausarbeitung des demokratischen Plans und eine echte, kollektive Disziplinierung der Arbeit sind grundlegende Ziele. Sie geben in zweifacher Weise den Weg für eine wachsende Herrschaft der Werktägigen über die nationale Wirtschaftsentwicklung² frei:

² Bezuglich einer theoretischen Betrachtung einiger Probleme zu Spielregeln der „Democratie avancee“, zu deren Aufbau dieses Programm entworfen wurde, sei auf den Aufsatz von Paul Boccardi in „Economie et politique“ vom September 1971 verwiesen.

1. Ausdruck und demokratische Koordination der besonderen Interessen münden in eine konkrete Bestimmung der Allgemeininteressen ein. Der Kapitalismus hinterläßt eine wirtschaftliche und politische Struktur, in der sich die Interessenkämpfe überschlagen, in der das Interesse einer kleinen Gruppe die Interessen der Massen zerstört, in der auch die Drosselung der Fähigkeiten der Werktätigen und aller Produktionsmöglichkeiten sowie die ungleiche Entwicklung zum Ursprung der (wenn auch zweitrangigen) Aufsplitterung der Werktätigen werden. Deshalb muß gegen die monopolisierte Minderheit gekämpft und daneben die Voraussetzungen eines Ausgleichs der Interessen der Werktätigen und aller nichtmonopolistischen Schichten geschaffen werden, insbesondere indem man die Wurzeln der ungleichen Entwicklung angeht und die Ausbildung der Werktätigen sicherstellt.

2. Das nationale Interesse (das mit dem Interesse der Werktätigen übereinstimmt) wird durch das Monopolkapital verschleudert. Werden aber die Voraussetzungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts für das ganze Volk geschaffen, handelt die neue Regierung nicht „nationalistisch“. Im Gegenteil, sie gibt sich dadurch die Mittel für eine Politik weitgehender wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowie einer Friedens- und kulturellen Austauschpolitik in die Hand.

Um wirklich international sein zu können, muß ein Volk vorab die Lenkung seiner eigenen Entwicklung erreicht haben.

5. Wie das Programm verwirklicht werden kann

Die Verwirklichung des Programms in *kontinuierlicher* Weise führt zu einem höheren Wohlstand, als er heute besteht. Die genauen Formen der Veränderungen, ihr fortlaufender Rythmus werden demokratisch bestimmt sein. Dabei darf die Verantwortlichkeit der neuen Regierung nicht beiseite gelassen werden: eine Moratoriumspolitik liefe Gefahr, die Bewegung rückläufig werden zu lassen und den echten sozialen Fortschritt zu verzögern. Vom ersten Tage eines neugewählten Parlaments müssen die Institutionen verändert werden (einleitende Maßnahmen zur Erweiterung der Demokratie), ebenso sind die Produktionsstrukturen, der Finanzierungskreislauf (Nationalisierung) zu verändern. Es muß ein erster Bruch mit dem gegenwärtigen System vollzogen werden und dies mit Hilfe der politischen Mobilisierung der bereits vorhandenen demokratischen Kräfte, die wiederum weitgehend durch diese Maßnahmen mobilisiert werden.

Außerdem wissen wir ja, daß das Monopolkapital der Gegenwart direkt und wachsenden Einfluß auf alle Hebel der Staatsmacht und alle ökonomischen Grundlagen ausübt, um seinen Profit zu gewährleisten, beziehungsweise zu erweitern. Es stellt sich daher unaufhörlich und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den fortschrittlichen Kräften entgegen und zwar so hart, daß die Nationalisierung, d.h. die Realisierung, der ersten Form demokratischer Betriebsverwaltung und Koordination der Hauptunternehmensgruppen und Industriezweige innerhalb einer Legislaturperiode gesichert werden kann, weil sie gesichert werden muß.

II. Nationalisierung und demokratische Betriebsverwaltung

Nationalisieren heißt eine Reihe von Voraussetzungen schaffen, um das Unternehmen voll und ganz in Volkseigentum überzuführen, so daß es den Interessen der Bevölkerung und nicht denjenigen des Monopolkapitals dient.

Das bedeutet institutionelle Veränderung (aus juristischer Sicht Eigentumsverhältnisse, Unternehmensverfassung, Stellung der Belegschaft), wirft Fragen der demokratischen Unternehmensorganisation und der Kooperation mit anderen Unternehmen sowie die Frage nach dem Verhältnis Staat-Unternehmen auf. Der Staat soll nicht der Verwalter des Betriebes sein. Dieser steht auch nicht unter Selbstverwaltung; denn ohne Kooperation und Plan kann das Unternehmen nicht in seinem ganzen Umfang dem Volke dienen.

Nationalisieren erfordert eine Strategie, für die die Regierung die Verantwortung trägt: das kann natürlich nicht einfach die Fortsetzung der Auseinandersetzung um Forderungen sein. Das Monopolkapital ist mit der Hydra zu vergleichen (viele Köpfe, viele Schlingarme). Diese müssen zum einen abgeschlagen und abgebunden werden, zum anderen aber müssen neue Formen gefunden werden, wobei auch manches zu vermeiden ist. Gleichzeitig muß die Steuerung der gesamten Bewegung durch eine Kontrolle über alle wichtigen Bereiche der Nationalisierung gewahrt werden.

1. Die Kooperation in Gang bringen, um sie an die Stelle der monopolkapitalistischen Akkumulation zu setzen

Gegenwärtig ist die Produktion der Erneuerung und Verwertung des privaten Kapitals unterworfen; ihr Ziel ist der Profit, der vom Kapitalisten geschluckt wird, um sein Kapital zu vergrößern. Diesem Kreislauf der Akkumulation muß in den Betrieben und jenen Bereichen ein Ende gesetzt werden, die als Grundlagen und Hauptmotoren der nationalen Wirtschaft gelten.

Das nationalisierte Unternehmen ist an zwei grundlegenden Merkmalen zu erkennen (die den Charakter des gesellschaftlichen Besitzes ausmachen). Einerseits muß die Betriebsverwaltung Sache der Werktätigen werden und darf nicht mehr dem Profitgesetz unterworfen sein. Andererseits muß die Aktivität des Unternehmens nach der Planorientierung erfolgen und ein Kooperationsverhältnis mit anderen Unternehmen eingehen, was im gemeinschaftlichen Interesse geschieht.

Ein einzelnes nationalisiertes Unternehmen könnte in der Gesamtheit der kapitalistischen Industrie nur eine Insel sein, wenn es nicht zum Instrument des Kapitals würde. Es ist also wirklich nur dann „volkseigen“, wenn im Rahmen des Planes das Gesetz der Kooperation, was das Unternehmen betrifft, das Gesetz der Konkurrenz ersetzen kann. Selbstverständlich schließt die Kooperation den Wettbewerb ein, widersetzt sich aber der ökonomischen Konkurrenz.

Das nationalisierte Unternehmen ist also normalerweise kein Staatsbetrieb, so als wäre der Staat Eigentümer und Betriebsverwalter. Gewiss hebt der Staat das juristische Eigentum des Monopolkapitals auf und führt die Maßnahmen, die daraus

folgen durch (Anteilsrückkauf). Hierin liegt einer der ersten notwendigen Schritte, um den Betrieb allmählich in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Doch handelt der Staat im Namen des Volkes und für das Volk; es gibt also keineswegs eine staatliche Besitzergreifung.

Den Unternehmen muß ein Statut gegeben werden, in dem weitgehende Verwaltungsautonomie für die dort Arbeitenden festgelegt ist.³

Bezüglich des Verhältnisses zwischen Unternehmen und seiner Umgebung wirken der Staat, die Organisationen der Werktätigen, Vertreter anderer nationalisierter Unternehmen und deren Berechtigte sowie die kommunalen, regionalen und nationalen Abgeordneten bei der Regelung anstehender Fragen mit.

Die Autonomie der Betriebsführung reicht aber nicht dafür aus, daß das Unternehmen seine Aktivitäten im kollektiven Interesse entwickeln kann. Die gesellschaftlichen Wechselbeziehungen (Interdependenz) der Produktionsvorgänge erfordert, daß eine Aktivitätenkooperation diese Autonomie ergänzt und außerdem dazu beiträgt, deren Inhalt zu präzisieren. Auch hier müssen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit bei den Mitteln beachtet werden, ebenso die Interessen der Werktätigen aus den verschiedensten Betrieben und Regionen, wie sie im nationalen Plan festgelegt sind. Mit diesem Plan werden nun nicht einfach die Formen von Teilkordinationen erweitert. Er ist, insbesondere zu Beginn der demokratischen Veränderungen, das geeignete Mittel zur Konzeption und für die Kohärenz der neuen Formen in Betriebsverwaltung und Kooperation.

Die Bereitstellung der in den verschiedenen Betrieben und Bereichen zur Verfügung stehenden Gelder muß also zum Teil zentral erfolgen und zwar unter der Kontrolle demokratischer Institutionen.

Dafür zwei wichtige Gründe:

1. Die nicht unmittelbar rentablen, gesellschaftlich jedoch unabsehbaren Aktivitäten werden nun nicht mehr auf dem Papier stehen gelassen, sondern sie werden weitgehend ausgebaut. Deshalb kann der Rückgriff auf staatliche Gelder nicht die einzige Finanzierungsmethode sein, insbesondere deshalb nicht, weil dadurch die einseitigen Akkumulationstendenzen im Unternehmen unangefochten blieben. Eine teilweise Umschichtung der Gewinne muß demnach zwischen den Betrieben eingerichtet werden, was als finanzieller Ausdruck zwischenbetrieblicher Kooperation angesehen werden muß.

2. Im gleichen Sinne darf die Verwendung von Produktionsgeldern nicht mehr nur auf den jeweiligen Betrieb bezogen werden; sie müssen auch Maßnahmen erlauben, die verschiedenen Einheiten, bei Produktion, Vermarktung und Dienstleistung, an Aktivitäten des gemeinsamen Interesses heranzuführen. Geschieht dies nicht, bleiben die zwischenbetrieblichen Vereinbarungen – wie es bis auf den heutigen Tag geschieht – der Profitsucht eines jeden Betriebes untergeordnet und sind somit Ursache von Unstabilität, Auflösung, keineswegs den Bedürfnissen entsprechend und damit der eigentliche Ausdruck von nicht-gesellschaftlicher Organisation.

Die Zentralisierung der in der Produktion zur Verfügung zu stellenden Geld-

³ Vgl. die Ausführungen des Kapitels 10 des „Traité marxiste d'économie politique“.

mittel (für die die zentrale Regierung die Verantwortung trägt und deren Auszahlung eher über gesonderte Finanzkanäle als über den staatlichen Haushalt erfolgt) sollte während der ersten Zeit, etwa eine Legislaturperiode lang, nur auf Teilgebieten durchgeführt werden. Tatsächlich sollte nämlich jedes nationalisierte Unternehmen bestrebt sein, einen bedeutenden Nutzungszuwachs zu erreichen. Dabei wird dann das bestgeführte Unternehmen nicht über eine Gewinnumverteilung bestraft werden, es sollte vielmehr ein Ansporn für die anderen sein. Es wird deshalb nur über einen Teil des erwirtschafteten Mehrwertes verfügen können und dies nicht nur, um eine bessere Bezahlung seiner Werktätigen durchzusetzen sondern auch, um weitgehend auf Kooperationsbasis neue Aktivitäten zu entwickeln. So verliert der dem Unternehmen zur Verfügung stehende Mehrwert den Charakter des akkumulierten Profits. Dieser zentralisierte und im Rahmen der zwischenbetrieblichen Kooperation umverteilte Mehrwert erscheint dann nicht als Strafe, dagegen als Erfolgsanzeige für die Werktätigen, die am Erfolg ihres Betriebes teilhaben und dank dessen auch andere Betriebe ihre Produktion im Interesse aller Werktätigen und des ganzen Landes weiterentwickeln werden können; dies gilt wechselseitig. Und so werden der materielle und moralische Anreiz mit der Bildung von Mehrwert in der betrieblichen Nutzung verbunden.

Die Produktionsauswahl eines Betriebes wird durch die individuellen und kollektiven Bedürfnisse auf Grund des Prinzips der ökonomischen Mittel bestimmt und ist damit nicht dem Prinzip der direkten Rentabilität untergeordnet. Wenn dies so gesehen wird, dann ist das Unternehmen erst richtig rentabel, denn es erzielt einen beträchtlichen Einnahmenüberschuß gegenüber den Kosten. Seine Geschäftsführung wird ausgeglichen sein, weil es seine Geldmittel aus seinem produktiven Ergebnis in Anrechnung des Quotenanteils zu anderen gesellschaftlichen Aktivitäten erhält.

2. Kriterien zur Nationalisierung

Die Nationalisierung hat nichts mit einem hoheitlichen Akt der neuen Regierung zu tun, vielmehr ist sie ein demokratischer Vorgang, dessen Notwendigkeit sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Produktionsaktivitäten ergibt. Die monopolistische Akkumulation wird dadurch gedämpft, ja aufgehoben. Die neue Regierung wird dem Volk die Mittel des ökonomischen und sozialen Fortschritts durch die Betriebsverwaltung, die Koordination und die demokratische Kontrolle wiedergeben (und somit wird eine politische Handlungsweise dieser Regierung erforderlich).

Es müssen gerade jene Industrien nationalisiert werden, die auf Grund ihres Stellenwertes in der nationalen und internationalen Arbeitsteilung wichtige Aufgaben für eine große Zahl anderer Produktions-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe erfüllen, sei es für den laufenden Produktionsgang, für die Vermarktung und die Forschung oder sei es für die Ausweitung an Kapazitäten bei Arbeitskräften und Technikern (beide Kriterien stimmen weitgehend überein). Hierbei handelt es sich um lebenswichtige Unternehmen, die der Befriedigung individueller und kollektiver

Bedürfnisse sowie dem Ausbau der Arbeitsplätze und der Ausbildung der Werktäten der regionalen Entwicklung und der internationalen Kooperation dienen.

Die Nationalisierung darf nicht für Einzelfälle ins Auge gefaßt werden, sondern sollte *gruppenweise* erfolgen, wobei den objektiven Vergesellschaftungsformen der gegenwärtigen Produktionseinheiten Rechnung getragen werden muß. Genauer gesagt, sie sollte sich auf *ganze Unternehmensgruppen* oder auf *Produktionsbereiche* erstrecken.

Innerhalb der großen Industriegruppen mit oftmals internationalem Zuschnitt, die mit einem bedeutenden technischen und produktiven Potential ausgerüstet sind, erfolgen gegenwärtig Formen der Spezialisierung, des Austausches und der Koordination, die zur wechselseitigen Abhängigkeit zahlreicher Unternehmen untereinander führen. Im wesentlichen müßten also jene, die Hauptindustriebereiche beherrschenden Gruppen wie Luftfahrt-, Elektronik-, chemische, Erdöl- und eisen-schaffende Industrien, die Elektromechanik-, Erz- und Metallindustrien, die ihrerseits wiederum in verschiedenen Bereiche hineinragen, nationalisiert werden.

Außerdem müßten die wichtigsten Schlüsselunternehmen der Wirtschaft, ob sie nun gewissen Gruppen angehören oder nicht, nationalisiert werden. Dabei kann es sich in Einzelfällen sogar um Unternehmen mittlerer Größenordnung handeln, die jedoch eine bedeutende Schrittmacherrolle spielen; denn sonst kann es geschehen, daß diese zu bevorzugten Sprungbrettern für die Wiederherstellung des monopol-kapitalistischen Systems werden.

Schließlich sollten neue volkseigene Betriebe geschaffen werden, sowohl in bestimmten Industriebereichen als auch in bestimmten Regionen.

Dazu sei unterstrichen, daß die Rentabilität (ob hoch, ob niedrig) eines Betriebes nicht das wichtigste Kriterium für eine Nationalisierung sein sollte. Insbesondere sollten nicht solche Unternehmen, die zur Zeit eine rückläufige Tendenz verzeichnen, zuerst nationalisiert werden, selbst wenn das Großkapital daran Interesse zeigen sollte, sie so schnell wie möglich abzugeben, um sich anderswo bereichern zu können. Dagegen sollten vorrangig solche Betriebe in die Nationalisierung einbezogen werden, die eine hohe Rentabilität bei einem geringen Belegschaftsbestand aufweisen (und hier trägt die Regierung eine große Verantwortung). Die Konzentration von Werktäten im Unternehmen sollte übrigens auch kein schwerpunktmaßiges Kriterium zur Nationalisierung sein. Sie sollte überhaupt nicht der äußeren Umstände wegen, sondern allein auf Grund der Gesamtkonzeption erfolgen, die dem gesamten Volk die materiellen und technischen Grundlagen seiner Fortentwicklung sichert. Der Aufbau eines nationalisierten Unternehmens muß nicht unbedingt der früheren Privatstruktur entsprechen. Sie wird im Gegenteil oftmals das Ergebnis einer Umgruppierung mehrerer Produktionseinheiten sein, die sich aus der Entflechtung industrieller Gruppen, d.h. mehrerer Unternehmen ergeben. Eine solche Umgruppierung muß natürlich den realen Zusammenhängen im Produktionsprozeß Rechnung tragen, denen allein schon Grenzen gesetzt sind. In den meisten Industriebereichen werden mehrere nationalisierte Betriebe tätig sein.

Dabei wird der Status der nationalisierten Unternehmen keineswegs einheitlich, sondern sehr verschieden abzufassen sein. Der heutige öffentliche Bereich bedarf

dabei in seiner Struktur und Verfassung einer Umorganisation. Der reine Staatsbetrieb, sofern da oder dort notwendig, muß Ausnahme bleiben. Tatsächlich liegt die Bedeutung der heutigen Vergesellschaftung der Produktion darin, daß sie eine Grundlage für den Status des künftigen nationalisierten Betriebes hergibt: sie erlaubt schon jetzt Formen der Dezentralisierung und Koordinierung von Betriebsleitung und Betriebsverwaltung, erfordert aber noch keine staatliche Leitzentrale.

Die Strategie zur Erweiterung der Nationalisierungsmaßnahmen (die dem doppelten Bestreben nach zusammenhängender Entwicklung der Wirtschaft und dem Kampf gegen die Finanzoligarchie entspricht) muß Folgendem Rechnung tragen:

- materiellen Voraussetzungen (Beschaffungs- und Kooperationsvoraussetzungen), d.h. Gleichgewicht im jeweiligen Bereich der produktiven Erfordernisse;
- interne Aufteilung der Finanzgruppen und Konkurrenz dieser Gruppen;
- erwirtschaftete Profitmasse durch das In-Gang-Setzen dieser Einheiten und Mittel, die das Kontrollkapital besitzt, um sie zu mobilisieren;
- Verhältnis dieser Einheiten mit anderen unter nichtmonopolistischer Kontrolle oder solchen, die von unabhängigen Produzenten geführt werden.

Die Formen und die Konsolidierung solcher Nationalisierungen stehen in engem Zusammenhang mit dem Kampf der Werktäten in den bestehenden oder aufzubauenden Produktionseinheiten.

Was die Frage der Entschädigungen angeht, so gilt das Prinzip, daß das Interesse der kleinen Träger in keiner Weise geopfert werden sollte. Was dagegen die Kontrollaktionäre betrifft und damit ganz allgemein die Finanzoligarchie, muß die Regierung in diesen Fällen genaue Verhandlungsvollmachten besitzen und in jedem Einzelfall eine den Umständen entsprechende Entscheidung treffen.

3. Betriebsverwaltung und demokratische Koordinierung

Die Mitwirkung der Werktäten und ihre Teilnahme an der Ankurbelung der materiellen Produktivkräfte ist eine der Grundbedingungen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Sie werden sich grundsätzlich (wenn auch nicht einheitlich) im nationalen Bereich entwickeln. Die Verfassung des nationalisierten Unternehmens wird den Rahmen und die Voraussetzungen zu einer wirksamen Teilnahme anbieten.

Der Staat wird das nationalisierte Unternehmen nicht lenken: diese Aufgabe kommt dem Verwaltungsrat zu. Dieser setzt sich aus den Vertretern der Belegschaft (sie werden auf Grund einer entsprechenden, von den Gewerkschaften vorgelegten Liste durchgeführten Proporzabstimmung gewählt), Vertretern bestimmter Berechtigtengruppen, die ebenfalls und in gleicher Weise gewählt sind und Regierungsvertretern, zusammen. Dieser Verwaltungsrat ist dann für den Betriebsablauf verantwortlich. Er ernennt die Betriebsdirektion und entscheidet allein über die einzelnen Zuständigkeitsdelegierungen. Die Betriebsräte erhalten größere Zuständigkeit im Informations- und Kontrollbereich sowie bei Entscheidungen über Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaft. Darüberhinaus, und das ist erstmalig,

haben sie die Möglichkeit, Initiativen und Verantwortlichkeiten der Werktätigen im Hinblick auf die Betriebsverwaltung vorzuschlagen.

Das nationalisierte Unternehmen trägt die Verantwortung für die Durchführung einer Politik, die es erlaubt, jene Ziele zu erreichen, die sie sich im Rahmen eines Planes demokratisch selbst gesetzt hat. Diese Politik bestimmt die Möglichkeiten und die einzelnen Abschnitte, wie solche Zielvorstellungen verwirklicht werden können. Sie stellt eine enge Verbindung zwischen der Beschäftigung und den Löhnen her und entscheidet, allerdings vorbehaltlich der notwendigen Koordination, über ihren Plan, das Arbeitsprogramm, die Finanzierung, die Vermarktung der Produktion und setzt die eventuellen Abmachungen mit dem privaten Bereich oder den anderen öffentlichen Betrieben usw. fest.

Diese weitgehende Selbstverwaltung erfordert den Grundsatz einer *Kontrolle a posteriori* einschließlich der Rechnungsführung und dies durch qualifizierte Ausschüsse mit gewählten Vertretern (nationale, regionale und kommunale Vertreter) oder zumindest unter deren Verantwortlichkeit für den Fall, daß qualifizierte Verwaltungsorganisationen angerufen werden.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaft sollten ihr es erlauben, entscheidenden Anteil an der Betriebsverwaltung zu gewähren. Dazu benötigen die nationalisierten Unternehmen eines neuen *Personalstatus*, der gesetzlich untermauert ist, dessen besondere Paragraphen für jedes Unternehmen abgefaßt werden müssen. Damit das Recht auf Information, d.h. Information zu erhalten oder anzufordern, gewährt wird, müssen die Rechnungslegung und die Betriebsstatistik erweitert und verändert werden; das Betriebsgeheimnis ist aufzuheben und die neuzeitlichen Techniken sollten weitgehend ausgenutzt werden. Ein solches Selbstverwaltungsprinzip beruht auf zwei Grundlagen:

1. Die effektive Teilnahme der Werktätigen an der Betriebsverwaltung ist unumgänglich, damit die Produktion den Bedürfnissen angepaßt und deshalb gesellschaftlich gelenkt werden kann.

2. Sie muß anfänglich auf Betriebsebene gehalten werden (später sind dann neue demokratische Formen der Betriebsverwaltung im Rahmen von Betriebszusammenschlüssen, gemeinsamen Funktionsorganen usw. aufzubauen, sobald die anfänglichen Verwaltungsgrundsätze in Widerspruch mit der Vergesellschaftung der Produktivkräfte treten).

Selbstverwaltung bedeutet nicht, das zu tun, was immer man will, zum Beispiel Überinvestitionen vorzunehmen oder wilde Konkurrenz gegenüber anderen Betrieben zu betreiben. Weder die Gewerkschaften noch der Staat oder selbst andere Unternehmen könnten einer solchen Betriebsführung gegenüber gleichgültig bleiben. Die Gesamtprobleme der Werktätigen, insbesondere hinsichtlich des Arbeitsplatzes, der Qualifikation usw. können nicht auf der Ebene des Einzelunternehmens gelöst werden.

Die Demokratisierung der Betriebsverwaltungsorgane allein genügt also nicht, die Einzelinteressen mit den Gemeinschaftsinteressen in einen gesicherten Einklang zu bringen.

Deshalb erstreckt sich die Koordination auf alle Aktivitätsebenen des Betriebes, nimmt aber je nach den einzelnen Ebenen verschiedene institutionelle Formen an. Sie muß im Rahmen der Produktionssektoren sowohl in den Produktionszweigbetrieben als auch im nationalen Plan eine synthetische Form annehmen.

Die Investitionen der nationalisierten Unternehmen werden nach neuartigen Kriterien und im Hinblick auf ihre technischen, regionalen und nationalen Folgererscheinungen angelegt. Für die Finanzierung ist eine zwischenbetriebliche Geldtransferorganisation erforderlich (Teilüberschreibungen von Gewinnen nach Plan), außerdem muß sie durch den Plan garantiert sein (also in Anbetracht von bestimmten Normen). Die Märkte der nationalisierten Unternehmen werden Gegenstand der gesetzlichen Regelung sein, die vor allem die Neugruppierung mehrerer Unternehmen hinsichtlich der Zulieferer und Abnehmer vorsehen wird. Forschung Fertigung und Absatzorganisation werden koordiniert sein.

Die Zusammenfassung der verschiedenen Koordinierungstendenzen soll die Mitwirkung der Werktätigen und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der zentralen Macht sicherstellen. Auf nationaler Ebene ist die Koordinierung Sache des Planes unter unmittelbarer Verantwortlichkeit der Regierung. Ihre wesentliche Bedeutung liegt auf dem Investitionssektor der Finanzorganisation und den wichtigsten Märkten der nationalisierten Unternehmen. Sie setzt mehr als nur Vorschriften und fortlaufende Verhandlungen voraus, da eine völlig neue Situation gegeben ist. Die Kriterien zur Kooperation zwischen den nationalisierten Betrieben müssen neu bestimmt werden, ebenso das Verhältnis zum privaten Bereich. Dagegen gilt heute noch das Konkurrenzgesetz vollauf und die Koordination im öffentlichen Bereich zerfällt immer mehr.

Als Hypothese angenommen: eine solche Situation könnte die Einrichtung eines Ministeriums für nationalisierte Betriebe veranlassen, das die Ausarbeitung staatlicher Verordnungen und Durchführungsvorschriften zur Aufgabe hätte, die den nationalisierten Bereich und dessen Verhältnisse zum privaten Bereich regeln. Das heißt, eine neue Staatsbehörde (mit Regierungs- und Gewerkschaftsvertretern), deren Aufgabe darin bestände, im Rahmen der Planausarbeitung Verwaltungs- und Finanzvorschriften neuen Typs für den nationalen Bereich auszuarbeiten.

III. Die Unternehmenspolitik

Wenn man sagt, daß die Nationalisierung neue Koordinierungsformen erforderlich macht, daß der Staat sich wenigstens teilweise der Koordinierung annehmen sollte, insbesondere weil die ersten Formen der Nationalisierung in ihrem Zusammenhang ungenügend waren, so heißt das, daß eine neue Unternehmenspolitik durchgeführt werden muß. Es sind Grundsätze für die Betriebsverwaltung aufzustellen, die tatsächlich den gemeinschaftlichen Zielen entsprechen und den gesellschaftlichen Neuaufbau im Hinblick auf diese Zielvorstellungen koordinieren: so muß einmal das nationale Unternehmen die Möglichkeit der autonomen Betriebsführung besitzen. Die Anreize zu einer guten Betriebsverwaltung müssen gefunden werden; zum anderen

setzen die gesellschaftlichen Zielvorstellungen voraus: Vollbeschäftigung, Kampf gegen Inflation und Überinvestitionen, Produktionsziele, eine gesellschaftliche Koordination der einzelnen Betriebsverwaltungen samt ihrer Kriterien. Das Verhältnis des nationalisierten Bereichs zum privaten Bereich und dessen Kontrolle erfordern ebenfalls eine politische Gesamtkonzeption. Diese Politik läßt sich umso leichter durchführen, sobald die Werktätigen mobilisiert sind. Diese Politik muß sich auf die „öffentliche Macht“, das staatliche Finanz- und Kreditwesen, unter der Voraussetzung einer Neuordnung, abstützen. Sie muß ferner die Kontrollmittel der Arbeiter über die Betriebsverwaltung stärken und fortschreitend der ökonomischen Administration unterstellen. Falls es notwendig wird, müssen die Mittel der nationalisierten Unternehmen zusammengefaßt werden.

1. Investitionen und deren Finanzierung

Die Investitionen (verstanden als Ausweitung oder Neuanlage von Produktionskapazitäten, die ein Wachstum des Fixkapitals bedingen) sind heute noch das Vorrang der Kapitalisten im Rahmen einer Politik der Kapitalverwertung in Industriegruppen und Einzelunternehmen. Deshalb muß das Investitionswesen ein gesellschaftliches Anliegen werden, um sie dem kollektiven Interesse zuzuordnen; dies setzt allerdings mehr als den bloßen Anreiz voraus (übrigens sind die staatlichen Investitionen gegenwärtig weit davon entfernt, monopolistische Investitionen abzuschwächen oder gar umzuorientieren; sie leisten vielmehr Hilfestellung für monopolistische Investitionen).

Im nationalisierten Bereich werden die Investitionen im Betrieb festgelegt, wenngleich sie auch in die Koordinations- und Kooperationsmaßnahmen eingebettet bleiben, wie wir zuvor schon forderten. Ihr Umfang und ihre Ausweitung werden ganz klar den *Investitionskriterien* zu entsprechen haben, wie sie im Rahmenplan festgelegt sind. Die allgemeine Form dieser Kriterien wird das Volumen des an die Investitionen gebundenen Konsums auf einen Höchststand abzüglich der durch die in Gang gesetzte Produktion und ihrer Ausnutzung entstandenen echten Kosten bringen.

Die Ausarbeitung von Investitionsprogrammen, die die Grenzen eines einzelnen nationalisierten Betriebes übersteigen, wird eine der Hauptaufgaben des Planes sein, was umso wichtiger ist, als sich der gesellschaftliche Neuaufbau von Betrieben im Rahmen der Nationalisierung vollzieht und der Kampf des Monopolkapitals gegen den nationalisierten Industriebereich heftig sein wird. Dennoch wird im nationalisierten Bereich jede Überinvestitionspolitik ausgeschlossen bleiben.

Die Rahmengrundsätze für Investitionen auf dem privaten Sektor werden festgelegt sein: Streichung der derzeitigen Steuererleichterungen zwecks „Anreiz“, Kreditgarantie für Investitionen im Rahmen der im Plan festgelegten Maßnahmen, „Anreize“ (echte) zur Kooperation auf dem Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen, des Handwerks sowie der kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe.

Zur Investitionsfinanzierung wäre zu sagen, daß gegenwärtig die Tendenz einmal zur öffentlichen, zum anderen zur Selbstfinanzierung geht. Das bedeutet aber, daß jedes Unternehmen, besonders über Preisdruck und Überausbeutung der Werktätigen, solche Profitspannen anstrebt, die dem Kapital die schnellstmögliche Akkumulation einschließlich der materiellen Ebene gestattet. So hält sich die Selbstfinanzierung mit der Preissteigerung, der Arbeitsintensivierung, den Überinvestitionen und den parasitären Preisen die Waage. Deshalb müssen im Produktionsbereich die Konkurrenz durch Kooperationsverhältnisse ersetzt, auf der Finanzebene die *Selbstfinanzierung* begrenzt und die zwischenbetrieblichen Geldüberschreibungen organisiert werden.

Die Eigenfinanzierung begrenzen, heißt durchaus nicht, daß die Rentabilität sinkt, führt sie doch zur Verhinderung der Akkumulation, gibt dafür den Anreiz zur Kooperation, unterstützt den Kampf gegen die Inflation und Spekulation. Schwerpunkte der Akkumulation werden somit eingeschränkt und Gelder für Maßnahmen frei, die im nationalen Maßstab und somit im Interesse des Volkes durchgeführt werden können.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen das Monopolkapital würde zwar eine starke Beschränkung der Eigenfinanzierung die nationalisierten Unternehmen schwächen. Die zwischenbetriebliche Geldumschichtung darf nicht zu einer Bestrafung der am besten geführten und am besten zur Kooperation geeigneten Betriebe werden. Insofern bedeutet die Begrenzung der Eigenfinanzierung auf dem nationalen Sektor in keiner Weise einen Selbstzweck, vielmehr stellt sie einen Beitrag für neue zwischenbetriebliche Zusammenarbeit dar. Jedes nationalisierte Unternehmen wird im Hinblick auf seine Verwaltungsaufonomie aufgefordert, an zwischenbetrieblichen Investitions- und Produktionsprogrammen mitzuwirken.

Diese lassen „Zuschüsse“ und Beiträge von verschiedenen Betrieben zur gemeinsamen Sache zu, wodurch dann die finanzielle Ausgleichsgarantie für jeden Betrieb in solchen Programmen gewahrt wird. So können die im Plan vorgesehenen Zuweisungen aus gut geführten Betrieben eher als Beiträge zur Fortschrittsförderung denn als „Besteuerung“ für die industriellen Gesamteinrichtungen angesehen werden; sie werden gewissermaßen zu einem moralischen Ansporn, der mit einem materiellen Anreiz verbunden ist.

Solche Betriebseinlagen werden über eine Behörde zentral gesteuert, die ihrerseits wieder staatliche Haushaltsgelder und öffentliche „Spargelder“ (vgl. Punkt IV) zur Verfügung hat. Diese Behörde dient als Geldgeber für kooperative Maßnahmen, auch als Vermittlungsstelle bei Entscheidungen über Ergänzungsfinanzierungen. Jedes nationalisierte Unternehmen, das bei dieser Behörde veranlagt ist, wird sich dann im Rahmen der Planmaßnahmen mit Investitionskrediten versorgen lassen können. Diese Finanzierungsbehörde kann dann auch ihre Zustimmung zu höheren Zinsen für Investitionskredite, sei es im nationalisierten, sei es im *privaten* Bereich, geben, wenn die jeweiligen Investitionen dem Plan entsprechen. In dem Maße wie sich die zwischenbetriebliche Kooperation entwickelt, wird die „Zuteilung“, normalerweise „Einlage“, zu einem erheblichen Teil des Unternehmenswertes im Rahmen eines erweiterten Systems der Finanzierungsgarantie.

2. Das Problem der Preise

Der Grundsatz der *Preisstabilität* drängt sich insofern auf, als die Preissteigerung sich wie eine Art (von zwangsgespartem) Lohnabzug auf das Einkommen der Werk-tägigen auswirkt: das heißt nicht, daß wir die Geldquellen für die Investitionen be-schneiden wollen. Doch wirkt sich letztlich die Unbeständigkeit der Preise dahin aus, daß es viel schwieriger wird, die Bewegungen der Kapitalakkumulation in den Griff zu bekommen.

Die Rolle der Werk-tägigen im Kampf gegen die Preissteigerungen ist äußerst wichtig, im Betrieb wie auf allen anderen Gebieten. Die Preise für bestimmte Aus-gaben des großen Konsums wie Mieten, gesundheitsfördernde Produkte, Verkehrs-mittel usw. müssen unbedingt unter der direkten Verantwortung des Staates gehalten werden. Und gleichzeitig muß die Regierung eine Politik betreiben, die anstrebt, daß die Voraussetzungen zur Preisbildung geändert werden. Hier liegt einer der Angelpunkte einer wirksamen Kontrolle, die sich auf die Mobilisierung des Vol-kes stützt.

Die öffentlichen Anleihen und das Kreditwesen stellen gegenüber dem privaten Bereich die wichtigsten Hebel einer Preisstabilitätspolitik dar. Die öffentliche „Nach-frage“ soll zu einem „Meisterstück“ in der Politik der neuen Regierung werden, umso mehr als die gegenwärtige Aufteilung der staatlichen Anleihen, diejenigen von öffentlichen Betrieben und kommunalen Verbänden, laut Bezugsquellennachweis klar werden läßt, daß eine beschränkte Anzahl von großen Betrieben daraus den meisten Nutzen zieht.

Deshalb müssen die öffentlichen Anleihen nach folgenden Grundsätzen neuge-ordnet werden: Festlegung der langfristigen Finanzierungsgeschäfte, Umgruppierung der Käufer auf der Basis kollektiver Zinsmaßnahmen (einschließlich der obligatori-schen Maßnahmen zur Koordinierung bei den nationalisierten Betrieben), Verhand-lungen, die unmittelbar zwischen dem Staat und den Vertretern des privaten Sek-tors zu führen sind, weiteres Entgegenkommen gegenüber den kleinen Unternehmen im Zusammenhang mit einer Politik zu ihrer späteren Eingliederung in die nationali-sierte Wirtschaft.

Gegenwärtig bilden sogenannte „häusliche“ Ersparnisse, zu denen auch kur-zfristige Einlagen zählen, den Grundstock des Unternehmerekredits. Die Banken „versilbern“ ihre Schuldbuchforderungen gegenüber den Unternehmen; mit den Einlagen der Werk-tägigen wird dann das Zahlungsgleichgewicht in einem Inflationsprozeß gehalten. Das Unternehmerdefizit bei den Banken steht somit am Anfang eines Finanzierungsprozesses und dies nicht nur bei laufenden Maßnah-men, sondern auch bei der Aufblähung von Reserven in der Zeit einer Marktschwäche, bei Investitionen und das alles, weil den „kleinen Leuten“ das Sparen infolge der Inflation von Geld und Preisen aufgezwungen wird.

Die Regierung muß deshalb darangehen, das unkontrollierte Zeichnen von Anleihen und die Umwandlung von kleinen Sparergeldern in Mittel der Akku-mulation oder Semiakkumulation über die einzelnen Geldinstitute durch das Kap-

tal zu unterbinden. Sie muß die Betriebsdefizite, die durch die Aufnahme von Geld gedeckt werden, verhüten, denn all dies ruft die Inflationserscheinungen hervor.

Der Druck auf den Geldmarkt und eine strenge Kreditkontrolle erschweren alsbald erheblich eine Politik der Überinvestitionen und der Preissteigerungen (denn sonst würde sich das Marktvolumen tatsächlich verkleinern, wenn die Preise zu hoch festgesetzt werden, und die Überkapazitäten würden sich in Fi-nanzprobleme umwandeln, die dann durch Kredite nicht mehr zu lösen sind).

Bei den nationalisierten Industrien sollten Probleme des Finanzausgleichs nicht mehr im Rückgriff auf die Preise gelöst werden, sondern über eine vorweggenom-meine Sicherstellung von Finanz- und Kreditgarantien unter Berücksichtigung der Plan-grundsätze, insbesondere aber der Kriterien der im Plan vorgesehenen Betriebsver-waltung. Das nationalisierte Unternehmen sollte dahin gebracht werden, daß es die „außerbetriebliche“ Finanzierung nicht mehr als eine Maßnahme des Geldmarktes betrachtet, vergleichbar mit der Preiswelle, oder als eine vorübergehende kostspielige Unter-stützung oder als eine erzwungene und konfliktgeladene Verbindung mit anderen Kapitalgebern oder gar als Mittel, die eigenen Probleme auf die „Sparer“ abzuwälzen, sondern als eine normale Solidaritätsmaßnahme zwischen Produktions-einheiten. Dieses Ziel muß bei allen Schwierigkeiten erreicht werden: entscheidend wird dabei der Verständigungsgrad der Werk-tägigen über die demokratische Politik sein.

Die zwischenbetriebliche Finanz- und Kreditentwicklung mit der die Unter-nehmen verbindenden Investitionskoordinierung in Übereinstimmung zu bringen, wird den Vorteil haben, nicht nur die Koordinierung der Investitionen zu erleichtern, sondern wird auch den Druck auf Preise gegenstandslos machen. In der ersten

Zeit wird dieses Ergebnis durch den direkten Eingriff der Arbeiter erreicht wer-den, nämlich die Aufhebung aller Unterschiede, aus denen das Monopolkapital Nutzen ziehen kann sowie den Ausschluß jeder Politik einer beschleunigten Zu-rückzahlung usw.

3. Die auf die Bedürfnisse ausgerichtete Produktion

In der ersten Zeit wird sich die Umorientierung der Produktion vornehmlich unter dem Anreiz der Nachfrage (starke Erhöhung der individuellen Einkommen, öffentliche Nachfrage) unter Berücksichtigung der Veränderungen in den Eigen-tumsformen und bei der laufenden Verwaltung vollziehen.

Indem das Monopolkapital gehindert wird, die Kapitalkonzentration wiederher-zustellen, indem die realen finanziellen Grundlagen der Kooperation auf dem natio-nalisierten Sektor entwickelt werden, man die Möglichkeit zur Kreditaufnahme an bestimmte Kriterien der Investitions- und Betriebsverwaltungspolitik und eventuell an das Bestehen geschlossener staatlicher oder örtlicher Anleihen oder an das Beste-hen nationalisierter Betriebe bindet, kann man damit beginnen, sowohl die Investi-tionen zu koordinieren als auch den Prozeß der Arbeitsplatzbeschaffung zu lenken. Gleichzeitig kann dann auch Inflation und Arbeitslosigkeit bekämpft werden, weil die Überinvestitionen, der Rückgriff auf ungedeckte Bankgelder, die Unterwerfung

der Arbeitsplätze unter eine Akkumulationspolitik immer schwieriger werden und im Rahmen des nationalisierten Betriebes dafür kein Interesse mehr besteht, wobei sogar noch dem die neuen Grundsätze der Betriebsverwaltung entgegenstünden. So müssen auch die Kooperationsmaßnahmen und die Investitionskoordinierung über die jeweils erkannten Kriterien zur Lösung der Arbeitsplatzprobleme beitragen sowie die Qualifikation der Werktätigen erhalten beziehungsweise weiterführen.

Die Befriedigung der Forderungen von Werktätigen im Verhältnis zur Arbeit bildet einen weiteren Ansporn für die von Grund auf vorzunehmende Neuorientierung der Produktion. Arbeitszeitverkürzung, früherer Beginn der Altersversorgung, Lösungen zu den Problemen der Tagesleistung, die Neuordnung der bestehenden Lohnstufen stellen die Unternehmensleitung vor ganz neue Probleme, die jedoch durchaus lösbar sind. Sicherlich werden Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Regierung, den Vertretern der nationalisierten privaten Unternehmen notwendig sein, um von Grund auf das System der *Einkommensnormen* zu verändern. Diese neuen Normen werden zur besseren Arbeitskraftverwertung anreizen, einschließlich der während der Arbeit gewonnenen Erfahrungen, die auch aus dem vorangegangenen System stammen können. Doch dies alles bringt die Werktätigen dem technischen Fortschritt näher. Der Start einer solch weitgespannten Politik und die (allgemeine und spezielle) Ausbildung der Werktätigen entspricht diesen Veränderungen.

Schließlich stellt die Produktion zur Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse in beachtlichen Maßen die Forderung nach einer demokratischen Produktionsleitung auf, für die der politische Erfolg der demokratischen Kräfte vom ersten Tag der neuen Legislaturperiode an die wesentlichen Richtlinien setzt.

4. Die gegenüber dem privaten Sektor zu verfolgende Politik

Nationalisierung, demokratische Betriebsführung und Koordinierung der nationalisierten Unternehmen sind Kennzeichen des Übergangs zum Gemeinschaftseigentum, zur Kontrolle und Verwaltung der Hauptproduktionsmittel und des ökonomischen Strukturwandels, da man ja derzeit noch monopolkapitalistisch ausgerichtet ist.

Die Nationalisierung, die demokratische Verwaltung und Koordinierung der Betriebe erfordern in diesem Zeitabschnitt eine klare Politik

Diese Politik hat zwei Ziele: unter guten Voraussetzungen (das heißt unter geringstem Wertverlust) das monopolistische Kapital dort zu enteignen, wo es Unternehmerfunktion besitzt; ferner muß verhindert werden, daß sich monopolistische Basen ausgehend von der Kapitalkonzentration unter monopolistischer Kontrolle im nationalisierten Produktionsapparat neubilden.

Auf dieser Ebene gibt es für eine demokratische Politik folgende Möglichkeiten: Mobilisierung der Staatsguthaben für Kauf- und Verkaufsmaßnahmen sowie für die Entschädigungszahlungen, Nationalisierung der Geschäfts- und Depotbanken, der Versicherungen, Kontrolle des öffentlichen Finanzwesens, Steuern und Kapitalumschichtungen, Kapitalausschüttungen und Kapitaleinkünften, Kontrolle der Börsengeschäfte und des Finanzmarktes. Nur die Regierung kann dafür die Verant-

wortung tragen und eine solche Politik muß zwischen dem Finanzminister und der Banque de France abgestimmt sein. Die Nationalisierung des Bankenwesens, die Umwandlung des öffentlichen und halböffentlichen Finanzwesens, und vor allem seiner Verwaltung, bieten Möglichkeiten (zum Beispiel eine große Anzahl von Beteiligungstiteln) für eine Politik der Nationalisierung und damit der Schwächung des Monopolkapitals.

Eine solche Politik muß bei Zusammenschlüssen, Rückkäufen von Unternehmen, Schaffung neuer Produktionsstätten von Anfang an sehr genau durchgeführt werden (Verstärkte Autorisierung der Rechtsvorgänge, strenge Bestimmungen bei privaten Veränderungen der Produktionsmittel und Namensveränderungen von Unternehmen). Andererseits müssen Emissionen auf dem Geldmarkt, der dem Monopolkapital erlaubt, für seine eigene Akkumulation die Einkommen der verschiedensten gesellschaftlichen Schichten aufzukaufen und diese Gelder an rentablen Punkten anzulegen, im Rahmen gehalten und begrenzt werden.

Derzeit bringt die Finanzoligarchie ihre Kapitalien aus den am wenigsten rentablen Produktions- und Dienstleistungseinheiten (bei denen jedoch die monopolistische Kontrolle weiterbesteht) in die rentabelsten Einheiten ein. Aus letzteren wird der durch die Ausbeutung entstandene Profit herausgezogen. Diese ständig zunehmende Mobilität verursacht (und dies übrigens ganz besonders) Unsicherheit am Arbeitsplatz und gestattet den Monopolen eine rasche „Aufblähung“, indem sie den von den Werktätigen der verschiedensten Bereiche geschaffenen Mehrwert abschöpfen.

Die neue Staatsmacht wird sich deshalb der Mobilität des Monopolkapitals entgegenstellen.

Was die kleinen und mittleren Unternehmen, ebenso die entsprechenden landwirtschaftlichen Betriebe und den kooperativen Sektor betrifft, so sind die Voraussetzungen für eine Nationalisierung weder im Augenblick noch mittelfristig gegeben. Diese Aktivitäten spiegeln zum Teil die Aufsplitterung und Begrenztheit der Marktbedürfnisse und der mit ihrer Produktion verbundenen Maßnahmen wider, ohne deshalb einen Akkumulationsspielraum zu haben. Daher würde jede auf Zwang ausgerichtete Politik verheerende Folgen für die Werktätigen wie für den Bereich der gesamten Gemeinwirtschaft zeitigen. Unter solchen Umständen muß die demokratische Regierung Mittel und Voraussetzungen zu schaffen versuchen, um die Aktivitäten dieser Betriebe im Interesse aller zu regeln. Der gesamte nicht-monopolistische Bereich muß also Sicherheiten erhalten. Infolgedessen geht es darum, die gegenwärtige Praxis des staatsmonopolistischen Kapitalismus auszuschalten, die im Abwürgen des kleinen Unternehmers besteht.

Dabei handelt es sich nicht um eine Politik im Sinne von *Malthus*. Der technische Fortschritt, die Kooperation zwischen kleinen Betrieben und dem nationalisierten Bereich (der ja den Fortbestand und die Erhaltung solcher Betriebe gewährleistet) und die öffentlichen Gemeinschaftsbetriebe werden durch eine solche Politik begünstigt, die die Akkumulationsmöglichkeiten bei den Produktionsmitteln auf individueller Basis, den Druck auf die Preise und die höchstmögliche Ausbeutung der Arbeiter begrenzt. So werden denn die Kapazitäten der Werktätigen, die Produktionsmittel, die gegenwärtig in kleinen und mittleren Unternehmen und Arbeits-

bereichen bestehen, durch eine Politik der Elimination weder untergenutzt noch zerstört, vielmehr werden sie fortlaufend zur Kooperation aufgefordert, um sich darauf vorbereiten zu können. langfristig voll und ganz in die kollektiven Produktionsformen übergeführt zu werden, was auch der Sozialisierungsprozeß der Produktivkräfte erfordert.

Die Zulieferer-Industrie wird in ein Vertragsverhältnis genommen, dessen Inhalt unter der Mitwirkung der Belegschaft sowohl des öffentlichen wie des Zulieferer-Betriebs festgelegt wird. Rohmaterialversorgung, Preise und Produktion werden garantiert, ebenso werden die Belieferung mit Waren und Krediten für Modernisierung beziehungsweise Betriebsumstellung garantiert. Die Verträge enthalten außerdem Stimulanzklauseln für Zusammenschlüsse von Zulieferungsbetrieben.

Für den Fall von Verbindungen zwischen Zulieferern und Abnehmern in zwei verschiedenen Bereichen, insbesondere was die Geschäftsverwaltung, die Behandlung von Informationen, die Vorbereitung zur Verwirklichung technischer Fortschritte betrifft, begünstigen Abmachung zwischen zwei Produktionsbereichen am meisten einen Zusammenschluß von Zulieferungsbetrieben.

Ganz allgemein werden die Klein- und Mittelbetriebe im Rahmen ihrer Tätigkeit oder bei den Überlegungen einer plangerechten Betriebsverwaltung weitgehend Zugang zu Krediten erhalten. Auch dort werden die Möglichkeiten des technischen Fortschrittes, der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen fortentwickelt: das erlaubt, Tendenzen zur Überausbeutung der Werktätigen und zum Druck auf die Preise zu vermeiden, denn sonst würde ja die Mobilisierung erheblich erschwert.

Dadurch daß ganz allgemein Betriebsausschüsse bestehen und deren Rechte ausgedehnt werden, wird es den Werktätigen möglich sein, in diesem Rahmen immer mehr eine Teilkontrolle über ihren Betrieb ausüben zu können.

Schließlich sollen Betriebe mit gemischten Kapitalgrundlagen weiterbestehen oder sogar noch neugegründet werden, insbesondere im Hinblick auf bestimmte regionale Gegebenheiten, wobei es sich hauptsächlich um ländliche Gegenden handeln wird. Das erlaubt im einzelnen, Betriebe der Nahrungsmittelindustrie zu gründen oder weiterzuentwickeln, die für die landwirtschaftlichen Bereiche eine Umwelt ganz neuen Typs ergeben.

Nimmt man so das Ganze, so kann man sagen, daß die Politik zur Eingliederung des privaten Sektors (als Ergänzung zur Koordination des nationalisierten Bereiches) nicht von vornherein gegen den privaten Sektor oder gegen das kleine Kapital und nur zu Gunsten der Großen usw. gerichtet ist. Die Produktionseinheiten, die jene von den Werktätigen aufgestellten demokratischen Regeln beachten, besitzen eine Garantie seitens des Staates im Rahmen des Planes. Da nur das Monopolkapital diese Regeln nicht einhalten kann, weil das Gesetz der Akkumulation dem Gesetz der Bedürfnisse entgegensteht, muß der Monopolismus Gegenstand der Auseinandersetzung bis zum endgültigen Sieg der Macht der Werktätigen sein.

IV. Die öffentliche Finanzierung

Der gesellschaftliche Neuaufbau des Finanzwesens ist, wie derjenige der Industrie, eine der Hauptverantwortlichkeiten der neuen Regierung. Zur Zeit ist das öffentliche Finanzwesen sehr unterschiedlich organisiert: auf der einen Seite stehen die Steuern als Vorwegabgaben (wodurch im wesentlichen die Einkommen der Werktätigen betroffen sind), auf der anderen Seite die selektiven Zuwendungen (die der Akkumulation dienen). Das Finanzwesen setzt sich aus vielen „Kreuz-und-Querkanälen“ zusammen, die den Geldumlauf verschleieren. Außerdem ist es weitgehend zentralisiert. Aus all diesen Gründen muß das Finanzwesen nationalisiert werden.

Dazu stellt sich die Frage, wie dieser Neuaufbau durchgeführt werden soll. Unsere Vorschläge sind aus der Aufgabe entstanden, Geldgeschäfte durchsichtig zu machen. Die Möglichkeiten: zunächst muß der Geldumlauf aufgesplittet und dann neu aufgebaut werden, wobei unbedingt die zentrale Kontrolle erhalten bleiben muß. Die produktive Akkumulation muß in steigendem Maße durch die Produktion selbst finanziert werden (und nicht über die Einkommen der Werktätigen). Dagegen müssen die Sozialausgaben von allgemeinem Interesse grundsätzlich über den Staatshaushalt, die allgemeinen Verbände und die nationalen Geldinstitute finanziert werden. Öffentliche Rücklagen mit bestimmten Charakteristiken der Verwendung zur Deckung von Bedürfnissen sollten für solche Maßnahmen verwendet werden, die jenen Bedürfnissen entsprechen. Ihr Zusammenhang mit den einzelnen Finanzkanälen muß offengelegt und kontrolliert werden, um Lücken auszufüllen (ungedeckte Beiträge, Neufinanzierungen...), die heute der Kreditinflation, also der verdeckten Ausbeutung, Vorschub leisten. Die Zerschlagung der jetzigen Finanzkanäle und der Neuaufbau des Finanzierungswesens entsprechen, ganz allgemein gesprochen, dem Ziel der Zusammenführung von Produktion und Bedürfnissen in Anbetracht ihres Wirkungsgrades im Hinblick auf die Vergesellschaftung. Der Gedanke, daß die zentrale Kreditverwaltung durch die neue Regierung zur Demokratisierung des Wirtschaftslebens ausreiche, entspricht aus dieser Perspektive aber einer technokratischen Illusion.

1. Gegenwärtige Situation

Die Politik des monopolistischen Staates stützt sich grundsätzlich auf die *öffentliche Finanzierung*. Dieses Finanzsystem wird liberal genannt (bezüglich der Vorrechte des Kapitals) und „anreizend“ (es wird behauptet, daß es das Kapital auf ein Verhalten hinorientiert, das mit den allgemeinen Interessen vergleichbar wäre). Tatsächlich aber wirkt sich dieses durch und durch autoritäre Finanzsystem *gegen* die Arbeiterklasse, die übrigen Lohnempfängerschichten, gegen die kleinen unabhängigen Produzenten und zu Gunsten der Finanzoligarchie aus. Der Staat und die anderen Organe des öffentlichen Finanzsystems ziehen die Einkünfte der Werktätigen im Namen der fiskalischen Vorrechte des Staates *an sich*, indem sie aus der Versicherung der Arbeitsplätze, dem Wohnungsbau, dem Zugang zu kulturellen Einrichtungen usw. ihren Nutzen ziehen. Die Aufteilung der so gewonnenen Geldmittel erfolgt dann sehr wahlweise und antidemokratisch (die Vertreter der Werktätigen

haben dabei immer weniger Möglichkeiten Einfluß zu gewinnen) zu Gunsten der Monopole, um die technischen und bildungsmäßigen Veränderungen, die unproduktiven Verwaltungskosten, die Anleihen zu finanzieren, um die Verluste zu vertuschen, die Kapitalrentabilisierung vorzubereiten, die Spekulation zu erleichtern und um einen guten Teil des Waren- und Kapitalexports zu bezahlen.

Als eine massive Belastung der Werktätigen, als indirekte Form der Ausbeutung von beträchtlicher Tragweite und privilegierter Unterstützung der monopolistischen Akkumulation stellt sich das monopolistische Finanzsystem als eine *äußerst zentralistische, antidemokratische und bürokratische Form* der Produktionsfinanzierung dar⁴. Die Teildezentralisierung der Zuteilung abgezogener Spargelder und Transferguthaben entspricht zum einen Teil der Notwendigkeit einer besseren Beimessung für die wirksame Vergesellschaftung von Produktivkräften, zum anderen Teil macht sie deutlich, wie die derzeitige monopolistische Macht Aktionsebenen sucht, auf denen die Vertreter der Werktätigen nicht eingreifen können. Die widersprüchlichen Tendenzen, Budgetisierung und Entbudgetisierung öffentlicher Ausgaben, können von diesen Anmerkungen her interpretiert werden. Einerseits müssen die Ausgaben immer mehr erhöht werden, andererseits sollen die Finanzierungsmaßnahmen den objektiven Voraussetzungen der Produktion besser angepaßt und jeder Kontrolle der Vertreter von Werktätigen entzogen werden. Aus diesen Merkmalen monopolistischer, öffentlicher Finanzierung folgt, daß der Finanzumlauf immer größer und komplexer wird, derart, daß der Abgabendruck auf die nichtmonopolistischen Bevölkerungsschichten zunimmt und man bei den Zuwendungen noch selektiver vorgehen kann; sie werden außerdem immer undurchsichtiger: die Werktätigen sind zu Abgaben verschiedenster Art gezwungen, oftmals verschleiert (Beispiel: Zwangssparen auf Grund der Inflation) und haben absolut keine Möglichkeit, die Bestimmung dieser Gelder zu durchschauen.

2. Grundsätze zum Handeln

Trägt man der gegenwärtigen Situation und den allgemeinen Prinzipien unserer Wirtschaftspolitik Rechnung, sieht man, wie sich eine Reihe von Grundsätzen für das öffentliche Finanzwesen im Zusammenhang mit der demokratischen Macht entfalten kann.

Die Beiträge der Werktätigen zur Finanzierung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, eventuell für die Entwicklung der Produktion, werden im Rahmen des Planes festgelegt (das Steuerwesen insbesondere bedarf einer Planung). Eine Vielzahl von sekundären Einnahmequellen wie Straßen- und Wegegebühren, Parkplatzgelder usw. werden aufgehoben. Ausgehend davon, daß die Werte sich in der Produktion schaffen, werden die innerhalb des Produktionsapparates zu vollziehenden **Geldumschichtungen** und die Mittel für seine Weiterentwicklung eher aus dem durch die

⁴ Die entsprechenden Formen sind in Kapitel 8 des „Traité marxiste d'économie Politique“ nachzulesen.

Produktion geschaffenen Mehrwert als über Abgaben und Steuern der Werktätigen entnommen. Die Abgaben der Unternehmen müssen bedeutend erhöht werden, sei es um die Kapitalakkumulation zu bekämpfen, sei es um einen Beitrag zur Lösung der Arbeitsbedingungen betreffenden Probleme zu erhalten, sei es als Veranlagerungen oder Gelddepots im Rahmen der Planaufstellung für die mit der Organisation der realen Kooperation zwischen den Produktions- und Dienstleistungseinheiten verbundenen Wertumschichtungen.

Mit ihren Ersparnissen und zum Teil mit ihren Steuerzahlungen können die Werktätigen zur Finanzierung bestimmter, im nationalen Interesse stehenden, Produktionsmaßnahmen oder solcher Maßnahmen, die ganz bestimmten regionalen oder kommunalen Arbeitsbeschaffungs- oder Bildungsproblemen gelten, beitragen. Ganz allgemein gesagt, ihre Beiträge werden in ganz bestimmter Weise mit der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse verbunden sein und die Werktätigen wirken bei der Bestimmung der Grundsätze und dem Umfang der Beiträge im Rahmen der demokratischen Institutionen mit.

Die Verwendung solcher öffentlicher Gelder muß demokratisch geplant und kontrolliert werden (und dies nicht allein wegen des Staatshaushaltes, sondern in jedem Fall).

Der Finanzumlauf, d.h. die Gesamtheit der Regeln, Institutionen und Apparate, der die Zusammenfassung der Einzelposten, wie eingezogene Gelder und aufgewendete Mittel, charakterisiert, muß eine neue Form in Verbindung mit den neuen Formen der Vergesellschaftung von Produktion und Bedürfnissen erhalten.

Die Verwendung von Abgaben auf Einzelgebieten muß den für die Bedürfnisbefriedigung notwendigen Ausgaben angeglichen werden (und zwar so weit wie möglich den Bedürfnissen, die dem *erforderlichen Beitrag entsprechen*). Andererseits müssen die gegenseitigen Kreditformen von heute zwischen Betrieben mit echter Kooperationsentwicklung einander entsprechen.

Auf solcher Grundlage werden dann die Richtlinien der Budgetisierung und Entbudgetisierung öffentlicher Gelder wie folgt abgestimmt: Die gegenwärtige, übertriebene Zentralisierung, ein bezeichnender antidemokratischer Vorgriff der monopolistischen Akkumulationsfinanzierung auf die Gemeinschaft, die erzwungene Steuerbelastung, das Fehlen jeglicher Kooperation, werden fortlaufend Stück für Stück abgebaut. In dieser Richtung zielen dann auch die Rücklaufigkeit staatlicher Zuwendungen in bestimmten Bereichen der Produktion und Dienstleistungen, der relative Zuwachs von Geldquellen der kommunalen Verbände, die echte Autonomie der Sozialversicherungskassen, die Organisation der zwischenbetrieblichen Kooperationskassen im Rahmen des öffentlichen Finanzierungssystems usw. Die haushaltrechtlichen Zuweisungen, die Deckungsfinanzierung durch die Banque de France (über Geldemissionen) stellen für die Unternehmen, auf Fristen gesteckt, nun nicht mehr die letzte Zuflucht, sondern eine geplante Maßnahme mit genauer gesellschaftlich-ökonomischer Kennzeichnung dar. Dennoch muß die sich als notwendig erwiesene Dezentralisierung zentral kontrolliert werden. Die volle Verantwortung obliegt dabei der Nationalversammlung und der Regierung (die für die Verwendung des Geldes erlassenen Vollmachten, gegenwärtig durch die Vertreter des Monopolkap-

tals verdeckt und diese begünstigend, werden unter direkter Regierungsverantwortung begrenzt und ihr Inhalt, der allen Betroffenen bekanntgegeben wird, soll klar bestimmt sein). Es wird eine Autonomie der Geldnutzung im Rahmen der Verwaltungsführung der regionalen Organe, der nationalisierten Unternehmen usw. geben, aber unter Beachtung der Vorschriften, die im Plan festgelegt sind.

3. Der Hauptkreislauf in der öffentlichen Finanzierung

Eigentlich sollte der Staatshaushalt grundsätzlich auf den kollektiven Konsum ausgerichtet sein, Erziehung sowie Ausbildung der Werktätigen, die Forschung und die wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen sollten über ihn finanziert werden. Bei der Finanzierung von Produktionsmitteln sollten seine Ansätze auf Maßnahmen, die im nationalen Interesse stehen, beschränkt bleiben. Das heißt aber, daß der Staat aufhören muß, industrielle Verluste anstelle des Monopolkapitals zu übernehmen (die Werktätigen dürfen künftig nicht mehr als die unfreiwilligen Mitträger von Verschwendungen und unsachgemäßem Gebrauch der Geldmittel ausgenutzt werden) und dies bedeutet weiter, daß der Staat sich nicht mehr als der unabdingliche Geldgeber für den nationalisierten Sektor und die Kollektivorganisationen hergeben muß.

a) Die Geldmittel der kollektiven Einheiten sollen erweitert werden, die Umverteilungsorganisationen im nationalisierten Bereich werden eine anteilige Neuverteilung der Gewinne und Schulden vornehmen. Die Reform der staatlichen Anleihen verwandelt die öffentlichen Aufträge in ein Instrument der zwischenbetrieblichen Kooperationspolitik im Rahmen von Maßnahmen, die einem erhöhten Grad der Vergesellschaftung entsprechen, und auch in ein Instrument zur Integration kleiner und mittlerer Betriebe innerhalb jener Maßnahmen oder für die im Plan vorgesehenen Ziele. Der Staat folgt daher bei der Umverteilung von Werten zwei Grundsätzen: *keine Diskriminierung*, weil die Finanzierung grundsätzlich nicht sektorenfunktionell, sondern nach der Bestimmung und Verwirklichung von Maßnahmen für das Allgemeininteresse erfolgen, und so weit wie möglich *Kompensation*, das heißt, die Finanzierung wird immer mehr Angelegenheit der Produktion selbst (denn Zuweisungen aus dem Staatshaushalt verstärken die Inflationstendenz).

Die Steuerbelastung für die Betriebe wird daher erhöht werden müssen. Über die durch den ersten demokratischen Plan vorgesehenen Maßnahmen, die das Regierungsprogramm genau festlegt, hinaus könnte sie sich später als proportionelle Vorwegnahme des „Mehrwertes“, herausstellen (was die zwischenbetrieblichen Transferaktionen erleichtert, ohne die Unternehmen zu bestrafen), und als Abgabe echten Gewinns, die bei der Übereinstimmung der betrieblichen Führung mit den Plangrundsätzen dann abgezogen werden kann (dazu ist natürlich eine Reform des betrieblichen Rechnungswesens und der Bilanzierung vom Standpunkt des Steuerwesens und vor allem der gesellschaftlichen Betriebsverwaltung nicht zu umgehen). Im Laufe der ersten Legislaturperiode wird man das Problem der Steuerklassen angehen müssen, die Belastung der Werktätigen verringern und die direkten Steuern der Unternehmen und jene, die bei Veräußerung von Unternehmensanteilen zu zahlen sind, erhöhen. Das heißt besondere Grunderwerbssteuern, wenn kapitali-

stisch kontrollierte Unternehmen den Eigentümer wechseln oder Besteuerung der Gesellschaftsanteile. Eine Kapitalsteuer, die nicht das unbewegliche Vermögen der Werktätigen, sondern die größten Vermögen betrifft, muß eingeführt werden.

b) Die öffentliche Finanzierung außerhalb des Staatshaushalts muß fortwährend ein Koordinationsinstrument auf dem nationalen Sektor und bei der Eingliederung des privaten Sektors werden. Die Organe der Betriebsleitung müssen daher eng mit jenen zusammenarbeiten, die die demokratische Koordinierung des nationalen Bereiches (Teilfusionen müssen ins Auge gefaßt werden) sicherstellen. Die öffentliche Finanzierung außerhalb des Haushaltplanes wird spezialisiert sein, aber nicht nur aus der Sicht ihrer Funktion sondern mit dem doppelten Ziel, die Produktivitätsaktivitäten und die Dienstleistungen in eine echte gegenseitige Abhängigkeit zu bringen, um die Angleichung von Produktion und Bedürfnissen zu erleichtern. Dazu werden Umschichtungen in den derzeitigen Institutionen aus der Gesamtperspektive notwendig und das Ganze muß wesentlich vereinfacht werden. Die staatliche Kontrolle wird über das Finanzministerium ausgeübt werden, insbesondere was die Neufinanzierung der einzelnen Maßnahmen angeht. Diese Kontrolle hat eine große politische Bedeutung und wird in der ersten Zeit einen *apriorischen* Charakter besitzen (jede brutale Dezentralisierung der Verwaltung wäre ein unverhofftes Geschenk für das Monopolkapital). Die Finanzierung des nationalisierten Bereiches wird durch eine Organisation wahrgenommen, die um sich bestimmte Abteilungen von „Fonds de développement économique et social“ (F.D.E.S.) [wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsfonds] und der „Caisse des dépôts et constignations“ (C.D.C.) [Depositenkasse], andere öffentliche und private Industriefinanzierungsinstitute und die wichtigsten Geschäftsbanken von heute gruppiert. Dieser Organismus wird eine hervorragende Rolle bei der Finanzierung von Investitionen und Entwicklungsprogrammen spielen. Es wird bei der Umstrukturierung mitwirken und wird als Finanzinstitut für kooperative Maßnahmen zwischen Betrieben des nationalisierten Sektors dienen, wie wir schon mehrfach angeführt haben. Insofern wird ihm die Rolle einer staatlichen Investitionsbank zufallen, die kein Instrument für Kapitalkonzentrationen sondern ein solches für die Entwicklung und Kooperation der nationalisierten Unternehmen sein wird. Der Staat übt natürlich die Kontrolle über dieses Finanzzentrum aus, doch werden die Verwaltungskriterien der einzelnen Abteilungen nach und nach geplant und sie wird dann in enger Verbindung mit den Koordinierungsorganen ausgeübt. Die Geldmittel dieser Zentrale kommen aus Rücklagen und „Abgaben“ der Unternehmen (die zur Eigenentwicklung aufgerufen sind), aus der Umschichtung beweglichen Vermögens mittels staatlicher Zuweisungen, dem vorgeplanten Rückgriff auf öffentliche Spargelder.

Die Finanzierung von produktiven und gesellschaftlichen Infrastrukturen vollzieht sich unter der unmittelbaren Verantwortung von staatlichen Vertretern und Vertretern der Gemeinschaften, sonstigen Berechtigten und nationalisierten Unternehmen. Die heute schon damit befaßten Organe müssen neu gruppiert und spezialisiert werden, indem den Formen der Vergesellschaftung Rechnung getragen wird.

Die Versicherungsgesellschaften, deren Verwaltung demokratisiert wird, werden ihre Gelder nicht auf dem Finanzmarkt plazieren, sondern einmal damit die ihnen obliegenden Dienstleistungen erfüllen; zum anderen können sie diese der Teilfinanzierung von Maßnahmen zuführen, die mit ihren Dienstleistungen in Zusammenhang stehen.

Die Finanzierung im privaten Bereich, der wie andere den kollektiv im Plan festgelegten Regeln untersteht, sollte sich immer mehr in besonderen Kanälen vollziehen; sie muß sich in wachsendem Maße, wenn auch nicht ausschließlich, an Geldquellen des privaten Bereiches wenden.

Diese Grundsätze des Handelns bedingen eine Um- und Neustrukturierung des Finanzwesens, die Demokratisierung der Verwaltung, wachsende Initiative der in den Finanz- und Kreditorganisationen Tätigen. Das setzt eine erweiterte Nationalisierung des Ganzen (oder seines größten Teils) solcher Einrichtungen voraus. Diese Ausweitung sollte als eine der ersten Aufgaben der neuen demokratischen Regierung angesehen werden.

Mit dem Neuaufbau des Finanzsystems müssen die Geldzuweisungen, die sich aus ihm ergeben, durchsichtig gemacht werden. Gegenwärtig sind diese Organe unter sich oder auch mit dem privaten Bereich verbunden, auf dem Geldmarkt verzweigt und nicht zuletzt auf den Rückgriff auf Staatsgelder, auf die Banque de France und die C.D.C. abgestützt und damit außerhalb jeglicher Kontrolle der Vertreter von Werktätern.

Die Beteiligungen, die alle diese Organismen untereinander und mit dem privaten Sektor durch den Staat zentralisiert verbinden, werden in bestimmten Fällen in Kapitalzuschüsse umgewandelt. Dritthandbeteiligungen können über ein Depot oder Darlehen (sicherlich unter verschiedenem Status) bei der Banque de France abgeschlossen werden. Andere neue Maßnahmen zwischen diesen Organen werden in gegenseitigen Darlehen bestehen; zumindest jedoch müssen diese Überschreibungen einer genau festgelegten realen Maßnahme entsprechen. Die Rückfinanzierung muß begrenzt bleiben und der Anreiz oder der Zwang zum Kassenausgleich zunehmen. Unter der Form von Obligationen kann zu Einzelbeteiligungen über den Geldmarkt aufgerufen werden. Allerdings werden Zinsvergünstigungen, Garantien und Spekulation ausgeschlossen sein, ja bekämpft werden.

Aus der Gesamtheit dieser Maßnahmen und Entwicklungen der Nationalisierung in der Industrie soll sich ergeben, daß der volle Ausgleich der internen Geldquellen im Finanzierungssystem endlich klar gemacht und in der Funktion des demokratischen Plans ausgerichtet werden kann.

c) Die Geschäftsbanken und ihre Zweigstellen sollen nationalisiert werden. Ihre Wechselbestände werden zentralisiert und vom Staat im Rahmen einer Nationalisierungs- und Umstrukturierungspolitik verwaltet. Die Dienstleistungsaufgaben der Banken werden auf die neuen Industriefinanzierungsorganen übertragen. Die Depotbanken sind oder sollen Kassen für den laufenden Geschäftsverkehr und bis auf wenige Ausnahmen spezialisiert sein. Sie sollen fraglos keine große Rolle in der „Verwendung“ von Konten der Werktätern zur Finanzierung von Investitionen oder zum Infrastrukturausbau spielen: wenn die Werktätern solche Maßnahmen

finanzieren, so geschieht dies auf anderen Wegen (Staat, Geldinstitute des nationalisierten Bereiches, Gemeinschaftseinrichtungen usw.) und unter anderen Formen (langfristiges Sparen bei Sparkassen, entsprechende Steuern). Dazu steht weiter außer Frage, wie es auch ganz klar ist, das Depotbanken nicht auf den Geldmarkt einwirken. Die nationalisierten Depotbanken sollen auf dem kurzfristigen Kassen- und Kreditwesen für den Produktivbereich, im Handel und bei den Dienstleistungen ihre Rolle behalten. Ihre Aktivitäten auf diesen Gebieten werden mit jenen Organen der Industriefinanzierung koordiniert, wie es der Plan vorsieht. Auf der Grundlage von Spareinlagen der Werktätern gewähren die Banken Kredit zum *individuellen und kollektiven Konsum* (insbesonders bei langfristigen Objekten) wie Wohnungsbau, kommunale Dienstleistungen, für individuelle Ausgaben oder solche, die von Berechtigtenorganisationen und Gemeinschaften getätigten werden.

Je mehr die Spekulation unterbunden, das Finanzgleichgewicht der Unternehmen vorgeplant, die Koordination organisiert werden, desto mehr vergrößern sich die Bankeinlagen der Unternehmen. Prämienausschüttungen können Anreiz geben, in dieser Richtung zu handeln. Koordinationsformen gegenseitiger Kredite, fristgebunden ausgleichend, sind ins Auge zu fassen. Auf Zeit sollte der Kredit für laufende Maßnahmen dem Einlagenbestand untergeordnet werden, dabei darf mit Ausgleichsklauseln für die ganze Frist versehen sein. Der Zinssatz soll niedrig gehalten werden, wie es im Plan bestimmt worden ist. Die Emissionen von Anleihen über Depotbanken, die Banque de France, des staatlichen Schatzamtes muß weitgehend eingeschränkt werden. Und hierbei werden die Zentralisierung der Verwaltung und die Ernsthaftigkeit der Kontrolle Schwächen der echten Kooperationspolitik entgegenarbeiten. Die Bedeutung der Kontrolle in die Tat umzusetzen, heißt nun nicht, Verordnungen erlassen ohne praktisch etwas zu tun, sondern die Grundlagen des gegenseitigen Kredits in Industrie und Handel entsprechend den „echten“ Grundlagen der Kooperation zu entwickeln.

Die Banque de France wird trotzdem ihr Gewicht bei Rückfinanzierungen von Krediten, die von anderen Finanzgruppen genehmigt worden sind, haben. Doch müssen die Kriterien solcher Rückfinanzierungen wie auch die Geldausschüttung genau geprüft werden. Die Zentralisierung des Devisenmarktes und die zentrale Kontrolle des Kredits (einschließlich der Auslandsverbindungen) müssen verstärkt werden.

Und das ist absolut wichtig, denn nur so können Überschreibungen von erheblichen Werten zum Monopolkapital, bedeutende Abgänge von Werten ins Ausland, die Aufblähung spekulativer Vorhaben und ganz allgemein inflationistische Kanäle ausgeschaltet werden.

4. Der Sinn solcher Veränderungen

Die Nationalisierung des Finanz- und Kreditwesens eröffnet die Möglichkeit eines grundlegenden Neuaufbaues, von dem hier einige Grundlinien aufgezeigt werden sollten. Die Frage der demokratischen Ausnutzung der öffentlichen Finanzierung, bei der noch wenig Erfahrung zu sammeln war, muß erneut diskutiert werden. Schwierig

wird es, jene Grundsätze aufzustellen, durch die die tiefgreifenden Veränderungen im Produktionsapparat, die Demokratisierung der Unternehmen durch die Neuordnung der öffentlichen Finanzierung Unterstützung finden – und nicht blockiert werden. Unvermeidlich wird zum Beispiel in diesem Zusammenhang die Kontrolle über die monetären Inflationsquellen, damit die von den Werktäglichen errungenen Vorteile nicht wieder auf Umwegen zurückgenommen werden. Die Kontrolle der „Umschichtungs“-Kanäle ist notwendig wegen des Zusammenhangs des Investitionsprogramme. Die Kontrolle über die Verwendung der von den Werktäglichen zu erhebenden Abgaben oder ersparten Gelder ist unbedingt, um sie vor dem Abzug in die private Akkumulation zu bewahren usw.

Wenn die Normalisierung und die demokratische Handhabung des Kreditsystems zu Instrumenten der neuen Regierung werden sollen, dann sind sie ohne Nationalisierung der Produktion wirkungslos.

Aus diesem Bericht dürften die wechselseitigen Zusammenhänge von Nationalisierung der Industrie und des Kreditwesens neben den Besonderheiten von beiden Bereichen deutlich geworden sein. Widersinniges Geschimpfe dagegen kann, wenn man so will, nur die absolute Gewißheit über ihre jeweilige Notwendigkeit bestätigen. Wenn die Industrie ohne das Kreditwesen nationalisiert wird, bedeutet dies nur, daß den Monopolen die Möglichkeit gegeben wird, Kapitalmassen zu ihrem Vorteil zu mobilisieren. Dies würde ihnen wiederum erlauben, das so gewonnene Geld in ihren in- und ausländischen Niederlassungen unterzubringen; das heißt aber, daß dadurch die Produktion der nationalisierten Industrien zum Ersticken gebracht würde. Wenn dagegen nur der Kredit und nicht auch die Industrie nationalisiert werden, bedeutet dies, daß die demokratischen Administratoren eine verfälschte Macht zur Anwendung der finanziellen Mittel ausübt. Nur dem organisierten Kapital und nicht den Werktäglichen gegenüberstehend, da ihre Unternehmen demokratisch verwalten, würden diese Administratoren unausweichlich solche Geldmittel, wie bisher, zur Verfügung stellen. Vorausgesetzt es gäbe Teilbeschränkungen, dann würde das Monopolkapital sich andere Wege (zum Beispiel über ausländische Kanäle) suchen und sie auch nutzen, und die Desorganisation der nationalen Wirtschaft wäre perfekt. Das Gleiche geschähe, würde das Kreditwesen nicht durch Maßnahmen wie die „Arbeiterkontrolle“ ergänzt werden und so die wichtigsten Voraussetzungen der Verwaltungsführung durch das Kapital unberührt gelassen. Dann aber verbliebe es bei einer Illusion über die Gegen-Macht.

Enrico Berlinguer

Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation in Italien, und ihre Perspektiven (Auszug aus dem Bericht für den XIII. Parteitag der PCI im März 1972)

*Aus: *l'Unità*, 21.11.1971, Ausgabe Rom*

Grundproblem

In Italien ist der Sozialismus nicht nur eine ununterdrückbare Erwartung eines großen Teils der Arbeiterklasse, sondern er ist eine Notwendigkeit für die Nation geworden. Ohne in Richtung auf den Sozialismus wird keines der großen Probleme des Landes gelöst werden. Die materiellen und kulturellen Grundlagen, auf denen sich die Nation aufbaut, würden verkümmern, Italien würde sich zurückentwickeln.

Aus den gesellschaftlichen und politischen Kämpfen der letzten Jahre – in ihrer Verflechtung zwischen fortgeschrittenen Arbeitern und Volksmassen und den reaktionären Gegenschlägen und Drohungen – kristallisiert sich ein Grundproblem heraus, das wir zum Mittelpunkt unserer Diskussion auf dem Parteitag (gemeint ist der XIII. Parteitag, Anmerkung der Redaktion) machen müssen. Dieses Problem kann folgendermaßen formuliert werden:

Wie kann man auf dem Weg der Kämpfe und Erfolge der letzten Jahre weiter vorankommen und gleichzeitig eine umfassende Reaktion verhindern, die nach rechts drängt und damit eine Veränderung der gesellschaftlichen Situation in Richtung einer Entfernung vom Boden der Demokratie anstrebt?

Man muß die Natur dieser Fragestellung begreifen. Leichtfertig wäre es, anzunehmen, daß die Fortschritte der Arbeiterklasse und des Volkes nicht heftige Reaktionen der herrschenden Klasse und der konservativen und reaktionären Gruppen verursachen würden. Ebenso absurd wäre es zu glauben, daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiter geradlinig verlaufen könne, ohne Krisen und Brüche zu verursachen; oder etwa anzunehmen, daß dieser Kampf nicht ins Schleudern oder in andere Schwierigkeiten kommen könnte. Wir haben immer betont und tun dies auch heute, daß die Arbeiterbewegung und ihre führende Partei immer die Möglichkeit vor Augen haben müssen, mit allen notwendigen Mitteln der Untergrabung der Demokratie zu begegnen.

Aber dieses Problem kann nicht nur prinzipiell behandelt werden, denn von diesem Gesichtspunkt her bestehen für die Kommunisten keine Schwierigkeiten.

Man muß diesem Problem in der heutigen konkreten italienischen Situation begegnen. Man muß also klarstellen, welche Politik und welche Kämpfe wir führen müssen, um den Widerständen und reaktionären Angriffen zu begegnen, um eine Verschiebung nach rechts zu vermeiden (die unter Umständen auch lang und tief sein kann), und um ein weiteres Fortschreiten der großen Bewegung, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat, zu sichern.

Tatsache ist, daß sich in Italien seit der Befreiung dieses Problem immer gestellt hat, wenn es uns gelang, Fortschritte zu erzielen und neue günstige Perspektiven zu eröffnen. Das war zum Beispiel nach dem erfolgreichen Kampf für die Republik und die Verfassung der Fall. So war es nach dem Wahlsieg gegen das Betrugsgesetz 1953, der die großen Kämpfe der vorangegangenen Jahre gegen die schwarzen Regierungen der Christdemokraten krönte. So war es nach der Niederschlagung des autoritären Versuch von Tambroni 1960, nach der Wiederaufnahme der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, die zu den Erfolgen von 1962 führte. Nach den Fortschritten auf politischem Gebiet (Ende des Zentrismus, Beginn der Mitte-Links-Regierung) begann eine Periode, die durch die Wandlung der Politik der Mitte-Links-Regierung zu einer gemäßigten Politik und durch die sozialdemokratische Vereinigung gekennzeichnet wurde.

In den letzten Jahren, vor allem nach unseren großen Wahlerfolgen 1968, hat sich die Lage wieder positiv verändert. Aber wieder einmal besteht die Gefahr des Rückschritts. Tatsache ist, daß sich im politischen Leben Italiens – das in den letzten 25 Jahren einen komplexen Fortschritt der Arbeiter- und Volksbewegung erlebte – sich in anderer Form wieder ein analoges Problem stellt, auf das in Italien einige Tatsachen hindeuten.

Diese Tatsachen können einigermaßen schematisch so dargestellt werden:

- die internationale Lage Italiens aufgrund des Bündnisses mit dem amerikanischen Imperialismus;
- eine starke und fortgeschrittene Arbeiterbewegung, die zusammen mit anderen demokratischen Kräften im Volk nicht nur für die eigenen unmittelbaren Forderungen und für die Verteidigung der fundamentalen demokratischen Rechte kämpft, sondern für radikale wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzungen und im Grunde genommen das Problem ihrer Teilnahme an der Führung des Landes stellt;
- eine demokratische und einheitliche Haltung, die ihren Ursprung in der residenza hat und in diesen ganzen Jahren ihre Kraft und Entwicklungsfähigkeit bewiesen hat;
- eine wechselnde und komplexe Bildung von Mittelschichten, deren politische und ideelle Orientierung in verschiedenen Richtungen schwanken kann;
- eine in ihrer Komplexität geschlossene und schäbige Bourgeoisie, in deren Reihen allerdings bedeutende Differenzen bestehen, aber mit einem besonders aggressiven Flügel, der, indem er subversive Aktionen mit Demagogie paart, die Möglichkeit hat, sich eine mehr oder weniger ausgedehnte Massenbasis zu verschaffen;
- ein Staatsapparat, der in einigen Strukturen präfaschistischer und faschistischer Reaktion verhaftet bleibt;
- eine Führungsschicht in der Regierung, die in den letzten Jahren immer offensichtlicher Anzeichen von Abnutzung, mangelnder demokratischer Überzeugung und Sinn für den Staat zeigte – immer unfähiger, das Land zu regieren.

Italien ist folglich ein Land, in dem die Möglichkeiten für eine tiefgreifende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Strukturwandlung größer sind als in allen oder beinahe allen anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, aber es

ist auch ein Land, in dem die Gefahren eines Rückschritts oder reaktionärer Lösungen immer bestehen.

Das Thema, das wir in den Mittelpunkt unserer Parteitags-Debatte stellen wollen, ist ohne Zweifel das lebendigste und aktuellste des politischen Kampfes in Italien. Aber es ist auch ein Thema, das uns wirkungsvoller mit den Grundfragen unserer Strategie verbinden kann, in einem Augenblick, da das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen wirtschaftlichen Kämpfen und Problemen der Staatsmacht enger geworden ist, und in dem der demokratische Boden günstig ist, um die Arbeiterklasse als führende Kraft auszuweisen.

Dieses Thema stellt sich also einerseits angesichts einiger sofort anstehender politischer Probleme (Referendum, Präsidentenwahl usw.), deren Lösung einen wesentlichen Einfluß auf die weitere italienische Entwicklung haben kann.

Andererseits stellt sich das Problem unter grundsätzlichen Aspekten: internationale Bedingungen, unter denen sich unser Kampf in Italien abspielt; volle Wiedererlangung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit; Massenkämpfe für Tarifverträge und Strategie der Strukturreformen; Erneuerung des politischen Regimes, Demokratisierung des Staates.

Die Kämpfe der Arbeiter für die Reformen und eine neue Entwicklung

Wir unterschätzen weder die Schwierigkeiten der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation, noch die noch größeren Schwierigkeiten, auf die die Kämpfe der Arbeiter heute stoßen können. Die Ernsthaftigkeit der wirtschaftlichen Probleme, die sich heute häufen, gehen auf das Konto der herrschenden Klasse, sowohl hinsichtlich mangelnder Voraussicht und Unwissenheit der Regierungen, als auch der Manöver der großen Finanzgruppen und internationaler Faktoren. Man kann nicht mehr die Schwierigkeiten vertuschen, in der sich eine Reihe von Unternehmen befindet, hauptsächlich die kleinen und mittleren, die vom Finanz- und Kreditmarkt abhängiger sind.

Das Unternehmertum, konservative und reaktionäre Gruppen versuchen, die Verschärfung der wirtschaftlichen Situation auszunutzen, um die Arbeiter aus den Positionen zurückzudrängen, die sie seit dem „heißen Herbst“ 1969 gewinnen konnten, die Impulse zu ersticken und die Einheit zu verhindern.

Inmitten der monopolistischen Expansion prophezeite man den Stillstand der Arbeiterbewegung und ihre fatale Integration in das System. Genau das Gegenteil ist aber geschehen. Heute gibt es Prophezeiungen in umgekehrter Richtung, man fürchtet, daß die Arbeiterbewegung mit der wirtschaftlichen und politischen Situation nicht mehr fertig wird. Die Wurzel des Irrtums ist immer die gleiche: die Bestürzung angesichts eines Kapitalismus, der sich allmächtig und allsehend glaubt, das Mißtrauen in die Massen, in ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Entweder landet man dabei in Resignation, oder in abenteuerlichen Aktionen oder auch in pseudo-revolutionärer Phraseologie. Tatsächlich beweisen in diesen Wochen und Tagen die kraftvollen und kämpferischen Bewegungen der Arbei-

ter, die sich in den verschiedensten Teilen des Landes entwickeln, daß die Zumutungen des Unternehmertums besiegt werden können.

Die Ziele werden offensichtlich ohne große Schwankungen den neuen Voraussetzungen angepaßt. Das bedeutet nicht, das Kampffeld in den Betrieben und Arbeitsstätten für die Verteidigung und Entwicklung der Machtpositionen zu verlassen. Man muß aber die Strategie der Forderungen (Rhythmen, Arbeitszeit, Arbeitsumgebung, Fabrikleitung, Bedingungen von Arbeitern und Landarbeitern) mehr mit den allgemeinen Zielen der Reformen und der Vollbeschäftigung in Einklang bringen. In erster Linie müssen gleichzeitig Kämpfe geführt werden gegen den Versuch, die wirtschaftliche Rezession auf die ärmeren Menschen und Regionen abzuwälzen. Diese Kämpfe müssen geführt werden für die Verteidigung und Beschaffung von Arbeitsplätzen; die Neuordnung der Lohnersatzkassen; Maßnahmen zur Unterbindung des Preisauftriebs; Neubewertung der Renten und Erhöhung der Mindestlöhne; eine qualifizierte Auswahl der öffentlichen Ausgaben vor allem im Süden, Abbau archaischer bürokratischer Verfahrensweisen; schnelle Verabschiedung eines breiten öffentlichen Bauprogramms, das auch die Möglichkeiten nutzt, die das Gesetz für den Wohnungsbau gibt; Unterstützung der kleinen Industrie zur Förderung ihrer Neustrukturierung; Entwicklung der Kooperation; Anwendung des Gesetzes über Agrarmieten.

Diese Forderungen, die sich aus den dringendsten Bedürfnissen ergeben, beschleunigen bereits tiefgreifende Wandlungen in der Wirtschaftspolitik und in der Funktionsart des Staates.

In der augenblicklichen wirtschaftlichen Phase gibt es Elemente (sowohl auf strukturellem als auch auf gesellschaftlichem und politischem Gebiet), die sie von anderen Perioden wirtschaftlicher Stagnation unterscheiden, in der es zwar auch eine engagierte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegeben hat, die aber in erster Linie defensiven Charakter hatte. Diese Elemente, die unsere Partei zuerst im Juli 1970 aufgriff, weisen auf eine politische Linie zur qualifizierten Wiederaufnahme der Produktivität hin, basierend auf Reformen, und machen die Notwendigkeit eines neuen Typs wirtschaftlicher Entwicklung deutlich.

Die Notwendigkeit einer solchen Veränderung ist der Mehrheit des italienischen Volkes und den verschiedensten sozialen Schichten bewußt: sie stellt sich als eine nationale Notwendigkeit. Ein Teil der kapitalistischen Gruppen beginnen zu begreifen, daß die fundamentalsten Voraussetzungen für einen Produktionsaufschwung wie in den 60er Jahren (und in gewisser Hinsicht in den beiden letzten Jahrzehnten) fehlen.

Tatsächlich hat sich vor allem das internationale Bild verändert, auf das sich das bisherige Schema stützte. In der Vergangenheit war der treibende Faktor der industriellen Expansion (der auch imstande war, die rezessive Phase 1963/64 zu überwinden) die Auslandskomponente; verstärkter Export aufgrund niedriger Löhne zu Lasten des Inlandsmarktes. Vor allem (wie das Dokument der Regierung über den Plan zugibt) wurde dadurch die Hälfte der italienischen Bevölkerung (im Süden) an den Rand gedrängt, weshalb unser Land in die internationale Wirtschaft nicht „als aktive“, sondern als „subalterne und passive Kraft“ integriert wurde. Von

daher röhrt das Paradoxon „eines Landes, das unter vielen Aspekten noch arm und unterentwickelt ist und in reichere und fortgeschrittenere Länder Arbeitskraft und Kapital exportiert.“

Gleichzeitig ist eine Veränderung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten, die vor allem durch die Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte unterstützt wurde. Die Grenzen der Auswanderung wurden sowohl im Süden als auch im Norden enger; das Lohnniveau hat sich, wenn auch begrenzt, angehoben; der Widerstand und der Kampf gegen die schlimmste Ausbeutung hat zugenommen.

Daraus ergibt sich, daß angesichts der Rezession der Produktivität die dringendste Forderung eine Ankurbelung der Nachfrage auch für Produktionsinvestitionen ist. Dafür sind eine generelle Erneuerung und Ausdehnung des Produktionsapparates die Lösung der mezzogiorno-Frage, Reformen und Fortschritte in der Landwirtschaft, Erweiterung der Dienstleistungen und des gesellschaftlichen Konsums, Entwicklung der Schulreform und Verstärkung der Forschung notwendig. Man muß also die Konjunkturprobleme über eine generelle Strukturpolitik angehen, d.h. über rigorose Reformen und Planung. Das ist die einzige Politik, die allen produktiven Schichten Sicherheit und Garantien bieten und die Lösung der historischen Probleme unserer Gesellschaft vorantreiben kann: vor allem die Frage des Südens, die als neuer Bezugspunkt dem gesamten nationalen Produktionsapparat zugute kommen kann.

Nur so kommt man zu einer maximalen Nutzung aller Ressourcen, zu einer vollen Nutzung der Arbeitskraft auf einem höheren beruflichen und kulturellen Niveau. Unter den speziellen Bedingungen unseres Landes bedeutet das: Beseitigung der Grundrenten, wodurch man Mittel für den öffentlichen Konsum freibekommt; Beseitigung des Parasitentums, das die Entwicklung der Produktivkräfte hindert; politische Kontrolle der staatlichen und privaten Unternehmen, erkämpft sowohl über gewerkschaftliche als auch über alle möglichen Formen politischer Aktionen.

Die andere große Tatsache liegt in der Kampfkraft und politischen Reife der Arbeiterklasse, die sehr viel größer ist als im Vergleich zu früheren Jahren. Das Gewicht der Einheit, tariflicher und demokratischer Fortschritte, das von 1968 bis heute ständig zugenommen hat, ist ein Tatbestand, der nicht leicht zu beseitigen ist. Die Arbeiterbewegung – wie einige der letzten Kämpfe bewiesen haben – ist imstande, gegen die Widersprüchlichkeiten und Schwierigkeiten der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation zu kämpfen und gleichzeitig die strukturellen Umwandlungen und Änderungen der wirtschaftlichen Zielsetzung zu verlangen, wie sie die Bewegungen der letzten Jahre gezeigt haben.

Die These der christdemokratischen Regierungen, nach der für die Durchführung der Reformen zunächst einmal die Erweiterung der Ressourcen notwendig sei, hat sich als falsch und schädlich erwiesen. Daher die nutzlose Ermahnung an die Arbeiter, mehr zu arbeiten und ruhig zu sein. Sie begreifen nicht, daß sich die Arbeiter gegen unerträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen auflehnen müssen. Sie begreifen auch nicht, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse immer der machtvolle Antrieb zur Beschleunigung der Entwicklung der Produktivkräfte, zur Erneuerung des industriellen Apparates und zum allgemeinen Fortschritt des Landes waren und bleiben.

Der „gesellschaftliche Frieden“, der „gesellschaftliche Waffenstillstand“ würde folglich den zivilisatorischen, wirtschaftlichen und politischen Tod Italiens bedeuten.

Gemeinsam mit den Gewerkschaftskämpfen ist ein allgemein politischer Kampf notwendig, um über die Reformen, über eine neue Wirtschaftspolitik, basierend auf einer Planung, zu staatlichen Initiativen und öffentlicher Kontrolle der staatlichen und privaten Investitionen zu kommen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, daß die Mitte-Links-Regierungen – abgesehen von Worten (wer redet heute nicht von Reformen?) und halben und oft konfusen Maßnahmen, die nur unter dem Druck einer starken Volksbewegung zustandekamen – nicht in der Lage sind, einen neuen Weg einzuschlagen.

Die Planung der Regierung entspricht nicht den grundlegenden nationalen Bedürfnissen und nimmt nicht einmal die Probleme der Neuentwicklung des staatlichen Sektors in Angriff, der in allen kapitalistischen Ländern, besonders aber unter den italienischen Bedingungen, für eine Reformpolitik wesentlich ist.

In den letzten Jahren hat das Gewicht des öffentlichen Sektors in der Industrie und im Kredit- und Bankbereich noch zugenommen (man denke an den Prozentsatz der öffentlichen Investitionen im Vergleich zur Gesamtsumme aller Investitionen, der heute 56 % beträgt). Objektiv verbreitert die Ausdehnung des öffentlichen Sektors die Grundlagen für wirtschaftliche Veränderungen im positiven Sinn und für eine Wirtschaftsplanung, die die allgemeinen Interessen gegenüber denen privilegierter Gruppen in den Vordergrund rücken. Aber zu welchen Bedingungen? Vor allem darf man nicht technokratischen Illusionen oder solchen über eine angebliche Klasseneutralität des Staatskapitalismus verfallen. Auch die Ereignisse der letzten Jahre haben bestätigt, daß die Orientierung des Staatskapitalismus von der Entwicklung des Massenkampfes und der Macht des Staates abhängt. Auf diese Elemente müssen wir unsere Aufmerksamkeit konzentrieren.

Eines dieser Momente besteht in der neuartigen Durchdringung von öffentlichem und privatem Sektor, was generell zu einer Unterordnung des ersten unter den zweiten führt, und was große öffentliche Betriebe dazu drängt, nur an die Ausdehnung der eigenen Macht zu denken. Darüber hinaus arbeiten die großen staatlichen Industrie- und Finanzgruppen mit zunehmender und besorgnisregender „Autonomie“ von der öffentlichen Macht, die das Parlament und die Regierung repräsentieren (man denke zum Beispiel an die Affäre Bastogi). Manchmal bedienen sie sich einzelner Männer und politischer Gruppen, was den Anschein erweckt, als würde der Staatskapitalismus zum Parteien- oder Fraktionskapitalismus!

Auch hieraus entsteht die Gefahr der Aushöhlung demokratischer Institutionen. Ausmaß und Umfang der öffentlichen Hand könnte heute für eine Planungspolitik den Anstoß geben. Dafür ist aber eine Reform der staatlichen Beteiligung notwendig, damit (bei strikter Bewahrung ihrer Autonomie) die Verwaltungsgremien und Finanzierungsgesellschaften einer strengerem Kontrolle durch das Parlament und durch die Regierung auf der Basis von mehrjährigen Planungen unterworfen werden.

Generell muß die gesamte Politik der staatlichen Eingriffe und ihres Instrumentariums – Währungsbasis, Kredit, Bilanzpolitik, öffentliche Rücklagen auf dem

Finanzmarkt, Steuer – einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden, deren Wirksamkeit von einem Komplex gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Initiativen abhängt.

Der Kampf gegen Pseudoreformen und Pseudo-Planungen der Regierung hat uns nicht daran gehindert anzuerkennen, daß auch innerhalb der linken Kräfte, der Gewerkschaftsbewegung und unserer Partei, Grenzen und Fehler sichtbar wurden.

Besonders muß unsere kritische Analyse werten, ob und in welchem Ausmaß man innerhalb der Linken eine Konzeption vertritt, die im Kampf für die Reformen nur das Nacheinander von Teilzielen sieht und nicht die Substanz einer allgemeinen Politik, die die Klassenverhältnisse ändern, die Positionen der Arbeiter stärken, die Demokratie und den allgemeinen Fortschritt der Nation entwickeln soll.

Der Kampf für die Reformen hat sich hauptsächlich als eine Komponente der gewerkschaftlichen Aktionen für die Erneuerung der Tarifverträge entwickelt. Antrieb und Ziel waren, auch außerhalb der Fabrik (beispielsweise beim Wohnungsbau, im Gesundheitswesen, bei der Steuer) eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter zu erreichen, die das konsolidieren und anreichern sollen, was die Arbeiter mit traditionellen Mitteln erreichen und erreichen können: Fabrik – und Tarifkämpfe. Dank der Initiative der Gewerkschaften hat der Kampf um Reformen so einen Schritt voran getan und erste Resultate gezeigt.

Das wesentliche aber ist, daß der Kampf für Reformen heute eine weitergehende Bedeutung bekommt, nämlich die Änderung der Linie und der Ziele der Entwicklung, in erster Linie die entscheidenden Fragen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Umwandlung des Landes.

Das bedeutet nicht, daß man die Bedeutung einzelner Erfolge unterschätzen soll. Man muß immer von den dringendsten Bedürfnissen ausgehen, und gleichzeitig gewerkschaftliche, politische und Massenkämpfe organisieren, die sich auf ein gemeinsames Ziel richten. Dringende Aufgabe ist es also, Massenkämpfe für politische und wirtschaftliche Ziele zu entfachen und zu führen, mit präzisen Ablaufzeiten und genauer Auswahl von Gegnern.

Hier liegt der Wert der Bewegungen dieser Woche – von den Betriebskämpfen bei FIAT und den Volksbewegungen in Neapel und im Süden für die Beschaffung von Arbeitsplätzen – die trotz einer wirtschaftlich schwierigeren Situation eine ernste Verbesserung gegenüber den begrenzten Kämpfen für Reformen während des „heißen Herbstes“ zu zeigen beginnen.

Jegliches Sektierertum in einer Bündnispolitik überwinden

Wenn die Bündnisse des Proletariats kleiner werden, die gesellschaftliche Basis der herrschenden Gruppen sich aber erweitert, droht eine Rückwärtsentwicklung der gesamten politischen Situation, und die fortgeschrittene Perspektive einer Reformpolitik droht zu versanden. Daher muß (auch wenn diese Feststellung etwas schematisch ist) der erste Gradmesser im Verhältnis zwischen Reformen und Bünd-

nissen die Frage des Bündnisses sein. Hier haben wir Lehren aus vergangenen Erfahrungen zu ziehen und kritische Überlegungen anzustellen.

Neben den Fortschritten standen Fehler, die die gesamte politische Lage zweifellos belastet haben.

Um eine korrekte Bündnispolitik zu betreiben, sind zwei Dinge notwendig: man muß die Umwandlungen der Gesellschaft und die gesellschaftliche Zusammensetzung der Bevölkerung sowie ihre Denkweise kennen; man darf sich nie von den fundamentalen Prinzipien unserer revolutionären Strategie und Taktik entfernen.

In Italien haben sich in der letzten historischen Periode große Umwandlungen vollzogen.

Von 1951 bis 1970 haben 3 1/2 Millionen Bauern des Südens ihr Land verlassen. Dies ist vielleicht der tiefgründigste Einschnitt in der ganzen Geschichte unseres Landes seit seiner Einigung. Die augenblicklichen Ereignisse – wirtschaftliche, politische, gewerkschaftliche und auch ideelle und kulturelle – kann man nicht verstehen ohne sich über die Folgen dieses Phänomens im Klaren zu sein.

1951 waren 42 % der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, 1970 ist dieser Prozentsatz unter 20 % gesunken.

In dem Umwandlungsprozess Italiens von einem Agrarland zu einem hauptsächlich industrialisierten Land hat sich die Situation des Südens noch mehr verschlechtert, sind die Probleme der großen Städte und des Dienstleistungssektors stark gewachsen, hat die Frage der Frauenemanzipation und vor allem die der Arbeitsplätze für Frauen entscheidende Bedeutung angenommen, haben die Bedeutung der kulturellen Institutionen, vor allem die der Schule größeres Gewicht erlangt.

Dem relativen Anwachsen der Arbeiterklasse (das man in Struktur und Zusammensetzung noch besser untersuchen muß) steht eine dauernde Randgruppenfunktion anderer sozialer Schichten (Bauern, Frauen, Jugendliche usw.) gegenüber, ebenfalls eine Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Innerhalb der Mittelschichten zeigen sich neue Unterschiede: einerseits ein zahlenmäßiger Zuwachs von parasitären Stellungen, andererseits das wachsende qualitative Gewicht neuer intellektueller Kräfte (Techniker, Lehrer, Studenten usw.).

Heute sind also die Bündnismöglichkeiten der Arbeiterklasse größer als in der Vergangenheit und sie dehnen sich weiter aus.

Auf der einen Seite kann und muß sich die Arbeiterklasse mit den Schichten verbinden, die durch die augenblickliche Entwicklung an den Rand gedrängt werden und damit große gesellschaftliche und nationale Fragen wie die des Südens, der Bauern, der Frauenemanzipation, der Arbeit und der Erziehung künftiger Generationen aufwerfen.

Gleichzeitig hat die augenblickliche Entwicklung die Möglichkeit neuer Bündnisse mit Intellektuellen, mit der Welt der Technik und der Wissenschaft, der Kultur, der Schule und mit den Studenten eröffnet. Um das Anwachsen dieser Schichten anzudeuten, sei daran erinnert, daß es heute in Italien 600 000 Lehrer gibt.

Unter den Intellektuellen gibt es heute schwere Probleme wie die Arbeitslosigkeit junger Fachschul- und Hochschulabsolventen und die anhaltende und zunehmende Krise der Schule; ebenso subtilere aber sehr verbreitete Phänomene wie Ver-

lust der Autonomie, Einschränkung kreativer Fähigkeiten intellektueller Arbeit und die Abnahme der gesellschaftlichen Bedeutung von bestimmten Berufen. Unverlässlich ist es, die objektiv verschiedene Gruppierung unter den Intellektuellen zu beobachten (wobei den Technikern und Forschern, die direkt an die Produktion gebunden sind, besondere Beachtung geschenkt werden muß); ferner die Unterschiede in den Einkommens- und Lebensverhältnissen (die von Notlage bis zu privilegierten Positionen reichen). Zu beachten sind auch die ideologischen Einflüsse, die kulturellen Positionen und politischen Orientierung, mit denen man zu rechnen hat. Ideologie, Kultur und politische Orientierung spielen eine autonome Rolle im Aufbau eines jeden Bündnissystems.

Ganz allgemein können die Intellektuellen und Studenten eine wesentliche Komponente des neuen gesellschaftlichen und politischen Blocks werden, der um die Arbeiterklasse herum aufzubauen ist.

Aber Ereignisse wie die von Reggio Calabria und die Wahlergebnisse in Sizilien und anderen Gegenden vom 13. Juni 1971 haben die Gefahr aufgezeigt, daß ein Teil der Mittelschichten, der Intellektuellen, der Studenten und der durch die augenblickliche Entwicklung an den Rand Gedrückten – und nicht nur im Süden – zur Massenbasis und zum fortgeschrittensten Punkt von reaktionären Bewegungen werden können. Auch hieraus ergibt sich erneut die Notwendigkeit, das Thema der Erneuerung der Schule aufzunehmen.

Die Betonung liegt also auf dem subjektiven Faktor und zwar auf der Notwendigkeit einer richtigen Orientierung und einer Initiative auf gesellschaftlichem, politischem und ideellem Gebiet als Bedingung dafür, daß aus den potentiellen Bündnissen wirksame werden.

Das gilt auch für die Frage der Frauen. Die augenblickliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung macht die Befreiung der Frau noch notwendiger. In der letzten Zeit hat sich das Bewußtsein der Frauen um ihre Unterdrückung, die Unterdrückung ihrer Würde und die Diskriminierung, der sie rechtlich, arbeitsmäßig und in der Familie ausgesetzt sind, stark erweitert. So haben sich Unzufriedenheit und Proteste aufgestaut, die in die allgemeine Bewegung der Frauenemanzipation einmünden können. Daher können die Massenorganisationen der Frauen und ihre autonomen und demokratischen Verbände wie die UDI heute mehr denn je Protagonisten des Kampfes für Reformen, für Demokratie und eine höhere Moral werden.

Die kritische Untersuchung der Bündnispolitik muß ernsthaft sein, weil die Fehler in unserer sonst positiv zu beurteilenden Politik ernst waren (wenn auch unterschiedlich von Organisation zu Organisation). Einer der Gründe für die Überlegenheit der Arbeiterbewegung von heute im Vergleich zur präfaschistischen Periode liegt in der erhöhten Fähigkeit zu Selbstkritik.

Wir wollen zum Beweis nur einige Beispiele anführen.

Um Inhalt und Form der Kämpfe zu analysieren, muß man sich auf einige Punkte konzentrieren: den Grad der Einheit, der sich um die Forderungsplattform zwischen Arbeitern, Technikern, Angestellten und unter den Arbeitern selbst gebildet hat; die Breite der Zustimmung, die man über die Kämpfe in der öffentlichen Meinung erreichen konnte. Propaganda, Informationen, Verbreitung der Motive für

Agitationen, Kundgebungen und Streiks, der Kontakt mit der öffentlichen Meinung sind immer mehr entscheidende Voraussetzungen für den Erfolg jeden Kampfes geworden, auch um Formen von Vereinsmeierei festzustellen und zu korrigieren, die zu einer Isolierung führen. Aber es handelt sich nicht nur um Propaganda. Wesentlich ist, daß der Inhalt der Forderungen so sein muß, daß sie den verschiedenen Zielvorstellungen, die in den verschiedenen sozialen Schichten bestehen, positive und fortgeschrittene Wege zur Verwirklichung eröffnen und so konkret eine neue Gruppierung der Mittelschichten aus einer gemeinsamen Perspektive der Erneuerung entwickeln.

Beispielsweise haben wir mit unserer Agrarpolitik, die darauf ausgerichtet war, die Bildung eines gegen Arbeiter gerichteten, antidemokratischen „bäuerlichen Blocks“ zu verhindern, trotz ihrer Grenzen und ernster Fehler (und trotz einiger gefährlicher Auseinandersetzungen, die wir in der letzten Zeit in einigen Regionen hatten) beachtliche positive Ergebnisse erzielt. Das war auch möglich, weil wir Erfolg mit differenzierten Kämpfen und dem Hinweis darauf hatten, daß die ländlichen Mittelschichten eine Perspektive nur in einer tiefgreifenden Umwandlung der Landwirtschaft finden können. Diese Erfolge sind aber nicht für ewige Zeiten errungen worden und können und müssen erweitert werden.

Andere Resultate hatte unsere Aktion innerhalb der städtischen produktiven Mittelschichten. Unter den Handwerkern haben wir einige Fortschritte erzielt, begrenztere unter den Händlern. Nicht immer ist es uns gelungen, wesentliche Charakteristika der Berufsgruppen mit einzukalkulieren und ihnen genossenschaftliche Formen in Aussicht zu stellen, die ihnen auf dem Markt ein stärkeres Gewicht geben.

Während der Unternehmerverband sich besorgt zeigte über das Interesse, das unsere Linie unter den kleinen und mittleren Industriellen finden könnte, ist unsere Initiative auf diesem Gebiet unbefriedigend geblieben (mit einigen Ausnahmen wie in der Emilia und einigen anderen Provinzen). Man darf nicht alle Forderungen der Kleinindustrie unkritisch aufnehmen, sondern die Lösung ihrer Probleme im Rahmen einer allgemein neuen Wirtschaftspolitik in Aussicht stellen.

Sicher haben sich die Beziehungen zwischen Arbeitern und ihren Gewerkschaften einerseits und den Händlern, Handwerkern, kleinen und mittleren Industriellen andererseits schwieriger gestaltet. Aber das Problem kann nicht gelöst werden, indem man die Interessen der Arbeiter opfert. Aber analog zu dem, was wir in gewissem Ausmaß auf dem Land in den Beziehungen zwischen Landarbeitern und anderen bäuerlichen Schichten erreicht haben, müssen wir diesen Gegenstand zum Objekt aufmerksamerer Studien und politischer Initiativen machen.

Es ist wichtig, in der ganzen Partei wieder das Bewußtsein um den Wert unserer grundsätzlichen Feststellungen einzuführen, die auf dem VIII. Parteitag getroffen wurden, und die das Gewicht der Rolle betreffen, das wir einem Teil der Mittelschichten in der augenblicklichen Situation, aber auch im Hinblick auf den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft beimessen. Den mittleren Produktionsschichten (und mit ihnen den Technikern, die in der Produktion arbeiten) können und müssen wir die Sicherheit vermitteln, daß wir ihre Initiative nicht nur nicht unter-

drücken, sondern im Rahmen einer großen Planung sogar entfalten wollen. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft braucht derlei Initiativen, die auf freier und fruchtbare Zustimmung beruhen. Auch das halten wir uns vor Augen, wenn wir von einer differenzierten, pluralistischen Gesellschaft sprechen, die reich an autonomen Momenten ist.

Darum betonen wir die Notwendigkeit, das Sektierertum in der Bündnispolitik zu überwinden und erzieherisch zu wirken, um einige Konzepte populär zu machen, die bisher nicht klar waren. Es handelt sich dabei um wesentliche Konzepte von Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, wertvolles Gut der Lenin'schen Lehre, mit der man unser Vorgehen besser verstehen kann:

- die Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, in einer bestimmten Situation immer den Hauptfeind zu schlagen;
- die Ausnutzung der Zersplitterung und Widersprüche im bürgerlichen Lager;
- die Neutralisation bestimmter gesellschaftlicher Schichten, die, auch wenn sie im Augenblick noch nicht Bündnispartner werden können, doch nicht ins feindliche Lager abgedrängt werden dürfen;
- die Suche nach allen möglichen Übereinstimmungen, auch teilweisen und vorübergehenden, nach potentiellen Bündnispartnern, im Rahmen des Aufbaus einer soliden und differenzierten Bündnispolitik.

Natürlich kann der Aufbau eines historischen Blocks nicht nur auf gesellschaftliche Bündnisse beschränkt bleiben, auch wenn sie das wesentliche Fundament dafür sind. Der neue historische Block kann nur entstehen, wenn man gleichzeitig in den Strukturen und Überstrukturen, auf dem Gebiet der politischen und staatlichen Beziehungen tätig wird; wenn man auf kulturellem, intellektuellem und moralischem Gebiet Aktionen entwickelt, die darauf zielen, die Mehrheit des Volkes um ein Ideen- und Wertesystem zu sammeln.

Die Weite und Begrenztheit der Bündnisse der Arbeiterklasse hängen in hohem Maße davon ab, wie weit es der Arbeiterklasse gelingt, als Träger der wesentlichen Volks- und nationalen Interessen zu erscheinen. Dabei handelt es sich nicht um Taktik, sondern um eine historische und prinzipielle Wahl: die Arbeiterklasse übernimmt ihre revolutionäre Funktion in dem Maße, in dem sie sich als befreieende und führende Kraft der gesamten Gesellschaft darstellt.

Unsere Politik der Einheit und demokratischen Übereinstimmung und der Aufbau einer Regierungsalternative

Aus der Gesamtsituation führt die Notwendigkeit, schnell eine Alternative zu Parlament und Regierung zu entwickeln. Der Kampf für die Bildung einer neuen Mehrheit und einer neuen nationalen politischen Richtung steht auf der Tagesordnung.

Die Probleme, die sich dem Land stellen, sind derart schwerwiegend und erfordern für ihre Lösung eine derartige politische und moralische Anspannung und eine breite Übereinstimmung unter den Volksmassen, daß man sie nicht ohne oder ge-

gen die starken Kräfte der Arbeiter und des Volkes angehen kann, die sich um die PCI sammeln. Ist es nicht übrigens das, was unsere Feinde und Freunde implizit erkennen, wenn sie um unser „Verständnis“, Toleranz und Solidarität bitten?

Die Unzufriedenheit, Unsicherheit, die in Krise geratenen Perspektiven, die heute Italien erschüttern, die Dauerkrise der Mitte-Links-Regierung beweisen, daß man den Zeitpunkt, sie positiv zu lösen – klar gesagt „nach links“ – nicht mehr hinausschieben kann. Was uns betrifft, so haben wir keine Eile: unsere Kraft (das heißt unsere Macht) ist auch in der Opposition groß genug und hat unter anderem den Vorteil eines gewissen Abstands; groß ist ebenfalls unser wirksames Gewicht im politischen nationalen Leben, auch wenn wir nicht die allgemeine Richtung bestimmen.

Das wahre Problem ist anders: die Notwendigkeit einer demokratischen Regierungsalternative als nationale und demokratische Notwendigkeit stellt sich heute mit größerer Dringlichkeit, keine verantwortungsbewußte politische Kraft kann sich ihr entziehen.

Die Debatte, die sich um Formeln wie die eines fortgeschrittenen Gleichgewichts entzündet hat, beweist, daß das Problem der Überwindung der Mitte-Links-Konzeption auf der Tagesordnung steht.

Alle mögen sich vor Augen halten, daß wir Kommunisten nicht bereit sind, das Feigenblatt für eine Politik abzugeben, die nicht eine wirksame und radikale Wandlung der Richtung der Regierung und der Beziehungen mit den Massen verwirklicht.

Unser Ziel ist also eine demokratische Regierung.

Das Heranreifen und der Erfolg dieses Ziels sind an die tiefgreifenden Prozesse gebunden, die sich im In- und Ausland abspielen. Sie sind an den Einfluß der Massenkämpfe gebunden, den diese auf die Prozesse haben werden. Es sind diese Kämpfe, die eine gemäßigte und konservative Machtausübung unmöglich machen und eine geschichtliche Wende heranreifen lassen.

Aber eine demokratische Wende hängt auch und sogar entscheidend von den Veränderungen ab, die sich in der nächsten Zeit innerhalb und zwischen den Parteien abspielen, sei es in Form eines Auseinanderbrechens oder über andere Prozesse.

Daher muß man vor allem (und das muß eine Konstante unserer Aktionen sein) die breit angelegte reaktionäre und opportunistische Agitation gegen die sogenannte „Parteiherrschaft“ oder gegen eine unbestimmte „politische Klasse“ angreifen. Wir dürfen nicht einen Augenblick vergessen, daß die Parteien – wie *Togliatti* sagte – das Fundament einer Demokratie sind, die lebt und sich organisiert. Aber wenn man auch in einer Kampagne diese reaktionäre Zielsetzung bekämpfen muß, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß sie leider einen ganzen Komplex von realen Fakten mobilisieren kann. In Wahrheit hat sie Fortschritte gemacht und immer schwerere Schäden verursacht, vor allem Tendenzen in den Regierungsparteien, mit der Machtausübung die nationale Sicht der Probleme, die politischen und ideellen Gründe des eigenen Seins, die Ziele der eigenen Aktionen zu verwirren. Aus dieser Verwirrung, aus dieser Krise der Perspektiven führen Degenerationserscheinungen wie Partikularismus, korrupte Schattenregierungen und Egoismen her. Der Kampf

um Machtpositionen in Parteien und im Land nimmt Überhand. So entsteht der entmutigende – teils leider begründete – Eindruck eines Zusammenstoßes zwischen Machtapparaten, einer im wesentlichen so wie der andere, die alle nur an sich denken. Dieser Stand der Dinge gibt reaktionären und faschistischen Kräften Raum, ebenso lokalen Egoismen und sektiererischen Tendenzen wie dem zunehmenden Gewicht der sogenannten „separierten Körperschaften“. Wir haben mehrmals Analysen der objektiven Tendenzen in einer fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft durchgeführt, die im Sinn einer Umwandlung der Parteien in Machtinstrumente wirken.

Die erste Anstrengung, die man unternehmen muß, um diesen Gang der Dinge zu überwinden, muß darin bestehen, dem politischen Kampf den Sinn einer Konfrontation von großen Konzeptionen, Ideen und Programmen wiederzugeben. Von diesem Kriterium müssen unsere Untersuchungen und Aktionen gegenüber den verschiedenen politischen Kräften ausgehen.

Vor allem muß man den Annäherungsprozeß und die Zusammenarbeit mit den oppositionellen Kräften der Linken auf eine höhere Ebene heben: PSIUP, unabhängige Linke, die sich um *Ferruccio Parri* gruppieren, und die Bewegung der autonomen Sozialisten. Die Beziehungen zur PSIUP, die eine wichtige Rolle im Kampf gegen Sozialdemokratisierungs-Prozesse spielte und heute für eine einheitliche Politik der Linken eintritt, müssen entwickelt werden und einer gemeinsamen systematischen Arbeit im Zentrum und an der Peripherie Platz machen, um das Verständnis, die Zusammenarbeit und die Annäherung beider Parteien zu vertiefen.

Entscheidend für den demokratischen und sozialistischen Kampf in Italien bleibt das Vorantreiben des Einheitsprozesses zwischen uns und den sozialistischen Genossen im Land: in Wahlversammlungen, in den Regionalräten und im Parlament. Das Vorhandensein einer sozialistischen Partei, die reich an Kämpfen, Traditionen und Klassenbindungen ist und sich damit von allen anderen sozialistischen europäischen Parteien unterscheidet, ist und bleibt ein historisches und politisches Charakteristikum unseres Landes, aus dem sich wichtige Konsequenzen für die Perspektive der Umwandlung unserer Gesellschaft ableiten. Heute werden die positiven Seiten der Neuorientierung der PSI sichtbar, die sich bei ihr nach der Trennung von den Sozialdemokraten 1969 ergaben. Aber besorgniserregend sind die Widersprüchlichkeiten zwischen verschiedenen politischen Positionen dieser Partei; in einigen Bereichen sind gewisse Praktiken von Schattenregierung und Klientelismus zu beobachten. Besorgniserregend ist auch die Art, wie die PSI manchmal Aktionen für Reformen durchführt und die manchmal eher einer Rechtfertigung ihres Verbleibens in der Regierung zu entspringen scheinen, als einer generellen Ansicht über die nationale Entwicklung.

Darüber hinaus muß man über die Beziehungen der PSI zu unserer Partei sagen, daß in den letzten Jahren in erheblichem Maße antikommunistische Töne zu verzeichnen waren (von denen die Sozialdemokratische Partei geradezu besessen ist), daß man aber noch nicht genügend zu einer konstruktiven Konfrontation über die generellen Probleme der politischen Perspektive, der großen internationalen Fragen

und des Weges zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in unserem Land übergegangen ist.

Eine nützliche Auseinandersetzung kann über bestimmte Themen und Instanzen mit der Republikanischen Partei geführt werden (Kontrollen, Kampf gegen parasitäre Erscheinungen im Staatsapparat), auch wenn diese Fragen manchmal widersprüchlich und mit Positionen in Angriff genommen werden, die wir entschieden bekämpfen (Einkommenspolitik usw.), und auch, wenn diese Partei den Preis dafür zahlt, daß sie, vor allem im Süden, eine Verbreiterung ihrer Wählerbasis suchte und dabei zu Mitteln griff, die sie bei anderen Parteien kritisiert.

In der Parteidiskussion muß man sich mit den Problemen beschäftigen, die aus der Bildung neuer Gruppen in der katholischen Bewegung entstehen (ACLI, Politische Bewegung der Arbeiter, usw.). Diese Kräfte, die auf verschiedenen Gebieten arbeiten, haben ohne Zweifel für die Gewerkschaftskämpfe eine positive Funktion: im gewerkschaftlichen Vereinigungsprozeß und auf anderer politischer Ebene. Sie haben wirksam dazu beigetragen, katholischen Gruppen bei der Suche nach Einverständnis, ohne vorgefaßte Diskriminierung, mit allen Kräften der linken Arbeiter zu helfen. Jetzt geht es darum zu werten, wie ihre Perspektiven sind, und wie sich eine fruchtbare Auseinandersetzung mit unserer Partei und anderen linken Gruppen entwickeln läßt.

Entscheidend bleibt das Problem der DC. Diese Partei macht eine tiefe Krise durch: der Ausweg, den sie aus dieser Krise findet, wird die gesamte italienische Situation beeinflussen.

Diese Krise hängt zweifellos mit ihrem Charakter zusammen, zwischen den Klassen zu stehen, und folglich mit den Auswirkungen, die die zunehmenden sozialen Spannungen auf diese Partei haben. Aber sie hat auch unmittelbar politische, kulturelle und ideelle Aspekte. Einige leitende Funktionäre der DC wiederholen oft, daß sich die Funktion ihrer Partei in den letzten Jahren und heute in einer Politik ausdrücken muß, die es gemäßigten und auch konservativen Gruppen erlaubt den Weg eines vorsichtigen Reformismus zu gehen, immer unter Respektierung der Verfassung. Bei dieser Feststellung muß man tatsächlich nun verschiedene Überlegungen anstellen, hauptsächlich was die Tragweite des „Reformismus“ in diesen Jahren betrifft, als auch die Achtung der Verfassung. Die Bindungen zwischen der DC und den größeren privaten und staatlichen Monopol- und Finanzgruppen bleiben tief. Aber ein anderer Punkt muß unterstrichen werden: im Augenblick, da eine tiefe gesellschaftliche, politische Krise das Gewicht von parasitären und unproduktiven Bereichen unerträglich macht, und dazu zwingt, innerhalb der Mittelschichten zwischen produktiven, parasitären und unproduktiven Gruppen zu wählen, lehnt es die DC ab, die verschiedenen Kräfte unter ihnen zu unterscheiden. Sie opfert jetzt alles den rückständigsten und parasitären Bereichen und drängt dazu, die Spannung in Antikommunismus und Angriffen auf die Arbeiterklasse zu entladen, womit sie in einigen Sektoren autoritäre Versuche fördert.

Glauben die DC-Funktionäre, die behaupten, demokratische Absichten zu haben, wirklich, daß man zu einer wirklichen demokratischen Erneuerung unter den heutigen Bedingungen ohne entschlossenen Kampf gegen die rückständigsten Grup-

pen unserer Gesellschaft kommen kann? Seit Jahren hat die Politik der DC eine demokratische Entwicklung in Italien verhindert, heute gefährdet sie die Demokratie überhaupt.

Die größte Sorge der DC scheint heute zu sein, nicht einige hunderttausend Stimmen an die Rechte zu verlieren, auch auf Kosten einer Rechtsverschiebung der ganzen Situation. Diese Linie bringt die DC sicher nicht dazu, eine positive politische Rolle zu spielen, auch nicht im Hinblick auf die bloße Erhaltung eines demokratischen Ansehens. Hinzu kommt, daß die DC noch beweisen muß, daß sie einen authentischen Sinn für die Laizität des Staates besitzt. Es steht also die Natur der christdemokratischen Partei auf dem Spiel. Wahr ist, daß eine Politik der Erneuerung einen Stimmenverlust an die rückständigsten Kräfte bedeuten kann, aber die Kehrseite der Medaille wäre der totale Verlust jeder demokratischen Funktion. Es ist überhaupt nicht gesagt, daß der Stimmverlust an die äußerste Rechte nicht gerade daher röhrt, daß man die produktiven Mittelschichten den parasitären Schichten opfert, den rückständigsten Kräften Privilegien einräumt und die Krise der Perspektiven, die durch den Mangel an Entscheidungen entstanden ist, in dem Moment verschlimmert, in dem das Gleichgewicht der Kräfte eine Wende innerhalb der Demokratie unmöglich macht.

Der Aufbau einer demokratischen Alternative, der Kampf für die Bildung einer neuen Mehrheit und eine neue politische Richtung innerhalb der Demokratie gehen also über eine tiefgehende Änderung der augenblicklichen Linie und des Kräfteverhältnisses innerhalb der DC. Das war und muß meiner Meinung nach unser Ziel bleiben. Man muß diese innere Krise der christdemokratischen Partei vertiefen, um zu einer Veränderung ihrer Zusammensetzung zu kommen und zu diesem Zweck die DC zu bestimmten Entscheidungen drängen. Sich dieses Ziel zu setzen, bedeutet nicht, daß man mit dieser Partei nicht gleichzeitig eine offene Auseinandersetzung betreibt über die großen politischen und ideellen Probleme, über die Perspektiven Italiens, Europas und der ganzen Menschheit, in der Überzeugung, daß auch über deinen Weg unsere Einheitslinie in die Volksmassen, die kommunistischen, sozialistischen und katholischen, eindringt.

Die Eröffnung einer ernsthaften Auseinandersetzung über das Regierungsprogramm mit allen demokratischen Massenparteien, mit den Parteien und Kräften der Linken ist eines der Elemente, um eine demokratische Wende vorzubereiten. Und in diesem Sinn ergreifen wir Kommunisten auch im Verlauf der Vorbereitungen zu unserem Parteidiskussion die Initiative.

Man muß aus der Zersplitterung und Zufälligkeit der Auseinandersetzungen herauskommen und komplex die wesentlichen Möglichkeiten und die Plattform für eine neue parlamentarische und Regierungsmehrheit untersuchen. Ausgehend von den Erfolgen, die bei anderen Auseinandersetzungen erzielt wurden (wir denken an die Debatten über die Planung 1962), muß man zu einer punktuelleren Untersuchung übergehen, die sich nicht in der Aufstellung von 5 oder 10 Programm-punkten erschöpfen darf, sondern man muß eine Generallinie finden, die imstande ist, die großen Forderungen der Massen aufzugreifen und zu der notwendigen politischen Lösung zu kommen.

Das darf die Ausarbeitung bestimmter Punkte der Auseinandersetzung nicht verhindern, sondern soll sie vielmehr erleichtern – die Bildung einer neuen Mehrheit über die Lösung der dringendsten Probleme, die Ausarbeitung der wichtigsten Reformen, sodaß der Weiterverlauf der Gesetze, über die man eine Einigung erzielen konnte, garantiert wird und nicht auf dem Papier bleibt, also ohne die Möglichkeit, ihre Anwendung zu kontrollieren und zu erzwingen. Dieses Nahziel einer demokratischen Regierungswende ist das Ende des Prinzips der Abgrenzung nach links, damit sich bei bleibendem Unterschied zwischen Mehrheit und Opposition, zwischen der Rolle des Parlaments und der Regierung, – wie wir es immer verlangt haben – offen einzelne Mehrheiten über die einzelnen Probleme bilden können. Je breiter diese Mehrheiten sind, desto weiter wird die Zustimmung sein und allen Kräften im Land bestimmte Orientierungspunkte geben.

Wissenschaftlich-technische Intelligenz und Angestellte im Spätkapitalismus

Heft 1/71 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1971, 160 Seiten, Format 23 x 15 cm, 3. Auflage, Preis DM 8.– (Abonnement 4 Hefte pro Jahr DM 26.–)

Das Heft bringt Aufsätze zu folgenden Themen:

Die Lage der Angestellten in Japan; Intelligenz in den USA: Anzahl, Zusammensetzung, soziale Differenzierung; gesellschaftliche und technische Rolle der Intelligenz; Bewußtseinsentwicklung der lohnabhängigen Intelligenz; wissenschaftlich-technische Revolution und die neue Rolle der Intellektuellen; Hochschulwesen in der kapitalistischen Gesellschaft; die angestellte technische Intelligenz – eine Lohnarbeitschicht. Der Anhang enthält ein Interview mit Roland Leroy (PCF) zur Frage der gesellschaftlichen Stellung und Rolle der Ingenieure, Techniker und technischen Leitungskräfte. Bemerkungen von David Laibman (KPUSA) zum Problem technische Angestellte – Teil der Arbeiterklasse sowie ausgewählte Literatur zum Thema.

Neue Aspekte der Monopoltheorie

Heft 3/71 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1971, 222 Seiten, Format 23 x 15 cm, Preis DM 8.– (Abonnement 4 Hefte pro Jahr DM 26.–)

Das Heft bringt Aufsätze zu folgenden Themen:

Zur geschichtlichen Rolle und zum Begriff des Monopols; Konzentration und Monopol; Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum; Überakkumulation, Monopole, staatsmonopolistischer Kapitalismus heute; Finanzkapital und Preisbildung im staatsmonopolistischen Kapitalismus; zum Monopol als Herrschaftsverhältnis – aktuelle Aspekte der Leninschen Analyse; Aspekte zum internationalen Konzern; internationale Konzerne, Integration und nationale Souveränität; internationale Konzerne und wirtschaftliche Unterentwicklung; Bericht über das Symposium „Probleme der Monopolisierung unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus“; Ausgewählte Literatur zum Thema.

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
D–6000 Frankfurt/Main 1, Liebigstraße 6, Tel. 06 11/72 49 14**

James Klugmann

Die revolutionären Vorstellungen von Marx und die gegenwärtige Revolte

Erster Teil der Marx Memorial Lecture, gehalten am 14. März 1969 in der NUFTO Hall, London, unter der Schirmherrschaft der Marx Memorial Library, abgedruckt in: Marxism Today, Heft 7, London 1969.

Ich war mir bei der Vorbereitung dieses Vortrages sehr wohl im klaren über die Schwierigkeiten, dem großen Reichtum der revolutionären Vorstellungen bei Marx und Engels in den Grenzen eines einzelnen Vortrages gerecht zu werden. Es sind immerhin an die fünfzig Bände „Gesammelte Werke“, die Lawrence & Wishart im Laufe der nächsten Jahre herausgeben wollen (und deren Ankündigung so glücklich auf diesen Jahrestag fällt) – und die Revolution war von Beginn an das zentrale Thema von Marx und Engels.

Gleichzeitig war mir auch bewußt, daß ich unbedingt zu vermeiden habe, die Marxschen Vorstellungen als eine Art Vorlage für die Formen des revolutionären Kampfes heute hinzustellen, wodurch die gegenwärtigen Lebens- und Kampfformen in ein Korsett gezwungen würden und die immer größere Flut reicher neuer revolutionärer Erfahrungen eingedämmt würde.

Nichts könnte der Marxschen und Engelsschen Konzeption des Marxismus weniger entsprechen! Entscheidend ist nach meiner Auffassung, wie wir schon so oft gesagt haben, die wesentlichen revolutionären Prinzipien des Marxismus zu ermitteln, ihn als eine Anleitung zur Praxis zu begreifen und Dogmen um jeden Preis zu vermeiden.

Das Komitee der Marx Memorial Lecture versucht jedes Jahr einen besonders geeigneten Aspekt des Marxismus als Thema auszuwählen. Ich glaube nicht, daß es in diesem Jahr ein wichtigeres Thema geben könnte als das gewählte: die Revolution, die sozialistische Revolution, und die Notwendigkeit nicht nur einer günstigen objektiven Situation, sondern auch **bewußter** Sozialisten, um eine solche Revolution erfolgreich durchführen zu können.

Denn die Geschichte ist nach marxistischer Auffassung nicht, wie uns einige Nicht- oder Pseudomarxisten weis machen wollen, eine notwendige Abfolge von Ereignissen. Ebensowenig ist die sozialistische Revolution ein notwendiges Entwicklungsresultat, auf das wir nur geduldig zu warten hätten. Die Menschen machen ihre Geschichte selber, wenn auch natürlich nicht unter selbstgewählten Bedingungen. Aber sie machen sie immerhin. Und daher erfordert das Gelingen einer sozialistischen Revolution und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ein klares Bewußtsein und ein klares Ziel – und zwar in einem Ausmaß, wie es in früheren, vorsozialistischen Revolutionen weder möglich noch notwendig war.

Die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze unterscheiden sich von Naturgesetzen darin, daß sie den Status von Tendenzgesetzen haben, daß sie Trends repräsentieren; sie antizipieren die Handlungen der Menschen. Und wenn wir von der Notwendig-

keit einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung in England sprechen, von der Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution, dann setzen wir dabei voraus, daß die Menschen diese Veränderung bewußt herbeiführen werden.

Wir wollen daher im folgenden nicht nur erörtern, welche Vorstellungen Marx und Engels von der Revolution hatten, sondern auch, was es aus marxistischer Sicht bedeutet, ein Revolutionär zu sein.

Ablehnung, Rebellion oder Revolution?

Es dürfte heutzutage nicht mehr notwendig sein, noch besonders auf das wachsende tiefe Unbehagen am modernen Monopolkapitalismus und Imperialismus hinzuweisen, nicht nur in den Ländern der Dritten Welt, sondern auch in den Kernländern des westlichen Kapitalismus, die von einigen Leuten etwas verfrüht als wichtige Ausgangspunkte revolutionärer Aktionen abgeschrieben worden sind.

Wenn wir diese auch in England anzutreffende Unzufriedenheit analysieren, dann stoßen wir auf ein Problem, das sich unter den damaligen Bedingungen auch für Marx und Engels stellte.

Unzufriedenheit, Widerwille, Abscheu, Ablehnung, Rebellion oder Revolte reichen nicht aus, um den Kapitalismus zu überwinden, wenn sie auch – als Ansätze aufgenommen und weitergeführt – wichtige Stufen des Kampfes darstellen können.

In der englischen Arbeiterbewegung, besonders in den aktivsten Teilen der Gewerkschaften, breitet sich gegenwärtig ein wachsender Widerwille gegen die Labourregierung aus. Es herrscht eine immer größere, politisch aber noch nicht klare Verärgerung über die Resultate des Kapitalismus und des Reformismus. Aber Widerwille und Ärger allein genügen nicht. Sie lassen sich kanalisieren etwa im totalen Rückzug aus der Gesellschaft, in „apolitischen“ Einstellungen (wobei „apolitisch“ faktisch heißt, die Ergebnisse der kapitalistischen Politik zu akzeptieren), in engstirnigem Nationalismus und unter Umständen sogar in Rassismus und Faschismus.

Die Revolte der Jugend

Die Revolte der Studenten und Jugendlichen, die sich in England ebenso wie in anderen Teilen der Welt entwickelt, ist ein bedeutsames Anzeichen für die Krise des Kapitalismus. Diese Bewegung ist umfassender und tiefer als die ihr ähnliche Revolte in den dreißiger Jahren; von daher kommt ihr große Bedeutung zu.

Die Marxisten sollten dieser Bewegung positiv gegenüberstehen, aber sie nicht einfach von außen betrachten: sie sollten sich vielmehr aktiv daran beteiligen und versuchen, auf ihre Entwicklung Einfluß zu nehmen. Denn diese Bewegung ist durchaus nicht unproblematisch. Eine Minorität der Jugendlichen und Studenten besteht aus bewußten, stark vom Marxismus geprägten Sozialisten. Für viele ist es aber noch vorwiegend eine Revolte, die sich primär gegen etwas richtet – gegen bestimmte Aspekte des Imperialismus und Kolonialismus, gegen die kapitalistische Moral (bzw.

den Mangel an Moral), gegen die Kultur, den Geldfetisch, gegen seine Ungerechtigkeit und Heuchelei, seine Restriktionen und Unterdrückung, gegen seine Bomben – kurz, gegen das Establishment.

Der Monopolkapitalismus ist ein System, das den Jugendlichen und Studenten, auch wenn es sie in England mit Nahrung und Wohnung versorgt, die Möglichkeit nimmt, an den Entscheidungen über ihre Zukunft teilzuhaben (außer sie nehmen sich diese Möglichkeit) und das ihnen keine Gelegenheit gibt, ihre Persönlichkeit zu entfalten, einen sinnvollen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten und ein Ziel zu haben.

Sehr viele, die gegen dieses System revoltieren, es ablehnen und nichts damit zu tun haben wollen, sehen weder, was an seine Stelle zu setzen wäre, noch was sie tun können und tun müssen, um es zu verändern.

Eine Revolte ohne Zielvorstellung kann zunächst der Anfang eines mutigen und notwendigen Kampfes sein; wenn sie dann aber ohne Ziel bleibt, kann sie leicht in sich zusammenfallen, borniert werden, sich selbst vernichten und womöglich sogar der Sache des sozialen Fortschritts schaden.

Viele der zornigen jungen Männer der 50er Jahre sind, als sie älter wurden, zu gewaltigen Stützen des Establishments geworden. Nicht wenige sind in das englische Museum der Sozialgeschichte als Paradebeispiele für die Integrationsfähigkeit des Imperialismus eingegangen.

Auflehnung in vielen Bereichen

Diese allgemeine wachsende Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus kann man heute in England in den verschiedensten Lebensbereichen beobachten. Sie zeigte sich mehrere Jahre lang bei den jungen Liberalen, die tatsächlich liberal – mit kleinen „l“ – waren, die für Freiheit, Demokratie, größere soziale Gerechtigkeit und Frieden waren und in gewissem Sinne auch internationalistisch dachten. Sie mußten die Entdeckung machen, daß es nichts weniger liberales gab als die Liberale Partei und daß sie mit ihren vielfältigen liberalen Zielen letztlich immer wieder auf den Widerstand des kapitalistischen Eigentums und des kapitalistischen Staates stießen. Ihre „revolutionären“ Parolen waren sinnlos, solange sie sich nicht mit den Problemen des Eigentums und der Macht auseinandersetzten. Gegenwärtig haben sie bereits viel von ihrem früheren Elan eingebüßt.

Eine andere wichtige soziale Bewegung entsteht in Teilen der christlichen Kirche, besonders unter den jungen Christen. Immer mehr beteiligen sich an Aktionen gegen den Krieg, die Armut oder den Rassismus. Immer mehr lehnen eine rein außeweltliche Betrachtungsweise ab und akzeptieren soziale Verantwortung hier und heute. Immer mehr stehen – obwohl tief religiös – der Kirche als Institution, als Teil der kapitalistischen Gesellschaft kritisch gegenüber. Eine relevante Minderheit geht weiter und beginnt die Notwendigkeit und Problematik revolutionärer gesellschaftlicher Veränderungen zu diskutieren.

In dieser Situation wachsender Unzufriedenheit und Auflehnung gegen „das System“ gewinnt der Marxismus allgemein und besonders die marxistische Konzeption der Revolution eine große Bedeutung; hier haben die Marxisten eine große Chance und eine hohe Verantwortung.

Wie können diejenigen, die den Kapitalismus heute kritisieren, die Radikalen und Rebellen, zu einem Begriff revolutionärer gesellschaftlicher Veränderung gelangen? Wie können die Rebellen zu Revolutionären werden?

Die Krise des Reformismus

Die wachsende Verärgerung und die zunehmende Militanz der englischen Arbeiter in den letzten Monaten richten sich nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern auch gegen die Politik der Labourregierung. Häufig wenden sie sich aber nur gegen bestimmte Aspekte der Politik des rechten Flügels der Partei oder gegen einige seiner Exponenten, nicht aber gegen den Reformismus insgesamt. Der englische Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise, aber noch tiefer ist die Krise des Reformismus, in der sich jene unmittelbar widerspiegelt. Wenn die englische Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten zu einem revolutionären Standpunkt gelangen wollen, dann müssen sie zunächst das Wesen des Reformismus begriffen haben.

An dieser Stelle möchte ich auf etwas sehr wesentliches aufmerksam machen. Nach dem Scheitern der ersten Labourregierung im Jahre 1924, nach dem Fiasko der zweiten 1929, nach dem Zusammenbruch der dritten und vierten 1931 und wiederum heute, wo wir möglicherweise vor dem Ende der fünften und sechsten Labourregierung stehen, wurde jedesmal der Ärger der Arbeiter zum Teil in die „sicheren“ Kanäle der Entrüstung über einzelne Politiker gelenkt – über *Ramsay MacDonald, Snowden, Clynes, Thomas, Morrison, Attlee, Gaitskell, Wilson usw.* Je größer der Ärger auf die Personen war, desto weniger setzte sich die Arbeiterbewegung mit den eigentlichen Prinzipienfragen auseinander. die kapitalistische Presse, Rundfunk und Fernsehen „personalisieren“, „dramatisieren“, „enttheoretisieren“, „entprinzipalisierten“ politische Ereignisse gern – und dieser Unsinn hat Methode.

Der rechte Labourflügel geht genauso vor. Vor allem keine Theorie, keine prinzipiellen Fragen, hört man sie sagen. Wir sind alle praktisch denkende Menschen, hat *Herbert Morrison* gern verkündet, wir verfügen über gesunden Menschenverstand, tun, was getan werden muß und lassen uns durch hochgestochene „Ismen“ überhaupt nicht irritieren. Diese Einstellung bezeichnet *Harold Wilson* heute als Pragmatismus. Es gibt aber keine schädlichere Theorie als die Theorie der Theorie-losigkeit, denn die bedeutet faktisch, ob bewußt oder nicht, die Anerkennung der Theorie der herrschenden Klasse, des Kapitalismus, seiner Perspektiven, seiner Illustrationen und Vorurteile, seiner Philosophie.

Ich habe in den ersten Nachkriegsjahren, als *Ernie Bevin* sich aktiv an der Organisation des Kalten Krieges beteiligte, einmal einen Vortrag gehalten, in dem ich – was ein Redner niemals tun sollte – ein rhetorische Frage stellte: Warum begeht der einstmals militante Arbeiterführer *Ernie Bevin* einen solchen schmerzlichen Verrat?

– Eine laute Stimme aus dem Hintergrund des Saales in waschechtem Cockney: „*Weil er ein Bastard ist!*“

Soll das eine hinreichende marxistische Erklärung sein? Lassen sich die dauernden Niederlagen der verschiedenen Labourregierungen aus dem Charakter der Individuen oder mit individuellem Verrat erklären?

Diese Theorie ist verführerisch, muß aber leider verworfen werden. Der Charakter und die persönlichen Eigenschaften spielen gewiß eine Rolle in der Politik, aber sie sind nicht die entscheidenden Faktoren; der entscheidende Faktor in dieser traurigen Kette von Niederlagen ist vielmehr der Standpunkt, die Philosophie der Labourführer – der Reformismus –, der unabhängig von den persönlichen Absichten derer, die ihn vertreten, zum Verrat führt, der dann allerdings auch ihren Charakter prägt.

Das Wesen des Reformismus

Der wirkliche Feind, den wir genau durchschauen müssen, ist der Reformismus. So unterschiedlich er sich auch je nach Land und Epoche darstellen mag, er hat eine Theorie.

Ich glaube, daß man anhand der folgenden Punkte das Wesen des englischen Reformismus seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts darstellen kann.

Erstens. Die Reformisten lehnen die Klassenanalyse und damit auch den daraus folgenden Klassenkampf ab. Sie erkennen bestenfalls an, daß England früher einmal, in den „schlechten alten Zeiten“, eine Klassengesellschaft war; diese Zeiten sollen aber ein für allemal vorbei sein.

Zweitens übertragen sie ihre Leugnung der Existenz von Klassen auf die internationale Szene: sie proklamieren und praktizieren die „Kontinuität“ der Außenpolitik. Die internationalen Beziehungen und die Außenpolitik betreffen nach ihrer Auffassung die Nation als ganzes, daher sollte die Labourpartei die Außenpolitik der Tories fortsetzen und nicht daran herumpfuschen.

Drittens – und das ist der wichtigste Einzelfaktor, aber auch der in der englischen Arbeiterbewegung und sogar in vielen ihrer militanten Gruppen am wenigsten begriffene – proklamieren die Reformisten die Neutralität des Staates und verhalten sich entsprechend. Der Staat, so sagen sie, ist neutral, unparteiisch, er steht über der Politik. Labour hat danach lediglich die parlamentarische Mehrheit zu erringen und den alten (kapitalistischen) Staat zusammen mit den Massenmedien intakt und unverändert zu übernehmen. Das Problem der politischen Macht taucht in der reformistischen Philosophie an keiner Stelle auf.

Viertens entwickelt sich der soziale Fortschritt – das folgert nach reformistischer Ansicht logisch – langsam, und allmählich, Schritt für Schritt im Rahmen des Kapitalismus, also innerhalb der bestehenden ökonomischen, politischen und ideologischen Strukturen.

Schließlich hat der zeitgenössische Reformismus im Gegensatz zu den frühen, „klassischen“ Reformisten, von den *Webbs* über *Ramsay MacDonald* bis hin zu *Morrison* und *Attlee*, die zumindest verbal immer noch vom sozialistischen Ziel

gesprochen haben, dieses Ziel aufgegeben. Selbst das Wort „Sozialismus“ wird peinlichst vermieden (einige Wahlkreise vor der Wahl ausgenommen). An seine Stelle ist für immer eine trübe „mixed economy“ getreten, die sich bei genauerer Untersuchung als Mischung zweier Sorten Kapitalismus herausstellt.

Hat man dies erst einmal eingesehen, dann ist es nicht schwer, die tieferen Gründe dieser traurigen Kette des Verrats zu erkennen. Die Wahl rückt näher. Die Führer des rechten Labourflügels treten aus der Opposition mit großen Versprechungen und Zusicherungen hervor. Sie werden in ihre Ämter gewählt, einige voller guter Absichten, andere nicht. Nach einigen Monaten stehen sie aufgrund der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der besonderen Krise des englischen Kapitalismus unvermeidlich vor einer Krise oder einer Depression. Ist ausnahmsweise einmal keine Krise da, können die Maulwürfe in London, Zürich und der Wallstreet ohne weiteres eine provozieren.

Die Dynamik des Verrats

Was tun? Die Regierung ist verpflichtet, im Rahmen des bestehenden Systems, seiner allgemeinen ökonomischen Organisation, seinen internationalen Beziehungen, dem Kalten Krieg, der neokolonialistischen Politik, dem bestehenden (kapitalistischen) Staat und den (kapitalistisch beherrschten) Massenmedien zu handeln. Es gibt keine Alternative. „Wir müssen harte Maßnahmen ergreifen.“ Um innerhalb des bestehenden Systems „voranzukommen“, muß zuvörderst das System selber gesichert werden. Der Labour-Schatzkanzler hält seine jährliche Ansprache: „Die Nation ist in Gefahr. Ich habe mein ganzes Leben für die Arbeiterbewegung gekämpft, aber jetzt, in diesem kritischen Augenblick, muß ich Sie bitten, vorübergehend Opfer zu bringen... Wenn diese harten Maßnahmen ihre Wirkung gezeigt haben, versprechen wir unser angekündigtes Programm wieder aufzunehmen und das Staatsschiff wird wieder flott...“ usw., usw.

Jetzt kommen Lohnkürzungen und Lohnstopps, die sich im wesentlichen gegen die arbeitende Bevölkerung richten. Wenn militante Labourmitglieder, aktive Gewerkschafter, Vertrauensleute aus den Betrieben und Kommunisten solchen Maßnahmen Widerstand entgegensetzen und für die Erfüllung des versprochenen Programms kämpfen, sind sie es und nicht der Kapitalismus, der zum Feind der Labourregierung wird. Sie werden angegriffen, die Kommunistenhetze greift wieder um sich. Der „neutrale“ Staat wird gegen streikende Arbeiter oder militante Demonstranten eingesetzt. Die Arbeiter werden desillusioniert und stimmen mit den Füßen ab – die Tories gelangen wieder an die Macht.

Dies und nicht persönliche Gefühle sind die richtige Erklärung für die tödliche Dynamik des Verrats. Und das wird sich solange wiederholen, bis man es begriffen hat und ein entscheidender Teil der Arbeiter das Wesen des Reformismus erkennt, ihn ablehnt und bekämpft, um schließlich ein wirklich sozialistisches Bewußtsein zu entwickeln und für die als notwendig eingesehene radikale Gesellschaftsänderung zu kämpfen.

Der phantastische Fortschritt der modernen Wissenschaft und Technologie macht eine revolutionären Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur um so notwendiger, er macht ihn auch eher möglich.

Aber es genügt nicht, sich allgemein über die Notwendigkeit eines sozialistischen England und einer revolutionären Umwälzung der Gesellschaft auszulassen. Wir müssen Klarheit darüber gewinnen, was mit Revolution gemeint ist (denn es handelt sich hier um ein häufig missbrauchtes Wort) und wir müssen verstehen, daß Revolutionär sein bedeutet, so zu handeln, zu arbeiten und zu leben, daß ein entscheidender Teil der englischen Arbeiterklasse und seiner Verbündeten die Notwendigkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung und der dazu erforderlichen Mittel begreift.

Was ist eine sozialistische Revolution (und was nicht)?

Die englische Bourgeoisie, die vor langer Zeit ihre eigene Revolution gegen den Feudalismus gemacht hat, hat der arbeitenden Bevölkerung in Schulbüchern, Romanen und Dramen, im Film, Radio und Fernsehen immer wieder den Schrecken, die Bösartigkeit und Niederträchtigkeit der Revolution und der Revolutionäre ausgemalt. Sie hat sogar angefangen, retrospektiv ihre eigenen Revolutionäre zu verglimpfen. So kommen wir zu den brutalen Rundköpfen, den abgefeimten Jakobinern, den blutbefleckten Bolschewiken, alle natürlich vom Ausland bezahlt und von französischen, deutschen oder russischen (bzw. chinesischen) Agenten organisiert. Die Bourgeoisie stattet die Revolutionäre sehr großzügig mit all den Lastern aus, denen sie selber vorzugsweise frönt.

Eine allgemeine Meinungsumfrage über das Thema „Revolution“ wäre sehr ausschlußreich. „Entschuldigen Sie, haben Sie einen Moment Zeit? Bitte sagen Sie mir, was verstehen Sie unter Revolution?“ Man würde einige lustige Antworten erhalten. Am häufigsten dürfte in den Antworten die Vorstellung von sehr viel Blut auftauchen – entfesselte Massen, Aufruhr und Blut.

Der englische Reformismus hat die bürgerliche Ansicht im großen und ganzen übernommen und von der Revolution in ähnlich herabsetzenden Wendungen gesprochen.

Daher ist es nicht einfach, die wahre Bedeutung der Revolution und besonders einer sozialistischen Revolution zu erklären. Der Arbeiterklasse und der Bevölkerung muß zu der Erkenntnis verholfen werden, daß es nicht nur notwendig ist, für die Lösung der alltäglich sich stellenden, unmittelbaren Probleme zu kämpfen, sondern auch für eine grundlegende Umwälzung der Gesellschaft. Dabei muß man so weit wie möglich an ihre eigenen Erfahrungen und Kämpfe anknüpfen. Es muß immer wieder erklärt werden, wie die verschiedenen Seiten der Macht des englischen Monopolkapitals miteinander zusammenhängen, aufgrund deren es sich halten kann.

Drei Aspekte der Macht

Die ökonomische Macht der Bourgeoisie, die Konzentration stetig wachsenden Reichtums in immer weniger Händen und die immer umfassendere Kontrolle über die Produktionsmittel, die Distribution und den Austausch durch einige Großkonzerne, riesige nationale und internationale Monopole, dies alles wird in der Arbeiterbewegung verhältnismäßig klar gesehen.

Wesentlich weniger erkannt (und das Fehlen dieser Einsicht ist in der Tat die Achillesferse der Labourpartei) werden die Konzentration der politischen Macht in den Händen des Monopolkapitals und das Wesen des englischen Staates, der alles andere als neutral ist, nämlich im Grunde ein Staat des Monopolkapitals.

Zu den größten Leistungen von Marx und Engels für die Arbeiterklasse gehört genau diese Einsicht in den Klassencharakter des Staates im allgemeinen und des kapitalistischen Staates im besonderen. Sie haben im „Kommunistischen Manifest“ geschrieben: „*Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.*“

Lenin hat diese marxistische Theorie des Staates weiterentwickelt.

Betrachten wir den gegenwärtigen englischen Staat, so sehen wir, daß er eher ein Staat des Monopolkapitals als der ganzen Bourgeoisie ist. Durch einen sorgfältigen Selektions- und Indoktrinationsprozeß befinden sich die Schlüsselpositionen der Streitkräfte, der Polizei, der verschiedenen Geheim- und Sicherheitsdienste, der Justiz, der Verwaltung, der Aufsichtsräte in den verstaatlichten Industriebetrieben und verschiedenen Wirtschaftskomitees, an denen der Staat beteiligt ist, in den Händen von Personen mit der richtigen (Oberklassen-)Herkunft und/oder der richtigen Schul- und Universitätsausbildung bzw. den richtigen Ansichten, so daß sie – ob bewußt oder nicht – sich in der Regel dem Kapitalismus gegenüber loyal verhalten.

Auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus – dem staatsmonopolistischen Kapitalismus – wird der Staat allgegenwärtig, er dringt in die Wirtschaft ein, in die Kultur, in jeden Winkel des gesellschaftlichen Lebens. Um so wichtiger wird es daher, seine Funktion richtig zu verstehen.

Aus einer Reihe von Gründen war die englische Bourgeoisie über viele Jahrzehnte in der Lage, den Klassencharakter des Staates in gewissem Umfang vor der Masse der arbeitenden Bevölkerung zu verschleiern. Je brutaler, grausamer und offener seine Rolle bei der Unterdrückung der farbigen Völker überall in der Welt war – um einmal von der weißen Bevölkerung etwa in Irland abzusehen –, desto mehr konnte er seinen wahren Charakter im eigenen Land verschleiern, wenn er auch in Zeiten ernster Klassenauseinandersetzungen deutlich genug zutage trat.

Es ist sehr wichtig, daß immer mehr Arbeiter in den letzten Jahren gelernt haben, diese Klassenfunktion des Staates zu erkennen. Der Angriff auf die Rechte der Gewerkschaften und der Versuch einer gesetzlichen Streikbewegung hat viele Arbeiter dazu geführt, die Gefahren zu erkennen. Immer mehr junge Menschen machen am eigenen Leibe die Erfahrung des Klassencharakters von Recht und Polizei. Das Material der TUC für die Fulton-Kommission über die staatliche Verwal-

tung ließ zumindest andeutungsweise die Einsicht in deren klassenspezifische Zusammensetzung erkennen.

In den letzten Jahren hat sich ein qualitativer Wandel in der Beeinflussung der Menschen durch die Massenmedien vollzogen. Es wird immer deutlicher gesehen, daß die Machtinstrumente über den menschlichen Geist – man könnte dies als ideologische Macht bezeichnen – in England bei denen konzentriert sind, die auch die Wirtschaft beherrschen und die staatlichen Schlüsselpositionen kontrollieren. Jahr für Jahr werden Fernsehen, Rundfunk, Tageszeitungen, Illustrierte, Verlage, Kinos und Filmproduktionen über den Staat oder über private Eigentümer immer stärker konzentriert.

Die Studenten haben mehr und mehr eingesehen, daß das gesamte Ausbildungswesen (Organisation und Zusammensetzung der Universitäten, Lehrinhalte, manglende Demokratie bei der Verwaltung usw.) zu einem Teil der ideologischen Struktur des Monopolkapitalismus wird, wenn der Kampf um Demokratie nicht sehr viel wirkungsvoller wird.

Marx und Engels gehörten zu den ersten, die diesen Prozeß klar erkannt haben. Sie schrieben im II. Abschnitt des „Kommunistischen Manifests“: „*Und ist nicht auch eure Erziehung durch die Gesellschaft bestimmt? Durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb derer ihr erzieht, durch die direktere oder indirektere Einmischung der Gesellschaft, vermittels der Schule usw.? Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung, sie verändern nur ihren Charakter, sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse.*“

Ein zeitgenössischer französischer Marxist – Louis Althusser – hat für die Gegenwart, da der Kapitalismus aufgrund innerer Notwendigkeit und unter dem Druck der Massen die Ausbildung stark erweitert hat, hervorgehoben, daß „*der zentrale strategische Punkt der Aktion der herrschenden Klasse ... bereits das bloße Wissen ist, das die Lehrer ihren Studenten vermitteln.*“

Je besser die komplexe Machtstruktur des modernen Kapitalismus erkannt wird, desto deutlicher wird, daß die arbeitende Bevölkerung zwar im Rahmen des Kapitalismus um die Verteidigung und Erweiterung ihrer Lebensbedingungen und ihrer Freiheiten kämpfen kann und muß, aber innerhalb dieser Verhältnisse ihre Probleme nicht lösen kann, daß nicht einmal der Ansatz zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gemacht werden kann. Jede dauerhafte Lösung hat zur Voraussetzung eine radikale, revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft; sie ist nur möglich, wenn die Macht des Monopolkapitals gebrochen wird.

Definition der Revolution

Marx und Engels haben im „Kommunistischen Manifest“ die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse als die wichtigste Voraussetzung für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft bezeichnet. „*Der nächste Zweck der Kommunisten ist ...: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.*“

Das Wesen einer Revolution besteht darin, daß die Staatsmacht von einer Klasse (oder Gruppe von Klassen) übergeht auf eine historisch fortschrittlichere Klasse oder Gruppe von Klassen. Lenin hat das folgendermaßen formuliert: „Der Übergang der Staatsmacht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen ist das erste, wichtigste, grundlegende Merkmal einer Revolution, sowohl in der streng wissenschaftlichen wie auch in der praktisch-politischen Bedeutung dieses Begriffs.“¹ Das Wesen einer sozialistischen Revolution besteht darin, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die politische Macht erobern und nicht nur zur Verteidigung der Revolution gegen die Reaktion innerhalb und außerhalb des Landes einsetzen, sondern vor allem zum Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft. Das ist der Inhalt der Marxschen Lehre von der Diktatur des Proletariats.²

Der Aufbau des Sozialismus ist keine rein ökonomische Angelegenheit – er schließt eine neue Lebensweise ein, eine neue Moral, neue Menschen, die Entwicklung einer Gesellschaft, in der Männer und Frauen ihre vielfältigen Fähigkeiten und Möglichkeiten voll ausschöpfen können und in der nach den Worten von Marx im „Kapital“ „die vollständige und freie Entwicklung jedes einzelnen“ möglich ist.

Die Bourgeoisie stellt die sozialistische Revolution gern als eine geheime Verschwörung dar, als Handstreich einer Minderheit, der hinter dem Rücken der Bevölkerung geplant wird. Tatsächlich haben aber Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ nicht nur die utopische Konzeption des Fortschritts zum Sozialismus durch Vernunft und Überzeugungskraft einiger kluger Persönlichkeiten – ohne den Kampf der Massen – zurückgewiesen, sondern auch das Konzept geheimer Verschwörergruppen, das damals – zum Teil als Reaktion auf den Utopismus – vorherrschte. Nach Marx und Engels ist die Revolution nicht möglich ohne sozialistische Theorie und sozialistisches Bewußtsein; aber Theorien und Ideen allein genügen nicht. Die Revolution kann nicht ohne Kampf durchgeführt werden, wenn auch wiederum der bloße Kampf ohne die sozialistischen Ideen ebenfalls nicht ausreicht. Und auch die Kampfformen sind nicht beliebig. Keine noch so mutige Verschwörergruppe könnte eine sozialistische Revolution erfolgreich für die Arbeiter durchführen.

Der Kampf der Massen

Die Revolution ist ein Kampf der Massen, an dem sich unter Führung der **Arbeiterklasse** entscheidende Teile dieser Klasse und ihrer Verbündeten **bewußt** beteiligen, d.h. daß sie nicht nur wissen, wogegen sie kämpfen, sondern auch, was sie an seine Stelle setzen wollen.

Diese Konzeption des Massenkampfes wurde durch die Erfahrung immer wieder bestätigt. Lange nach Marx' Tod wandte sich Friedrich Engels in einer seiner letzten

1 W. I. Lenin, „Briefe über die Taktik“, Werke Bd. 24, S. 26.

2 Eine ausführliche Untersuchung der Theorie der Diktatur des Proletariats bei Marx, Engels und Lenin von Jack Cohen wird in einer der nächsten Ausgaben von „Marxism Today“ erscheinen.

Schriften, der Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ aus dem Jahre 1895 wieder dieser Frage zu.³ „Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten ... Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben...“

Für Marxisten ist eine sozialistische Revolution daher weder ein plötzlicher Wutausbruch, noch eine Palastrevolution oder ein Putsch, ein Aufstand, ein Massaker, ein Blutbad. Sie ist weder eine geheime Verschwörung, die der Masse der Bevölkerung gegenüber „begründet“ werden müßte, noch ist sie eine spontane Erhebung.

Sie ist vielmehr die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, also durch die Mehrheit des Volkes, und die Anwendung dieser Macht zum schrittweisen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Sie stellt einen großen potentiellen Fortschritt der menschlichen Freiheit und der Demokratie dar.

Die Revolution ist notwendig auch ein langer, harter Kampf (dessen Formen sich allerdings je nach Land und Zeitpunkt höchst unterschiedlich darstellen können), der einer kontinuierlichen Leitung bedarf. Wenn ich in diesem Vortrag auf die marxistische Konzeption dieser Leitung, nämlich auf die Rolle der marxistischen Partei, nicht näher eingehen kann, darf das keineswegs als Herabminderung ihrer Bedeutung verstanden werden.

Demokratie und Sozialismus

Wenn die Marxisten die Mehrheit der Arbeiterklasse und der arbeitenden Bevölkerung für eine revolutionäre Veränderung gewinnen wollen, dann müssen sie in der Lage sein, jederzeit die Fragen aufzunehmen und zu diskutieren, die die Bevölkerung zurückhalten.

Eine solche Frage, die ganz sicher und völlig zu Recht gestellt werden wird, ist die nach dem Verhältnis des Kampfes für Demokratie und des Kampfes für den Sozialismus.

In den wesentlichen kapitalistischen Ländern wie England wird diese Frage oft folgendermaßen gestellt: „Ihr Marxisten kritisieren dauernd unsere Demokratie, die ihr bürgerlich nennt, und Ihr sprechst von ihren Schranken. Völlig richtig! Aber seid ihr gar nicht an ihren guten Seiten interessiert, daran, was sie uns gegeben hat? Lehnt ihr die Organisationen und Institutionen, die die Arbeiterbewegung und andere fortschrittliche Bewegungen aufgebaut und mitgeformt haben – die Gewerkschaften, Genossenschaften, kommunalen Verwaltungen, das Parlament –

3 F. Engels, „Einleitung zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, MEW Bd. 7, S. 523.

völlig ab? Haltet ihr sie für bankrote Einrichtungen der Bourgeoisie, die zerstört oder durch andere ersetzt werden müssen?“

Im Gegenteil!

Dieser Frage muß man sich stellen. Und ich glaube, daß es für die Zukunft des Marxismus in England und die Zukunft der Demokratie und des Sozialismus absolut entscheidend ist, daß sie richtig beantwortet wird.

Marx und *Engels*, und nach ihnen auch *Lenin*, behandelten die Frage der bürgerlichen Demokratie dialektisch und allseitig. Sie kritisierten wiederholt unbarmherzig die Grenzen dieser Demokratie, selbst als sie auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung stand, und zeigten immer wieder, daß es in der bürgerlichen Gesellschaft keine „reine“ Demokratie geben kann, daß auch die demokratischste Republik im Kern eine Diktatur der Bourgeoisie bleibt und daß es zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten keine Gleichheit geben kann; gleichzeitig haben sie aber ebenso oft betont, daß es notwendig ist, innerhalb des Kapitalismus für die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie zu kämpfen, so begrenzt sie auch sein mag, und daß dieser Kampf ein wichtiger Teil des Kampfes um den Sozialismus ist.

Wir begegnen heute zwei grundsätzlich falschen Auffassungen über die Demokratie in England. Bürgerliche Theoretiker, Liberale und Reformisten stellen sie als einen Zweck an sich dar, und verschleiern ihren Klassencharakter und ihre prinzipiellen Beschränkungen, während Ultralinke in scheinrevolutionären Phrasen den Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie unter dem Kapitalismus hochmütig ablehnen und als nicht revolutionär zurückweisen.

Es sollte aber niemals vergessen werden, daß die englische Bourgeoisie zu keiner Zeit der Arbeiterklasse Rechte und Freiheiten einfach umsonst gegeben hat — es wurde ihr niemals etwas geschenkt. Zweihundert Jahre hat die englische Arbeiterbewegung gekämpft für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, auf Erziehung, auf eine Arbeiterpresse, auf das Stimmrecht. Das war nicht einfach ein Kampf kleinbürgerlicher Intellektueller, wie uns einige weis machen wollen, sondern ein wesentlicher Teil des langen und harten Klassenkampfes der Arbeiter.

Und genau wie im Kampf um höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit war ein Sieg unter kapitalistischen Verhältnissen niemals sicher — und wird es auch weiterhin nicht sein. Keine der demokratischen Errungenschaften war so sicher, daß sie nicht wiederholt verteidigt werden mußte.

Ich halte es für eine grundlegende Einsicht des Marxismus, daß die Verminderung des demokratischen Kampfes oder die Verringerung der Einflußmöglichkeiten der Arbeiterklasse und der revolutionären Bewegung auf Massenorganisationen und Institutionen, die sich zumindest teilweise aufgrund des Kampfes der Arbeitermassen und des Volkes innerhalb des Kapitalismus herausgebildet haben, bedeutet, den reaktionären kapitalistischen Elementen in die Falle zu gehen, einen wesentlichen Teil des revolutionären Kampfes zu vernachlässigen und — wie unbewußt auch immer — die Reaktion zu stärken.

Der Angriff der Monopole auf die Demokratie

Dies alles ist um so wichtiger, weil der Kapitalismus in einer Krisensituation gewissermaßen vor seiner eigenen Demokratie Angst bekommt. *Engels* gibt in seiner Einleitung zu „*Klassenkämpfe in Frankreich*“ eine brillante Beschreibung dieses Phänomens: „*Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt mit Odilon Barrot: la légalité nous tue, die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben. Und wenn wir nicht so wahnsinnig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts anderes, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen.*“⁴

Was in den Krisenzeiten des Kapitalismus um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gelegentlich in einigen Ländern in Erscheinung trat — *Marx* hat das in „*Klassenkämpfe in Frankreich*“ beschrieben — wurde mit dem Imperialismus, dem Monopolkapitalismus und verstärkt mit dem gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus zur allgemeinen Tendenz.

Lenin hatte die große Begabung, aus einer Masse statistischer Daten und politischen Erfahrungsberichten die allgemeinen Entwicklungstendenzen seiner Zeit zu erkennen. Bereits 1916 gelangte er zu der Einsicht, daß der Imperialismus, dessen allgemeine Merkmale er früher beschrieben hatte, unvermeidlich von der bürgerlichen Demokratie weg auf die offene politische Reaktion zusteuerte: „*Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion Dem Monopol entspricht die politische Reaktion... Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleicherweise in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion.*“⁵

Diese Ausführungen sind von grundlegender Bedeutung für das Verständnis des Faschismus, der offenen Diktatur des Monopolkapitals, wie sie sich in den zwanziger und dreißiger Jahren herausgebildet hat, und sie scheinen mir ebenso bedeutsamvoll für das Verständnis der gegenwärtigen allgemeinen politischen Tendenzen des Kapitalismus.

In Spanien und Griechenland herrscht die offene Diktatur. In den USA, in Frankreich, BRD und England, sowie in anderen westlichen Ländern stellen wir auf der einen Seite eine gefährliche Entfaltung offen faschistischer Kräfte fest und auf der anderen Seite eine Abwendung der „*establierten*“ Parteien und Organisationen von alten demokratischen Rechten und ihre Hinwendung zur offenen Reaktion. Die Tendenz zum Faschismus in vielen Erscheinungsformen ist dem modernen Monopolkapitalismus immanent, sie ist unausweichlich. Nicht unausweichlich — und das ist sehr wesentlich — ist, daß er damit Erfolg haben wird. Er kann von der geeinten

4 F. Engels, a.a.O., S. 525.

5 W. I. Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“. Werke Bd. 23, S. 34.

werkstätigen Bevölkerung geschlagen werden und seine Niederlage kann eine umfassende **Erweiterung** der Demokratie zur Folge haben.

Der Angriff auf die Demokratie in England

Der Angriff auf die Demokratie in England vollzieht sich in vielen Formen. Die offenste ist der Angriff auf Gewerkschaftsrechte, die in mehr als 150-jährigem Kampf errungen worden sind. Nichts ist mehr sicher – weder das Streikrecht, noch Sympathiestreiks, noch die Streikposten. Es wird versucht, die Gewerkschaften in das „System“ zu integrieren und jeden Aspekt eines militärischen Gewerkschaftstums, das sich dieser Integration widersetzt, anzugreifen. Die Integration der Gewerkschaften kann, bewußt oder unbewußt, ein Teil der Vorbereitung eines – wie die Faschisten es genannt haben – ständisch gegliederten Staates sein.

In der einen oder anderen Form beobachten wir wiederholte Angriffe oder zumindest deren Androhung auf althergebrachte Versammlungs- und Assoziationsrechte. Die ungeheure Vergrößerung der Massenmedien und ihre immer stärkere Konzentration, besonders die staatliche und privatkapitalistische Kontrolle von Rundfunk und Fernsehen, wirken stark der Demokratie entgegen. Der Einfluß der kommunalen Körperschaften hat sich kontinuierlich vermindert und das Parlament selber wird mehr und mehr umgangen. Vor allem ist in den letzten Jahren der Klassencharakter der Schlüsselsektoren des Staatsapparates verstärkt worden. Die Polizei ist weiter zentralisiert worden, die Tätigkeit der Sicherheitsdienste hat sich auf immer neue Bereiche erweitert. Der Kampf gegen die Demokratisierung des Erziehungswesens ist in vollem Gange. Die Arbeiterbewegung hat durch Beseitigung einiger Verbote und Restriktionen einige Siege verbuchen können, während auf anderen Gebieten neue Restriktionen verhängt worden sind. Die Bourgeoisie macht ungeheure Anstrengungen, den rechten Arbeiterführern zu schmeicheln, ihnen um den Bart zu streichen, sie zu beschwatschen, einzuschüchtern und zu tyrannisieren, auf daß sie mit ihnen gemeinsame Sache machen gegen die Demokratie in der Arbeiterbewegung.

Unter dem Schlagwort des Rassismus sind in den letzten Monaten die Aktivitäten der Nationalen Front und anderer offen faschistischer Kräfte wiederaufgelebt und verstärkt worden. Die Kampagne *Enoch Powells* hat gezeigt, daß eine offen reaktionäre Bewegung in England höchst erfolgreich und gefährlich sein kann.

Das sind die **wirklichen** Entwicklungen und nicht akademische Interpretationen der Theorie der „Faschisierung“. Die alte Definition des Sozialfaschismus war insoweit falsch und gefährlich, als sie nicht klar zwischen Reformismus und Faschismus unterschieden hat und daher weder die Möglichkeit, noch die Notwendigkeit gesehen hat, die Millionen der vom Reformismus beeinflußten Arbeiter für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen. Es muß allerdings gesagt werden, daß eine Atmosphäre tiefer Desillusionierung über eine reformistische Labourregierung einen fruchtbaren Boden für den Angriff auf die Demokratie und das Anwachsen des Faschismus darstellt.

Der gegenwärtige Angriff auf die Demokratie in England ist ein erschreckendes Faktum. Wird er aber erkannt, so kann eine geeinte Arbeiterbewegung ihn zurückschlagen. Die antidemokratische Tendenz der Reaktion ist nicht zu verhindern, wohl aber ihr Sieg.

Verteidigung und Erweiterung der Demokratie

Wie stehen die Marxisten zur Demokratie unter kapitalistischen Verhältnissen? Was sollte ein Revolutionär tun, wenn diese (tatsächlich begrenzte) Demokratie vom modernen Monopolkapitalismus angegriffen wird? Verhalten wir uns indifferent? Sollen wir mit den Schultern zucken und sagen „*Ein Glück, daß der ganze Schwindel aufgeflogen ist!*“

Das war nicht die Einstellung von *Marx*, *Engels* und *Lenin*. Im Gegenteil! Wie ich oben ausgeführt habe, war trotz all ihrer Kritik an den Grenzen der bürgerlichen Demokratie ihre Einstellung die, daß die Arbeiter und ihre Verbündeten um die Verteidigung und Erweiterung ihrer Errungenschaften kämpfen müssen – an dieser Einstellung haben sie immer festgehalten.

Das Problem stellte sich *Marx* und *Engels* wiederholt beim Kampf gegen den Anarchismus, besonders zur Zeit der Ersten Internationale. Ich empfehle dazu das Studium der Ansprache von *Engels* auf der Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation am 21. September 1871, die begrüßenswerterweise in die neue einbändige Auswahl der Werke von *Marx* und *Engels* aufgenommen worden ist. *Engels* führt gegen die Position der „Abstinenten“ folgendes an: „*Die politischen Freiheiten, das Versammlungs- und das Assoziationsrecht, die Preßfreiheit, das sind unsere Waffen; und wir sollten die Arme verschränken und Abstention üben, wenn man sie uns nehmen will! Man sagt, jede politische Aktion bedeute, das Bestehende anzuerkennen. Aber wenn dieses Bestehende uns die Mittel gibt, um gegen das Bestehende zu protestieren, so ist die Anwendung dieser Mittel keine Anerkennung des Bestehenden.*“⁶

Die Abstinenten aus der Zeit von *Marx* und *Engels* beanspruchten, Revolutionäre zu sein und lehnten im Namen der „Revolution“ den Kampf für Demokratie ab. *Engels* antwortet ihnen: „*Wir wollen die Abschaffung der Klassen. Was ist das Mittel, um dahin zu gelangen? Die politische Herrschaft des Proletariats. ... Alle Abstinenten nennen sich Revolutionäre, und sogar Revolutionäre par excellence. Die Revolution aber ist der höchste Akt der Politik, und wer sie will, muß auch das Mittel wollen – die politische Aktion, welche die Revolution vorbereitet, welche die Arbeiter für die Revolution erzieht und ohne die die Arbeiter am nächsten Tage nach dem Kampf stets von den Favres und Pyats geprellt sein werden...*“

Lenin hat sich wiederholt zu diesem Punkt geäußert. Niemand hat die Grenzen der bürgerlichen Demokratie unnachsichtiger kritisiert als *Lenin* in „*Staat und Revolu-*

6 F. Engels, „Über die politische Aktion der Arbeiterklasse“, (Eigene Aufzeichnung der Rede in der Sitzung der Konferenz am 21. Sept. 1871), MEW Bd. 17, S. 416 f.

lution“ und „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, sowie in vielen anderen Arbeiten. Aber genauso eindringlich hat Lenin betont, daß man den demokratischen nicht vom sozialistischen Kampf trennen kann: „Das Proletariat kann nicht anders siegen als durch die Demokratie, d.h. indem es die Demokratie vollständig verwirklicht, indem es mit jedem Schritt seiner Bewegung die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung verbindet. Es ist Unsinn, die sozialistische Revolution und den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus, einer der Fragen der Demokratie... entgegenzustellen. Wir müssen umgekehrt den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus mit dem revolutionären Programm und der revolutionären Taktik in bezug auf alle demokratischen Forderungen verbinden: die Forderung der Republik, der Miltiz, der Wahl der Beamten durch das Volk, der gleichen Rechte für Frauen, der Selbstbestimmung der Nationen usw.“⁷

Mir scheint, daß wir uns in schwere Gefahr begeben, wenn wir angesichts des allgemeinen Angriffs auf die Demokratie und der beginnenden Wiederbelebung des Faschismus dieses Grundprinzip des Marxismus-Leninismus nicht beachten. Es gab schon einmal in der internationalen kommunistischen Bewegung eine Tendenz dazu: Ende der 20er Jahre und Anfang der 30er Jahre. Der Sieg des Faschismus in Deutschland hat uns dafür auf das härteste bestraft. Als Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 über den Kampf gegen den Krieg und den Faschismus sprach, zitierte er die folgenden Worte Lenins (die damals für viele Kommunisten leider völlig neu waren): „...wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.“⁸

Wir sollten als Marxisten dem Angriff des Monopolkapitals auf die Demokratie die Parole „Verteidigung und Erweiterung der Demokratie“ entgegensetzen; wir sollten alles verteidigen, was die Arbeiterklasse in langen Jahren des Kampfes gewonnen hat und diese Siege ausbauen als Vorbereitung für den Aufbau des Sozialismus in England, der tendenziell eine gewaltige Erweiterung der Demokratie für die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bedeutet.

Daraus folgt: die Verteidigung der Gewerkschaften, der Kampf für eine Vergrößerung der industriellen Demokratie auf allen Ebenen, die Verteidigung des Versammlungsrechts, der Kampf für die Demokratisierung der Kontrolle über die Massenmedien, für die Demokratisierung der Personalpolitik für die Schlüsselstellungen im Staatsapparat und die Rechte der Staatsangestellten, der Kampf für die Demokratisierung des Ausbildungssektors (seiner Verwaltung, seiner Struktur, seiner Inhalte usw.), für die ökonomische und soziale Gleichstellung der Frauen, der

7 W. I. Lenin, „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.“ Werke Bd. 21, S. 415.

8 W. I. Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.“ Werke Bd. 22, S. 145.

Kampf gegen Verbote und Einschränkungen der Arbeiterbewegung treten als zentrale Themen der Arbeiterbewegung neben die Aufgabe des Kampfes um Lohn erhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und verbesserte Lebensbedingungen.

Die Tatsache, daß wir als Marxisten ganz besonders die Aufgabe haben, den Klassencharakter des Staates zu erklären und die Tatsache, daß der Staat heute die Interessen des Monopolkapitals repräsentiert, daß die englische Arbeiterklasse zum Aufbau des Sozialismus einen qualitativ anderen Staat braucht, der die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt, sollten uns nicht vergessen lassen, hier und heute, innerhalb des Kapitalismus für die Demokratisierung des Staatsapparates und der Struktur des Staates zu kämpfen.

Demokratische Institutionen

An dieser Stelle möchte ich kurz auf das Problem der demokratischen Institutionen eingehen. In einigen ultralinken Kreisen ist es Mode geworden, Gewerkschaften und Genossenschaften als kapitalistische Institutionen abzuschreiben. Die Universität, so hört man, ist nichts als eine kapitalistische Einrichtung, die Verstaatlichung nichts anderes als staatsmonopolistischer Kapitalismus.

Die nationale Unabhängigkeit der vormals kolonialen Länder ist der Theorie dieser Ultralinken zufolge nichts anderes als ein Feigenblatt des Neokolonialismus. Das Parlament, so sagen andere, ist nichts als eine korrupte Institution des Establishments, eine Schwatzbude, und der politische Kampf für den Sozialismus kann einzig und allein außerhalb des Parlaments stattfinden.

Dieser Standpunkt ist nach meiner Auffassung falsch, unmarxistisch und außerordentlich gefährlich.

Es ist richtig, daß wir es in England mit einer ungewöhnlich schlauen Bourgeoisie zu tun haben, daß sie vermutlich die erfahrenste, flexibelste, am geschicktesten taktierende, verlogenste und hinterhältigste herrschende Klasse der Welt ist und daß wir diese Methoden genau einzuschätzen haben.

Aber einige, die sich selbst als Revolutionäre bezeichnen, tun so, als wäre alle Demokratie in England ein schlauer, hinterlistiger Trick der Kapitalisten, um die Arbeiter zu pacifizieren und bei der Stange zu halten. Der englische Kapitalismus hat aber weder den Arbeitern, noch den Völkern des englischen Empire jemals Zugeständnisse gemacht, ohne dazu gezwungen worden zu sein.

Die Schlaueit der Kapitalisten besteht darin, daß sie immer wieder versuchen (manchmal erfolgreich), ihre Niederlagen in Siege zu verwandeln. Jahrzehntelang haben sie versucht, die Gewerkschaften zu verbieten; erst als sie dazu gezwungen waren, haben sie sie legalisiert, aber auch dann nur partiell und widerwillig (bis zum heutigen Tage). Als sich aber die Gewerkschaften dann ihre Legalisierung erzwungen hatten, versuchte die englische Bourgeoisie (ebenfalls bis heute), sie sich zu unterwerfen, einzuverleiben und zu integrieren, die militärischen Seiten ihrer Aktionen und Organisationen aber anzugreifen.

Ebenso versuchte der Kapitalismus, den Arbeitern die Ausbildung vorzuenthalten; als aber der Druck der Arbeiterklasse (und die technologischen Erfordernisse des Kapitals) eine verbesserte Ausbildung erzwangen, gab er widerstrebend nach und versuchte solche Formen der Erziehung zu entwickeln, die die Arbeiter an den Kapitalismus fesseln sollten.

Das gleiche gilt für die populäre Presse. Zunächst versuchten die Kapitalisten, sie zu verbieten oder wenigstens lahmzulegen. Als das nicht mehr möglich war, entwickelten sie selber eine „populäre“ Presse, die die Bevölkerung im Sinne des Kapitalismus beeinflussen sollte. Ebenso verhielt es sich mit der nationalen Unabhängigkeit der Angehörigen des englischen Empire: als ihnen schließlich die Unabhängigkeit nicht länger vorenthalten werden konnte, versuchten die Kapitalisten solche Arrangements zu treffen, daß Ausbeutung und Maximalprofite nicht geschmälert wurden (Neokolonialismus).

Was soll ein Revolutionär angesichts einer solchen Taktik tun? Soll er sagen: „*Ihr wollt unsere Gewerkschaften haben, gut, nehmt sie, wir werden neue, revolutionäre Gewerkschaften aufbauen!*“ „*Ihr wollt das Erziehungswesen, die Schulen und Universitäten, ihr sollt sie haben, wir entwickeln ein neues System revolutionärer Erziehung.*“ „*Ihr wollt die Verstaatlichung in eine besonders günstige Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandeln, ihr könnt sie haben.*“ „*Ihr wollt das Parlament und die kommunalen Körperschaften, nehmt sie nur, wir sind ohnehin antiparlamentarisch – es gehört alles euch.*“

Dergleichen könnte man für revolutionär halten, für kompromißlos, man könnte meinen, hier würde die „reine“ Lehre hochgehalten. Tatsächlich aber ist diese Haltung destruktiv, negativ; sie unterschätzt offenkundig die Fähigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, diese Organisationen und Institutionen im Rahmen des allgemeinen Klassenkampfes zu erobern, zu formen und umzuformen. Sie gibt dem Feind alle Trümpfe in die Hand. Die Diskreditierung demokratischer Institutionen ohne jeden Kampf um ihre Transformation und ihre Funktionalisierung für die werktätige Bevölkerung kann sogar dem Faschismus den Weg ebnen.

Selbstverständlich versucht die Bourgeoisie, nachdem die Arbeiterklasse durch harten Kampf sie gezwungen hat, ihr das Stimmrecht zu geben, sicherzustellen, daß sie dann für den Kapitalismus stimmt. Sollte die Arbeiterklasse jedoch deswegen etwa das Stimmrecht ablehnen?

Insere Aufgabe ist, den nationalen und lokalen Wahlkampf zu einem Teil des allgemeinen Kampfes der Arbeiterklasse zu machen. Marx und Engels haben dieses Problem klar gesehen. Engels schrieb: „*Die revolutionären Arbeiter der romanischen Länder haben sich angewöhnt, das Stimmrecht als einen Fallstrick, als ein Instrument der Regierungsprellerei anzusehen . . . Schon das „Kommunistische Manifest“ hatte die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie, als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats proklamiert . . . Sie (Engels spricht hier von den deutschen Arbeitern am Ende des vorigen Jahrhunderts – J. K.) haben das Wahlrecht, in den Worten des französischen marxistischen Programms, transformé de moyen de duperie qu'il a été jusqu'ici, en instrument*

d'emancipation, es verwandelt aus einem Mittel der Prellerei, was es bisher war, in ein Werkzeug der Befreiung.“⁹

Diese sehr bedeutsame Formulierung entnahm Engels der Marxschen Einführung in das Programm der Französischen Arbeiterpartei, angenommen auf dem Kongreß in Le Havre 1880. Sie führen uns direkt auf die Antwort.

Die reformistische Einstellung zum Parlament, die Reduzierung des Klassenkampfes auf den parlamentarischen Kampf und dessen Trennung vom Kampf der Massen außerhalb, die Reduzierung des innerparlamentarischen Kampfes auf die Durchsetzung unmittelbarer Reformen und die Unterordnung der reformistischen Partei unter ihre Parlamentsfraktion – alles Elemente der allgemeinen Konzeption des Reformismus, die wir oben beschrieben haben – machen tatsächlich Parlament und Wahlrecht zu einem „Mittel der Prellerei“.

Ein parlamentarischer Kampf aber, der im Rahmen einer allgemeinen Strategie zur Eroberung der politischen Macht durch die werktätige Bevölkerung und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gesehen wird als Teil des Massenkampfes außerhalb des Parlaments und mit ihm unmittelbar gekoppelt ist, bei dem Kommunisten und militante Sozialisten im Parlament sitzen, die sich als disziplinierter Teil der Parteien und Organisationen verstehen, die sie entsandt haben, kann den parlamentarischen Kampf in ein „Werkzeug der Befreiung“ verwandeln. Noch ist die Entscheidung über das Parlament nicht gefallen – erst der Kampf entscheidet, was aus ihm wird.

Ob das Parlament ein „Mittel der Prellerei“ wird oder ein „Werkzeug der Befreiung“ hängt letztlich vom Kampf der Massen und vom Stand des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ab.

Noch ist nichts entschieden

Es ist natürlich das Ziel der herrschenden Klasse in England, das Erziehungssystem einschließlich der Universitäten dem Kapitalismus zu unterwerfen. Das ist ihr Wunsch und ihre Absicht. Aber soll ihr das so einfach zugestanden werden? Bei der Stimmung und dem Mut eines großen Teils der Studenten und Lehrer ist es heute durchaus möglich – sofern ein permanenter Kampf organisiert und auf eine Weise geführt wird, daß sich nicht eine fortschrittliche Minderheit von der Mehrheit der Studenten isoliert – die verschiedenen Bereiche des Erziehungswesens und seiner Institutionen radikal zu demokratisieren und, da der Kampf auf dem Erziehungssektor solange weitergehen muß, als es in England Kapitalismus gibt, sicherzustellen, daß die Universitäten und viele der Ausbildungsinstitutionen der arbeitenden Bevölkerung dienen.

Der Kampf um die Verstaatlichung ist seit langer Zeit ein wichtiger Teil des Kampfes der Arbeiterklasse. Die Bergbauer und Eisenbahner haben Ende des vorigen Jahrhunderts dafür gekämpft. Das Ziel des Monopolkapitalismus ist eine

9 F. Engels, „Einleitung..“, a.a.O., S. 519.

friedliche, gesetzlich abgesicherte Verstaatlichung, die hohe Entschädigungssummen und Zinsen abwirft, bei der die Aufsichtsräte der verstaatlichten Betriebe aus ehemaligen Geschäftsleuten, pensionierten Offizieren und einigen friedfertigen Gewerkschaftsfunktionären zusammengesetzt sind – letztere häufig geadelt, hoch dotiert und völlig angepaßt. Der verstaatlichte Sektor soll dem privaten billige Dienstleistungen anbieten und strikt auf solche Industrie- oder Dienstleistungsbereiche beschränkt bleiben, die für den Kapitalismus insgesamt notwendig sind; er sollte kontrolliert werden von einem Staat, der dem Monopolkapital vollständig unterworfen ist.

Aber das ist nur das, was die Kapitalisten wollen. Es ist nicht notwendig die einzige mögliche Form der Verstaatlichung. Was aus ihr wird, entscheidet sich im Klassenkampf. Die Strategie der militanten Sozialisten kann nicht darin bestehen, auf die Parole der Verstaatlichung zu verzichten oder sich kläglich darauf zu beschränken, sie als staatsmonopolistischen Kapitalismus zu denunzieren.

Der Kampf entscheidet

Die Parole lautet vielmehr: *für die sofortige Erweiterung und Demokratisierung der Verstaatlichung als Teil des Kampfes für eine wirkliche sozialistische Verstaatlichung, die nur in einem sozialistischen England möglich ist.* Das bedeutet aktuell den Kampf um eine radikale Reduzierung der Entschädigungssummen und Zinsen, eine grundlegende Veränderung der Zusammensetzung der Aufsichtsräte, das Ende der „billigen Dienstleistungen“, die immer umfassendere Kontrolle durch die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben, die Ausdehnung der Verstaatlichung auf Schlüsselsektoren der Wirtschaft und den permanenten Kampf für die Demokratisierung des Staates, der als Eigentümer die Kontrollfunktion hat.

Wenn vormals koloniale oder halb-koloniale Länder ihre Unabhängigkeit errungen haben, werden die Imperialisten natürlich mit der ganzen Vielfalt der Methoden, die als Neokolonialismus bekannt sind – mit ökonomischen, politischen, militärischen und ideologischen Methoden – versuchen, sich Ausbeutungsmöglichkeiten und Profite zu erhalten.

Die Aufgabe der Revolutionäre in den unabhängig gewordenen Ländern ist nun nicht, deswegen die Unabhängigkeit, die ihr Kampf ja erst ermöglicht hat, als geschicktes imperialistisches Manöver abzulehnen, sondern sie als Basis für die Weiterführung der Revolution in Richtung auf eine unabhängige nationale Demokratie und den Sozialismus zu benutzen und dabei alle Reste des Neokolonialismus zu vernichten.

Nichts könnte weniger revolutionär sein, als die offiziellen Gewerkschaften als integrierte Institutionen des Kapitalismus zu betrachten und damit alle progressive gewerkschaftliche Arbeit außerhalb der Gewerkschaften oder gegen sie zu betreiben.

Noch einmal: natürlich will das englische Monopolkapital ein friedliches, integriertes Gewerkschaftssystem mit friedlichen, integrierten Gewerkschaftern. Und

niemand kann behaupten, daß dies zu bestimmten Zeiten in einigen Sektoren der Gewerkschaften nicht auch der Fall gewesen ist.

Aber immer wieder sind ganze Gewerkschaften mit ihrer Führung für eine progressive Politik gewonnen worden. Der Umstand, daß wir uns heute, am 14. März, hier treffen, macht deutlich, daß dies möglich ist.

Der entscheidende Punkt ist nicht, die Vertrauensleute, die Betriebsräte und die verschiedenen offiziellen und inoffiziellen Organisationen der Basis geschlossen ihrer Führung entgegenzustellen; entscheidend ist für militante und progressive Gewerkschafter vielmehr, die Gewerkschaftsbewegung als ganzes zu gewinnen und sie in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen, wozu sie ja schließlich unter großen Opfern gegründet worden ist. Wesentlich ist nicht wortreiches Lamentieren über die Integration der Gewerkschaften (vgl. Tariq Ali, der von der „*Institutionalisierung der Gewerkschaften durch die bürokratische Führung der Gewerkschaftsleitung*“ spricht, die „im schlimmsten Fall ganz offen im Interesse der Unternehmer handelt und im besten Fall den Kampf der Arbeiter zu bremsen und auf begrenzte, hauptsächlich symbolische Formen zu reduzieren sucht“)¹⁰, sondern den Kampf von unten und von oben her zu entfalten, die Integration der Gewerkschaftsbewegung in das kapitalistische System aufzuhalten und sie zu einem machtvollen Kampfinstrument für die Interessen der Arbeiterklasse zu machen.

Der Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie im Rahmen des Kapitalismus und für einen größeren Einfluß und umfassendere Kontrollmöglichkeiten der Arbeiterklasse und der Bevölkerung ist daneben eine wichtige Nahtstelle zwischen der Arbeiter- und der Studentenbewegung, eine Verbindung, die ein wichtiges und schwieriges Problem darstellt.

Den Kampf um die Demokratie gewinnen

Der „*in jeder Hinsicht konsequente, revolutionäre Kampf um die Demokratie*“ kann nach Lenin unter kapitalistischen Verhältnissen niemals vollendet werden. Das ist sehr wichtig. So viel immer errungen werden mag, es muß immer wieder von neuem erkämpft werden.

In diesem Kampf um die Demokratie stößt die werktätige Bevölkerung unvermeidlich auf die prinzipiellen Schranken der Demokratie, die sich unmittelbar aus dem Wesen des Kapitalismus ergeben.

Sie stößt auf die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, auf den klassencharakter des kapitalistischen Staates, auf die umfassende kapitalistische Kontrolle der Massenmedien. Die Fortsetzung des demokratischen Kampfes führt notwendig zum Kampf um politische Macht und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Er führt, mit einem Wort, zur sozialistischen Revolution.

Marx und Engels schrieben im „*Kommunistischen Manifest*“, daß „*der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.*“

¹⁰ Tariq Ali -- „The Extra-Parliamentary Opposition“, in: New Revolutionaries: Left Opposition, S. 68, Peter Owen 1969.

Jacques Moins

Demokratie und Sozialismus

Aus: *Cahiers Marxistes*, III. Jahrgang, Brüssel 1970, Heft 8

Vor zwei Jahren nahm in Ostende der XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei Belgiens (15.-17. November 1968) wichtige politische Thesen an. Intensive theoretische Vorarbeiten ermöglichten es der Partei, sich mit den Hauptaufgaben ihrer Tätigkeit, den Perspektiven des Kampfes der Arbeiterklasse in Belgien, dem Weg zum Sozialismus auseinanderzusetzen.

Gestützt auf eine konkrete Analyse der Realität, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Anforderungen und der Perspektiven der Arbeiterbewegung, bemühten sich die Thesen vor allem den belgischen Weg zum Sozialismus zu bestimmen, wobei die Beziehungen zwischen Demokratie und Sozialismus unter den für unser Land spezifischen Bedingungen untersucht wurden. Ohne die theoretischen Überlegungen von der politischen Praxis zu trennen, formulierten die Thesen ein konkretes Aktionsprogramm für die belgische Arbeiterbewegung. Es ging der Kommunistischen Partei um ihren Kampf für den Sozialismus, der gleichsam ihre Daseinsberechtigung darstellt. Dieser Kampf, untrennbar mit dem der gesamten Linken verbunden, hat sich seitdem weiterentwickelt. Nicht unwichtig ist zu untersuchen, wie sich die in den Thesen formulierten Ideen in der Wirklichkeit bewährt haben, welche Ausdrucksformen sich entwickelt haben und welche Probleme sich gegenwärtig der politischen Tätigkeit stellen. In diesem Artikel werden wir uns mit einem wichtigen Thema auseinandersetzen: unserer Auffassung von der Demokratie, ihren Beziehungen zum Kampf um den Sozialismus in unserem Land im Hinblick auf die gesellschaftlichen Institutionen, den Aufbau der Wirtschaft und die besonderen politischen Traditionen.

Man kann den politischen Kampf, der in unserem Land geführt wird, nicht von den internationalen Beziehungen trennen, in die es einbezogen ist und die von vornherein gewisse grundsätzliche Entscheidungen in der Richtung bestimmen: militärische Fragen sind nicht ohne die NATO, wirtschaftliche und politische Fragen nicht ohne den Gemeinsamen Markt zu lösen. Die Forderung, frei Entwicklung und Zukunft bestimmen zu können, eine internationale, unabhängige Politik – eine aktive Neutralität – zu betreiben, ist für Belgien wesentlich. Ebenso muß man den Einfluß der dem Gemeinsamen Markt zugrundeliegenden Römischen Verträge auf die Entscheidungen untersuchen, die wir zu treffen veranlaßt sein werden. Dabei wird es sich darum handeln, klar Stellung gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Implikationen des europäischen Zusammenschlusses zu beziehen. Hier stellt sich die Frage nach der Verbindung zwischen dem Streben nach einer Erweiterung der Demokratie und dem Kampf um Sozialismus, was zur Frage hat, die Rolle des Staates in einem hochentwickelten kapitalistischen Land zu untersuchen.

Mittels einer Analyse des Verfalls der gesellschaftlichen Institutionen und der gegenwärtigen politischen Krise wollen wir versuchen, die neue Position, die den

Arbeitern im ökonomischen Bereich zukommt, die Folgen für die gesellschaftlichen Institutionen und die besonderen Verhaltensformen, die im Aktionsbereich auftreten, zu definieren. Schließlich wollen wir uns bemühen, kurz- und mittelfristige Ziele zu entwickeln, die die Arbeiterbewegung sich setzen kann und die Bündnisse, die diese notwendig machen. Nicht eigens muß betont werden, daß diese wichtigen Themen Gegenstand der Debatten, Diskussionen sind, und daß der vorliegende Artikel einige Gedanken und Überlegungen formuliert, die der weiteren Vertiefung bedürfen.

1. Das Streben nach einer Erweiterung der Demokratie und der Kampf um Sozialismus sind untrennbar

Erinnern wir uns zunächst der 31. These des Abschnittes D der Grundsätze des XIX. Parteitages:

„Für eine antimonopolistische Regierung – für eine demokratische und sozialistische Alternative.“

Um unser Land angemessene Lösungen aufzuweisen, ist es notwendig, an die ihm eigentümliche politische und soziale Geschichte anzuknüpfen, mit seiner Gegenwart, seinen Bemühungen um Fortschritt, Demokratie, Freiheit und Frieden für unser Volk verbunden zu sein.

Um dem weltweiten Protest eine Perspektive zu geben, um der Arbeiterbewegung zu ermöglichen, ihre Aufgabe als Geburtshelfer eines demokratischen und sozialistischen Belgiens zu erfüllen und auf diesem Weg die Bildung einer antimonopolistischen Regierung zuzulassen, muß eine politische Front geschaffen werden, die von der Basis her durch Bündnisse mit einer demokratischen Front vorbereitet wird...“

In unserer Epoche ist die Perspektive, die sich für Belgien eröffnet, die des Sozialismus. Die Vorstellung dazu ist gereift, das Ziel ist näher, als man glaubt. Nun ist es wichtig, dafür die Bedingungen zu definieren, den belgischen Weg zum Sozialismus zu verdeutlichen. In unserem Land wird die sozialistische Gesellschaft demokratisch, pluralistisch und humanistisch sein. Bereichert durch die Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung wird die belgische Arbeiterbewegung ihren eigenen Weg zum Sozialismus entwerfen, wobei sie an die besondere historische Beschaaffenheit unseres Landes anknüpft.“

Man kann die Bedeutsamkeit der Überschrift nur unterstreichen: Für eine antimonopolistische Regierung. Wenn wir die Erweiterung der Demokratie verlangen, dann denken wir nicht lediglich daran, die traditionellen demokratischen Institutionen zu verteidigen, zu verjüngen und den gewandelten Verhältnissen anzupassen (Modernisierung der Institutionen).

Über die formale Demokratie hinaus

Über die Verteidigung der jüngsten demokratischen – oft bedrohten – Errungenschaften hinaus sind wir bemüht, die Teilnahmebedingungen der Massen am

öffentlichen und sozialen Leben weiter zu entwickeln, wodurch es möglich wird, den Aktionsbereich zu erweitern und strukturelle Reformen – oft in harten Kämpfen – durchzusetzen, die gewisse Gleichgewichte stören und die Macht der Monopole in Frage stellen. Keinesfalls dürfen die bisherigen Errungenschaften verachtet werden, indem man die Demokratie schlechthin abschreibt. Die positiven Errungenchaften dieser Demokratie sind durch den Neokapitalismus bedroht; sie müssen ausgebaut werden, indem man sich den Feinden der wahren Demokratie entgegenstellt, den Trusts, den großen Gesellschaften, die die Rechte der Arbeiter und Staatsbürger zu beschränken suchen und den Staat beherrschen. Für Demokratie kämpfen heißt, wie *Marc Drumaux* am 15. Mai in „Drapeau Rouge“ schrieb, „*der neokapitalistischen Macht immer heftigere Schläge zu versetzen und antimonopolistische Machtpositionen zu erobern.*“ Gewisse Kritiker der „Linken“ scheinen die Bedeutung dieses Begriffs nicht zu verstehen. Ein solcher Kampf erfordert breite Bündnisse, aber auch Klarheit hinsichtlich der Ziele. Das Wort ‚Demokratie‘ ist zur Genüge mißbraucht worden. Sogar noch jetzt hüllt die PLP¹ mit ihrer Bewegung „Lebendige Demokratie“ diesen Begriff und seinen Inhalt in einen gefährlichen Nebel. Sie versucht geschickt, sich auf die tatsächlichen Bestrebungen der Massen, die sich gegen Autoritarismus, gegen administrative Lösungen wehren, zu stützen, um diese Opposition gegen den ‚Staat‘ (der nicht weiter definiert wird), gegen die Arbeiterorganisationen (die Gewerkschaften werden im Namen der Freiheit angegriffen!), gegen den Dirigismus (als würden heute die Monopole und im besonderen die Freunde und Anhänger der PLP nicht gründlich den Eingriff des Staates in die Wirtschaft ausnützen) fehlzuleiten. Vielleicht sollte man, und das ist nicht einfach eine Frage der Wortwahl, von einer fortgeschrittenen Demokratie sprechen, wie es die Französische Kommunistische Partei tut, einer authentischen, gänzlich erneuerten Demokratie, um den Willen auszudrücken, die formale Demokratie zu überwinden. Die Demokratie zu erweitern und den traditionellen, verfassungsmäßig garantierten Freiheiten einen dauerhaften Bestand zu verleihen, heißt neue Rechte für die Arbeiter erringen, heißt die Schaffung dessen, was wir Zentren der Gegen gewalt nennen, heißt konkret für den Sozialismus kämpfen. Dieser Kampf stützt sich auf die Arbeiterorganisationen, die in Gesellschaft und Staat ein stärkeres Gewicht erhalten. Er appelliert an den Willen zur Veränderung, der in zahlreichen Bewegungen vorhanden ist, wenn auch die Äußerungen dabei verworren bleiben. Man denke nur an die Forderungen der Jugend, die sich nicht mit den formalen Aspekten der Demokratie zufrieden geben kann und Probleme aufwirft, die die Kontrolle der Abgeordneten, die Rolle der Versammlungen und die Teilnahme an Entscheidungen betreffen.

Reform der gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen

Die Umwandlung der gesellschaftlichen Institutionen und die Änderungen der ökonomischen Strukturen in unserem Land können schon von jetzt ab merklich

¹ Parti Liberal Populaire = Liberale Volkspartei

die Klassenverhältnisse modifizieren. Unter der Voraussetzung, daß die politischen wie ökonomischen Strukturreformen nicht voneinander getrennt werden, kann man schon jetzt das bestehende System in Bedrängnis bringen, anstatt es zu verbessern und so zu seinem Überleben beizutragen. Tatsächlich hängt bei diesem Kampf sehr viel von der Fähigkeit der Arbeiterbewegung ab, ihre Einheit herzustellen und das gesellschaftliche System durch Reformen zu ändern, ohne selbst integriert zu werden. Das so oft betonte Zögern der Linken, der Verzug bei der Bildung neuer Bündnisse, röhren ohne Zweifel von der Verschwommenheit der Perspektiven und Ziele her, die sich die gewünschte politische Gruppierung setzen muß.

Auf dem XIX. Parteitag im November 1968 haben wir die Notwendigkeit betont, eine politische Front zu bilden und sie durch Bündnisse an der Basis vorzubereiten. Der Appell von *Léo Collard* vom Mai 1969 war ohne Zweifel ein Schritt in diese Richtung, aber das Verbleiben dieses Versuchs auf dem Niveau der Parteivorstände, die Unschlüssigkeit über Programm und Perspektiven haben das Vorwärtskommen auf diesem Weg bislang noch nicht erleichtert. Verlangt man von uns, unseren Standpunkt gegenüber der Demokratie zu ‚erläutern‘, so können wir ganz klar antworten: „*Es bestehen niemals Widersprüche zwischen unseren demokratischen und sozialistischen Zielen.*“ Das alte Dilemma: Reform oder Revolution, verliert an Bedeutung und wird zu einem falschen Problem in dem Maße, in dem die Reform durchaus nicht das bestehende System zu verbessern, ihm eine beständiger Basis zu geben sucht, sondern vielmehr Strukturen erschüttern, zu grundsätzlichen ökonomischen Umwandlungen forschreiten will. Eine Strukturreform ist eine Reform, die die Grundlagen selbst der kapitalistischen Gesellschaftsordnung berühren. Ohne Zitate zu mißbrauchen, die, aus dem Zusammenhang gerissen, oft keine Beweiskraft haben, wollen wir hier doch an einen Text von *Lenin* erinnern, der diesen Gedanken des Kampfes um die Demokratie, der mit dem Kampf um den Sozialismus verbunden ist, bewundernswert ausdrückt: „*Entwicklung der Demokratie bis zu Ende, Auffinden der Formen einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung in der Praxis usw. – das alles bildet eine der integrierenden Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie „für sich genommen“, sondern er wird mit anderer Erscheinungen „zusammengenommen“; er wird seinen Einfluß auch auf die Ökonomik ausüben, ihre Umgestaltung fördern, dem Einfluß der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte.*“²

2. Der Staat in den entwickelten kapitalistischen Ländern

Die Möglichkeit für den Kampf um Demokratie und Sozialismus haben sich in der gegenwärtigen Gesellschaft zweifellos erweitert – eine Gesellschaft die auf den Gebieten der Wirtschaft, der sozialen, kulturellen und politischen Institutionen als äußerst differenziert erscheint. Der Neokapitalismus selbst hat die Kampf-

² W.I. Lenin: Staat und Revolution. In: Werke Bd. 25, S. 466

gebiete vervielfältigt, die Bündnismöglichkeiten sind größer geworden. In unserem Land kommt zu den allgemeinen Faktoren der Erweiterung des Wirkungskreises noch das zunehmende Bewußtsein um das wachsende Gewicht der öffentlichen Hand. Seit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat sich die Rolle des Staates erheblich gewandelt. Er beschränkt sich nicht mehr darauf, die äußerlichen Produktionsbedingungen beizubehalten und jene Infrastrukturen, die den Erfordernissen des Monopolkapitals entsprechen, aufzubauen. Oft betätigt er sich selbst unmittelbar ökonomisch (im öffentlichen Bereich der Industrie – ein ungewöhnlicher Fall bei uns), oder er interveniert mittels Kredite im privaten Bereich, Subventionen oder direkten Investitionen in der Industrie – eine Politik, die in unserem Land immer häufiger betrieben wird. Wir sind weit vom „Nachtwächterstaat“ des XIX. Jahrhunderts entfernt, der sich darauf beschränkte, die Ordnung aufrechtzuhalten und so wenig wie möglich in die Wirtschaft einzugreifen.

Die Aufgaben des Staates sind vielfältiger und verschiedenartiger geworden, die Zahl der im Staatsdienst Beschäftigten hat in erheblichem Umfang zugenommen, und dieser Prozeß wird sich in dem Maße beschleunigen, als der Staat einen immer erheblicheren Teil des Nationaleinkommens sich aneignet. Der Staatsapparat und das Finanzkapital sind ineinander verflochten. Der Staat greift direkt und laufend in die Wirtschaft ein. Es ist der bedeutendste Kunde der privaten Gesellschaften (Abschlüsse von Vertragsplanungen mit leistungsstarken Trusts). Er unterstützt und finanziert Investitionen, bewilligt Kredite, Subventionen und Prämien direkt oder durch eine Intervention seitens öffentlicher Stellen, die er kontrolliert. Er macht in Schwierigkeiten geratene Unternehmen mit öffentlichen Geldern wieder flott, was, nebenbei bemerkt, die Theoretiker des freien Unternehmertums gern dulden – unter der Bedingung, daß ihnen die Hände nicht gebunden werden. Einseitig wäre es allerdings, wollte man behaupten, daß die Monopole den Staat beherrschen. Sagen wir lieber, daß Monopole und Staatsapparat sich in einem einzigen Mechanismus durchdringen, wobei unabhängige Kräfte verbunden werden, die zwar die gleichen Gedanken verfolgen, ohne jedoch die zahlreichen Widersprüche beseitigen zu können. Wirtschaft und Politik sind miteinander verquickt. Der Staat integriert sich in Wirtschaftsstrukturen, es gibt nicht mehr zwei voneinander getrennte Gewalten, eine ökonomische und eine politische. Die Folgen für den demokratischen und sozialistischen Tätigkeitsbereich sind schwerwiegend. Es wird nicht mehr auf der einen Seite der gewerkschaftliche Kampf geführt (um Gehälter) und auf der anderen Seite politische Arbeit geleistet (für eine Eroberung der Mehrheit im Parlament), sondern vielmehr in der Praxis eine Linie verfolgt, die in der Aktion gleichzeitig auf ökonomische und politische Strukturen orientiert (neue Rolle der Gewerkschaften), die versucht, in verschiedenen Bereichen Machtpositionen zu gewinnen (in Betrieben, halbstaatlichen Einrichtungen, Universitätszentren, Gemeinden und nationalen Gemeinschaften). Dieser Prozeß ist verwickelt, widersprüchlich und oft verworren. Die Machtzunahme des Staates auf dem Gebiet der Wirtschaft bedeutet nicht, daß diese sich demokratisiert. Es gibt keinen spontanen, mechanischen Entwicklungsprozeß zur Demokratisierung der Wirtschaft und zur Strukturveränderung, wie gelegentlich sozialdemokratische Führer behaupten. Müßte

man sich auf die Spontaneität der wirtschaftlichen Entwicklung der kapitalistischen Länder verlassen, so würde die Herrschaft der monopolistischen Kreise nur noch zunehmen. Gegenwärtig zieht die direkte Benutzung des Staatsapparates durch die Monopole und ihr Einfluß einen Verfall der traditionellen gesellschaftlichen Institutionen nach sich, die sich in einer Krise befinden.

3. Verfall der gesellschaftlichen Institutionen und politische Krise

Krise des Parlaments

Das bürgerliche Parlament hat zu keiner Zeit eine Möglichkeit noch den Willen besessen, die Entwicklung der Wirtschaft zu kontrollieren. Seine Ohnmacht gegenüber den wirtschaftlichen Kräften und der tatsächlichen Macht der Monopole muß nicht weiter dargelegt werden. Aber der Staat übernimmt in den verschiedensten Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens immer zahlreichere und vielfältigere Aufgaben. Das Parlament, das theoretisch die Exekutive (die Regierung und den immer stärker werdenden Verwaltungsapparat) kontrolliert, ist buchstäblich außerstande, allen Problemen Aufmerksamkeit zu schenken. Seine Kontrolle ist begrenzt und die Entscheidungszentren verlagern sich unterdessen vom Parlament zur Regierung. Neuartige Beratungsorgane entstehen (Versammlung der gesellschaftlichen Kontrahenten, in der der Staat Gewerkschaften und Vertreter der Unternehmer zusammenführt, oder Arbeitsgruppen, in denen sich die Vorstände der traditionellen Parteien treffen). Auf Regierungsebene zieht das gleiche Phänomen die gleichen Folgen nach sich. Die Rolle der Spitzengesellschaften, der Technokraten gewinnt an Bedeutung. Der Einfluß von Industrie und Finanzkreisen auf Entscheidungen nimmt immer mehr zu. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, da objektiv die Rolle des Staates in der Wirtschaft und das Auftreten der Arbeiterorganisationen neue Möglichkeiten aufzeigen, die Macht der Monopole einzuschränken. Ein tatsächlicher Widerspruch, der in der Krise der gesellschaftlichen Institutionen mündet und neue Eingriffsmöglichkeiten bietet.

Die Wirtschaftspolitik des Staates (der Exekutive) hat in finanziellen Maßnahmen ihre schwache Seite (Kapitalflucht, Devisenspekulation usw.). Aufkäufe und Fusionen erfolgen außerhalb seiner Kontrolle. Die Stilllegungen und der Verlust von Arbeitsplätzen ziehen unmittelbar den Eingriff des Staates nach sich, um die sozialen Konsequenzen einer Politik zu verschleieren, die er duldet. Allerdings tut er es nicht immer von selbst, sondern nur in dem Maße als die Kräfte der Arbeiterbewegung reagieren und ihrerseits auf die politischen Strukturen Einfluß haben. Außerdem entstehen durch Divergenzen der Interessen zwischen verschiedenen Bereichen der Monopole Widersprüche in den Entscheidungen. Es wird möglich, diese auszunutzen, indem man sich auf bestimmte halbstaatliche Institutionen stützt. Die systematische Zermürbung der Vorrechte des Parlaments, die veralteten Arbeitsmethoden, das Übergewicht der Exekutive und des staatlichen Verwaltungsapparats verursachen die Diskreditierung der gesellschaftlichen Institutionen. Es ist einfach, den ana-

chronistischen Charakter bestimmter parlamentarischer Verfahren aufzuzeigen, sich über die Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparats des Staates und seine Art der Amtsführung zu beklagen, über die stark zunehmende Entwicklung der halbstaatlichen Institutionen zu spotten, die sich jeder wirklichen Kontrolle entziehen. Es ist wahr, daß das Parlament beispielsweise meistens auf sein Antragsrecht zugunsten der Regierung verzichtet, auf die Gefahr hin, sich in eine rein zustimmende Körperschaft zu verwandeln. Unter dem Vorwand technischer Notwendigkeiten wird die Initiative oft Ministerialabteilungen überlassen, und die parlamentarischen Anträge, die zum Erfolg führen, werden zu Ausnahmen.

Unzulänglichkeit technischer Lösungen

Lösungen technischer Art können bestimmte Mängel beheben, aber sie führen nicht aus den ausgefahrenen Geleisen heraus und verhindern nicht die Entfremdung der gesellschaftlichen Institutionen gegenüber den Staatsbürgern, dem Parlament und den tatsächlichen Entscheidungsgremien. Ähnlich verhält es sich mit den Vorschlägen, die die Untersuchungsausschüsse der drei traditionellen Parteien unterbreitet haben: Reorganisation der parlamentarischen Arbeit in Ausschüssen, Abstimmung über Gesetzesentwürfe nach eingehender Prüfung in einer einzigen Kammer, Ernennung von Unterstaatssekretären zur Unterstützung der Minister usw. Die Arbeit in Ausschüssen unterliegt den gleichen Gesetzen. Sie wird von den Ministern und ihren Technokraten vorbereitet und in eine bestimmte Richtung gelenkt. Das Parlament erörtert kaum Grundsatzentscheidungen. Im Namen des Modernismus und des Endes der Ideologien wird die parlamentarische Institution diskreditiert, und diese Abwertung fällt auf die Parteien zurück. Die Demokratie erscheint als verbraucht und unfähig, die gegenwärtigen Forderungen zu erfüllen. Die Gefahr dieser Reaktion ist offenbar; sie folgt zwar aus einer berechtigten Kritik an den Mängeln des Parlamentarismus, landet aber schließlich, ohne Rücksicht auf die Demokratie, bei der Ablehnung des politischen Engagements überhaupt.

Auf europäische Ebene weist die Situation insgesamt die gleichen, ja noch ausgeprägtere Züge auf. Die rein beratende Rolle des Europäischen Parlaments, ohne die traditionellen Mittel der parlamentarischen Kontrolle über das Budget, beweist das zur Genüge. Die bevollmächtigten und befugten Abordnungen der nationalen Parlamente zugunsten der Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft nehmen an Zahl zu. Die Einrichtungen der EWG erhalten immer mehr eigene Machtbefugnisse ohne einer anderen Kontrolle als der des Ministerrats der EWG zu unterliegen. Die Preisgabe der Souveränität an die EWG-Organisationen schwächt außerdem noch die Rolle der nationalen Parlamente, ohne daß sich eine wirkliche, demokratische Macht auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft entwickelt. Die Entfremdung von Staatsbürgern und gesellschaftlichen Institutionen ist damit vollkommen. Je mehr die Entscheidungszentren sich auf die europäische Ebene (wo die Herrschaft der Monopole noch ausgeprägter ist) verlagern, desto geringer werden die Möglichkeiten einer nationalen politischen Praxis. Wie kann diese Krise gelöst werden?

Die Lösungen

Wir meinen, daß ein Schlüssel zur Lösung in der neuen Rolle liegt, die die Arbeiter in der Wirtschaft und bei der Erneuerung der gesellschaftlichen Institutionen spielen können (Parlament, Bezirksversammlungen, Städte und Gemeinden, soziale Organisationen). Wenn es als utopisch erscheint, auf die große Gelegenheit zu warten, an einem ruhmvollen Abend den Staatsapparat zu erobern, so ist es mindestens ebenso illusorisch, sich damit zufrieden zu geben, Zugang zu den Ministeralkabinetten zu finden, zum „Schaltraum“, wie es einmal der italienische sozialistische Parteivorsitzende *Pietro Nenni* in einem bildhaften, aber falschen, Ausdruck nannte, um die Macht auszuüben oder ihr einfach eine bestimmte Richtung zu geben. Die durch die Teilnahme von Vertretern der Arbeiterschaft an Regierungskoalitionen hervorgerufenen Illusionen sind nicht geschwunden. Wenn auch diese Teilnahmeformen nicht notwendigerweise negativ sind, so muß man doch ihre Grenzen erkennen, ihre Gefahren bemerken. Eine Sache ist es, ein antimonopolistisches Programm auszuarbeiten, eine andere es zu verwirklichen. Man muß sich vielmehr auf den Kampf der Arbeiter stützen und sich nicht allein auf die parlamentarische Arbeit beschränken. Wenn auch das Parlament niemals bei der Amtsführung die Bedeutung hatte, die ihm die Theorien der liberalen Demokratie beimaßen, so wird es nichtsdestoweniger dazu berufen sein, künftig eine positive Rolle zu spielen, hinsichtlich der politischen Willenkundgebung der Massen sogar eine fundamentale. Aber es muß dem Wähler, dem einfachen Staatsbürger, sich wieder annähern auf die angemessene Schiedsrichterrolle zwischen Monopolen und Arbeitern verzichten und neue Funktionen zur Kontrolle der Wirtschaft und der Machtbegrenzung der kapitalistischen Gesellschaften entwickeln. Der Kampf der Vertreter der Arbeiter muß von dem der Arbeiter selbst ertragen werden und über andere Zentren, andere Stützpunkte im sozialen und ökonomischen Kampf verfügen. Von diesen Verbindungen hängen sie Stärke und damit die Ergebnisse parlamentarischer Aktionen und gewählter Versammlungen im allgemeinen ab. Daher ist es auch angemessen, Rolle und gegenwärtige Möglichkeiten der Arbeiterschaft in der Wirtschaft und im sozialen Leben zu untersuchen.

4. Die neue Rolle der Arbeiter in der Wirtschaft, Folgen für die gesellschaftlichen Institutionen und neue Formen der Demokratie

In der täglichen Arbeit, im täglichen Kampf sind die Arbeiter veranlaßt, die Forderung einer Kontrolle der Wirtschaft, des Unternehmens in regionalem Rahmen aufzustellen. Wenn auch der Neokapitalismus oft in der Lage ist, Gehaltsforderungen zu „verdauen“, so kann er doch nicht die Grundprobleme unserer Gesellschaft lösen: die Sicherung des Arbeitsplatzes, die regionalen Diskrepanzen und noch allgemeiner, die Probleme des sozialen Lebens in den Städten. Er widersetzt sich jeder Kontrolle der wirtschaftlichen Entscheidungen und betrachtet hartnäckig die Arbeiter als „Werkzeug“, als bloße Produktionsmittel. Das Geschwätz über die Mitbestim-

mung, über die gemeinsamen Interessen von Unternehmern und Arbeitern ändert nichts daran. Es sind die Produzenten, die die Folgen von Entscheidungen tragen und zwar gleichermaßen auf dem Gebiet des Unternehmens wie in der Gesellschaft als Verbraucher und Staatsbürger. Das Problem der Kontrolle ist brennend, zumal angesichts der Stillegungen von Betrieben. Es besteht für die Organisation der Arbeit, den Produktionsrhythmus, die Investitionen, die Verwendung der Staatskredite und die öffentlichen Subventionen für die Industrie. Auf diese Weise verdeutlicht sich der Wille, neue Rechte und Machtbefugnisse den Arbeitern zu übertragen. Es genügt nicht, den Gewerkschaftsorganisationen, die die Arbeiter repräsentieren, das Recht zu überlassen, in beratenden Gremien, in einer „Konzertierten Aktion“ zu sitzen usw. Ohne deren Bedeutung zu vernachlässigen, noch die Möglichkeiten zu überschätzen, scheint uns doch der zentrale Punkt dieses Kampfes nicht auf diesem Gebiet zu liegen, sondern vielmehr auf dem der Betriebe. Die Erfahrung lehrt die Arbeiter, gegenüber den Formen der Mitbestimmung mißtrauisch zu sein, da die Gefahr besteht, durch sie die Gewerkschaftsführer in das System zu integrieren. Es handelt sich vielmehr darum, wirkliche Macht über Kontrolle und Information in den Bereichen der wirtschaftlichen Tätigkeit zu erlangen. Kontrolle über die Investitionen, die Beihilfen und Subventionen des Staates, den Beschäftigungsstand (auf regionaler Ebene wie in den Unternehmen) und die geplanten Fusionen, deren soziale und wirtschaftliche Folgen bedeutsam sind und ganze Landesteile in Schwierigkeiten bringen können. Daher ist es erforderlich, die in Vorbereitung sich befindenden Verwaltungen mit wirklichen Rechten auszustatten.

Neue Rechte im Betrieb

Wir betonen besonders beim gegenwärtigen Entwicklungsstand die Kontrolle auf Betriebsebene. Nicht daß die anderen Stufen nicht wichtig wären. Der von den gewählten Kommunisten im belgischen Parlament geführte Kampf zur Verbesserung des „Projekts 125“, das vorsieht, in Bezirken, deren Grenzen nicht klar gezogen sind, wirtschaftliche Beratungsausschüsse zu bilden, veranschaulicht dies ebenso wie unser Kampf für den Föderalismus und mehr Macht für die Bezirke. Aber erst im Betrieb wird der Kampf unvermittelbar wahrnehmbar, ist die Konfrontation Kapital-Arbeit direkt, entfaltet sich der Klassenkampf in seinem ganzen Umfang. Hier werden auch erstmals die notwendigen Beziehungen zu den allgemeinen Problemen hergestellt. Auf diese Weise wurde z.B. die Frage nach den neuen Rechten für die Betriebsräte, nach der Machtverteilung (Kontrolle über Beschäftigung und Entlassungen, Recht auf Information, Einsicht in die Geschäftsbücher) gestellt. Es wäre unsinnig, sich mit einer Kritik „von links“ an den Unzulänglichkeiten der Betriebsräte zu begnügen und die Enttäuschungen zu nähren, die sie legitimerweise entstehen ließen. Ohne Zweifel hat man sich zu viel versprochen von einer Organisation, die aus Verworrenheit hervorgegangen ist, als das Gesetz zur Wirtschaftsordnung ausgearbeitet wurde. Es muß klar sein, daß in unserer Gesellschaft die Institutionen niemals an sich genügen, um den Arbeitern und ihren Organisationen wirkliche Macht zu sichern. Die Kräfteverhältnisse werden immer

eine Rolle spielen. Die Monopole setzen sich voll und ganz ein, jegliche Art der Kontrolle zu unterdrücken, wobei sie sich weitgehend auf das bestehende System stützen, um sie zu bekämpfen und zu umgehen. Im Betrieb beschränken sie die bereits erworbenen Rechte, suchen sie zu verwässern und anzutasten. Es ist keine übertriebene Behauptung, daß der Kampf um die ökonomischen Rechte der Arbeiter zum Kampf für den Sozialismus wird. Tatsächlich berühren die Erweiterung der Rechte der Arbeiter im Betrieb, die wohlverdiente Anerkennung ihrer Persönlichkeit die „heilige Kuh“ Privateigentum, das den Arbeiter zu einem Fremden, zu einer Ware des Unternehmens macht. Deshalb haben wir die Arbeiterkontrolle im Betrieb so betont.

Die überbetriebliche Ebene

Sehr rasch wird sich das Gespräch ausweiten. Da die Funktionen des kapitalistischen Staates sich auf alle wichtigen Zweige des wirtschaftlichen und sozialen Lebens erstrecken, da die Tätigkeit des Staates sich auf sehr unterschiedliche Sektoren ausgedehnt hat und direkt die entscheidenden Aspekte des Lebens der Arbeiter betrifft, begrenzen diese ihren Kampf nicht mehr auf den Betrieb und bloß auf Probleme, die mit den Löhnen verbunden sind. Die Lohnforderungen gewinnen an Gewicht für das gesamte soziale Leben, höhere Ziele zeichnen sich ab. Beispielsweise ist der Ruf nach staatlicher Intervention, nach einer größeren Rolle der öffentlichen Gewalten in der Wirtschaft und nach der Schaffung eines öffentlichen Sektors in der Industrie keine wesentlich sozialistische Forderung. Auch hier hängt alles vom Kräfteverhältnis, von der Art der demokratischen Kontrolle ab, die sie ausüben kann, von der Bedeutung des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft und der ihm zufallenden Rolle ab (Vgl. dazu beispielsweise in Italien die Abhängigkeit des öffentlichen Sektors von der Zielsetzung der Privatmonopole, und die von der Linken gegen diesen Kurs geführten Kämpfe.). Die Rolle der Arbeiterklasse, der organisierten Arbeiter nimmt an Bedeutung in allen Bereichen der Gesellschaft in dem Augenblick zu, da es möglich wird, eine ernsthafte Arbeit auf bestimmten Gebieten der Wirtschaft und in dem überall gegenwärtigen Staatsapparat zu leisten, auf die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Hebel einzuwirken, deren Betätigung im wesentlichen den Führungskreisen der Bourgeoisie vorbehalten war und immer noch ist. Diese wehrt sich mit allen Mitteln gegen deren Aufgabe. Sie versucht, Rolle und Stärke der Gewerkschaften in Verruf zu bringen, sie zweifelt die Geltung der sozialistischen Alternativen an und spricht von dem Ende der Ideologie, bemüht sich ferner, das Vertrauen zu sozialistischen Lösungen zu schwächen und die neuen Schichten der Intelligenz, die in der Produktion, in der Gewerkschaftsführung tätig sind, voneinander zu isolieren und zu trennen. Diese Machenschaften werden durch mangelhafte oder ungenügende Demokratie in den Gewerkschaften gefördert, ferner durch die unzulängliche Verbindung zwischen Arbeitern und Gewerkschaftsführern, durch die Verworrenheit hinsichtlich der Ziele, schließlich auch durch die Tatsache, daß einige Gewerkschaftsfunktionäre sich integrieren lassen oder sogar Theorien über

die Integration in das System entwickeln. Die Bourgeoisie versucht, sich den neuen Forderungen anzupassen, sie auf irgendeine Weise zu verwinden ohne ihre Herrschaft selbst zu schwächen und neue Gleichgewichte herzustellen, damit sich nichts Grundsätzliches ändert (Ändern, damit sich nichts ändert!).

Man muß diesen neuen Aspekt des Klassenkampfes und die Konsequenzen richtig verstehen, die hierum enthalten sind. Es handelt sich nicht mehr darum, den Staatsapparat zu erobern, um ihn zu zerstören. Tatsächlich geht es darum, von innen her Einfluß auf den Staat zu gewinnen, auf den verschiedenen Gebieten, wo er seine Tätigkeit ausübt, neue Machtpositionen für die Arbeiter zu erzwingen, Strukturreformen zu verwirklichen, die zu Einbrüchen, zu Veränderungen führen, die fundamental sein können. In unserer kapitalistischen Gesellschaft ist die politische Macht den Führungskreisen der Wirtschaft durch höchst ausgeklügelte Mechanismen unterworfen, die mit einer in Jahrhunderte altem Machtgebrauch erworbenen Geschicklichkeit gehandhabt werden. Wie wir gesehen haben, genügt es nicht festzustellen, daß die Rolle des Staates in der Wirtschaft wächst und die Theorien des „freien Unternehmertums“ veraltet sind, um die neuen Möglichkeiten zu erkennen, die diese Situation in der Arbeiterbewegung und ihren Verbündeten bietet.

5. Neue Aktionsformen, die Strategie der Kernpunkte der Gegengewalt

Der Sinn der von den Kommunisten vorgeschlagenen Aktion ist der, nicht auf eine Veränderung in ferner Zukunft zu warten und sich dabei sehr langfristige Ziele zu setzen, sondern vielmehr sofort im täglichen Leben neue Ziele zu setzen. Bevor man von einem Regierungswechsel spricht, muß man die Forderung aufstellen, neue Rechte auf verschiedenen Gebieten durchzusetzen: in den Betrieben, Gemeinden, Bezirken, in sozialen und kulturellen Institutionen und an den Universitäten. Hier handelt es sich um den Gedanken des unmittelbaren Kampfes um Zentren, um Kernpunkte einer Gegengewalt – ein Gedanke, der in den Resolutionen des Zentralkomitees der KPB formuliert und folgendermaßen von *Marc Drumaux* am 20. Februar 1970 in einem Leitartikel von „Drapeau Rouge“ erläutert wurde: „*In der Tat beginnt der Kampf um einen Anteil an der Macht schon, bevor es eine Regierung gibt, die imstande und willens ist, diesen Weg konsequent zu beschreiten. Diese Richtung muß man den Kämpfern geben, die geführt werden, um wirkliche Vollmachten in den großen nationalen Gemeinschaften zu erhalten, öffentliche Investitionszentralen unter der Kontrolle des Volkes zu schaffen, den wachsenden Widerstand der Gemeinderäte gegen den Machteneinfluß der Zentralregierung zu organisieren, die Demokratisierung der Universitäten zu erzwingen und – schon bevor es das Gesetz zuläßt – de facto die Arbeiterkontrolle über den größten Teil der Produktion durchzuführen, um einmal mit dem Bereich der Beschäftigung zu beginnen.*“ Und er nahm diesen Gedanken in der Parteipresse am 15. Mai 1970 mit folgenden Worten wieder auf: „*Die Strategie der Gegengewalt erlaubt, ununterbrochen gegen diese regelrechte Diktatur (der neokapitalistischen Bourgeoisie; Anm. der Reaktion) effektiv zu kämpfen. Diese Strategie hat zum Ziel, auf allen*

Gebieten, insbesondere mit den Gewerkschaftsausschüssen, Zentren der Gegengewalt in den Betrieben wie in allen staatlichen Organen zu bilden. Sie trachtet danach, die Ausführung von Entscheidungen der diktatorischen Zentralen des Neokapitalismus zu verweigern und zu verhindern. Indessen kann ein solcher Kurs nur dann sinnvoll sein, wenn sich breite Massen der Arbeiter an diesem Kampf um die Gegengewalt beteiligen, die schließlich ein Mittel ist, das Kräfteverhältnis auf eine dauerhafte Weise aus Anlaß irgendeines beliebigen Kampfes zu verändern. Die Arbeiterkontrolle, die Kontrolle an der Universität, die wallonische und demokratische flämische Bewegung und die Macht der Gemeinden können Hauptstützen der Gegengewalt sein.“ Diese Praxis wird also in höchst verschiedenen Richtungen betrieben. Sie wirkt auf den Inhalt der gesellschaftlichen Institutionen und wirft die Grundfrage auf: wie kann die Teilnahme der Massen an der Ausübung der Macht gesichert werden? Die Veränderung der Staatsstrukturen verlangt eine direkte Teilnahme der Bürger an deren Verwaltung, eine ständige Beziehung zu den Massen. Ohne diese entfremden sich die Institutionen unaufhaltbar vom Volk, täuschen es und verlieren ihre Geltung.

Die Krise der traditionellen parlamentarischen Institutionen zeigt es, wie wir schon bemerkten, und die Gefahr wird deutlich sichtbar: technokratische und autoritäre Lösungen des Neokapitalismus werden herangezogen, um mit dem Hinweis auf Effizienz und Modernisierung den Abbau des Parlaments und mit der Angabe notwendiger Änderungen die Krise der traditionellen Parteien, zu verschleiern. Es sind dies Lösungen, die zum Totalitarismus der Monopole führen. Zwar nicht zu der brutalen und barbarischen Diktatur des Faschismus, wohl aber zu verschleierten Formen, die die Massen aller Möglichkeiten wirklicher Alternativen berauben, sie beherrschen und in das System integrieren. Um dieser Gefahr zu begegnen, würde eine Verteidigung der gegenwärtigen demokratischen Institutionen – so wichtig und notwendig sie auch immer sein mag – nicht genügen. Man muß nach neuen Mitteln und Wegen forschen, die diese Aktionen im Parlament begünstigen und stützen. In diesem Sinn haben sich die Kommunisten für den Föderalismus in Belgien ausgesprochen, wobei sie durchaus nicht eine einfache Institutionenreform im Sinn haben, sondern die Eildung von neuen, demokratischen Bezirksversammlungen, die mit wirklichen Befugnissen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, ausgestattet werden.

„*Die Verwirklichung des demokratischen Föderalismus wird ein bedeutender Schritt auf dem Weg zum Sozialismus sein. Sie wird eine Erweiterung der Demokratie erlauben, eine Entfaltung und Entwicklung der Gemeinwesen auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und kulturellem Gebiet sichern, die Verbindung und den Zusammenhalt der Kräfte der Arbeiterklasse in der ganzen Verschiedenheit ihrer besonderen Eigentümlichkeit verstärken.*“ (32. These des Parteitags von Ostende).

Die Verteidigung des kommunalen Lebens, lebensfähiger Gemeinden, die über Arbeitsmöglichkeiten verfügen, entspricht ebenfalls dieser Forderung. Aber man muß diesem Problem noch weiter nachgehen, um die Demokratie auf allen Ebenen zu entwickeln und zu erweitern. Die Forderung ist real, und die Formulierungen,

die diesem Bedürfnis Ausdruck verleihen, sind zahlreich; Demokratie an der Basis, direkte Demokratie, authentische Demokratie usw. Wenn wir von der Gegengewalt sprechen, wollen wir nicht noch einen Begriff dieser Liste zufügen, sondern versuchen, deren Inhalt zu bereichern. Gewiß, man könnte, wie immer, über den Begriff diskutieren. Dieser will eine neue Realität ausdrücken, die Möglichkeit nämlich, von jetzt ab tatsächlich auf bestimmten Gebieten den Monopolen Widerstand zu leisten. Vielleicht sollte man den Plural gebrauchen und von Gegengewalten sprechen, um zu vermeiden, daß die maximalistische Idee einer Gegengewalt, die im ganzen einer anderen Gewalt entgegengesetzt ist, entsteht und den Begriff verwässert. Aus diesem Grunde sicherlich sprechen bestimmte Resolutionen von Kernpunkten oder Zentren der Gegengewalt. Diese Kernpunkte der Gegengewalt können sich an sehr breite Bündnisse wenden und sich auf neue Formen eines demokratischen Lebens stützen.

6. Gegenwärtige Ziele und Bündnisse

Breite Bündnisse setzen eine Entwicklung und Neuverteilung der politischen Kräfte voraus. Die Umgruppierung der fortschrittlichen Elemente, die die Bedingungen für eine antimonopolistische Regierung und, in anderen Bereichen, Formen einer demokratischen Verwaltung der Bezirke, der Gemeinden schaffen können, ist ein zeitgemäßes Ziel. Breite Bündnisse in den Betrieben können auch bestimmten christlichen Strömungen helfen, sich zu entwickeln. Aber diese neue politische Kraft kann nur dann entstehen und sich entwickeln, wenn allen gegenwärtig bestehenden sozialen und politischen Organisationen ein demokratisches Leben garantiert wird. Dies Problem besteht. Es betrifft die politischen Arbeiterparteien, die das demokratische Leben ihrer Organisationen sichern wollen. Diesbezüglich geben die Kommunisten denen, die danach fragen, klare Auskunft. Es genügt, sich mit unseren Statuten, mit dem Leben unserer Organisation zu beschäftigen.

Dieses Problem betrifft auch die Gewerkschaftsorganisationen, in denen die Frage nach den Beziehungen zwischen den Mitgliedern und der Leitung in oft schwierigen Situationen gestellt wird, so anlässlich spontaner Streiks, die man nicht einfach als „wild“ bezeichnen kann, um die durch sie aufgeworfenen Probleme zu lösen. Die im Streit entstehenden, vor allem an den Universitäten gelegentlich etwas rauen Formen, der Ruf nach Mitberatung und Volksentscheid, drücken eine wertvolle Unruhe aus, die *Jacques Nagels* kürzlich in den „Cahiers Marxistes“ hinsichtlich der Universitäten untersucht hat, wobei er aufzeigt, welchen Nutzen man aus diesem Streit ziehen kann, um neue Formen eines demokratischen Lebens und ein Zentrum der Gegengewalt zu erzeugen und zu entwickeln. Offensichtlich ist, daß man sich nicht mit momentanen, anarchistischen Ausbrüchen des Protests zufrieden geben darf, die rasch vorbeigehen und Verbitterung und Enttäuschung bei den Beteiligten zurücklassen, wobei die Gefahr besteht, daß dann Zweifel am Sinn des Kampfes überhaupt entstehen. Ebenso wie formale Lösungen, denen sich anzupassen die Bourgeoisie gut versteht, nicht genügen, so auch nicht die „Mitbestimmung“ der Reprä-

sentanten in den vielfältigen halbstaatlichen Organen, die berufen wurden, um die sozialen Institutionen ohne wirkliche demokratische Kontrolle zu verwalten.

Die Bestrebungen der Kommunisten

In jüngster Vergangenheit propagierten die Kommunisten Ideen, die darauf abzielten, dem Wähler mehr Gewicht zu verleihen, seine Beratung und die Kontrolle der Abgeordneten zu unterstützen. Darin war auch die Forderung nach einem Volksentscheid durch Volksbegehren enthalten, die, jetzt ein bißchen in Vergessenheit geraten, reiche Möglichkeiten enthielt. Der Parteitag in Ostende machte Vorschläge zu antikapitalistischen Strukturreformen (vgl. Kapitel 6 des Programms), und dieses Anliegen wurde im Wahlkampf für die Gemeindeversammlungen wiederholt. Wir beabsichtigen den Wahlkampf durch und für die Teilnahme breitesten Bevölkerungsschichten der Gemeinden an der Information, beim Treffen von Entscheidungen, an politischen Kämpfen, an der Kontrolle der Verwaltung zwischen den Wahlen zu führen – dies erklärte die Partei, als sie ihre politische Kampagne eröffnete. Unser Programm bestand im wesentlichen aus 2 Punkten:

1. Demokratie in den Gemeinden durch direkte Teilnahme der Bevölkerung an der Ausarbeitung der Gemeindeplanungen und an der Verwaltung der Gemeinde zwischen den Wahlen;

...2. die Verpflichtung der gewählten kommunistischen Kandidaten, zuverlässig die Prinzipien einer fortgeschrittenen Demokratie zu achten.

Seit Beginn der Kampagne forderte *Jef Turf* die permanente Demokratisierung des Wahlkampfes in den Stadtteilen, den Betrieben, durch Versammlungen, Rundfragen, Beratungen mit der Bevölkerung und den Appell, eine Liste mit ihren eigenen Bedürfnissen aufzustellen und unsere Vorschläge zu diskutieren.

Der demokratische Kampf erhält also mehr Inhalt. Die Monopole erscheinen mehr und mehr als Träger autoritärer Lösungen. Sie nehmen es sich heraus, alles ohne die Teilnahme anderer zu regeln, verfügen im Betrieb über den Arbeiter als Produzent, aber auch über den Verbraucher im Handel und über den Bürger, verunstalten die Stadt und vergiften sie, was sie nicht daran hindert, eine Kampagne gegen die Umweltverschmutzung zu führen.

Dieser Politik widersprechen zahlreiche Oppositionsgruppen, die oft zersplittert handeln. Überall macht sich die Notwendigkeit einer direkten Demokratie, einer Demokratie der Basis (die, wie uns scheint, die notwendige Teilnahme der Massen an der Regierung treffend ausdrückt) bemerkbar. Aber man muß diese Kräfte zu einem Block zusammenführen, ihnen konkrete Perspektiven und politische Mittel an die Hand geben. Die Kommunisten sind der Ansicht, daß die moderne, hoch entwickelte Gesellschaft technisch im Stande ist, jeden Bürger an der Ausübung der Macht, an Alternativen und Entscheidungen teilnehmen zu lassen. Aber wenn die technischen Mittel vorhanden sind, muß der politische Wille, dort hinzuführen, sich in Taten äußern und sich auf die gewachsenen Rolle der Arbeiterklasse in der Gesellschaft stützen, in der die antimonopolistische Basis ständig sich erweitert. Man muß sich auch an die vielfältigen Formen des sozialen Lebens wenden,

die soziale und kulturelle Gruppierungen entstehen lassen, die nicht gerade widersprüchliche, aber doch vielfältige Interessen ausdrücken. Der Aufbau des sozialen Lebens bietet Möglichkeiten zu demokratischen Entwicklungen, zu autonomer Verwaltung bestimmter Vermögen und gewisser sozialer Stellungen.

Das demokratische Leben kann rege werden in den Betrieben, den Gemeinden, den Bezirken, kann eine dauernde Verbindung, einen ständigen Dialog zwischen dem Abgeordneten und den Wählern in den Versammlungen sichern. Unser Kampf kann zu der Veränderung führen, indem wir darauf hin arbeiten, das Zwangsgesetz zu zerstören und die Elemente einer neuen Demokratie freizusetzen. Die Eroberung wirklicher, nicht formaler, Freiheit, neuer Rechte, ja auch der Ausübung neuer Einflüsse auf allen Gebieten, d.h. der Kernpunkte der Gegengewalt, beginnt. In diese Richtung, so scheint uns, muß man reflektieren und handeln, um dem Sozialismus in einem hochentwickelten kapitalistischen Land den Weg zu ebnen. Es muß nicht noch hinzugefügt werden, daß wir dort den Keim und vielleicht die Züge einer sozialistischen Gesellschaft sehen, die ihre Entfaltung der täglich größer werdenden Teilnahme der Bürger an der Verwaltung verdanken wird.

Projekt Klassenanalyse

Zur Taktik der proletarischen Partei

Band I der Reihe Studien zur Klassenanalyse; erschienen im Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Westberlin 1972, 200 Seiten, Preis DM 7.—

Anhand der Arbeiten von Marx und Engels über die kapitalistische Entwicklung in Frankreich von 1948 bis 1871 wird versucht, den Zusammenhang der Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise durch Marx und der Anwendung ihrer Resultate auf eine gegebene historische Situation mit der Ausarbeitung einer revolutionären Taktik aufzuzeigen.

Aus dem Inhalt:

Zur materialistischen Methode; Die sozioökonomische Struktur Frankreichs; Die Entwicklung der Bewußtseinsformen; Die Entwicklung des Staates in Frankreich und die politische Form der sozialen Emanzipation; Die revolutionäre Taktik in Ländern mit unentwickeltem Kapitalverhältnis.

**Verlag für das Studium der
Arbeiterbewegung, Berlin (West)**

Jack Kurzweil/Al Richmond

Staatsmonopolistischer Kapitalismus und antimonopolistisches Bündnis

Aus: political affairs, New York, Heft 1, 1970

Eines der Hauptereignisse des 19. Parteitages unserer Partei war die Annahme unseres Programmes, das auf der Anerkennung der Strategie des antimonopolistischen Kampfes als dem Weg zum Sozialismus in den Vereinigten Staaten beruht. Die Annahme dieses Programmes soll nicht das Ende unserer Strategiediskussion bedeuten, sondern diese Diskussion auf eine neue Stufe heben, um so das Verständnis für unser Programm weiter zu entwickeln und zu vertiefen. Der folgende Artikel ist als Beitrag zu dieser Diskussion gedacht.

Die Strategie des antimonopolistischen Kampfes ist nicht eine von vielen gleichermaßen gültigen Strategien, und die Entscheidung zugunsten dieser Strategie wird nicht auf Grund von ästhetischen oder neigungsmäßigen Kategorien gefällt. Die Richtigkeit einer strategischen Konzeption hängt davon ab, ob sie aus der Analyse des objektiven Charakters der gesellschaftlichen Entwicklung und deren Bewegungsgesetzen entsteht und auf dieser Analyse aufbaut. Im vorliegenden Fall beruht das Konzept des antimonopolistischen Kampfes auf der grundlegenden Wirklichkeit des Systems der Vereinigten Staaten – dem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Deshalb kann die Entwicklung eines vertieften Verständnisses des antimonopolistischen Kampfes und die Differenzierung und Verbesserung der in diesem Kampf unsererseits notwendigen Methoden nur auf einer exakteren Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus aufbauen. Zu dieser Entwicklung einer verbesserten Analyse wollen wir beitragen, indem wir vorab einige wichtige Grundkenntnisse darstellen.

Die Struktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Vereinigten Staaten

Der Kapitalismus wird charakterisiert durch den Privatbesitz an den Produktionsmitteln, die gesellschaftlicher Natur sind. Kapitalistische Ausbeutung meint die Aneignung unbezahlter Arbeit im Produktionsprozeß. Die private Aneignung gesellschaftlich produzierten Reichtums ist der Grundwiderspruch im Kapitalismus. Dieser Widerspruch ist seinem Wesen nach antagonistisch. Er bewirkt soziale, ökonomische und politische Entwicklungen, die ihn vertiefen anstatt ihn aufzulösen. Die Entwicklung des Monopolkapitalismus aus dem Konkurrenzkapitalismus ist ein Ergebnis der Bewegungsgesetze des Kapitalismus selbst. Charakteristisch für diese Entwicklung ist die Zunahme an Quantität und Konzentration des Kapitals, wodurch die technologische Weiterentwicklung der Produktionsmittel ermöglicht und deren gesellschaftlicher Charakter verstärkt wird. Natürlich ist damit die An-

eignung des Produktes in zunehmendem Maße privater Natur, womit die Ausbeutung der Arbeiter intensiviert wird. Die Entwicklung zum Monopolkapitalismus ist nicht nur ein quantitativer Prozeß. Im Gegenteil ist der Monopolkapitalismus oder Imperialismus eine höhere Stufe des Kapitalismus mit qualitativ neuen Zügen.

Einer dieser neuen Aspekte ist die Entstehung der Macht der Monopole, einer Entwicklung, die grundlegende Auswirkungen auf den Klassenkampf hat. Was mit Macht der Monopole gemeint ist, läßt sich am Beispiel des Kleinkapitalisten erklären, der selbst als Ausbeuter von Arbeitern keine Machtmittel besitzt, um entscheidenden Einfluß auf den Zustand der Wirtschaft oder der Gesellschaft auszuüben. Das kleinkapitalistische Unternehmen ist den Zwängen eines anonymen Marktes unterworfen. Der Staat handelt zwar im Interesse der kapitalistischen Klasse, aber nicht im Einzelinteresse des Kleinkapitalisten. Unter Monopolbedingungen ist die Lage entscheidend anders. Je nach Größe, Kapital und nationaler Ausdehnung ihrer Unternehmen sind die Monopolkapitalisten in der Lage, entscheidende Bereiche der Wirtschaft zu beherrschen, und durch Marktmanipulation und Kontrolle über Regierungsinstitutionen und Staatsbeamte die Zukunft riesiger geographischer Gebiete zu bestimmen. Aus diesen Gründen ist es möglich, von den gesellschaftlichen Folgen der Monopolisierung zu sprechen, die durch die neue, aus dem Monopolisierungsprozeß hervorgehende Qualität politischer Macht entstehen.

Im Bereich der Produktion wird der Prozeß der Monopolisierung begleitet durch die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion (größere organische Zusammensetzung des Kapitals), und die damit verbundene Intensivierung der Ausbeutung der Arbeiter in den jeweiligen Monopolunternehmen. Außerhalb der Produktionsphäre haben die gesellschaftlichen Auswirkungen der Monopolherrschaft Einfluß auch auf alle nichtmonopolisierten Bereiche der Gesellschaft, jedoch mit verschiedener Stärke in den einzelnen Klassen und Schichten. Sie machen sich in der Gesamtgesellschaft in verschiedenster Weise bemerkbar. Zu den auffälligsten Formen gehören die Preisfestsetzung durch die Monopole und die Einschränkung der Konkurrenz. In den Bereichen des Wohnungs-, Erziehungs- und Transportwesens manifestieren sie sich genauso wie in den Angriffen auf die Grundrechte der bürgerlichen Demokratie. Damit soll nicht behauptet werden, daß alle diese Probleme genuine Produkte der Herrschaft der Monopole sind, jedoch werden sie durch die Entfaltung der Monopolherrschaft vertieft und in neue gesellschaftliche und politische Zusammenhänge gestellt. Genau diese neuen Formen der Macht der Monopole waren der Anlaß zu spontanen antimonopolistischen Bewegungen wie zum Beispiel der des „Populist-Movement“. Sie war die Reaktion von Farmern auf die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Herrschaft der Monopole.

Das Hauptziel der Argumentation in diesem Teil des Artikels wird es sein, darzulegen, daß die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus einherging mit:

1. einem sprunghaften qualitativen Anstieg der ökonomischen Ausbeutung der Arbeiter, dessen Voraussetzung einmal der Sprung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals war und zum anderen besonders die Automation,

2. einer qualitativen Verstärkung der Auswirkungen der Monopolherrschaft auf die Gesamtgesellschaft mit dem Ergebnis einer allgemeinen und umfassenden gesellschaftlichen Krise, und

3. einem sich vertiefenden Zusammenhang zwischen beiden Phänomenen.

Folglich liegt die Absicht dieses Beitrags in der Diskussion über die Beschaffenheit des Klassenkampfes unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Vereinigten Staaten und die Rolle der Kommunistischen Partei in diesem Kampf.

Sicherung der Superprofite durch die Monopole

Die Ergebnisse der Diskussion über das Phänomen des staatsmonopolistischen Kapitalismus erlauben die grundlegende Aussage, daß der Prozeß der Monopolisierung den Widerspruch zwischen zunehmend gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung verschärft, indem die Monopole sich gezwungen sehen, durch die Forderung nach staatlichen Eingriffen in die Wirtschaftsabläufe zu ihren Gunsten die Auswirkungen dieses Grundwiderspruches zu mildern, soweit das unter kapitalistischen Bedingungen möglich ist. Aber nach dieser Feststellung ist es notwendig hervorzuheben, daß die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus historisch zusammenfällt mit dem Sieg der bolschewistischen Revolution und daher beeinflußt wird durch den Eindruck, den der damit angezeigte Beginn einer neuen Ära auf die verschiedenen kapitalistischen Länder hatte. So sind die Krise von 1929 und die Erfüllung des ersten Fünfjahresplanes in der UdSSR im Jahre 1932 begleitet von der Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, in den Vereinigten Staaten in Form des „New Deal“ und in Deutschland durch den Aufstieg des Nazifaschismus. In der Folge des Zweiten Weltkrieges beschleunigt sich dieser Prozeß der Monopolisierung. Eine dankbare Aufgabe wäre es, eine Abhandlung anzufertigen, die die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den verschiedenen kapitalistischen Ländern differenziert betrachtet, angesichts der Notwendigkeit, den staatsmonopolistischen Kapitalismus gesondert in jedem Lande auf seine spezifischen Erscheinungsformen hin zu analysieren.

Nebenbei sei bemerkt, daß Baran und Sweezy in ihrem Werk „Monopolkapital“ den Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus grundsätzlich ablehnen mit der Begründung, die Monopolkapitalisten und ihre Vorgänger, besonders die Handelskapitalisten hätten schon immer den Staatsapparat zum Zwecke ihrer Bereicherung eingesetzt. Daß die Kapitalistenklasse mit diesen Methoden gearbeitet hat, ist natürlich richtig. Um nur ein Beispiel aus den Vereinigten Staaten zu nennen, sollte man sich der massiven staatlichen Zuwendungen an Geld und Boden erinnern, die an die Magnaten der transkontinentalen Eisenbahngesellschaften gingen. Das zugegeben heißt jedoch nicht, die Tatsache verneinen, daß die Zeit zwischen den Anfängen des „New Deal“ und dem Ende des Zweiten Weltkrieges Zeuge einer qualitativen Intensivierung des Verhältnisses zwischen Staat und Monopolen war – ein Verhältnis, das natürlich ein ständig sich weiterentwickelnder Prozeß ist.

In den Vereinigten Staaten ist ein charakteristisches Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Einsatz der Steuerhoheit des Staates zur Sicherung der Superprofite der Monopole. Die enormen Gelder, die von der Regierung durch Steuern auf Bundes-, Landes- und, bis zu einem gewissen Grad, auch auf kommunaler Ebene akkumuliert werden, gehen in Investitionen für folgende Bereiche auf:

– Regulierung des Geld- und Kreditwesens – staatlich subventionierte Forschungen an Universitäten und anderen Institutionen, deren Ergebnisse den Monopolen zur freien Verfügung stehen – massive Rüstungsausgaben und geplante Produktion gesellschaftlich nutzloser Waren – Vergabe steuerfreier Obligationen (Zinsrate 5 %) zur Schaffung von Reservekapital, das nur den Monopolkapitalisten zur Verfügung steht – militärische und finanzielle Sicherung bereits existierender Auslandsinvestitionen und Eroberung neuer Herrschafts- und Einflußbereiche – direkte und indirekte Subventionierung der monopolistischen Aktiengesellschaften – Finanzierung und Sicherung umfangreicher Verbraucherkredite.

Der militärisch-industrielle Komplex

Ein Hauptaspekt des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Vereinigten Staaten ist das Entstehen einer engverbundenen Oligarchie von führenden Monopolisten und ihren Lobbyisten in Regierung und Militär, bekannt auch unter dem Schlagwort „militärisch-industrieller Komplex“. Er ist zu einem entscheidenden Faktor im wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben dieser Gesellschaft geworden. Durch die „heimliche Regierung“ von CIA, Nationalem Sicherheitsrat usw. kontrollieren die führenden Monopolherren direkt die Innen- und Außenpolitik der Nation. Hier liegt die Quelle der politischen Reaktion und der Angriffe auf die Demokratie. Der „militärisch-industrielle Komplex“ schluckt die Hälfte des Regierungsetats, also ein Zehntel des gesamten Nationaleinkommens. Der Löwenanteil dieses Geldes wird direkt für die Produktion gesellschaftlich nutzloser Waren verwendet. Zudem hat sich der militärisch-industrielle Komplex tief in den Colleges und Universitäten ganz Amerikas eingenistet, und zwar nicht nur im Bereich der Naturwissenschaften und des Ingenieurwesens, sondern auch in den Gesellschaftswissenschaften. Es ist das Nervenzentrum des US-Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft in dieser Epoche und im Kampf gegen die Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiung geworden. Da die erwähnten „Notwendigkeiten“ des staatsmonopolistischen Kapitalismus ungeheure Geldsummen erfordern, ergibt sich ein qualitativer Steuerzuwachs während der letzten dreißig Jahre als zentrale Folge dieses Wirtschaftssystems. Weil es aber Ziel staatlicher Steuerpolitik ist, das Nationaleinkommen zugunsten der Monopole umzuverteilen, zeigt sich die Natur der Steuererhöhungen als reine Mehrbelastung der nichtmonopolistischen Bevölkerungssteile, also besonders der Arbeiterklasse. Die kollektive Nutzung des Staates als Instrument der kapitalistischen Klasse sichert den Monopolherren neben der Profitrate aus der Ausbeutung der „eigenen“ Arbeiter Extraprofite, die sie aus der Gesamtbevölkerung pressen.

Diese Aussage läßt keinesfalls die Interpretation zu, die Monopole seien eine monolithische Kraft, denn ihr kollektives Handeln ist begleitet vom erbitterten Kampf um die Anteile an der Beute aus dem Steuerraub. Diese Extraprofite erscheinen im Produktionsbereich in zunehmendem Maße als Investitionskapital, das den Monopolen den technologischen Fortschritt zur Automation und zum großangelegten Einsatz von Computern erlaubt. Die sich vollziehende Kapitalakkumulation verschärft drastisch den Monopolisierungsprozeß in der Wirtschaft und ließ den Kapitalexport dermaßen ansteigen, daß die Vereinigten Staaten heute das stärkste imperialistische Land der Welt sind. Zugleich senkte das qualitative Anwachsen der Steuerlasten das Realeinkommen aller nichtmonopolistischen Schichten, besonders das der Arbeiterklasse mit der Folge wachsender Unsicherheit und Verschuldung der konsumierenden Bevölkerung. Weit wichtiger noch ist die Tatsache, daß die Bereicherung der Monopole durch die Steuereinnahmen zu einer Verarmung der öffentlichen Hand auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene geführt hat, die besonders im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen zutage tritt.

In den folgenden Schlüsselbereichen unserer Gesellschaft besteht ein Leistungsverfall, dessen Rate ständig wächst: Bildung (auf Primary-, Secondary- und College-Ebene) – Wohnungs- und Transportwesen, Erholung, Kultur, soziale Fürsorge und medizinische Versorgung. Darüber hinaus zeigt sich in jedem dieser Bereiche ein breites undemokratisches Anwachsen amtlicher und halbamtlicher Bürokratie, durch deren Existenz die Regierungsabläufe in zunehmendem Maße entfernt von den Interessen der Bevölkerungsmassen sich vollziehen. Somit ist heute eine permanente und umfassende gesellschaftliche Krise Kennzeichen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie erfaßt alle, auch die nicht direkt der Monopolherrschaft unterliegenden Gesellschaftsbereiche und -gruppen, und besonders der Arbeiterklasse, deren farbige Teile wiederum am stärksten betroffen sind. Hervorragendes Merkmal dieser allumfassenden Krise ist die ständige Bereitschaft zum atomaren Krieg, sind die Kriege gegen die nationale Befreiungsbewegungen. Diese ständigen Kriegsvorbereitungen, deren Kosten hunderte von Milliarden Dollar verschlingen, sichern den Monopolen maximale Profite, entbehren aber jeder gesamtgesellschaftlich nützlichen Funktion.

Das Wesen des Klassenkampfes

Wenden wir uns den Auswirkungen zu, die diese grundlegenden Entwicklungen auf das Wesen des Klassenkampfes in den Vereinigten Staaten haben. Wiederum stellen wir einige grundsätzliche Aussagen voran.

Die Ausbeutung des Arbeiters im Produktionsbereich durch den Kapitalisten ist der zentrale Wesenszug jeder kapitalistischen Gesellschaft, also auch der amerikanischen. Die spontane Antwort der Arbeiterklasse ist der Kampf gegen diese Ausbeutung in Form des Klassenkampfes zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Die Entstehung der Gewerkschaften ist ein organisatorischer Ausdruck dieses spontanen

Kampfes. Solche Kämpfe entstehen in der Auseinandersetzung um die Verteilung der überschüssigen Werte zwischen Arbeitern und Kapitalisten, ohne jedoch als solche den Privatbesitz an Produktionsmitteln in Frage zu stellen. Wie die Ausbeutung in der Produktion spontan den Kampf zwischen den Arbeitern und Kapitalisten entstehen läßt, so ist die Unterdrückung aller nicht von den Monopolen beherrschten Gesellschaftsschichten, also auch der Arbeiterklasse, spontaner Anlaß zum Kampf all dieser Schichten gegen eben jene Formen der Unterdrückung.

Gleichwohl bestehen entscheidende Unterschiede zwischen den beiden Kampfformen. Wenn Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz gegen Ausbeutung kämpfen, so sind sie sich relativ darüber bewußt, daß der Gegner in diesem Kampf der Konzernherr ist. Wir sagen relativ bewußt, weil Spaltungen in der Arbeiterklasse, besonders auf Grund des Rassismus der weißen Arbeiter, der Verschleierung des Monopolkapitals als dem Hauptfeind aller Arbeiter dienen. Überdies ist der Rassismus historisch das zentrale Hindernis bei der Entwicklung einer Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten gewesen, von der Entstehung eines Klassenbewußtseins ganz zu schweigen. Trotzdem läßt sich grundsätzlich die Spontanität des Kampfes der Arbeiter gegen die Kapitalisten im Produktionsprozeß feststellen, wobei zu der Führung dieses Kampfes ein über Gewerkschaftspositionen hinaus entwickeltes Bewußtsein nicht notwendig ist.

Doch den Auseinandersetzungen um die gesellschaftlichen Folgen der Monopohlerrschaft ist nichts zu eigen – der Produktionsbereich wird hier ausgeklammert – was die verschiedenen, von der direkten Herrschaft der Monopole freien Schichten zu der Einsicht bringen könnte, daß die Monopolherren die wahren Unterdrücker sind. Selbst wenn die Kämpfe diese Einsicht brächten, so lassen sich aus ihnen heraus noch keine fortschrittlichen Lösungen der Probleme entwickeln. Zur Illustration der letzten Behauptung ein Beispiel:

Einige Teile der kleinbürgerlichen und mittleren Bourgeoisie sind in reaktionärer Weise antimonopolistisch, indem sie mit Forderungen wie „Gegen eine Regierung der Großen“ und „Gegen die Wallstreet“ das Rad der Zeit zurückdrehen möchten. Natürlich bezahlt und unterstützt das Monopolkapital ultrarechte Organisationen, die diese Art „antimonopolistischen“ Gedankenguts vertreten. So sind die Kämpfe gegen die sozialen Auswirkungen der Herrschaft der Monopole in ihrem spontanen Auftreten normalerweise nicht gegen das Monopolkapital als dem wahren Unterdrücker gerichtet. Es besteht sogar für die Monopole die Chance, diese Kämpfe zu nutzen, um die Klasseninteressen der verschiedenen nichtmonopolistischen Gesellschaftsgruppen gegeneinander auszuspielen und die Arbeiterklasse mit den Mitteln des Rassismus zu spalten. Überflüssig zu sagen, daß das Resultat solcher Spaltungen in den sozialen Kämpfen die gemeinsame Niederlage aller nichtmonopolbeherrschten Schichten bedeutet, und damit dem Triumph der Monopole. Darum ist die unabdingbare Voraussetzung für die elementarsten Erfolge in den sozialen Auseinandersetzungen die Entwicklung eines spezifisch antimonopolistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse und den anderen monopolfreien Schichten der Gesellschaft.

Besonders für die Arbeiterklasse ist dies von entscheidender Bedeutung, denn erliegt sie den Spaltungen innerhalb der sozialen Auseinandersetzungen (wobei der

Hauptansatzpunkt für die Spaltungsversuche die Rassengrenzen sind), so werden sich diese auch am Arbeitsplatz, das heißt in der Produktionssphäre bemerkbar machen. Andererseits steht die Arbeiterklasse den Monopolen nicht nur in den sozialen Kämpfen gegenüber, sondern auch im zunehmend monopolisierten Produktionsbereich, und sie verfügt somit über die vollständigste Basis zur Entwicklung eines antimonopolistischen Bewußtseins. Natürlich ist eines der Hauptziele der Monopole die Vertiefung der Klassen- und Rassengegensätze zwischen und innerhalb der nichtmonopolistischen Teile der Gesellschaft. Gleichwohl existiert in den Kämpfen gegen die Herrschaft des Monopolkapitals, sieht man einmal vom Produktionsbereich ab, die objektive Basis für ein Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und allen anderen nichtmonopolistischen Klassen und Schichten – also die Basis für ein gemeinsames antimonopolistisches Bündnis. Soll es erfolgreich sein, so muß der Kampf dieses Bündnis unter der Führung des klassenbewußtesten Teils der Arbeiterklasse stehen.

Das Kampffeld gegen die Monopole

Wie wir bereits andeuteten, haben die Kämpfe gegen die gesellschaftlichen Folgen der Monopolisierung, wie sie aus und neben der Klassenkämpfen selbst entstehen, ihren Ursprung in der Entwicklung des Monopolkapitalismus. Entsprechend bildet sich mit der Entwicklung der Monopole die objektive Basis für ein antimonopolistisches Bündnis. Es ist die Entstehung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der die Automation und Einführung von Computern in den Produktionsprozeß bringt und eine umfassende gesellschaftliche Krise schafft. Darüber hinaus verbindet sie diese beiden Prozesse in organischer Weise durch staatliche Eingriffe in eine Wirtschaft, die durch den legalisierten Raub von Steuergeldern angeheizt wird. All dies macht den Kampf gegen die Monopole zum entscheidenden Abschnitt im Kampf für den Sozialismus. Eines der bedeutendsten Ergebnisse des Zusammenfalls dieser Krisen und der daraus erkennbaren Irrationalität und Dekadenz des kapitalistischen Systems ist die Stärkung der objektiven Grundlage für die Einheit der Arbeiterklasse und für die Einheit aller antimonopolistischen Schichten der Gesellschaft.

Die genaue Analyse zeigt, daß die Folgen der Automation und der allgemeinen Krise des Gesellschaftssystems am schwersten die Teile der Bevölkerung treffen, deren nationalen Minoritäten historisch der schärfsten Ausbeutung und Unterdrückung unterlagen, und die in ihrer überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse angehören. Somit sind die Kämpfe dieser Teile der Arbeiterklasse unter der Führung schwarzer Arbeiter richtungsweisend für die gesamte Arbeiterklasse und aller nichtmonopolistischen Schichten.

Wie nicht anders zu erwarten, wird demgegenüber die Krise des amerikanischen Kapitalismus gekennzeichnet vom Zug zur Beseitigung demokratischer Rechte, der Schaffung eines Polizeistaates und der Schwächung der Gewerkschaften – kurz also vom Marsch in den Faschismus. Eines der entscheidenden Instrumente in der Hand der Monopole auf dem Weg zum Faschismus ist die ultrarechte Fraktion. Obwohl

sie mit vielen Methoden und in allen nichtmonopolistischen Schichten der Gesellschaft operiert, ist es ihr Hauptziel, die verschiedenen nichtmonopolistischen Schichten daran zu hindern, den gemeinsamen Feind in den sozialen Kämpfen um Erziehung, Wohnung, Polizei und Steuern in den Monopolen zu erkennen. Die Reaktion versucht, die Arbeiterklasse zu spalten und die anderen nichtmonopolistischen Schichten von ihr zu trennen, indem sie diese Schichten gegeneinander aufhetzt. Als Mittel dazu dienen die traditionellen Vorurteile in der amerikanischen Gesellschaft: Rassismus, Antikommunismus und Intellektuellenhaß.

Darüber hinaus schlagen Spaltungen in der Arbeiterklasse, die in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entstehen, auf den Produktionssektor zurück. Umgekehrt wird sich auch die Entstehung von Einigkeit in den sozialen Kämpfen am Arbeitsplatz widerspiegeln. Der Kampf um diese Einheit ist die Bemühung zur Schaffung eines spezifisch antimonopolistischen und antiimperialistischen Bewußtseins. Der Widerstand gegen den „militärisch-industriellen Komplex“ und gegen die von ihm repräsentierte gesellschaftliche Verschwendug muß ein Grundzug aller Auseinandersetzungen um die allgemeine Krise des Gesellschaftssystems sein. Die Notwendigkeit dieses Kampfes für ein weiterentwickeltes politisches Bewußtsein als unabdingbare Grundlage für die elementarsten Erfolge ist nicht nur ein Produkt der allgemeinen gesellschaftlichen Krise, sondern auch in zunehmendem Maße Kampfmittel gegen die Auswüchse des staatsmonopolistischen Kapitalismus am Arbeitsplatz. Mehr und mehr richten sich diese Kämpfe gegen die Auswirkungen der Automation. Sie können nicht in einer einzelnen Fabrik und noch nicht einmal mehr in einem einzelnen kapitalistischen Land gewonnen werden. Denn sie sind Kämpfe gegen riesige nationale und internationale Monopole und machen somit die Entwicklung von Klassenbewußtsein und antiimperialistischen Bewußtsein notwendig.

Ergebnis all dieser Entwicklungen ist die verstärkte Forderung an die Gewerkschaften, die Kämpfe der Arbeiterklasse aufzunehmen als eine notwendige Voraussetzung ihrer eigenen Existenz, und sich besonders in den sozialen Auseinandersetzungen der Arbeitèr den Kampf gegen die ultrarechte Fraktion zueigen zu machen. Der Preis, den die Gewerkschaften für ihr Fernbleiben von diesen auf antimonopolistischer Basis stattfindenden Kämpfen zahlen, ist der Sieg der ultrarechten Reaktion. Aus diesen Erwägungen sind die Parteitagsbeschlüsse zu begrüßen, in denen der Aufbau von Betriebsorganisationen in den Grundindustrien auf einer gegen Rassismus, Imperialismus und die Folgen der Automation gerichteten Kampfplattform beschlossen wurde. Die Stärkung solcher Organisationen ist aber nur möglich durch die Bemühungen um die Einbringung des politischen Gewichts der organisierten Arbeiterklasse in die gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf der Basis des antimonopolistischen Kampfes.

Das antimonopolistische Bündnis

Aus der Natur des staatsmonopolistischen Kapitalismus leitet sich ab, daß der Kampf für ein Minimalprogramm objektiv gerichtet ist gegen den Konzentrationsprozeß einer immer tyrannischer herrschenden Finanz- und Industrieoligarchie, die in zunehmendem Maße direkte Kontrolle über den Staatsapparat ausübt. Der Kampf gegen diese kapitalistische Wirklichkeit macht das antimonopolistische Bündnis zur spezifischen Form des Klassenkampfes in einer bestimmten Phase der geschichtlichen Entwicklung. Unter elementaren strategischen Bedingungen definiert dieses Konzept des antimonopolistischen Bündnisses den Klassenfeind und bestimmt die Klassen, sozialen Schichten und Klassenteile, die potentiell im Kampf gegen diesen Hauptfeind vereinigt werden können. Die zugrundeliegende strategische Bedeutung dieses Konzeptes liegt in der Festigung dessen, was *Lenin* den politischen Boden nannte, auf dem die sozialistische Revolution in Angriff genommen werden kann.

In der Wirklichkeit der Klassenauseinandersetzungen in der amerikanischen Gesellschaft kann es kein konsequent antimonopolistisches Bündnis ohne die Führung der Arbeiterklasse geben. Historische Versuche, ein solches Bündnis aufzubauen, in dem die nichtmonopolistischen Teile der Bourgeoisie sogar weitaus stärker und die Massen der unabhängigen Farmer weitaus größer waren, blieben hilflos und ohne Perspektive, weil ihnen die Führung und der Rückhalt durch die Arbeiterklasse fehlten. Diese historische Erkenntnis trifft heute in noch größerem Maße zu. Am Privat-eigentum beteiligte Klassen und Schichten stehen in Widerspruch zwischen ihrer Abhängigkeit von und ihrer Unterdrückung durch die Monopole. Sie fürchten die revolutionären Implikationen des antimonopolistischen Kampfes in dem Maße, wie ihre Eigentumsinteressen sie an dieses System bindet. Das ist der Grund ihrer Unschlüssigkeit. Und gerade deshalb muß die Führung des konsequenten Kampfes in den Händen der Arbeiterklasse liegen, da diese frei von der Belastung durch solche Widersprüche ist.

Von grundlegender Wichtigkeit in der Strategie der Führung des antimonopolistischen Bündnisses durch die Arbeiterklasse ist die Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der schwarzen Bevölkerung aus Arbeitern besteht, was einen ungleich großen Anteil der Schwarzen an der Arbeiterklasse ergibt und die verstärkte Konzentration schwarzer Arbeiter in den Grundindustrien zur Folge hat. Somit ist das Schicksal der Schwarzen Amerikas unlösbar mit der Zukunft der Arbeiterklasse verbunden. Darüber hinaus ist die schwarze Bevölkerung in ihrem Kampf gegen nationale und rassische Unterdrückung als geschlossener Teil des amerikanischen Volkes der wichtigste Verbündete der Arbeiterklasse. Daher ist das Fundament des antimonopolistischen Bündnisses die Allianz zwischen den Arbeitern als Klasse und den Schwarzen als eigenständigem Teil des amerikanischen Volkes.

Übernimmt die Arbeiterklasse die Führung im antimonopolistischen Bündnis, so sind tiefgreifende Änderungen in ihrem Bewußtseinsstand, ihrer Führung und in der Struktur ihrer Organisationen unausweichlich. Denn es ist einsichtig, daß

eine politische und ideologisch vom Großkapital abhängige Gewerkschaftsführung unfähig ist, die Initiative und Leitung für ein antimonopolistisches Bündnis aufzubringen. Also setzt ein antimonopolistisches Bündnis entscheidende Veränderungen in den Verhältnissen der Klassen zueinander voraus (besonders durch den Führungsanspruch der Arbeiterklasse gegenüber allen anderen antimonopolistischen Schichten), wie auch tiefgreifende Veränderungen in der Arbeiterklasse selbst, womit hauptsächlich die Entwicklung eines Bewußtseinsstandes gemeint ist, auf dem der Führungsanspruch der Arbeiterklasse als Teil ihrer historischen Rolle begriffen wird. Ein solches Bündnis ist also nicht die arithmetische Summe der Klassen und Schichten auf ihrem gegenwärtigen Stand, wie sie von den Monopolen unterdrückt werden und deshalb in objektiven Widerspruch zu ihnen stehen. Es ist auch nicht lediglich die Erweiterung vergangener Koalitionen, wie zum Beispiel der „New-Deal-Koalition“ oder des Zusammenschlusses gegen *Goldwater*, die sich ja unter Führung von Repräsentanten bestimmter Bereiche der Monopolinteressen herausbildeten. Ein antimonopolistisches Bündnis wäre demnach Ausdruck einer qualitativ neuen politischen Machtkonstellation mit radikal anderer Tendenz.

Es ist eine grundlegende Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß sich solche oben beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen nicht spontan vollziehen, sondern des bewußten Einsatzes einer revolutionären Vorhut, nämlich der Kommunistischen Partei, bedürfen. Der Schlüssel zum Konzept des antimonopolistischen Kampfes ist das Bewußtsein, die Initiative und die Führung der Arbeiterklasse. Daraus folgt, daß die Idee des antimonopolistischen Kampfes in Theorie und Praxis an Glaubwürdigkeit verliert, sofern sie nicht verbunden ist mit einem konsequenten Kampf gegen den Opportunismus, der die Arbeiterklasse den Interessen der Monopole unterwirft und den Kampf gegen alle falschen Ideologien, besonders den Rassismus. Ziel ist die Erlangung des Bewußtseins der Arbeiterklasse über ihre Lage und die Eroberung der führenden Rolle vor allen anderen gesellschaftlichen Gruppen im Kampf gegen Erpressung, Ungerechtigkeit und Unterdrückung durch die herrschenden Kreise aus Banken und Industrie. Diesen ideologischen Kampf kann die Kommunistische Partei nur wirkungsvoll führen, wenn sie konsequent den untrennbar Zusammenhang zwischen ihrem Minimalprogramm und ihren Maximalprogramm, dem Sozialismus, aufzeigt, und die wahre Natur der kapitalistischen Klassengesellschaft entschleiert. Die Ausrichtung der ideologisch-politischen Parteiarbeit an einem strategischen Nahziel bedeutet opportunistische Verwirrung. Als Beispiel: Die Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik war bis zum Februar 1917 das strategische Nahziel der Bolschewiki, was aber nicht bedeutete, daß sie deshalb von den ideologisch-politischen Positionen der bürgerlichen Demokratie ausgingen.

Die Schaffung eines Kampfprogrammes

Ein grober Entwurf könnte die programmatischen Grundlagen für eine antimonopolistische Allianz wie folgt umreißen:

A. Der Kampf um die Demokratie steht unter drei Vorzeichen: 1. Dem Ausbau der traditionellen bürgerlich-demokratischen Rechte, wobei der Kampf gegen rassistische Unterdrückung an der Spitze steht. 2. Der Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte gegen ihre Aushöhlung und Bedrohung durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus. 3. Die Ausdehnung der Demokratie auf neue Bereiche entsprechend den gewaltigen Umwälzungen in der Gesellschaft.

In den dritten Bereich fällt die Invasion der „Macht der Manager“ der Monopoliengesellschaften und Konzerne, wie auch der allgemeine Widerstand gegen die wuchernde Bürokratie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dieser Widerstand findet Ausdruck in den Forderungen nach breiten demokratischen Kontrollen mit direkter Beteiligungsmöglichkeit der Bürger.

B. Der Kampf gegen den Einsatz staatlicher Gewalt im Interesse der Monopole mit dem Ziel des direkten Raubes an der Bevölkerung und der eigenen Machtausdehnung. Diese Problematik ist weitgespannt, sie betrifft vorrangig die Steuerpolitik, aber auch Fragen der Budgetverteilung und Prioritätensetzung und die verschiedenen Regierungsalmosen und Sonderzuwendungen an die Monopolunternehmen.

C. Der Kampf gegen Militarismus, Aggression nach außen und andere internationale Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Beträchtliche Verwirrungen zeigen und erzeugen jene, die sagen, sie seien für den Kampf gegen die Herrschaft der Monopole, aber nicht gegen den Imperialismus. Das gleiche gilt für die Gegenseite, die den antiimperialistischen Kampf an die Stelle des Kampfes gegen die Monopole setzen will. Beide Ansätze übersehen die Grundthese Lenins: „*Wäre es notwendig, die kürzeste Definition des Imperialismus zu geben, so müßte man sagen, daß der Imperialismus die durch die Herrschaft der Monopole gekennzeichnete Stufe des Kapitalismus ist... das ökonomische Wesen des Imperialismus ist der Monopolkapitalismus*“. Beiden falschen Ansätzen ist somit eine Verwirrung gemeinsam, die den Imperialismus als ein politisches Phänomen oder als einen Zusammenhang politischer Vorgänge begreift und nicht als eine ökonomische Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die sich vor allem durch den beherrschenden Einfluß der Monopole auszeichnet. Sie unterscheiden zwischen den innen- und außenpolitischen Manifestationen des Imperialismus, der nichts anderes ist als der Kapitalismus in der Phase der Herrschaft der Monopole. Der ernstgemeinte Kampf gegen diese Monopolherrschaft und zwar besonders gegen die der US-Monopole auf ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstand hat notwendigerweise den Kampf gegen ihre in- und ausländischen Erscheinungsformen zur Folge.

Die undialektische Anwendung der Theorie vom stufenweise sich entwickelnden Kampf hat mehr zur Verwirrung als zur Klärung einer Strategie des antimonopolistischen Kampfes beigetragen. Es bestehen objektiv verschiedene historische Stufen des Kampfes, aber sie sind nicht mechanisch voneinander getrennt und, worin die

wichtigste Erkenntnis liegt, die Vollendung der vorhergehenden Stufe ist nicht Voraussetzung für den Übergang zur nächsten. Für die Bolschewiki bildete der Kampf um eine bürgerlich-demokratische Republik eine gesamte historische Stufe, aber dieses Stadium wurde nie „beendet“, denn der Fortschritt ging weiter hin zur sozialistischen Revolution. Die Sowjets ergriffen die Macht noch bevor die konstituierende Versammlung zusammentrat, um den Rahmen einer Republik bürgerlich-demokratischer Verfassung zu erörtern. In verschiedener Hinsicht war die kubanische Revolution ähnlich. Der Kampf gegen die Monopole, das Eintreten für ein antimonopolistisches Bündnis und dessen Ringen um die politische Macht bilden in unseren Augen ein Stadium historischer Entwicklung. Doch muß eine revolutionäre Partei auf qualitative Sprünge vorbereitet sein, sie muß Flexibilität und Kühnheit für den abruptesten Fortschritt entwickeln. Ohne dieses Verständnis und ohne die konsequente Projektion der revolutionären Ziele der Partei kann die Strategie des antimonopolistischen Kampfes tatsächlich in Reformismus umschlagen. Man sollte sich vergegenwärtigen, daß die Auseinandersetzung zwischen Bolschewiki und Menschewiki nicht über das strategische Ziel der Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik in einem zusammenhängenden historischen Stadium des Kampfes geführt wurde. Die Differenz lag in der Einschätzung des revolutionären Inhalts dieses Ziels und in der Auffassung von Unabhängigkeit und Führung der Arbeiterklasse bei der Verfolgung desselben. Diese Dinge vereinigten sich ihrerseits mit der revolutionären Konsequenz bei der Überwindung des Zwischenzieles in Richtung auf die sozialistische Revolution und beim Entwickeln einer Interdependenz zwischen beiden Teilen der Strategie.

Die Rolle der revolutionären Vorhut

Jede Partei, die konsequent für den Sozialismus eintritt, muß ihre mittelfristigen Kämpfe und Ziele, so wünschenswert deren Verwirklichung an sich auch sein mag, in Beziehung setzen zu dem revolutionären Hauptziel der Partei. Somit sind für uns antimonopolistischer Kampf und antimonopolistisches Bündnis keine Werte an sich, sondern sie bilden die wirkungsvollste Strategie im Kampf für den Sozialismus. Dem Eintreten für den Sozialismus den antimonopolistischen Kampf als Alternative gegenüberzustellen, dient keinem von beiden und hieße beide mißverstehen. Dies sind unsere Überlegungen:

A. Der Kampf für alle wichtigen Zwischenziele (in klassischer marxistischer Terminologie: unser Minimalprogramm) ist in der Tat gegen das Monopolkapital gerichtet, weil es die dominierenden Kräfte im ökonomischen und politischen System des staatsmonopolistischen Kapitalismus beherrscht.

B. Das Bündnis gegen die Monopole ist der Versuch, das Bewußtsein und den Zusammenhalt der Massen zu schaffen, die dem gegenwärtigen Stand des Kampfes der Bevölkerung entsprechen. Einerseits zu bejahen, daß die Massen objektiv gegen das Monopolkapital kämpfen, aber andererseits zu verneinen, daß es wichtig ist,

ob sie sich dieses Kampfes bewußt sind oder sich in ihm vereinigen, heißt den Boden des Marxismus verlassen.

C. Geht man von der Leninschen These aus, daß die Massen nur durch Erfahrung lernen, so ist der heute objektiv fortschreitende Kampf gegen die Monopole die Schule der Arbeiterklasse. In diesem Kampf erfährt sie ihre eigene objektive Zusammengehörigkeit, sie wird geschult über die Stellung der Klassen zueinander, über Taktiken und Formen des Kampfes und über die wahren Klassenverhältnisse im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Kämpfend die grundlegende Tatsache zu begreifen, daß nämlich der Feind die Finanz- und Industrieoligarchie ist, die in dieser Gesellschaft herrscht, ist bereits ein ungeheuerer Fortschritt in Richtung auf ein Wissen um die Veränderung dieses Systems. Die Frage stellt sich nicht, wie manche meinen, nach dem Kampf für ein sozialistisches Bewußtsein. Das eigentliche Problem ist der Erfahrungszusammenhang, in dem ein solcher Kampf geführt wird, und der Kampf selbst ist natürlich die effektivste Form der Erfahrungsvermittlung.

D. Das Kriterium für die selbständig im antimonopolistischen Kampf erzielten Gewinne ist die Schwächung der Macht der Monopole und die Stärkung der Positionen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Punktuelles Zurückdrängen des Militarismus oder der Macht der Konzerne sind nur zwei Beispiele für solche Erfolge. Erfolge insoweit, als sie das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zugunsten der Arbeiterklasse verändern und somit der Schaffung der günstigsten Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus dienen (wie immer die aktuelle Form dieses Überganges aussehen mag).

E. Zusammenfassung: Unser Konzept des antimonopolistischen Bündnisses entspricht dem objektiven Stand des derzeitigen Kampfes. Es ist die Grundschulung, in der die Arbeiterklasse die Notwendigkeit der Gesellschaftsveränderung begreift und es ist dahingehend entworfen, die besten Bedingungen für die Durchführung dieser revolutionären Veränderung zu schaffen. Das Konzept des antimonopolistischen Kampfes ist also unter Berücksichtigung all dieser Punkte die Strategie für eine revolutionäre sozialistische Umwälzung.

Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland

(Verfaßt von Dr. Johannes Henrich von Heiseler, Marcella Heiseler, Andre Leisewitz) -- Band 7 der Reihe Informationsberichte des IMSF, Frankfurt/Main 1972, 100 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 8,-, bei Abnahme von mindestens 5 Exemplaren DM 7,- pro Berichte, 2. Auflage.)

Aus dem Inhalt:

Die ökonomische Situation der chemischen Industrie vor Beginn der Tarifrunde 1971
 Die aktive Streikvorberitung der Unternehmer
 Zur Struktur der IG Chemie-Papier-Keramik
 Der Verlauf der Tarifbewegung bis zum Scheitern der Bundesschlachtung für Nordrhein
 Die Besonderheiten der Entwicklung in Hessen
 Verlauf und Umfang der Arbeitskämpfe vom Scheitern der Bundesschlachtung für Nordrhein bis zum Bonner Kompromiß
 Die Entwicklung betrieblicher Aktionen an ausgewählten Beispielen (u.a. Bayer, Glanzstoff, Dynamit, Nobel, Hoechst, Merck, Degussa)

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
 D-6000 Frankfurt/Main 1, Liebigstraße 6, Tel. 06 11/72 49 14

Claude Lightfoot

Von „Black Power“ zur Macht des Volkes und der Arbeiterklasse

Der nachfolgende Beitrag ist identisch mit dem neu geschriebenen Schlusskapitel des Buches „Ghetto Rebellion to Black Liberation“, 2. Auflage New York, 1970.

Seit der Veröffentlichung dieses Buches vor ungefähr zwei Jahren haben Entwicklungen stattgefunden, die eine erneute Analyse notwendig machen. Im Prinzip bleiben die in den vorangehenden Kapiteln diskutierten Thesen gültig. Aber das Niveau, auf dem die Kämpfe gegenwärtig geführt werden, hat sich dermaßen verändert, daß der Befreiungskampf der schwarzen Bevölkerung und der gesamte Kampf gegen den US-Imperialismus eine höhere Stufe der Entwicklung erreichen könnte.

Die neuen Entwicklungstendenzen

Tatsächlich werden einige der von uns bereits erwähnten Voraussetzungen einer solchen Höherentwicklung des Kampfes jetzt immer mehr zu den Haupttendenzen. Veränderungen in dieser Richtung zeichnen sich sowohl in der Gesamtbevölkerung der USA, als auch ganz besonders in der Negerbevölkerung, ab. Wir werden sie auf dem Hintergrund unserer bereits dargestellten Annahmen untersuchen. Eine der zentralen Thesen findet sich im letzten Abschnitt des 8. Kapitels. Sie lautet:

„Letzten Endes ist der Kapitalismus die Ursache der imperialistischen Außenpolitik, der Gefahr des Faschismus, einer kranken Gesellschaft und der Unterdrückung der Neger. Diese allgemeinen Probleme führen dazu, daß sich die unterschiedlichsten Kräfte immer enger gegen den gemeinsamen Gegner zusammenschließen. Das wird dann eintreten, wenn jeder begriffen hat, daß nur durch den vereinten Kampf wirkliche Fortschritte zu erzielen sind.“

Als diese Zeilen geschrieben wurden, fanden in den USA große Auseinandersetzungen statt, die allerdings nahezu vollständig isoliert voneinander geführt wurden. Die Situation wurde damals so bedrohlich, daß der Autor im Dezember 1967 im Namen der KP der USA schrieb: „*Die Geschichte und die gegenwärtigen Erfahrungen haben bewiesen, daß gemeinsam geführte Kämpfe der Neger und der weißen Bevölkerung auf unterster Ebene die wichtigste Voraussetzung für den sozialen Fortschritt in unserem Lande sind. Dennoch hat heute, da die Nation vor völlig neuen Problemen steht, vor der Frage Krieg oder Frieden, vor der wachsenden Gefahr des Faschismus und vor neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, für viele Schwarze und Weiße das Wort „Einheit“ einen verächtlichen Klang bekommen. Die Entzweigung wuchert im amerikanischen Volk wie ein Krebsgeschwür, und wenn kein radikaler Eingriff vorgenommen wird, werden viele der wichtigsten Organe, vielleicht sogar der ganze Organismus, verloren sein.*“ (Black Power and Liberation: A Communist View, New Outlook Publishers, New York 1967, S. 3).

Seit dieser Zeit haben sich Ansätze zu einer größeren Einheit der demokratisch eingestellten schwarzen und weißen Massen herausgebildet. Es gibt immer noch viele Probleme, bei denen das Volk nach Rassen gespalten ist. Aber die Entwicklung tendiert zur Aufhebung dieser Spaltung.

Diese neue Tendenz hängt zusammen mit der permanenten Krise des Kriegsprogramms, der faschistischen Gefahr und der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Diese bereits behandelten Probleme haben sich bedeutend verschärft. Es wird immer klarer, daß es keine andere Lösung geben kann als den gemeinsamen Kampf der verschiedenen Massenbewegungen.

Aus dieser Perspektive erscheint „Black Power“ immer mehr als grundlegender Bestandteil der Macht des Volkes, während beide wiederum auf die Macht der Arbeiterklasse angewiesen sind. Der immer weiter um sich greifende Kampf, der fast jede Gesellschaftsschicht der USA erfaßt hat, beweist die Möglichkeit der praktischen Verwirklichung dieses Konzepts.

Von entscheidender Bedeutung waren hier das ungeheure Anschwellen der amerikanischen Friedensbewegung, das verbreitete Bewußtsein über die Gefahr eines faschistischen Polizeistaates, Aufstände der Arbeiter gegen die Nixon-Regierung, die Wirtschaftsführer und die korrupten Gewerkschaftsführer und in jüngster Zeit vor allem neue Strömungen in der schwarzen Befreiungsbewegung, die sich jetzt gegen das Zentrum des kapitalistischen Systems richten. Alle diese Bewegungen steuern auf eine Konfrontation mit dem gesamten staatlichen Machtapparat und auf grundlegende Systemveränderungen zu.

Das gilt in besonderem Maße für die Friedensbewegung, die allmählich einen revolutionären Charakter annimmt. Diese Bewegung ist von größter Bedeutung für die Vereinigung des Volkes und die Befreiung der schwarzen Bevölkerung.

Nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes über die Aufhebung der Rassentrennung im Jahre 1954 hat die Befreiungsbewegung der Neger mit dem gradualistischen Konzept – d.h. mit dem Ziel der unmittelbaren Durchsetzung kleinerer Reformen – gebrochen und Forderungen aufgestellt, die sich gegen die Ursachen der Unterdrückung der Neger richteten, also gegen das System als Ganzes. Diese Bewegung wird in den meisten soziologischen und politischen Analysen als ein Bürgerrechtsrevolution, als Revolte der Neger eingeschätzt. In den vergangenen 15 Jahren hat sie allmählich alle Eigenschaften einer revolutionären Bewegung entwickelt.

Während dieser Zeit verharren die meisten anderen sozialen Protestbewegungen – in der Regel von Weißen geführt – im Stadium des Gradualismus und setzen sich kleinere Reformen zum Ziel.

Einige der scharfen Widersprüche zwischen Weißen und Schwarzen, die sich auch in Kreisen der Arbeiter- und der Friedensbewegung, in liberalen und radikalen Zirkeln niederschlügen, lassen sich auf die Unterschiedlichkeit der Zielen und Absichten dieser Bewegungen zurückführen. Während die Mehrheit der Neger Systemveränderungen anstrebt, waren die meisten der für Veränderungen aufgeschlossenen Weißen noch nicht zu diesem Standpunkt gelangt, sie traten sozusagen auf der Stelle.

Die Entstehung der revolutionären Friedensbewegung

Der Kampf um den Frieden leitet gegenwärtig auch unter den weißen Amerikanern revolutionäre Entwicklungen ein und trägt somit dazu bei, den Graben zwischen den fortgeschrittenen Teilen der weißen und der schwarzen Bevölkerung zu verkleinern. Die Friedensbewegung hat sich im Laufe der historischen Entwicklung durch den Druck der realen Verhältnisse verändert.

Zu Beginn des Kalten Krieges konnte die herrschende imperialistische Klasse in den USA die große Mehrheit des Volkes zur Unterstützung ihrer Politik bewegen. Die Propagandamaschine des US-Kapitalismus entwarf ein Bild der Lage, nach dem die ganze Welt unmittelbar davor stand, in ein riesiges Sklavenlager verwandelt zu werden und demzufolge die Sicherheit und das Überleben der amerikanischen Nation unmittelbar bedroht waren. Mit dem Schlagwort „Die Welt vor dem Schrecken des Kommunismus bewahren“ wurde jeder Schachzug des Imperialismus und seiner Außenpolitik gerechtfertigt.

Aber seit dem Koreakrieg 1950 hat diese Außenpolitik überall Verhältnisse geschaffen, aus denen für das amerikanische Volk und alle Völker der Welt die Rolle der Vereinigten Staaten klar ersichtlich ist. Folgende Ereignisse trugen dazu bei, die amerikanischen Imperialisten zu entlarven und die Grundlagen für die Entstehung der amerikanischen Friedensbewegung als einer revolutionären Kraft zu schaffen:

(1) Der Koreakrieg, in dem die Tatsache, daß es dem amerikanischen Imperialismus trotz der Unterstützung durch 23 Nationen nicht gelang, ein kleines unterentwickeltes Land zu unterwerfen, die neuen Kräfteverhältnisse in der Welt anschaulich vor Augen führte. Dieser Krieg enthüllte auch die reaktionäre Rolle des US-Imperialismus als der politischen Hauptkraft bei der Verteidigung des alten Kolonialsystems und der Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung.

(2) Die dauernde Unterdrückung der Neger in den USA, die für die Welt zum Prüfstein für den sogenannten demokratischen Anspruch des US-Imperialismus wurde.

(3) Die sowjetischen Friedensinitiativen Ende der 50er Jahre und der Besuch *Chrutschows* in den Vereinigten Staaten, der vielen Amerikanern zu Bewußtsein brachte, welche Lügen über die Sowjetunion verbreitet wurden.

(4) Die reaktionäre Rolle der amerikanischen Regierung in den Vereinten Nationen bei nahezu allen Fragen von Frieden und Freiheit, die in dieser Organisation behandelt wurden.

(5) Der U 2 – Zwischenfall, der Flug von *Powers* über sowjetischem Territorium gerade zu einem Zeitpunkt, als eine Friedenskonferenz vorbereitet wurde und weiter die Tatsache, daß der Präsident nicht über die Ereignisse informiert war – hier wurden die finsternen Kräften sichtbar, die in der Regierung tätig sind: der militärisch-industrielle Komplex.

(6) Die Wahl *John F. Kennedys* 1960 aufgrund eines Programms, das eine positive Entwicklung forderte – und das darauf folgende Fiasko in der kubanischen Schweinebucht.

(7) Die Raketenaffäre vor Kuba, die einmal von Historikern zweifellos als Wendepunkt der Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten verzeichnet werden wird. Dieses Ereignis vor allem zeigte, daß die treibende Kraft hinter der Gefahr eines Krieges, der die ganze Welt vernichten könnte, die USA waren. Die Sowjetunion bewies in dieser Krise, daß sie im Falle einer drohenden Auseinandersetzung die richtige Politik machte und daß die Kriegstreiber im Pentagon, CIA und überhaupt in der Regierung saßen.

(8) Die Ermordung *Kennedys*, bei der viele Anzeichen darauf hinwiesen, daß sein Einschwenken auf eine friedlichere Außenpolitik der eigentliche Grund des Attentats war.

Aufgrund all dieser Ereignisse, mit denen eine Reihe innenpolitischer Schwierigkeiten einherging, die sich aus der Kriegswirtschaft ergaben, betraf die Frage des Friedens alle Aspekte des amerikanischen Lebens.

Früher konnten die Ideologen des US-Imperialismus den Reichtum des amerikanischen Volkes noch mit der Politik des US-Kapitalismus und der Kriegsproduktion in Verbindung bringen. Diese Position ist jedoch im Lauf der vergangenen zehn Jahre durch das krebsartige Wuchern der Kriegswirtschaft sehr geschwächt worden. Eine in der Geschichte einmalige Situation ist eingetreten: wir haben eine im Überfluß lebende Gesellschaft und daneben die furchtbarsten Formen von Armut, Hunger und Elend. Fast alle Bereiche – Wohnungswesen, Gesundheit, Beruf, Steuern, Städte – sind schwer betroffen.

Aufgrund der aggressiven imperialistischen Kriegspolitik und infolge der Unsicherheit, in der mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt, ist die Frage des Friedens zur entscheidenden treibenden Kraft gesellschaftlicher Veränderungen, radikaler Aktionen und tieferer Einsicht in das kapitalistische System als ganzes geworden. Die angeführten Ereignisse haben eine der größten Friedensbewegungen der Weltgeschichte in Gang gesetzt. Mit Ausnahme der Russischen Revolution bietet die Geschichte kein bedeutenderes Beispiel für ein Volk, das seine Regierung während eines Krieges angreift.

Die Friedensbewegung in ihrer Gesamtheit umfaßt breiteste Schichten der amerikanischen Bevölkerung. Sie vereinigt in sich höchst unterschiedliche Elemente, darunter auch proimperialistische Kräfte, die den Krieg in Indochina ablehnen, aber die Kriegspolitik im Mittleren Osten und die verschiedenen Formen des Rassismus im eigenen Land billigen. Von besonderer Bedeutung ist aber die Tatsache, daß diese breiten Schichten, zu denen auch die genannten proimperialistischen Kräfte gehören, unter dem Druck einer der größten antiimperialistischen Bewegungen stehen, die es in diesem Land je gab. Die Initiative dieser Bewegung bestimmt den Gang der Ereignisse.

Der militante und entschlossene Widerstand der Jugend gegen den Krieg hat das ganze Rekrutierungssystem durcheinandergebracht. Der Druck wurde so groß, daß der Oberste Gerichtshof gezwungen war, den moralischen Widerstand gegen den Dienst in der Armee für legal zu erklären. Die direkten Aktionen Zehntausender junger Amerikaner haben diese Situation geschaffen. Ebenfalls zum ersten Mal gibt es innerhalb der Streitkräfte einen starken Widerstand gegen den Krieg.

Der Friede, eine der Hauptparolen der Oktoberrevolution, ist heute wieder eine Triebkraft radikaler Veränderungen in den Vereinigten Staaten.

Da sich die Friedensbewegung immer mehr revolutioniert, ist die Befreiungsbewegung der Neger nicht mehr die einzige Kraft, die für grundlegende Veränderungen kämpft. Die Friedensbewegung hat jedoch mit der Entwicklung der Ziele und Absichten der schwarzen Bevölkerung des Freiheitskampfes nicht Schritt halten können. Deshalb sind Spannungen aufgetreten, die verhindert haben, daß sich die Neger voll am Kampf für den Frieden beteiligten. Inzwischen sind allerdings auch hier Tendenzen zur Veränderung dieser Situation erkennbar geworden.

Die Neger stehen dem Kriegsprogramm des US-Imperialismus nicht weniger ablehnend gegenüber als die Weißen. Es wird ihnen immer mehr bewußt, daß die Inflation, die Steuererhöhungen und die weitere Verschlechterung des Lebens im Chet-to durch den Krieg bedingt sind. Ihre wachsende Opposition gegen den Krieg hat sich vielfach manifestiert. Sie tritt aber nicht so deutlich in Erscheinung wie die Opposition der weißen Amerikaner, deren machtvolle Demonstrationen das Land in den letzten Jahren erschüttert haben. Trotz dieser Schwäche haben die Neger jedoch wichtige Beiträge zur Friedensbewegung geleistet.

Vor einigen Jahren haben sich die Führer aller Organisationen der Linken und des Zentrums in der Bürgerrechtsbewegung unter der Führung *Dr. Martin Luther Kings* mit der Friedensbewegung der Weißen zusammengeschlossen, um eine der größten Demonstrationen der amerikanischen Geschichte durchzuführen. Die Verweigerung des Kriegsdienstes in Vietnam erhielt ihren Anstoß durch drei Jugendliche, die unter dem Nahmen „The Fordham Three“ bekannt geworden sind; unter ihnen befanden sich ein Neger und ein Puertoikaner. Der Kampf gegen die Rekrutierung wurde weiter dramatisiert und vorangetrieben durch den Boxschwergewichtsweltmeister *Muhammed Ali* (Cassius Clay, AdÜ.), ebenfalls ein Neger. Auch die schwarzen Studenten der Südstaaten-Universitäten trieben den Kampf gegen den Kriegsdienst unter der Parole „*Hell no, we won't go!*“ voran.

Durch diese und andere Ereignisse waren an sich die Voraussetzungen geschaffen, unter denen die schwarze Bevölkerung eine führende Rolle in der Friedensbewegung hätte einnehmen können. Dies trat aber aus mehreren Gründen nicht ein.

Der radikale Flügel der Weißen in der Friedensbewegung verstand es nicht, die Forderung nach Beendigung des Vietnam-Krieges mit Forderungen zu verbinden, die sich auf die Tagesprobleme der schwarzen Bevölkerung bezogen. Das veranlaßte einige Negerführer, sich von der Friedensbewegung zu trennen. Einige waren der Meinung, die Friedensbewegung kümmere sich vor allem um die Beendigung des Vietnam-Krieges und befasse sich überhaupt nicht mit den Problemen der Farbigen. Sofern nicht auf der Stelle etwas geschähe, könnte der Vietnam-Krieg im Grunde genommen beendet werden, ohne daß sich an der Lage der schwarzen Bevölkerung etwas ändern würde. Und da sich die Friedensbewegung eben vor allem mit dem Problem des Krieges befasse, solle sich die Bewegung der Neger vor allem um das Problem der Befreiung kümmern.

Diese Einstellungen fügten sowohl der Kampagne zur Beendigung des Vietnam-Krieges, als auch der für die Befreiung der Neger schweren Schaden zu. Diese mit-

einander zusammenhängenden Probleme werden heute aber von beiden Seiten aus einem neuen Blickwinkel betrachtet.

Mitte des Jahres 1970 trafen sich die Führer des radikalen Flügels der Friedensbewegung mit der S.C.L.C., der Organisation *Dr. Kings*, und diskutierten Fragen von beiderseitigem Interesse. Dieser Teil der Friedensbewegung befindet sich zur Zeit in einem programmatischen Umstrukturierungsprozeß der Bewegung und ihrer Führungsspitzen mit dem Ziel, eine breitere Beteiligung der Neger an künftigen Aktionen sicherzustellen. Zu einem späteren Zeitpunkt trafen sich dann die New Mobe, ein Friedenszentrum, mit der S.C.L.C. und der Welfare League – einer Organisation der „Black welfare mothers“ – und anderen Organisationen, um ein neues strategisches Zentrum zu bilden und ein neues Bündnis aufzubauen, in dem alle innenpolitischen Probleme im Zusammenhang mit außenpolitischen behandelt werden sollen: Wenn diese Bemühungen sich als erfolgreich erweisen, sind die Grundlagen für eine Vereinigung der beiden größten revolutionären Strömungen im heutigen Amerika geschaffen.

Die Gefahr des Polizeistaates

Eine weitere Strömung, die eine bessere Erkenntnis des Wesens des kapitalistischen Systems ermöglicht und damit revolutionäre Energien erzeugt, ist der Kampf gegen die Verwandlung der Vereinigten Staaten in einen Polizeistaat. In Kapitel 7 haben wir dargestellt, welche faschistischen Tendenzen sich bereits in der Vergangenheit gezeigt haben. Gegenwärtig ist die Situation viel bedrohlicher als noch zur Zeit der *McCarthy*-Ära.

Die amerikanischen Kommunisten warnen in ihrer Einschätzung der Lage vor der Tendenz, den Faschismus als bereits existent oder als unmittelbar bevorstehend zu betrachten. Auf der anderen Seite übersehen wir allerdings auch nicht die verschiedenen Entwicklungen und Aktivitäten in dieser Richtung. Und wir tragen auch der Tatsache Rechnung, daß ein plötzlicher Umschwung in Richtung auf einen faschistischen Polizeistaat durchaus im Rahmen des gegenwärtig Möglichen liegt.

Eine solche Analyse ist wichtig, um nicht in das andere Extrem panischer Furcht, fatalistischer Haltung und völliger Untätigkeit zu verfallen. Und sie ist besonders unter dem Aspekt wichtig, daß man in Teilen der amerikanischen Linken bereits solche Tendenzen beobachten kann. Sie erklären in den meisten Fällen die Verzweiflung, die Kreise der Jugend und der weißen und schwarzen Studenten erfaßt hat. Wenn die KP der USA eine nüchternere Einschätzung der Lage vertritt, kann sie sich auf allerdings teuer bezahlte Erfahrungen stützen.

Zu Beginn der *McCarthy*-Ära waren wir der Auffassung, der Faschismus stehe unmittelbar bevor. In dem Bemühen, die Funktionsfähigkeit der Partei unter allen Umständen sicherzustellen, trafen wir eine Reihe von Vorkehrungen, die die Kampfkraft der Partei stark einschränkten. Der größte Teil der Partei wurde in den Untergrund verlagert, alle Kräfte hauptsächlich auf defensive Arbeit konzentriert. Die Partei führte den Kampf gegen den McCarthyismus in allen seinen Ausprägungen –

gegen den *Smith-Act*, den *McCarran-Act* und andere Repressionsmaßnahmen – und leistete dabei wertvolle Arbeit. Die Partei hätte aber noch wirksamer arbeiten können, besonders im Hinblick auf die Initiierung offensiver Kämpfe um die wirtschaftlichen Belange der Bevölkerung, den Frieden und die Befreiung der Neger. Es war ein Teil der gegnerischen Strategie, uns in der Defensive zu halten.

Angesichts einer bisher noch nicht erlebten Brutalität des Machtapparates und seiner Weigerung, auch nur minimale Konzessionen zu machen, sind Teile der Linken dazu übergegangen, eine Phraseologie zu verwenden und Kampftaktiken zu propagieren, die das Elend nicht beseitigen, sondern dazu beitragen, daß man sich damit abfindet.

Diese schädlichen Tendenzen entspringen nicht nur aus einer falschen Einschätzung der Situation, sondern auch aus mangelndem Vertrauen in die Bevölkerung. Diese Leute können nicht verstehen, daß es Zeiten gibt, in denen ihre Rhetorik und ihre Kampfmethoden gerade die Kräfte abstoßen, die allein dem drohenden Faschismus ein für allemal ein Ende bereiten könnten.

Eine gutes Beispiel dafür ist die Entwicklung der bedeutendsten amerikanischen Studentenorganisation, der „Students for a Democratic Society“. Einige Jahre lang war diese Organisation die stärkste Protestbewegung in Amerika. Sie ist zu der Einsicht gelangt, daß der Kapitalismus vernichtet werden muß und sie berief sich auf den Marxismus, wenn auch in sehr konfuser Weise. Dennoch war sie dem amerikanischen Volk weit voraus. Der schwindende Einfluß des SDS läßt sich aber nicht auf diesen Vorsprung zurückführen. Vielmehr führte die Unfähigkeit, zu einer klaren Einschätzung der gegenwärtigen Situation und ihrer Entwicklungstendenzen zu kommen, zu internen Streitigkeiten und zur Spaltung der Organisation in einander bekämpfende Fraktionen. Daraufhin verärgerte die Taktik der Weathermen-Faktion viele Sympathisanten, deren Unterstützung zur Verhinderung einer faschistischen Entwicklung in Amerika unerlässlich ist. Auch in der Black Panther Party gibt es ähnliche Anzeichen solcher Konfusion, auf die wir weiter unten eingehen werden.

Eine richtige Einschätzung der Situation und der Kampfmethoden, mit denen sich breite Massen aktivieren lassen, sowie Verständnis für das Wesen des ideologischen Kampfes sind grundlegende Voraussetzungen, um den Problemen der gegenwärtigen faschistischen Offensive begegnen zu können.

Was charakterisiert die neue faschistische Welle in den Vereinigten Staaten? Inwieweit trägt sie zur Entstehung einer revolutionären Kraft bei? Und schließlich: was ist zu tun, um den Faschismus nicht nur aufzuhalten, sondern auch künftige Entwicklungen in dieser Richtung unmöglich zu machen?

In Kapitel 7 haben wir dazu gesagt: „Die Tendenz der Großkonzerne zur Welt-herrschaft schlägt sich im Inneren in regelmäßigen Wellen profaschistischer Reaktion nieder. Das amerikanische Volk konnte einige der schlimmsten Auswirkungen bisher abschwächen, aber die Gefahr nimmt ständig zu.“

In der Vergangenheit vollzog sich die Entwicklung zum Faschismus hauptsächlich über die Errichtung eines Gesetzesapparates, der die Verfassung der Vereinigten Staaten aushöhlte, über die Verschärfung des Rassismus und der legalisierten und illegalen

Angriffe auf schwarze Bürger, um so die Trennung der Rassen zu vertiefen, die Opposition politisch zu unterminieren und die fortgeschrittenste Kraft der Opposition, die Kommunistische Partei, gänzlich zu vernichten. Diese Methoden sind in einem Kapitel des Buches beschrieben worden. Gegenwärtig, nachdem die progressiven Kräfte einige Fortschritte zu verzeichnen haben, stehen wir vor einem neuen faschistischen Vorstoß, der nicht nur alle bekannten Merkmale aufweist, sondern auch eine neue Waffe einsetzt, die organisierte legale und illegale Gewalt.

In den 60er Jahren, besonders seit der Ermordung Kennedys im Jahre 1963, haben wir eine beispiellose Welle von Attentaten erlebt. Früher bestand die Hauptmethode, sich der Opposition zu entledigen, darin, sie ins Gefängnis zu werfen, um ihren Lebensunterhalt zu bringen oder – sofern es sich um Ausländer handelte – des Landes zu verweisen. Diese Methoden werden natürlich noch immer benutzt. Neuerdings werden Volksführer aber auch nach Gangstermanier einfach erschossen. Die treibenden Kräfte hinter diesen Verbrechen sind in den meisten Fällen im Hintergrund geblieben, während man ihre irregelmäßigen Opfer als psychisch kranke Mörder darstellt.

An die Seite dieser insgeheim organisierten Gewalt tritt immer mehr der Staatsapparat selber als Instrument des Terrors. Hierin drückt sich die terroristische Gewalt des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist das Eindringen profaschistischer Elemente in alle Teile des Staatsapparats. Gleichzeitig wird die Verflechtung zwischen der Exekutive und dem militärisch-industriellen Komplex um so enger, je länger die Nixon-Agnew-Administration auf dem Land lastet.

In den meisten Städten unterstehen die Polizeiapparate den reaktionärsten rassistischen Kräften. Sie operieren in der Regel völlig autonom und haben so viel Macht auf sich konzentriert, daß viele der sogenannten Liberalen Angst haben, sie direkt anzugreifen. Während die Polizeiapparate unabhängig von den kommunalen Behörden arbeiten, befinden sie sich in völliger Übereinstimmung mit den nationalen Kräften, die die USA auf den Weg zum Faschismus bringen wollen. Der Terror der Polizei gegenüber der Bevölkerung ist eine der wichtigsten neuen Erscheinungen bei der Entstehung eines neuen Faschismus.

Die Opfer des offenen Regierungsterrors waren in der Hauptsache die schwarzen Ghettos. Die Aufstände dort in den letzten fünf Jahren waren fast ausnahmslos durch Polizisten ausgelöst worden, die unbewaffnete schwarze Jugendliche umgebracht haben. Überall in Amerika werden militante junge Neger gejagt und ermordet.

Diese Politik der Ausrottung der Opposition weist enge Parallelen zum Schicksal der Juden in Nazideutschland auf. Der Völkermord an der schwarzen Bevölkerung allgemein und besonders an der Jugend ist aber nur eine der furchtbaren Methoden, die Kampfkraft des Volkes zu zerstören. Es gibt viele Beweise dafür, daß der Polizeiapparat mit Rauschgifthändlern zusammenarbeitet. Der Rauschgifthandel hat in einigen Städten alarmierende Ausmaße angenommen. Ein Arzt schätzte kürzlich, daß in Harlem jeder Dritte in einer oder anderen Form mit Rauschgift zu tun hat – das sind ungefähr 300 000 Menschen. Viele Kinder werden bereits mit

Schäden geboren, die auf Rauschgiftkonsum zurückzuführen sind. So ist der Völkermord an schwarzen Amerikanern in einer Welle von Gewalttaten, die Amerika überflutet, an der Tagesordnung. Das ist ein wesentliches Novum der gegenwärtigen Situation.

Wurde in der Vergangenheit Gewalt angewendet, so richtete sie sich – von politischen Morden abgesehen – vor allem gegen die Neger. Aber wie damals in Deutschland bleibt keiner verschont: die Repressionen, denen vormals die Negerbevölkerung ausgesetzt war, beginnen auf alle demokratischen Kräfte in Amerika überzugreifen.

Diese Entwicklung ist 1968, beim Kongreß der Demokratischen Partei in Chicago, sichtbar geworden. Bürgermeister „Dick“ Daley hat in aller Deutlichkeit gezeigt, was allen Amerikanern droht, die abweichende Auffassungen vertreten. Als seine Polizei unbewaffnete Jugendliche, Frauen und Kinder in den Straßen Chicagos brutal zusammenschlug, wurde klar, wie sehr diese reaktionären Kräfte schon vom Wahnsinn des Faschismus befallen sind. Die physischen Angriffe auf Zeitungs-, Radio und Fernsehreporter sowie auf Photographen gingen den bösartigen Angriffen voraus, die Spiro Agnew wenig später auf alle Nachrichtenmedien eröffnete, die nicht seine Ansichten teilten. Alle Delegierten des Kongresses waren in der einen oder anderen Weise polizeilicher Überwachung unterworfen.

Mitte des Jahres 1970 schockierte die kaltblütige Ermordung unbewaffneter weißer Studenten durch die Nationalgarde die Weltöffentlichkeit. Die Morde an weißen Studenten schließen sich an die Ermordung schwarzer Studenten in Orangeburg, South Carolina, vor einigen Jahren und an die lange Geschichte des Massenmordes an Negern, an. Etwas später wurden wieder schwarze Jugendliche angegriffen, jetzt gelten die Angriffe auch Weißen.

Die Gewalttätigkeit der Angriffe auf das Volk läßt aber auch eine Gegenbewegung entstehen. Progressive Bewegungen entdecken, daß grundlegende Veränderungen notwendig sind, wenn derartiger faschistoider Terror ein Ende gesetzt werden soll. Immer mehr wird der Bevölkerung klar, daß Gewalt der untergehenden kapitalistischen Gesellschaft einem von Rassisten geführten Staat immanent ist.

Daher verbindet sich der Kampf um die Sicherung demokratischer Freiräume, um die Verhinderung der Faschisierung Amerikas und um die Vertreibung der Gewalt aus unserer Gesellschaft mit der Friedensbewegung zu einer einzigen revolutionären Strömung. Auch das trägt dazu bei, daß der Graben zwischen der revolutionären Bewegung der Neger und den progressiven weißen Amerikanern kleiner wird.

Die Macht der Arbeiterklasse

Die Arbeiterbewegung befindet sich – wie die Friedens- und die Befreiungsbewegung – in einem tiefgreifenden Umwandlungsprozeß. Die neuen Entwicklungen im Bereich der Arbeit werden zu Veränderungen in allen Bereichen des amerikanischen Lebens führen. In den letzten zwanzig Jahren hatte die demokratische Bewegung nur beschränkte Möglichkeiten, wesentliche Veränderungen durchzusetzen, weil in dieser Zeit die Arbeiterbewegung nicht in der Lage war, die gleiche

Rolle zu spielen, die sie vor dem II. Weltkrieg und der Epoche des Kalten Krieges gespielt hatte. In dieser Periode war die Spaltung der schwarzen Befreiungskräfte und der Arbeiterbewegung das Haupthindernis im Kampf um die Befreiung der Neger.

Während der 30er und 40er Jahre verhinderte die enge Verbindung zwischen der Arbeiterbewegung und der schwarzen Bevölkerung eine faschistische Entwicklung in Amerika und ermöglichte den Sieg im II. Weltkrieg und die sozialen Fortschritte, die diese Periode kennzeichnen. Dieses Bündnis bestand bis in die Mitte der fünfziger Jahre. Von da an datiert die Polarisation der beiden Bewegungen, die allen demokratischen Kämpfen in unserer Gesellschaft geschadet hat.

Damals, nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofes über die Aufhebung der Rassentrennung und seit dem Schulbus-Boykott in Montgomery, haben die amerikanischen Neger mit dem Gradualismus gebrochen. Unter dem Einfluß der weltweiten revolutionären Entwicklung fing die schwarze Befreiungsbewegung an, Forderungen aufzustellen und auf eine grundlegende Lösung aller Probleme zu drängen, die aus ihrer Stellung als unterdrückte Klasse entsprangen. Mit kleineren Reformen konnte ein Volk, das die Forderung „Freedom Now!“ aufstellte, nicht mehr zufriedengestellt werden.

Aber gerade in dem Moment, als die Bewegung der Neger revolutionäre Züge annahm, erreichten die konservativen und reaktionären Tendenzen in der Arbeiterbewegung einen in ihrer Geschichte beispiellos dastehenden Höhepunkt. Und das, obwohl die Arbeiterbewegung gleichzeitig gewaltige Streitkämpfe durchführte und den Konzernen, die den Lebensstandard der amerikanischen Arbeiterklasse zu senken versuchten, fortgesetzt Niederlagen bereitete und obwohl Teile der Arbeiterbewegung sich mit Bürgerrechtskämpfern zusammenschlossen und einige der größten Demonstrationen der amerikanischen Geschichte organisierten.

Wann und wo immer um unmittelbare Ziele gekämpft wurde, und das System selber nicht direkt angegriffen wurde, konnten die Neger und die Arbeiterbewegung sich zu einer Einheit formieren. Immer, wenn es darum ging, im Wahlkampf die reaktionärsten Kandidaten zu schlagen und die relativ fortschrittlicheren zu wählen, machten beide Bewegungen gemeinsame Sache. Aber auf den Gebieten, auf denen die Forderungen der Neger grundlegende Veränderungen des Gesamtsystems bedeutet hätten, waren Arbeiter- und Negerbewegung meilenweit voneinander entfernt.

In der Periode von 1950 bis 1968 wurden die Spannungen zwischen beiden Strömungen so stark, daß die jungen militärischen Negerführer, die die Bewegung der Neger zu einer revolutionären Bewegung gemacht hatten, zu dem Schluß kamen, daß die Arbeiterbewegung ein Teil des Establishment sei, ein Teil des ganzen Systems der Rassendiskriminierung und der Rassentrennung, des Kapitalismus und Imperialismus, und daß sie nicht in der Lage sei, ihren Kurs zu ändern. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die Erfahrungen mit korrupten Gewerkschaftsführern und durch das Aufkommen kleinbürgerlicher Ideologien, in denen sich die Strategie des Kapitals ausdrückte, die Arbeiter- und die Volksbewegung nach Rassengesichtspunkten zu spalten. Auch ehrlich gesonnene, aber völlig konfuse

Leute stellten sich auf diesen Standpunkt. Auch sie behaupteten, daß die Profite aus der Überausbeutung der kolonialen Länder dazu benutzt worden seien, die Arbeiterklasse im Mutterland zu bestechen.

In „Ghetto Rebellion to Black Liberation“ sind wir auf solche propagandistischen Thesen eingegangen und haben folgendermaßen auf sie geantwortet:

„Viele Arbeiter, die als ‚wohlhabend‘ betrachtet werden, leben in großer Unsicherheit und unter ständigem Druck. Viele dieser Arbeiter, die in die Vorstädte gezogen sind, leben in ständiger Angst vor der Zukunft. Viele haben Häuser gekauft, die aber mit schweren Hypotheken belastet sind. Viele besitzen Autos, haben aber permanent Schulden bei den Finanzierungsgesellschaften. Viele verfügen über alle modernen Geräte und technische Kinkerlitzchen, haben aber in den meisten Fällen deswegen Schulden. Sie leben mit dem Bewußtsein, daß alle diese Geräte und ihr gesamter Besitz aufgrund der Automation, der Inflation, schwerer Krankheit in der Familie oder andere unvorgehergesehener Umstände jederzeit von einem Tag auf den anderen verloren sein können.“

Die besser gestellten Arbeiter können in der Regel nur durch Überstunden, Schwarzarbeit und Zusammenkratzen der Geldmittel der ganzen Familie zu Wohlstand gelangen – eine Situation, die die meisten Frauen zwingt zu arbeiten und in der einige Kinder von der Schule abgehen müssen, um Geld zu verdienen. All dies zusammengenommen, ist der ‚wohlhabende‘ Teil der Arbeiterklasse letzten Endes gar nicht so blendend gestellt. Auch dieser Teil der Arbeiter muß einen dauernden Kampf führen, um nicht in die Armut abzusinken.“

Und über die Entäuschung der jungen Neger haben wir geschrieben: „*Die Entäuschung der Jugend über die Arbeiterbewegung ist verständlich. Tatsächlich hat die Arbeiterbewegung in den letzten 15 Jahren unter der Führung von George Meany alles getan, um die Arbeiterklasse vor den Karren des amerikanischen Imperialismus zu spannen. Die Tätigkeit der George Meany – Jay Lovestone – Clique gehört zu den beschämendsten Kapiteln in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Die Führer der Neger müssen aber begreifen, daß, solange in der Arbeiterbewegung keine Veränderungen stattgefunden haben, aufgrund derer sie wieder zu einem wirksameren Instrument im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes wird, auch für die Neger kein wirklich bedeutsamer Wandel ihrer Lage eintreten wird.“*

Seither hat die Arbeiterbewegung in vielen Bereichen wieder begonnen, aggressiv und kämpferisch vorzugehen. Sie befindet sich auf dem Vormarsch. Die Welle neuer Kämpfe wurde ausgelöst durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. In der gegenwärtigen Lage droht der Druck der inflationären Entwicklung zu vernichten, was die Arbeiterbewegung in den letzten zwanzig Jahren an Erfolgen verbuchen konnte.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß es in Amerika eine Schicht von Arbeitern gibt, die in Armut leben; es handelt sich dabei um Arbeitslose, Landarbeiter und in bestimmten Dienstleistungsindustrien Beschäftigte. Die Arbeiter in den Grundstoffindustrien und in der Massenproduktion wurden als sogenannte Arbeiteraristokratie betrachtet. Aber selbst deren Situation verändert sich tief-

greifend. Ein gutes Beispiel für die Auswirkungen der Inflation auf das Schicksal der sogenannten wohlhabenden Arbeiter hat die Automobilarbeitergewerkschaft auf ihrem letzten Kongreß gegeben. In den Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und den Konzernen wurde herausgestellt, daß das Einkommen eines großen Teils der Automobilarbeiter mittlerweile unter die Grenze gesunken ist, jenseits derer die Armut anfängt. Die Statistik des US-Labor Departement stellte fest, daß im Frühjahr 1969 eine vierköpfige, in der Stadt lebende, Familie jährlich mindestens 10.236 US-\$ braucht, um einen „bescheidenen“ Lebensstandard aufrechterhalten zu können. In diesem knapp bemessenen Budget sind allerdings kaum Reserven für Ferien, Unfälle und besondere Notlagen enthalten. Das entspricht in keiner Weise dem propagierten Bild des Mittelklassen-Amerikaners. Die meisten Arbeiter erreichten dieses Einkommen nicht – sie blieben um 1000 bis 2000 \$ darunter, das sind 10 bis 20 %.

Die wirkliche Lage sieht, besonders im Jahre 1970 mit der steigenden Arbeitslosigkeit, noch viel trostloser aus. Ein großer Teil der Arbeiter ist nicht das ganze Jahr über beschäftigt. Wenigstens ein Viertel ist zeitweise arbeitslos. Andere müssen zwangsweise ausgedehnten Krankenurlaub nehmen. Zehntausende sind gezwungen zu streiken, um ihre elementaren ökonomischen Bedürfnisse zu verteidigen. Die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten sind – Steuern eingeschlossen – im Jahre 1970 mindestens um 10 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Wochenlöhne der Automobilarbeiter lagen dagegen in den ersten Monaten dieses Jahres vergleichsweise niedriger als in den entsprechenden Monaten von 1969.

Ein wahrheitsgetreues Bild der Lage eines durchschnittlichen Automobilarbeiters sieht im Jahr 1970 folgendermaßen aus: Die Ausgaben eines „bescheidenen“ Familienbudgets belaufen sich auf mehr als 11.000 \$ pro Jahr. Das Jahreseinkommen, Arbeitslosigkeit eingerechnet, übersteigt nicht 8.000 \$. Damit bleibt der durchschnittliche Automobilarbeiter um 3.000 \$ unter der Summe, die zur Aufrechterhaltung des bescheidenen Lebensstandards erforderlich ist. Um ihn zu erreichen, müßte sein Einkommen um 37,5 % steigen.

Das Labor Department veröffentlichte auch ein durchschnittliches Minimalbudget – es repräsentiert einen Lebensstandard, der hat an der Grenze zur Armut liegt. Im Frühjahr 1969 wurde es auf durchschnittlich 6.673 \$ im Jahr geschätzt. Ein Viertel aller Arbeiter und die Hälfte der schwarzen Arbeiter hatten ein Einkommen in dieser Höhe. Auch wenn sie das Glück hatten, das ganze Jahr über Arbeit zu haben, waren sie kaum in der Lage, diesen Mindeststandard zu halten. Aber gerade die Arbeiter am unteren Ende der Lohnskala sind am meisten von Arbeitsausfällen betroffen und so geraten viele von ihnen noch unter diese Schwelle, die den Abstieg in die Armut markiert.

Aufgrund der Massenentlassungen und der steigenden Lebenshaltungskosten in der Industrie im Jahre 1970 kommen mindestens 100.000 Arbeiter in der Auto-industrie noch nicht einmal auf das angegebene Minimaleinkommen. Das bedeutet, daß sie die notwendigen langlebigen Konsumgüter wieder verlieren; es bedeutet, daß die Schulkinder zu wenig warme Kleidung haben und daß die Ernährung schlechter wird. Es bedeutet, daß um jeden Preis versucht werden muß, einen miserabel

bezahlten Nebenverdienst zu bekommen und daß für Reisen und Erholung nichts übrig bleibt.

Das Labor Department hat auch mitgeteilt, was die Aufrechterhaltung eines „hohen“ Lebenstandards kostet, der dem entspricht, was man sich gewöhnlich unter dem typisch amerikanischen Lebensstil der Mittelklasse vorstellt. Die Kosten wurden auf ungefähr 15.000 \$ geschätzt. Ein durchschnittlich qualifizierter Automobilarbeiter verdient 12.000 \$. Das bedeutet einen gewissen Überschuß gegenüber den Kosten für einen „bescheidenen“, Lebensstandard, bleibt aber hinter dem angegebenen „hohen“ Standard weit zurück. Zudem droht Tausenden von Handarbeitern infolge der Automatisierung der Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Was die Automobilarbeitergewerkschaft damit aufgezeigt hat, wird auch für die übrigen Arbeiter zu einem immer bedrohlicheren Problem. Die Arbeiterklasse sieht immer stärkeren ökonomischen Pressionen und wachsenden Schwierigkeiten entgegen, die bedingt sind durch sinkende Reallöhne, steigende Verschuldung, unerträgliche Verschärfung der Leistungsanforderungen und zunehmende Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Der Angriff auf die Kaufkraft der Arbeiter geht einher mit steigenden Mieten und weiteren Problemen, die sich aus der Zerstörung der Städte ergeben.

Diese wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten zwingen der Arbeiterklasse den Kampf auf und tragen damit dazu bei, daß sich der Abstand zwischen ihr und der Friedens- und Befreiungsbewegung der Weißen und der Schwarzen verringert. Auch die Arbeiterklasse ist jetzt gezwungen, für radikale Umwälzungen zu kämpfen, wenn sie die Probleme unserer Zeit erfolgreich meistern will. Diejenigen, die die Arbeiterbewegung bisher kritisiert haben, weil sie sich auf Lohnfragen und wirtschaftliche Probleme konzentriert hat, haben nicht begriffen, daß der Kampf um ökonomische Bedingungen auch transformiert werden kann in ein Instrument des Kampfes für weiterreichende Probleme, wie die Frage des Friedens, der Freiheit, der Befreiung der Neger etc.

Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch eine verstärkte Aktivität der Basis, durch objektive Zwänge, die sich in der immer stärkeren Organisierung in den bisher nicht organisierten Dienstleistungsindustrien niederschlagen, durch größeren Organisationsgrad der Neger, durch positivere Einstellungen zur Frage des Friedens und vermehrte Friedensaktionen, durch Aktionen der Gewerkschaftsbasis gegen die reaktionäre Prokriegs-Politik der *Meany*-Führung.

Diese Entwicklungen befördern die Entstehung einer neuen Linken in der Arbeiterschaft. Die Verwirklichung einer engeren Verbindung der Arbeiterklasse mit dem Kampf für grundlegende Umwälzungen in der imperialistischen und kapitalistischen amerikanischen Gesellschaft und die aktive Beteiligung an solchen Kämpfen steht auf der Tagesordnung. Die Parole „Black Power“ erhält eine neue Bedeutung – sie wird ergänzt durch die Losung „Power to the People“ und durch den Versuch, die Macht der Arbeiterklasse in die vorderste Linie des Kampfes zu bringen.

Neue Formen des Befreiungskampfes der Schwarzen

Alle angeführten Entwicklungstendenzen der Friedens- und der Befreiungsbewegung innerhalb der Arbeiterschaft stellen zugleich Ansatzpunkte dar, den Kampf für die Befreiung der Neger voranzutreiben. Eine solche Verbindung scheiterte bisher daran, daß die amerikanischen Neger in bezug auf revolutionäre Entwicklung allen anderen Kräften im Land weit voraus waren. Wie wir gezeigt haben, sind jedoch gegenwärtig auch andere demokratische Kräfte gezwungen, ihre kämpferischen Aktivitäten zu verstärken.

Gleichzeitig ist aber auch die Bewegung der schwarzen Bevölkerung nicht stehen geblieben; ihr Bewußtsein und ihr revolutionärer Kampf hat ein höheres Niveau erreicht. Die neue Phase des Kampfes kommt in folgenden Entwicklungen zum Ausdruck:

(1) der Intensivierung des Kampfes um politische Macht. Das hat dazu geführt, daß die Neger auf vielen Ebenen des Regierungsapparates stärker repräsentiert sind;

(2) in den großen Fortschritten, die auf ökonomischem Gebiet erzielt wurden, besonders in den Auseinandersetzungen im Baugewerbe und in der Zunahme von Organisationen der Neger in vielen Bereichen der Arbeiterbewegung;

(3) in der zunehmend sich verbreitenden Erkenntnis, daß es notwendig und auch möglich ist, daß sich die Arbeiterklasse an den Zielen und Absichten der Befreiungsbewegung der Neger orientiert, die die Bedürfnisse aller fortschrittlichen Amerikaner vertritt,

(4) in der wachsenden Einsicht besonders der jungen Neger in die Notwendigkeit einer Einheit weißer und farbiger Bürger,

(5) in Tendenzen, den Kampf gegen das kapitalistische System und für eine sozialistische Reorganisation der Vereinigten Staaten als notwendige Voraussetzung für die vollständige Befreiung der Neger zu begreifen.

Der Kampf um „Black Power“, den wir als wichtige Voraussetzung für die Vergrößerung der ökonomischen Macht und der Beteiligung an der politischen Macht erkannt haben, ist zur Hauptform des Kampfes geworden; hier sind einige wesentliche Erfolge erzielt worden. Das läßt sich vor allem an der Wahl von Negern zu Bürgermeistern von Großstädten ablesen und an der steigenden Repräsentation der Neger in öffentlichen Ämtern im Kernland der Rassendiskriminierung, im Süden der USA.

Im Verlauf dieses Prozesses haben sich zwei sehr bedeutungsvolle Tendenzen herauskristallisiert. Erstens teilen immer mehr Weiße die Auffassung, daß der Kampf für die Partizipation der Neger an der politischen Macht keine Bedrohung für die unterdrückten weißen Massen darstellt. Im Gegenteil, er trägt in den meisten Fällen dazu bei, die Probleme aller Besitzlosen, der weißen wie der schwarzen, zu bewältigen.

Ein gutes Beispiel für diese neue Einstellung bieten die Ereignisse, die sich bei der Wahl eines Negers zum Bürgermeister von Newark, New Jersey, abgespielt haben. In der Vorwahl kandidierten mehrere Weiße gegen *Gibson*, einen Farbigen, der schließlich gewählt wurde. Schon in dieser Wahl vereinigte *Gibson* mehr Stimmen

weißer Bürger auf sich als jemals bei solchen Wahlen in den USA gezählt wurden. In der Stichwahl, in der Gibson auf den bis dahin amtierenden Bürgermeister traf, wurde er dann von den anderen weißen Mitbewerbern unterstützt. Auch weiße Wähler gelangten zu der Einsicht, daß sie für Gibson stimmen mußten, wenn die Stadt sich einer der korruptesten Verwaltungen ihrer Geschichte entledigen wollte und haben damit einmal mehr bewiesen, daß das, was den Negern nützt, nämlich Freiheit und Gleichheit, auch für Weiße gut ist.

Als zweite Entwicklungstendenz tritt immer stärker die Erkenntnis in den Vordergrund, daß das „Black Power“-Konzept Grenzen hat. Anlässlich der Darlegung der Gründe für den Sozialismus führten wir in Kapitel 10 dazu aus: „Die Neger können auf jeder Ebene des politischen Systems eine stärkere Beteiligung durchsetzen. Neben der Zunahme an politischem Einfluß liegen weitere radikale Veränderungen im Bereich des Möglichen... Sie können das System der Überausbeutung attackieren, die Ghettos verändern und im Süden Land erhalten.“

Aber selbst diese Veränderungen würden nicht zur Aufhebung ihrer untergeordneten gesellschaftlichen Stellung führen. Die dreihundertjährige Trennung zwischen Weißen und Schwarzen wird auch dann nicht einfach aufgehoben. Die Neger werden auch weiterhin über keinerlei Mittel verfügen, einen relevanten Einfluß auf die Wirtschaft auszuüben – und wo es keine ökonomische Gleichheit gibt, kann es auch keine wirkliche politische Gleichheit geben...

Um diese Probleme zu bewältigen, ist daher eine sozialistische Reorganisation der amerikanischen Gesellschaft notwendig.“

Die Grenzen des „Black Power“-Konzepts, der stärkeren Beteiligung der Neger im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, hat Richard Hatcher, Bürgermeister von Gary, einer unseren großen Industriestädte, genau bezeichnet. In einer Ansprache zur Feier des 100. Geburtstages von Dr. W.E.B. du Bois, führte Hatcher, Vorkämpfer für „Black Power“ im Norden der USA, aus, daß seine Macht Grenzen habe, weil er die Stahlwerke und die riesigen Industrien seiner Stadt nicht kontrolliere. Es ist richtig, daß seine Amtstätigkeit dazu beigetragen hat, einige Probleme zu bewältigen, denen die schwarze Bevölkerung täglich gegenübersteht. Die grundlegenden Probleme konnten damit aber nicht gelöst werden, weil sie von Machtfaktoren abhängen, die weit über seinen Einflußbereich als Bürgermeister hinausgehen.

Um die wirtschaftlichen Forderungen der schwarzen Bevölkerung zu erfüllen, muß vor allem die Aktivität der Stadtverwaltung, des Bundesstaats und der Bundesregierung koordiniert werden. Die Summen, die zur Verbesserung der Lage in den völlig verarmten Ghettos erforderlich wären, frißt die Kriegspolitik der Regierung auf; auf diese Ausgaben hat Hatcher als Bürgermeister aber überhaupt keinen Einfluß. Seine Stellung und seine Fähigkeiten können allenfalls zur Mobilisierung der Bürger dieser Stadt gegen die Kriegspolitik des US-Imperialismus genutzt werden.

Ihm gehören, wie er sagte, die Stahlwerke nicht. Sie gehören dem Monopolkapital. Was in dieser Richtung an Verbesserungen möglich ist, hängt von Ergebnis der Klassenkämpfe der Arbeiter ab. Hier zeigt sich, daß wirkliche „Black Power“ von der Macht des Volkes und der Arbeiterklasse abhängig ist.

Zu den bedeutsamsten Entwicklungen innerhalb der Bewegung der farbigen Bevölkerung zählt die immer größere Einsicht, daß die Neger sich der Macht der Arbeiterklasse bedienen müssen, um ihre Ziele zu erreichen. Dieser Trend kam in den Ereignissen des Jahres 1968, dem Jahr der Ermordung Dr. Martin Luther Kings in Memphis, deutlich zum Ausdruck. Bezeichnend und symbolisch für den einsetzenden Umschwung in der Befreiungsbewegung ist die Tatsache, daß Dr. King nicht im Kampf gegen Apartheid im Süden getötet worden ist, worauf sich die unter seiner Führung in den letzten zehn Jahren geführten Kämpfe hauptsächlich richteten. Dr. King wurde in einem Augenblick umgebracht, als er seine ganze Energie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse richtete, unter denen die ärmsten Teile der schwarzen Bevölkerung leben. Seine Auffassung über die Ziele der kommenden Periode hat Coretta King, die Witwe Dr. Kings, auf einem Kongreß der UAW dargelegt. Sie führte aus: „Es ist kein Zufall, daß mein Mann ermordet wurde, als er einen Streik leitete, und ebensowenig ist es zufällig, daß er in dem Augenblick umgebracht wurde, als er die Vereinigung aller armen Neger und Weißen forderte und ihnen eine gemeinsame Organisation vorschlug. Er weckte einen schlafenden Riesen, als er getötet wurde.“

Mrs. King brachte auf diesem Kongreß die grundlegend neue Entwicklung in der Befreiungsbewegung zum Ausdruck, als sie die Arbeiterbewegung aufforderte, sich an die Spitze des Kampfes zu stellen. Sie sagte:

„Wenn unsere Nation überleben will, müssen die Gewerkschaften aus den Betrieben herausgehen und sich auf die politischen Machtzentren werfen. Wie stehen an einem entscheidenden Wendepunkt. Ihr, die ihr die Räder der Wirtschaft treibt, müßt eure Stärke und Energie auf die großen Probleme der Gesellschaft lenken, wenn wir nicht den Weg in den Selbstmord gehen wollen...“

Ihr habt eine besondere Verantwortung, diese gesellschaftliche Führungsrolle zu übernehmen, weil eure unmittelbaren Interessen betroffen sind und mehr noch, weil ihr die Macht, die Erfahrung und die moralische Tradition habt. Diese Nation ist durch die visionäre Kraft und die Kühnheit der jungen Arbeiterbewegung aus der noch tiefen Krise der 30er Jahre gerettet worden, Angesichts der jetzt wieder bevorstehenden Gefahren braucht die Nation diese Führungsqualitäten. Die große Mehrheit der schwarzen Bevölkerung ist zu einem neuen Kreuzzug für radikale Reformen bereit; sie wird im militärischen Kampf für bessere Lebensbedingungen eine starke Stütze sein und ist bereit, ein ehrenvolles Bündnis einzugehen. Getrennt kann keiner von uns gewinnen. Irregeführt durch falsche Ideen und Vorurteile werden wir scheitern. Vereint aber können wir die Nation zusammenführen und ihre soziale Gesundung herbeiführen, die Hoffnungen der Menschen beflügeln und zu einem harmonischen Zusammenleben der Rassen gelangen, wie es mein Mann immer für möglich gehalten hat.“

Nach der Ermordung Dr. Martin Luther Kings nahm die von ihm geleitete S.C.L.C. unter ihrem neuen Führer, Rev. Ralph Abernathy, noch engere Verbindungen zur organisierten Arbeiterbewegung auf. Daraus hat sich eine stärkere gewerkschaftliche Organisierung im Süden entwickelt, und zwar besonders in den Dienstleistungsin industrien, die die miserabelsten Arbeitsbedingungen für Neger aufweisen. Augen-

blicklich richtet sich die Aktivität dieser Organisation hauptsächlich darauf, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter voranzutreiben.

Wie haben sich die Strömungen entwickelt, die bisher isoliert von der Arbeiterklasse Bürgerrechtskämpfe geführt haben? Sie werden ergänzt durch immer stärker werdende politische Organisationen der Neger, die jede Seite der Diskriminierung in der Industrie und in den Gewerkschaften angreifen. Zwischen den Bürgerrechtsführern und schwarzen Arbeitern findet eine immer engere Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Diskriminierung in den Gewerkschaften statt. Die Vereinigung dieser Kräfte hat bereits dazu geführt, daß im Baugewerbe einige sehr wichtige Zugeständnisse in dieser Frage gemacht worden sind.

Die Tendenz zum Marxismus-Leninismus

Um zusammenzufassen: wir haben in Kapitel 1 ausgeführt, daß sich die wichtigsten Kämpfe der kommenden Periode auf politischem und ökonomischem Gebiet abspielen werden und daß mit der Entfaltung dieser Kämpfe neue Organisationen und neue Führer in Erscheinung treten werden. Diese Auffassung hat sich bewahrheitet. In den vergangenen zehn Jahren haben wir gewaltige Fortschritte in dieser Richtung beobachten können.

Eine sehr wichtige Entwicklungstendenz, die die endgültige Lösung des Problems der Negerbefreiung genau bezeichnet, ist der wachsende Einfluß des Marxismus-Leninismus unter der Jugend der Neger. Er ist bereits heute ein wichtiger Trend. Junge Neger haben viele noch isoliert arbeitende marxistisch-leninistische Studienzirkel aufgebaut; das bedeutendste Beispiel für diese Entwicklung ist jedoch die Black Panther Party. Zunächst war sie eine Selbstverteidigungsorganisation der Neger. In ihre hat sich dann sehr schnell die Erkenntnis verbreitet, daß das Gesamtsystem des Kapitalismus und Imperialismus für die Lage der schwarzen Bevölkerung verantwortlich ist und daher vernichtet werden muß.

Unglücklicherweise traten im Verlauf dieser positiven Entwicklung, wie es in den meisten Organisationen der Fall ist, die den Marxismus-Leninismus für sich neu entdecken, auch einige negative Erscheinungen zutage. Sowohl in der Basis der Bewegung wie in ihren Kadern befanden sich Studenten, halbproletarische und lumpenproletarische Elemente. Diese zusammengewürfelte Organisation hat große Schwierigkeiten gehabt, eine richtige Haltung zur schwarzen Bevölkerung allgemein und speziell zur Arbeiterklasse einzunehmen. Trotz dieser negativen Erscheinungen blieb die Organisation militant.

Die Black Panther Party befaßte sich aber nicht nur mit dem Problem der Militanz, sie war auch Schrittmacher der Bündnispolitik mit Weißen und propagierte die Notwendigkeit, den Kampf auf die Bevölkerung auszurichten. Vor der Entstehung der Black Panther Party teilten die meisten militanten Neger die von *Stokely Carmichael* vertretene Position: keine Bündnispolitik mit Weißen. Die Black Panther revidierten diese Politik. Sie eröffneten mit einer Konferenz über die Unterdrückung und den Faschismus in den USA den Weg zu einer engeren Zusammenarbeit zwi-

schen Weißen und Schwarzen. Damit leisteten sie auch einen Beitrag zur Verstärkung des Bewußtseins über die zunehmende Faschisierung des Landes. Mit ihrer Parole „Power to the People“ stellten sie das Problem der „Black Power“ in den richtigen Zusammenhang. Schließlich machten sie die Diskussion der marxistisch-leninistischen Theorie populärer. Und obwohl diese Theorie in ihrer Interpretation viele Züge der abenteuerlichen maoistischen Doktrin enthielt, werden die gesunden Elemente durch ideologische und politische Kämpfe verstärkt werden und das Ungesunde darin verschwinden.

Aus diesen und einer Reihe anderer Gründe haben die herrschenden Kreise in Amerika damit begonnen, die Black Panther Party zu vernichten. Es muß deutlich gesagt werden, daß der Kampf für das Existenzrecht der Black Panther Party ein Kampf um die Rechte aller amerikanischen Bürger ist.

Die Veränderungen in den demokratischen Massen und der Befreiungsbewegung der Neger stellen eine Grundlage für eine breite Einheitsfront dar, die die kombinierte Macht der schwarzen und der weißen Bevölkerung zum Ausdruck bringen wird. Sie begründen auch eine optimistische Einschätzung der künftigen Entwicklung der fortschrittlichen Kräfte in den Vereinigten Staaten. Allerdings: Der Rassismus ist tief in den amerikanischen Institutionen verwurzelt. Seine Auswirkungen auf die Psychologie der weißen Amerikaner hat die unterdrückten Massen dazu verleitet, die Identität ihrer Interessen mit denen der Negermassen zu ignorieren. Trotz der angeführten günstigen Entwicklungen ist ein politischer Rückschlag nicht auszuschließen.

Dennoch: obwohl die faschistischen Kräfte immer stärker zur Macht drängen, können wir optimistisch sein. Sie sind bereits in vielen Bereichen in die Defensive gedrängt. Wenn wir von einer Beschleunigung der von uns oben beschriebenen Tendenzen ausgehen, so können wir den Reaktionären eine entscheidende Niederlage bereiten. Das könnte dann die Völker der Welt ermutigen, den US-Imperialismus in ihren Ländern und auch in den Vereinigten Staaten selber stärker anzugreifen.

Das bedeutet, daß die Kämpfe des amerikanischen Volkes und besonders der Neger stärker unterstützt werden müssen. Die Neger sind genauso wichtig für die Entscheidung, welcher Weg morgen eingeschlagen werden wird wie die übrige Bevölkerung. Eine weltweite Mobilisierung gegen jeden Übergriff des US-Imperialismus und besonders gegen den Völkermord an der schwarzen Bevölkerung der USA liegt daher im Interesse aller, die in der Welt um Frieden, Freiheit und Sozialismus kämpfen.

W. Tscheprakow

Ökonomische Probleme des antimonopolistischen Staates

Aus: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otноšenija*, Heft 10, Moskau 1970¹

Die vom Marxismus-Leninismus entdeckten und formulierten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialen Revolution des Proletariats nehmen auf bestimmten Etappen des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus konkrete Formen an.

In seiner Festrede zum 100. Geburtstag W. I. Lenins sagte L. I. Breschnew: „In unserer Zeit ist die Leninsche Schlußfolgerung von entscheidender Bedeutung, daß sich in der Epoche des Imperialismus die Aufgaben des Kampfes für Demokratie und des Kampfes für Sozialismus immer mehr einander nähern, sich zu einem gemeinsamen Strom vereinen. Unter Berücksichtigung eben dieser Tatsache stellen kommunistische Parteien der bürgerlichen Länder heute Programme des Kampfes für die Demokratie auf, auf deren Grundlage die Volksmassen um die Arbeiterklasse geschart und zur nächsten Etappe, dem Kampf für den Sozialismus, geführt werden können.“²

Die Etappen des Kampfes für den Sozialismus

Die Fragestellung nach den möglichen Etappen des revolutionären Kampfes für den Sozialismus geht auf Lenins Arbeit „Die drohende Katastrophe und wie man sie verhindern soll“ zurück. Lenin weist hier nach, daß der Kampf um tiefgreifende demokratische Umgestaltungen zur Schaffung eines revolutionär-demokratischen Staates führen kann, in dem die Grundlagen der Herrschaft des Großkapitals beseitigt sind. Lenin gab auch eine soziale Charakteristik dieses revolutionär-demokratischen Staatswesens. Es ist „noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr“, schrieb er. „Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, daß man – die Erhaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt – von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewigaltung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte.“³

Als nach der Oktoberrevolution die Kommunistische Internationale unter Leitung Lenins die Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung ausarbeitete, ließ sie sich davon leiten, daß der Kampf der Arbeiterklasse um die Errichtung der Diktatur des Proletariats, entsprechend den jeweiligen Verhältnissen, verschiedene Etappen durchlaufen kann.

1 Die deutsche Übersetzung folgt dem Text in Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 1971, Heft 3, S. 260–274

2 L. I. Breschnew, Die Sache Lenins lebt und siegt! (Rede auf der Festsitzung zum 100. Geburtstag W. I. Lenins in Moskau), Berlin 1970, S.66.

3 W. I. Lenin, Werke Bd. 25, Berlin 1960, S. 371.

Der IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der die Taktik der Einheitsfront ausarbeitete, betonte: „Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene kurzfristige Episoden möglich. Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen müssen auch diese Möglichkeiten im Auge haben. Sie müssen es verstehen, die revolutionären Positionen in jeder Situation zu verteidigen.“⁴ Der Kongreß stellte die Lösung von der „Arbeiterregierung“ als möglicher Form des Übergangs zur Diktatur des Proletariats auf. Eine solche Regierung sollte, ohne formal den Rahmen der bürgerlichen Ordnung zu sprengen, eine Reihe von politischen, ökonomischen und finanzpolitischen Maßnahmen treffen, die de facto die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktionsmittel und den kapitalistischen Profit begrenzen. Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationalen entwickelte diese Ideen weiter und formulierte die Aufgabe des Kampfes um die Volksfrontregierung, in der er eine mögliche Übergangsform zur Diktatur des Proletariats sah.

Die Sowjetunion als revolutionäre Hauptkraft der Gegenwart schafft mit ihren vielfältigen Anstrengungen beim Aufbau des Kommunismus und ihrer Friedenspolitik günstige Möglichkeiten für den siegreichen Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern.

In der gegenwärtigen historischen Situation, die gekennzeichnet ist durch den Kampf der beiden Weltsysteme, die Befreiung der ehemaligen Kolonien, die Schwächung oder den Sturz der imperialistischen Herrschaft in einer Reihe von Gliedern der Kette des Weltimperialismus und durch die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, hat sich eine neue Möglichkeit der Entwicklung zum Sozialismus herausgebildet: die Errichtung einer antimonopolistischen, fortschrittlichen Demokratie durch die mit den anderen demokratischen Kräften verbündete Arbeiterklasse, einer Demokratie, die den Widerstand der inneren und äußeren Reaktion zu brechen vermag.

In der Erklärung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 konnte festgestellt werden, daß günstige Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller demokratischen Strömungen zu einem solchen politischen Bündnis entstehen, „das fähig ist, die Rolle der Monopole im Wirtschaftsleben des Landes entscheidend einzuschränken, der Macht des Großkapitals ein Ende zu bereiten und solche grundlegenden politischen und ökonomischen Umgestaltungen durchzuführen, die die günstigsten Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus schaffen“⁵.

In dem Maße, wie sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution der staatsmonopolistische Kapitalismus entwickelt, bilden sich die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus vollständig heraus. Außerdem

4 „Kommunistisches Internazional w dokumentach. 1919–1932“, Moskau 1933, S. 298.

5 „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969“, Berlin 1969, S. 31.

entstehen Bedingungen, die den künftigen Aufbau des Sozialismus begünstigen. Erstens erreichen die privatmonopolistische und die staatliche Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit eine hohe Stufe; zweitens entsteht infolge der staatlichen Einmischung in das Wirtschaftsleben und einer gewissen Planmäßigkeit ein – wem auch sehr widersprüchlicher – Mechanismus gesellschaftlicher Wirtschaftsführung, in welchem der Staat eine immer größere Rolle spielt; drittens verringern sich in der Produktion Anteil und Bedeutung des kleinbürgerlichen und des nicht-monopolistischen kapitalistischen Eigentums, das zudem teilweise in direkte Abhängigkeit von den Monopolen gerät.

Die volle Herausbildung objektiver Voraussetzungen für den Sozialismus wird auch an den Veränderungen in der Klassenstruktur der Gesellschaft deutlich. Die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten steht in einem Lohnarbeitsverhältnis. Den Hauptteil dieser Beschäftigtenkategorie bildet die Arbeiterklasse. Obwohl immer noch recht beträchtlich, ist der Anteil des Kleinbürgertums an der Gesamtbevölkerung zurückgegangen. Dem Volk steht die herrschende Fraktion der Bourgeoisie gegenüber – die staatsmonopolistische Oligarchie, die sich aus der Gesamtbourgeoisie herausgesondert hat und sich aus den großen Monopolkapitalisten, den Spitzen-Managern, den führenden Staatsfunktionären und Militärs zusammensetzt.

Der hohe Entwicklungsstand der objektiven ökonomischen und sozialen Voraussetzungen zeugt von der Nähe des revolutionären Übergangs zum Sozialismus. Ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse und ihrer antimonopolistischen Verbündeten (Intelligenz, Angestellte, Bauernschaft) ist jedoch subjektiv noch nicht zum unmittelbaren Sturz des Kapitalismus bereit. Die kommunistischen Parteien suchen daher, wie es Lenin gefordert hat, „den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, der die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten, großen revolutionären Kampf heranführt“⁶, und konzentrieren ihre Aufmerksamkeit auf die Suche nach Formen des Übergangs zur proletatischen Revolution. Sie halten sich dabei an den Hinweis von Marx, man müsse „die Dinge nehmen, wie sie sind, d.h. das revolutionäre Interesse in einer den veränderten Umständen entsprechenden Weise geltend machen“⁷.

In der gegenwärtigen historischen Situation, da die Monopole die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung darstellen, ist es zur Aktivierung des subjektiven Faktors unbedingt erforderlich, den Hauptstoß gegen das Monopolkapital zu richten, diesem die politische Macht zu entreißen und den bestehenden Wirtschaftsmechanismus der Leitung durch die antimonopolistischen, demokratischen Kräfte mit der Arbeiterklasse an der Spitze zu unterstellen.

Theoretisch sind demnach zwei „Aggregatzustände“, bei denen quantitative Veränderungen in eine neue Qualität umschlagen, als Varianten des revolutionären Prozesses möglich. Der erste besteht in der Errichtung einer antimonopolistischen Demokratie durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, der zweite in einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im buchstäblichen Sinne des

⁶ W. I. Lenin, Werke Bd. 31, Berlin 1959, S. 84.

⁷ Marx/Engels, Werke Bd. 31, Berlin 1965, S. 521.

Wortes, d.h. im Beginn des unmittelbaren Aufbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Hierbei bildet der Kampf für eine antimonopolistische, progressive Demokratie einen Teil des Kampfes für den Sozialismus. Dabei wird sich möglicherweise der revolutionäre Übergang vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus über die Eroberung der Macht und die Errichtung eines Staates der antimonopolistischen, fortschrittlichen Demokratie vollziehen. Die ganze historische Etappe des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist deshalb nicht anders denn als sprunghafte, revolutionäre Veränderung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft denkbar, als eine Veränderung der Eigentumsformen und letztlich als Aufhebung des Privateigentums an den entscheidenden Produktions- und Zirkulationsmittel, als ihre sozialistische Vergesellschaftung.

Mit dem Problem der antimonopolistischen Etappe befassen sich auch verschiedene Programme der kommunistischen Parteien aus Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus. So nahm dieses Problem bereits im ersten Nachkriegsprogramm der Kommunistischen Partei Großbritanniens „Der britische Weg zum Sozialismus“ (1951) einen wichtigen Platz ein und wurde auch in dessen neuer Variante aus dem Jahre 1967 übernommen. Hier wird festgestellt, daß demokratische Maßnahmen, die im Ergebnis des Klassenkampfes durchgeführt werden und sich gegen die Monopole richten, den Weg zum Sozialismus bahnen können. „Im Verlauf dieses Kampfes werden neue politische Bündnisse entstehen, und das Volk wird Vertrauen in seine Befähigung zur Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsordnung gewinnen. In dem Maße, wie der Kampf sich verschärft und der Widerstand gegen die Macht des Großkapitals zunimmt, werden Erfahrung und Wissen immer mehr zu dem logischen Schluß führen, daß das gegenwärtige kapitalistische System vernichtet und eine neue, die sozialistische Gesellschaft errichtet werden muß“, heißt es im 1967er Programm⁸.

Auf dem XII. Parteitag der IKP sagte Genosse L. Longo: „Wir wissen, daß der Sozialismus in Italien gegenwärtig auf der Tagesordnung steht, sowohl im Bewußtsein des Volkes als auch deshalb, weil sie die Grundprobleme der italienischen Gesellschaft ohne sozialistische Umgestaltungen nicht wirklich lösen lassen. Wir wissen aber auch, daß diese Umgestaltung nicht erfolgen kann, wenn nicht – wie es Gramsci ausdrückte – ein neuer Machtblock geschaffen wird, der imstande ist, die Monopole und die reaktionärsten, konservativsten Kräfte zu isolieren und alle jene Kräfte um die Arbeiterklasse zu scharen, die durch ihre eigenen Interessen zum Kampf gegen die Monopole getrieben werden.“⁹

Im Manifest „Für eine fortgeschrittene Demokratie, für ein sozialistisches Frankreich“, das vom XIX. Parteitag der FKP im Februar 1970 bestätigt worden ist, wird eine Sozialpolitik gefordert, die „eine ganze Reihe von Maßnahmen zur schrittweisen und systematischen Einschränkung der Allmacht der Monopole in der natio-

⁸ Programm der Kommunistischen Partei Großbritanniens, angenommen auf dem XXX. Parteitag im November 1967.

⁹ „L'Unità“ vom 9. November 1969.

nalen Wirtschaft, zur Schwächung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, seiner ökonomischen und finanziellen Mittel“ voraussetzt. „Um diesen Maßnahmenkomplex zu verwirklichen, sind in der politischen Ordnung unseres Landes tiefgreifende Veränderungen notwendig.“¹⁰

Die Orientierung auf die Errichtung eines Staates der antimonopolistischen Koalition bedeutet jedoch keineswegs, daß man nicht mit den verschiedenartigsten Kombinationen rechnen müsse, die infolge der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche und infolge der Auflehnung der Massen gegen die Allmacht des staatsmonopolistischen Kapitals, infolge der Zuspitzung der Gefahr von Aggressionskriegen und der Übergriffe der Reaktion auf die demokratischen Rechte der Werk-tätigen entstehen können. „Wenn die objektiven Voraussetzungen für eine tiefe politische Krise gegeben sind, dann können auch die kleinsten, vom wirklichen Herd der Revolution scheinbar weit weg liegenden Konflikte größte Bedeutung haben – als Anlaß, als der Tropfen, der den Becher zum Überlaufen bringt...“, schrieb Lenin.¹¹

Das politisch-ökonomische Wesen des antimonopolistischen Staates ist Gegenstand wissenschaftlicher Diskussionen unter den Marxisten. Offensichtlich kann dieser Staat nicht als sozialistisch bezeichnet werden, da er nicht die Eigentumsrechte der gesamten Bourgeoisie einschränkt. Eingeschränkt und später auch völlig beseitigt wird lediglich das monopolistische Eigentum. Es geht also nicht um die unmittelbare Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse schlechthin. Dennoch ist anzunehmen, daß es sich schon nicht mehr um einen kapitalistischen Staat im klassischen Sinne handelt.

Charakter und Inhalt des Staates einer antimonopolistischen, fortgeschrittenen Demokratie werden schon durch die Art seiner Entstehung bestimmt. Der Weg zur Macht führt über die Schaffung eines politischen Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen fortschrittlichen, demokratischen Kräften, über den gesamt-nationalen Kampf gegen die staatsmonopolistische Oligarchie.

Die Formen der politischen Macht, die die Arbeiterklasse nach dem Sieg im engen Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft, den Angestellten und der Intelligenz errichtet, werden sich selbstverständlich je nach den konkreten Bedingungen der einzelnen Länder unterscheiden. Doch bei allen Besonderheiten, auch dann, wenn es mehrere Arbeiter- und demokratische Parteien geben wird, kann diese Macht nur dann ihrer Bestimmung gerecht werden, wenn sie eine breite Demokratie, die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Gesellschaft sichert und die neue Ordnung gegen alle restaurativen Anschläge der Monopole verteidigt.

Ist das politische Bündnis der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte zur Macht gelangt, dann steht vor ihm die Aufgabe tiefgreifender sozialökonomischer Veränderungen. Diese lassen sich auch mit friedlichen Mitteln verwirklichen, etwa mit Hilfe des Parlaments, vorausgesetzt, daß die Arbeiterklasse dort entsprechend ihrer großen historischen Mission und tatsächlichen Rolle im Leben des betreffenden Landes vertreten ist. Völlig klar ist jedoch, daß Grad und Charakter dieser Ver-

10 „L'Humanité“ vom 7. Dezember 1969.

11 W. I. Lenin, Werke, Bd. 15, Berlin 1962, S. 273.

änderungen letzten Endes vom Verhältnis der Klassenkräfte, von der Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im Klassenkampf abhängen. In jedem Fall wird es ein revolutionärer Weg sein, denn die Ablösung des privatmonopolistischen durch das staatlich-demokratische Eigentum im Zuge der Machtergreifung durch die antimonopolistische Koalition hat die Bedeutung einer sozialen Revolution. „Die Marxisten“, schrieb Lenin, „haben niemals vergessen, daß die Gewaltanwendung unvermeidlich eine Begleiterscheinung des Zusammenbruchs des Kapitalismus auf der ganzen Linie und das Entstehen der sozialistischen Gesellschaft sein wird.“¹²

Mit der Errichtung des Staates der antimonopolistischen, fortschrittlichen Demokratie ist der Klassenkampf selbstverständlich nicht beendet, er nimmt nur andere Formen an. Die Unterdrückung des Widerstands der staatsmonopolistischen Oligarchie, der die politische Macht entrissen wurde, ist eine äußerst schwierige Aufgabe. Nicht ausgeschlossen ist auch, daß der neue Staat auf offene Feindseligkeit seitens bestimmter Teile der nichtmonopolistischen Groß- und der mittleren Bourgeoisie stößt, die gegenwärtig extrem rechte Positionen einnehmen und ultra-reaktionäre Parteien unterstützen. Ein weiteres kompliziertes Problem ist schließlich die politische Erziehung jener deklassierten Bevölkerungsteile, die demagogischen Lösungen und politischem Abenteuerlust verfallen sind.

Die ökonomischen Aufgaben der antimonopolistischen Koalition

Die Wirtschaftsstruktur des Staates der antimonopolistischen Demokratie wird offensichtlich folgende Sektoren aufweisen: den führenden und ständig anwachsenden staatlichen Sektor, der von den demokratischen Kräften geleitet wird; den zu nationalisierenden privatmonopolistischen Sektor; den Sektor der nichtmonopolistischen Kleinproduktion; den Sektor der einfachen Warenproduktion in Stadt und Land; den genossenschaftlichen Sektor.

Das Funktionieren des Wirtschaftsmechanismus wird von zwei Hauptfaktoren bestimmt: erstens von den objektiven ökonomischen Prozessen, die insbesondere mit der Existenz und dem Kampf der verschiedenen Sektoren zusammenhängen, sowie zweitens von der Wirtschaftspolitik des demokratischen Staates.

Das Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben ist angesichts des heutigen Charakters und Entwicklungsstandes der Produktivkräfte eine objektive Notwendigkeit, eine unerlässliche Bedingung der erweiterten Reproduktion. Ebendeshalb erfährt die gegenwärtig zu beobachtende Tendenz zur Verstärkung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft ihre weitere umfassende Entwicklung unter den Bedingungen der antimonopolistischen Ordnung, und zwar auf revolutionär veränderter und demokratisch erneuerter Grundlage. Unter der Führung der Arbeiterklasse und unterstützt durch die Volksmassen kann diese Wirtschaftspolitik des Staates eine sozialistische Ausrichtung annehmen.

12 W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 117.

Auf ökonomischem und sozialem Gebiet erwächst dem antimonopolistischen Staat eine zweifache Aufgabe. Im Interesse der progressiven gesellschaftlichen Entwicklung muß er die Wirtschaftsstruktur verändern und zugleich systematisch den Lebensstandard der Arbeiterklasse und aller Werktätigen erhöhen.

Die Antwort auf die Frage, was in der Zukunft zu einem bestimmten Zeitpunkt zu tun sei, hängt natürlich voll und ganz von den konkreten historischen Bedingungen ab, unter denen die antimonopolistischen Kräfte mit der Arbeiterklasse an der Spitze wirken werden.

Die gegenwärtige antimonopolistische Etappe des Kampfes der Arbeiterklasse macht es erforderlich, als Alternative zu den „Wachstumskonzeptionen“ der staatsmonopolistischen Oligarchie umfassende langfristige Programme und konkrete Pläne für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auszuarbeiten. Diese Programme sind die Antwort auf die ralen Prozesse, sie widerlegen die verleumderischen Behauptungen der Ideologen der staatsmonopolistischen Oligarchie, die Kommunisten könnten nur negieren, hätten selbst keinerlei konstruktive Vorschläge zu unterbreiten.

In der Zeit vor der Machtübernahme sind solche Programme eine positive Lösung im Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten für die Beseitigung der Diktatur des Monopolkapitals; nach dem Machtantritt der antimonopolistischen Koalition dagegen sind sie reale, wissenschaftlich begründete Aktionspläne. Dies sei betont, um die etwaige Fehlinterpretation zu vermeiden, die programmatischen Forderungen könnten bereits im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und nicht erst nach der Machtergreifung durch die antimonopolistische Koalition realisiert werden.

In den vom XIX. Parteitag der FKP angenommenen Thesen wird hervorgehoben, die Errichtung einer fortschrittlichen Demokratie ermögliche es, „auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gleichzeitig wichtige Reformen zu verwirklichen, um die Allmacht der Monopole im Leben des Landes einzuschränken und eine Teilnahme der Bürger bei der Ausarbeitung und Realisierung einer Politik des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritts zu gewährleisten“. Die Thesen unterstreichen die Forderung, „Maßnahmen der wirtschaftlichen Demokratie durchzuführen, damit die politische Demokratie wirksam und stabil wird“¹³.

Die Italienische Kommunistische Partei sieht die Hauptaufgabe in der Schaffung neuer Arbeitsplätze und in der Erweiterung des Binnenmarktes mit Hilfe der demokratischen Programmierung, die darauf abzielt, die staatliche Einmischung in neuen Formen zu verstärken, dem Parasitismus und der Verschwendug ein Ende zu setzen, die monopolistische Konzentration der industriellen und finanziellen Macht sowie die Investitionspolitik und die Aktivitäten des Geldmarktes zu kontrollieren und diese Vorhaben mit einer entsprechenden Steuerpolitik zu fördern.

Die Kommunistische Partei Finlands hat in dem auf dem XIV. Parteitag angenommenen „Wirtschaftspolitischen Programm der KPF für die nächste Periode“ und in späteren Dokumenten Vorschläge zur Schaffung einer effektiven nationalen

¹³ „L'Humanité“ vom 14. Februar 1970.

Wirtschaft entwickelt. Diese Dokumente berücksichtigen die realen Voraussetzungen der finnischen Volkswirtschaft für die Erreichung der gestellten Ziele.

Die Programme der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder gehen davon aus, daß die Machtübernahme durch die antimonopolistischen Kräfte viele Möglichkeiten für radikale sozialökonomische Veränderungen eröffnet. Die antimonopolistischen Kräfte werden die politische Macht gebrauchen, um den gesamten staatlichen Wirtschaftslenkungsmechanismus in ihre Regie zu übernehmen. Lenin hat über den von den Großbanken und Monopolvereinigungen geschaffenen „staatlichen“ Apparat zur Rechnungsführung, Registrierung und Kontrolle der Produktion geschrieben, daß wir ihn „vom Kapitalismus fertig übernehmen“. Diesen Apparat dürfe und brauche man nicht zu zerstören, da er für den Aufbau des Sozialismus notwendig sei; man müsse ihn vielmehr „noch größer, noch demokratischer, noch umfassender“ gestalten¹⁴. Bei einer solchen Politik kann sich der demokratische Staat sofort auf den staatlichen Sektor und alle sich in dessen Verfügung befindenden ökonomischen Hebel stützen.

Die Programme sehen vor, daß die zur Macht gelangte antimonopolistische Koalition nicht nur die bestehenden staatlichen Kontroll- und Regulierungsinstrumente umgestaltet und stärkt, sondern auch neue schafft und die unbedingte Priorität des Staates in den gemischten Unternehmen, d.h. in den Unternehmen mit sowohl staatlicher als auch privatkapitalistischer Beteiligung gewährleistet.

Zu den ersten Maßnahmen des antimonopolistischen Staates muß eine beträchtliche Einschränkung der freien Verfügungsgewalt des Monopolkapitals über die Produktionsmittel gehören. Der Staat muß eine strenge Kontrolle über die Finanzoperation, die Preis- und Produktionsabsprachen, die Profite, die Investitionstätigkeit, die Lohnpolitik, den Aufkauf von Kleinunternehmen und die Fusionsvorhaben des Monopolkapitals ausüben so wie die Überfemding der Unternehmen durch ausländische Gruppen verhindern.

Wenn im Interesse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine Kapazitätserweiterung und Spezialisierung der Produktion erforderlich sind, so wird der demokratische Staat Fusionen und Diversifikationen stimulieren, und zwar unter seiner Kontrolle, unter Teilnahme seiner Vertreter. Nach der Machtergreifung muß die neue Regierung die Kontrolle des Geldmarkts und des Kreditsystems, der privaten Handelsbanken, Versicherungsgesellschaften und anderer Finanzinstitute übernehmen, um deren Nationalisierung einzuleiten. Spekulationen und Kapitalflucht ins Ausland können auf dieser Basis bekämpft werden. Die Kontrolle des Außenhandels durch den demokratischen Staat schafft gewisse Bedingungen für eine planmäßige wirtschaftliche Entwicklung und Währungsstabilität.

Die kommunistischen Parteien gehen davon aus, daß die Machtbefugnisse des Parlaments eine effektive Kontrolle des volkswirtschaftlichen Geschehens sichern müssen.

In ihrer Gesamtheit sollen die demokratischen Kontrollmaßnahmen des Staates die Macht der großen Privatmonopole einschränken, untergraben und schließlich

¹⁴ W. I. Lenin, Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 89.

liquidieren. Die durch die Monopolbourgeoisie usurpierten Produktionsmittel werden dieser nach und nach entrissen und in gesamtgesellschaftliches Eigentum überführt. Ohne demokratische Nationalisierung des Monopoleigentums in den wichtigsten Wirtschaftszweigen ist eine effektive Politik der Einengung der ökonomischen Positionen des Monopolkapitals und der Beseitigung der Grundlagen für die Herrschaft der Finanzoligarchie objektiv unmöglich. Die Nationalisierung stärkt die Einheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und konsolidiert die Staatsmacht der antimonopolistischen Koalition. Die Konzentration der wichtigsten Produktionsmittel in den Händen des Staates stellt eine demokratische Lösung des Problems der Konzentration und Zentralisation dar, eine Lösung, die mit dem Wachstum der Produktivkräfte unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution harmoniert. Mit der demokratischen Zentralisation kann ein progressiver ökonomischer Entwicklungsweg eingeschlagen werden, der die auf Grund des technischen Entwicklungsstandes und der Massenproduktion erforderliche Erweiterung der Produktionskapazität ermöglicht und damit zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität führt.

Nationalisiert werden müssen im Endeffekt die großen Monopole, Depositen- und Handelsbanken, Versicherungsgesellschaften, der Grund und Boden in den Städten (mit Ausnahme des Grundeigentums jener Hausbesitzer, die ihre Häuser nicht vermieten).

Tempo und Ausmaß der Nationalisierung hängen von den konkreten Bedingungen des betreffenden Landes ab.

Eine unerlässliche und höchstwahrscheinlich eine der ersten Aufgaben der demokratischen Nationalisierung ist die Überführung der von den Monopolen in Besitz genommenen öffentlichen Ländereien (einschließlich der Bodenschätze) in staatliches Eigentum.

Die Notwendigkeit der Nationalisierung zeigt sich besonders deutlich in den jungen Industriezweigen, die das Ergebnis des durch staatliche Finanzierung erreichten wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind (Atomenergetik, Elektronik, Produktionsstätten für die Weltraumforschung). Überfällig für die Nationalisierung bzw. Kommunalisierung ist seit langem auch der Komplex der Infrastruktur, der sich aus Dienstleistungsbetrieben, Gas- und Kraftwerken, städtischem Verkehr, Eisenbahntransport, Flugverkehr, Häfen und Wasserstraßen zusammensetzt. Die Nationalisierung dieses Bereichs wird sich zweifellos positiv auf die Effektivität der Industrie auswirken.

Die kommunistischen Parteien unterstreichen in ihren Erklärungen, daß jene Industriebereiche vorrangig nationalisiert werden müssen, die von ausländischem Kapital kontrolliert werden, weiterhin Unternehmen, die von staatlichen Subsidien oder Aufträgen leben, sowie Betriebe, die heruntergewirtschaftet sind oder verkümmern und die volkswirtschaftliche Entwicklung behindern.

Die Verstaatlichung von Privatbanken und Betrieben der Privatmonopole muß nicht in allen Fällen eine Konfiskation bedeuten. Schon Lenin hat im Zusammenhang mit der Darlegung der dringendsten Aufgaben einer revolutionär-demokratischen Regierung vor einer Vermengung der Begriffe „Nationalisierung der Banken“

und „Konfiskation der Privatvermögen“ gewarnt. Er schrieb, daß mit der Nationalisierung keineswegs das in den Banken in Form von Aktien, Obligationen, Wechseln usw. deponierte Eigentum liquidiert werde. „Keine einzige derartige Beseinigung würde durch die Nationalisierung der Banken, d.h. durch die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen Staatsbank, verfallen oder ihren Charakter ändern.“¹⁵ Was die Nationalisierung der Monopole anbelangt, so schließt diese die Zahlung von Entschädigungen an die ehemaligen Aktionäre prinzipiell nicht aus. Die Frage der Entschädigung ist keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der ökonomischen Zweckmäßigkeit und Möglichkeit, denn der Staat würde sich mit diesen Zahlungen schwer belasten. Besondere Vorsicht und Behutsamkeit sind gegenüber den Kleinaktionären geboten. Lenin schrieb: „Wir können und müssen gemäßigter sein, müssen allmählich zu einer gerechteren Besteuerung übergehen, wir werden einen Unterschied machen zwischen den kleinen Aktionären und den reichen, wir werden den ersteren ganz wenig und nur den letzteren sehr viel (doch nicht unbedingt alles) wegnehmen.“¹⁶

Die konsequente Nationalisierung der entscheidenden Industriezweige und der Großbanken, die Entwicklung eines möglichen staatlichen Sektors, in dem modernste Technik und rationellste Organisation vorherrschen, geben dem demokratischen Staat die Möglichkeit, das gesamte Wirtschaftsleben effektiv zu kontrollieren und die Großproduktion zu leiten, eine Politik des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts zu betreiben.

Lenin schrieb, die Verstaatlichung aller Konzerne und Banken bedeute noch keineswegs die „Einführung“ des Sozialismus, dennoch müsse die Arbeiterklasse diese Maßnahmen unbedingt verfechten und, nach Maßgabe des Möglichen, auf revolutionärer Wege verwirklichen.¹⁷ Ohne die demokratische Nationalisierung mit Maßnahmen sozialistischen Charakters gleichsetzen zu wollen, muß man doch betonen, daß sich der soziale Inhalt des Staatseigentums verändert, da er vom Charakter der Staatsmacht abhängt, welche die nationalisierten Zweige kontrolliert.

Radikale Veränderungen in der ökonomischen Struktur ermöglichen radikale Veränderungen in der Umverteilung des Nationaleinkommens im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Eine große Rolle spielt dabei die Steuer-, Lohn- und Sozialpolitik. Eine radikale Steuerreform, Steuersenkungen für die Werktätigen, eine Progressiveinkommenssteuer und ein System der Körperschaftssteuern werden zur Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Volksmassen beitragen.

Der demokratische Staat setzt jener „Einkommenspolitik“ eine Ende, bei der mittels „Einfrierens“ der Löhne der Werktätigen die Profite der Aktionäre gesteigert werden. Er verbessert die materielle Lebenslage der Werktätigen, insbesondere der am schlechtesten bezahlten Arbeitskräfte, und beseitigt die Diskriminierung in der Entlohnung der Frauen, der Jugendlichen und der ausländischen Arbeiter. Unter

15 W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 339.

16 W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 427.

17 Vgl. ebenda, S. 59.

den auf dieses Ziel gerichteten Maßnahmen kommt der Kontrolle der Preisentwicklung eine besondere Rolle zu.

Große Beachtung wird der demokratischen Planung der volkswirtschaftlichen Entwicklung geschenkt werden. Diese Planung hat nichts mit der staatsmonopolistischen Programmierung gemein, sondern ist eine Übergangsstufe zur sozialistischen Planung. Mit dem Ziel, die sozialökonomische Struktur grundlegend umzugestalten, wird die demokratische Planung bewußt und systematisch auf die ökonomischen Verhältnisse, auf den Prozeß der Akkumulation und Reproduktion des Kapitals einwirken. Ganz insbesonders wichtig wird dabei die Lenkung der Investitionstätigkeit sein. Auf dem zum wirtschaftlichen Aufschwung und sozialen Fortschritt führenden Weg der Optimierung der volkswirtschaftlichen Proportionen werden nicht wenige objektive Schwierigkeiten zu überwinden sein. In den Plänen, die vor allem auf eine Erweiterung des staatlichen Sektors abzielen, wird man auch den noch nicht nationalisierten privatmonopolistischen Unternehmen einen bestimmten Platz einräumen. In dem Maße, wie diese Betriebe der staatlichen Aufsicht und Kontrolle unterstellt werden, nimmt die Planung ihrer Tätigkeit nicht nur indikativen, sondern auch direktiven Charakter an.

Ziel der demokratischen Planung ist eine rationelle Ausnutzung des Wirtschaftspotentials, die Vergrößerung des staatlichen Sektors, die Entwicklung der modernen Industriezweige auf der Basis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen. Die demokratische Planung bedient sich der vorhandenen Hebel zur staatlichen Regulierung und Programmierung und entwickelt sich weiter, beseitigt im Interesse einer flexiblen Planung bürokratische und technokratische Hindernisse und entzieht die Unternehmen dem Einfluß der Anarchie des Marktes, die die staatliche Kontrolle über die Volkswirtschaft unwirksam machen würde.

Vor den Planungsorganen steht die komplizierte Aufgabe, ein optimales Modell zur Förderung des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Preisstabilität und Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen zu erarbeiten. Zu diesem Zweck muß der Staat solche ökonomischen Wachstumsfaktoren aktivieren wie die produktionsbezogene wissenschaftlich-technische Forschung, Vollbeschäftigung, Erweiterung der Kapazität des Binnenmarktes, Vervollkommenung und Demokratisierung des Bildungswesens einschließlich der Berufsausbildung und strikte antiinflationistische Politik. Eine wichtige Stellung nehmen in den Plänen die Probleme der Erhöhung der Akkumulation für Neuinvestitionen (besonders im industriellen Bereich) ein, von denen in starkem Maße die Erhöhung des Nationaleinkommens, die Steigerung der Kaufkraft der Massen, der Beschäftigungsgrad in den vorhandenen Betrieben und die Schaffung neuer Arbeitsplätze abhängen. Die Pläne erfassen die Investitionstätigkeit der staatlichen und halbstaatlichen Betriebe. Schwieriger verhält es sich mit den Investitionen der Privatbetriebe. Der Staat wird offensichtlich nicht nur die Höhe des in diesen Unternehmen erzielten Profite beeinflussen, sondern auch dessen Verwendung als neues Anlagekapital.

Die Sicherung der Finanzstabilität und die Verhinderung der schleichenenden wie auch der galoppierenden Inflation bei gleichzeitigem wirtschaftlichen Wachstum

und gleichzeitiger Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung ist eine der schwierigsten Aufgaben der staatlichen Planung und Leitung. Das um so mehr, als neben objektiven ökonomischen Ursachen der Inflation (die besonders in der ersten Zeit schwer zu beseitigen sein werden) auch das obstruktive Verhalten der monopolistischen Bourgeoisie bestimmte wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorrufen wird.

Eine gewisse Rolle bei der Bekämpfung inflationärer Prozesse spielen die Streichung der Ausgaben für solche unproduktive Zwecke wie z.B. die Rüstung, die Ausschaltung der sich aus der monopolistischen Konkurrenz ergebenden Verluste und die Abschaffung des privatmonopolistischen Aufwands für die Manipulierung der Tätigkeit der staatseigenen Unternehmen. Mittels des staatlichen Instrumentariums läßt sich eine relativ harmonische und weniger störanfällige wirtschaftliche Entwicklung erreichen, lassen sich die ökonomischen Widersprüche samt ihren nachteiligen Folgen abschwächen.

Die konkreten Wirtschaftsprogramme berücksichtigen selbstverständlich auch die großen Möglichkeiten, die sich aus allseitigen gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften ökonomischen Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ergeben.

Die soziale Umgestaltung und die Perspektiven der Demokratisierung des Wirtschaftslebens

Unter den Bedingungen des Klassenkampfes haben alle Entscheidungen über bedeutende ökonomische Probleme einen zutiefst politischen Charakter und wirken sich unmittelbar auf die Volkswirtschaft aus. Daher sind die Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik für die Tätigkeit des demokratischen Staates äußerst bedeutsam und bedürfen einer eingehenden Untersuchung.

Einige der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben sind die Erweiterung und Demokratisierung der Bildung, die Anpassung der Berufsbildung an den Entwicklungsstand der Technik, die Verbesserung des Gesundheitswesens, die Erhöhung des Kulturniveaus, der soziale Wohnungsbau und die Altersversorgung.

In diesem Zusammenhang ergeben sich große Aufgaben für die örtlichen Selbstverwaltungsorgane, deren Konsolidierung und Entwicklung Bestandteil des Gesamtplans zur nationalen Wirtschaftsentwicklung ist. Die Städte und Gemeinden erhalten bedeutende Mittel zur Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, die wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebiete erhalten Unterstützung, damit sie Arbeitsplätze beschaffen und die Berufsausbildung erweitern und somit gegen chronische Arbeitslosigkeit und Pauperismus vorgehen können.

Die bei einem Sieg der antimonopolistischen Kräfte erfolgende Einbeziehung der Arbeiter und ihrer Organisationen (Gewerkschaften, Komitees usw.) in die Leitung bedeutet, daß sie an den Entscheidungen in allen Bereichen der Wirtschaft – vom Arbeitsplatz über den Betrieb bis hin zu den staatlichen Wirtschaftsleitungssorganen – teilnehmen. Das ist eine unerlässliche Bedingung für die Ein-

schränkung und Liquidierung der Allmacht des Großkapitals und seiner Organisation (Unternehmerverbände, Industrie- und Handelskammern usw.).

Die Forderung nach Beteiligung an der Wirtschaftsleitung ist schon heutzutage eine wichtige Form und ein Feld des Klassenkampfes. Diese Lösung richtet sich im Verein mit den anderen revolutionären Lösungen gegen das Monopolkapital und gegen den Reformismus, gegen die Theorie und Praxis der „Sozialpartnerschaft“. Der Kampf um die Beteiligung an der Wirtschaftsleitung wird allmählich zur Revolutionierung der Massen führen. In dem progressiven antimonopolistischen Staat aber wird die Beteiligung an der Wirtschaftsleitung ein Instrument zur Einschränkung der Macht des Monopolkapitals.

Zur Ausübung der Aufsicht und Kontrolle der Tätigkeit der Unternehmen ist es erforderlich, daß die Arbeiter, die Angestellten, das ingenieurtechnische Personal, d.h. die gesamte Belegschaft, in den Leitungsgremien der Unternehmen ihre gewählten, mit den Gewerkschaften eng zusammenarbeitenden Vertreter haben und daß diese gemeinsam mit den Bevollmächtigten des demokratischen Staates über mindestens 50 % der Stimmen verfügen. Gleichzeitig wird der demokratische Staat durchzusetzen suchen, daß die Betriebsleitung nur aus hochqualifizierten Spezialisten besteht, die keinerlei Aktien des Unternehmens und auch keinerlei andere Eigentumsrechte am Betrieb besitzen. Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Produktion heißt auch, daß in allen staatlichen Unternehmen eine demokratische Leitung eingeführt wird, indem die Rechte des Parlaments zur Beaufsichtigung ihrer Tätigkeit erweitert werden und die Gewerkschaften direkte Kontrollrechte erhalten.

Zwar bedeutet die Beteiligung der Werktätigen an der Leitung noch keine konsequent sozialistische Maßnahme, da die kapitalistischen Produktionsverhältnisse damit noch nicht beseitigt werden, aber sie ist bereits eine Einschränkung des Eigentumsrechts des Monopolkapitals.

Auch das nichtmonopolistische Unternehmen oder der – von Lenin so bezeichnete – „kleinbürgerliche Kapitalismus“ wird in der Wirtschaft des Staates der progressiven Demokratie einen bestimmten Platz einnehmen. Das bereits erwähnte Manifest der FKP sieht eine differenzierte Behandlung der unterschiedlichen Eigentumsformen durch den demokratischen Staat vor: „*Die Nationalisierung der Monopole in den Schlüsselsektoren der Industrie sowie der großen Banken, die bereits in der Etappe der progressiven Demokratie vorgesehen ist, wird die spätere Übertragung des Eigentums an allen großen Produktions- und Zirkulationsmitteln an die gesamte Gesellschaft begünstigen... In anderen Sektoren wird das gesellschaftliche Eigentum andere Formen annehmen – die Form des genossenschaftlichen, städtischen usw. Eigentums... Entgegen der skrupellosen Behauptungen der reaktionären Propaganda geht es nicht darum, Enteignungs- oder Nationalisierungsmaßnahmen gegen die kleinen Kaufleute, die Handwerker und die Freischaffenden zu ergreifen... Gleichzeitig entstehen allmählich die Voraussetzungen für ihren freiwilligen Zusammenschluß in Genossenschaften, die die Unterstützung des Staates genießen...*“¹⁸

18 „L'Humanité“ vom 7. Dezember 1968.

Gegenüber den kleinen und mittleren Unternehmen werden dem demokratischen Staat bestimmte Verpflichtungen erwachsen. Er muß ihre Interessen gegen die Übergriffe des Großkapitals verteidigen, ihnen günstige Kredite gewähren, sie bei der Beschaffung von Rohstoffen unterstützen und ihnen neueste Technik für die Modernisierung und Spezialisierung zur Verfügung stellen. Der Staat fördert die Vereinigung der kleinen und mittleren Produktionsbetriebe unter seiner Kontrolle, er unterstützt freiwillige Zusammenschlüsse beim Einkauf von Rohstoffen und beim Verkauf der Erzeugnisse sowie die gemeinsame Nutzung der modernen Technik, wodurch volkswirtschaftliche Ressourcen effektiver eingesetzt werden können. Die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen und die Nutzung ihres ökonomischen Potentials werden dadurch gewährleistet, daß ihre Tätigkeit mit der Tätigkeit der staatlichen Großbetriebe, die an die Stelle der Monopole treten, koordiniert wird.

Zweifellos entsteht eine gewisse Gefahr dadurch, daß der kleinbürgerliche Kapitalismus versuchen wird, den Rahmen des demokratischen Staatskapitalismus zu sprengen, und daß sich Spekulation breitmacht. In den entwickelten Industriestaaten wird diese Gefahr jedoch nicht so groß sein wie in jenen Ländern, wo die kleine Warenproduktion dominierte. Zugleich sind in den Industriestaaten die Möglichkeiten größer, diese Gefahr abzuwehren.

Eine wichtige Rolle kommt der Genossenschaftsbewegung unter demokratischer Kontrolle zu. Der Staat vermag günstige Bedingungen für die Entwicklung vielfältiger Formen von Genossenschaften zu sichern und den genossenschaftlichen Sektor im Einzelhandel und in der Dienstleistungssphäre, im Bank- und Versicherungswesen, in der verarbeitenden Industrie und in der Landwirtschaft zu fördern.

In seiner Agrarpolitik wird der demokratische Staat selbstverständlich die Interessen der Bauernschaft gegen die Macht der Monopole, gegen die Großgrundbesitzer und Privatbanken und gegen die ausländische Konkurrenz schützen, den Lebensstandard der Landbevölkerung erhöhen und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der Landwirtschaft fördern. Das bedeutet in der Praxis, daß der Boden denjenigen zu geben ist, die ihn bearbeiten, und zwar durch Aufhebung des Grund-eigentums der Konzerne, Handelsbanken, Großgrundbesitzer sowie Spekulanten und – in bestimmten Fällen – auch auf Kosten staatlicher Ländereien, damit diejenigen Kleinproduzenten, die es wünschen, Landbesitzer bleiben können.

Da jedoch die wissenschaftlich-technische Revolution in der Landwirtschaft Großproduktion verlangt, wird ein Teil der großen, hochproduktiven landwirtschaftlichen Güter nationalisiert und in staatliche Landwirtschaftsbetriebe umgewandelt. Außerdem schafft der Staat die notwendigen Bedingungen für die Entfaltung aller Arten von Kooperationsbeziehungen und – bei günstigen Voraussetzungen – auch für die Bildung von Produktionsgenossenschaften, und er sichert eine Demokratisierung der Leitung in den bereits bestehenden Genossenschaften.

Der demokratische Staat bricht mit der bisherigen Landwirtschaftspolitik, die auf eine Ruinierung der Kleinbauern durch die Großgrundbesitzer und Banken abzielt. Er bietet den Kleinbetrieben günstige Absatzmöglichkeiten bei vorteilhaften Preisen. Er kontrolliert die Tätigkeit der Monopole und der an der Realisierung

und Verarbeitung der Agrarprodukte beteiligten Zwischenhändler und Unternehmer und lässt die kleinen landwirtschaftlichen Warenproduzenten an dieser Kontrolle teilhaben.

Besonders wichtige Elemente der Agrarpolitik sind die Beteiligung des Staates an der Investitionstätigkeit und an der Einführung moderner Methoden einer industrieläßigen Landwirtschaft, die staatliche Förderung der Mechanisierung der Kleinbetriebe und die Bereitstellung von modernen Landmaschinen, Verarbeitungsanlagen sowie Lager- und Verkaufseinrichtungen.

Um den Lebensstandard der Landbevölkerung zu heben, garantiert ihr die demokratische Regierung ein auskömmliches Mindesteinkommen und sorgt für eine Umschulung und Arbeitsplatzbeschaffung für die Arbeitskräfte, die auf dem Lande keine Existenzgrundlage mehr finden können.

Die Bewegung zum Sozialismus

Die Verwirklichung dieser begrenzten Zwischenziele stellt zwar einen recht bedeutenden, aber dennoch nur einen Teilsieg dar. Die Notwendigkeit der vollständigen sozialen Erneuerung der Gesellschaft, der Beseitigung jeglicher kapitalistischer Ausbeutung, der Entwicklung zum Sozialismus ist damit nicht aufgehoben.

Friedrich Engels schrieb: „*Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie durch alle Zwischenstationen und Kompromisse, die nicht von ihnen, sondern von der geschichtlichen Entwicklung geschaffen werden, das Endziel klar hindurchsehen: die Abschaffung der Klassen, die Errichtung einer Gesellschaft, worin kein Privateigentum an der Erde und an den Produktionsmitteln mehr existiert.*“¹⁹

Die historische Aufgabe des allgemeindemokratischen, antimonopolistischen Staates besteht darin, grundlegende ökonomische und soziale Umgestaltungen zu vollziehen, die den Weg zum Sozialismus frei machen. Dazu gehört:

- Untergrubung des ökonomischen Fundaments des Kapitalismus durch die Demokratisierung der Leitung der Staatsmonopole und die Nationalisierung der Privatmonopole;

- Veränderung aller vormonopolistischen Strukturen durch Zusammenschlüsse und gleichzeitige Unterstellung unter die staatliche Kontrolle, wodurch Formen ökonomischer Beziehungen geschaffen werden, die für die künftige Gesellschaft charakteristisch sind;

- Verstärkung des Einflusses des politischen Überbaus der sich entwickelnden fortschrittlichen Demokratie auf die ökonomische Basis mit dem Ziel ihrer Transformation;

- Zunahme sozialistischer Elemente, sukzessive Herauslösung und Befreiung der sich im Schoße der kapitalistischen Produktionsweise entwickelnden materiel-

19 Marx/Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 533.

len Voraussetzungen für den Sozialismus von ihren antagonistischen kapitalistischen Formen.

In dem Maße, wie sich durch das Eingreifen des demokratischen Staates in das Eigentumsrecht des Großkapitals und in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse soziale Veränderungen vollziehen, wie sich der staatliche Sektor erweitert und konsolidiert und die Beteiligung der Werktäglichen an der Leistungstätigkeit zunimmt, erhebt sich die Frage nach den weiteren Schritten auf dem Weg zum Sozialismus.

Von großer theoretischer und praktisch-politischer Bedeutung ist die Schlussfolgerung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien über die Annäherung der demokratischen und der sozialistischen Aufgaben der Revolution in der heutigen Epoche: „*Die kommunistischen und Arbeiterparteien stellen – im Gegensatz zu den rechten und ‚linken‘ Opportunisten – den Kampf für die Durchsetzung tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Forderungen, für die fortschrittliche Demokratie dem Kampf für den Sozialismus nicht entgegen, sondern betrachten ihn als einen Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus. Die radikalen demokratischen Umgestaltungen, die im Kampf gegen die Monopole, gegen deren wirtschaftliche Hegemonie und politische Macht errungen werden, werden dazu beitragen, daß sich immer breitere Massen der Notwendigkeit des Sozialismus bewußt werden.*“²⁰

Aus der Sicht der internationalen kommunistischen Bewegung ist also der antimonopolistische Staat mit seinen partiellen qualitativen Veränderungen der ökonomischen und sozialen Ordnung jene Stufe, von der aus der vorbereitete Vormarsch für die Verwirklichung des Endziels angetreten wird, für die Umwälzung der gesamten Produktionsweise. Der Kampf für den Sieg des antimonopolistischen politischen Bündnisses der progressiven Kräfte ist daher unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen ein Kampf für den Sozialismus.

20 „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969“, S. 28.

Hellmut Hesselbarth

Lenin und der Kampf um Demokratie und Sozialismus heute

Aus: Einheit, Heft 4, Berlin 1970

Die Überwindung des Imperialismus, des Haupthindernisses für jeden gesellschaftlichen Fortschritt, ist die gemeinsame Hauptaufgabe aller revolutionären Ströme unserer Zeit. Die entscheidende Kraft in diesem Ringen ist das soziale Weltsystem, das die Existenzbedingungen des Imperialismus einschränkt, immer stärker dessen innere Entwicklung beeinflußt, das Wirken der imperialistischen Gesetze modifiziert und teilweise paralysiert und günstige Bedingungen für die Entfaltung des antiimperialistischen Kampfes in den staatsmonopolistischen Ländern selbst erzeugt. Zugleich kommt der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Hochburgen ein wesentlicher Platz zu, denn von der Entfaltung und der Schlagkraft ihres Kampfes, von der Verwirklichung ihrer führenden Rolle im Bündnis aller antiimperialistischen Kräfte dieser Länder hängt letzten Endes die vollständige Entmachtung des Imperialismus ab.

Hier nun ist der Kampf um Demokratie und sein Verhältnis zum Kampf um den Sozialismus zur zentralen Frage revolutionärer Strategie und Taktik geworden. Von ihrer richtigen Lösung hängt es entscheidend ab, inwieweit es gelingen wird, eine breite, immer konsequenter antiimperialistische Bewegung zu entfachen, den staatsmonopolistischen Kapitalismus zurückzudrängen und zu entmachten und den Weg zum Sozialismus zu bahnen. Die meisten kommunistischen Parteien gehen dabei von zwei Grunderkenntnissen aus, nämlich daß die historische Alternative zum staatsmonopolistischen Kapitalismus nur der Sozialismus ist, da „*nur der Sozialismus imstande ist, die grundlegenden Probleme der Menschheit zu lösen*“, daß es hierfür aber notwendig ist, zunächst „*einen entschiedenen Kampf gegen die Macht des Monopolkapitals, für solche demokratischen Forderungen zu führen, deren Verwirklichung die Positionen des Imperialismus insgesamt schwächt, die Herrschaft des Monopolkapitalismus in seinen Grundfesten erschüttert*“.¹

Diese strategische Grundkonzeption wird von verschiedenen Seiten angegriffen. Linksradikale verkünden, durch Orientierung auf demokratische Aufgaben würden die Kommunisten den Sozialismus aufgeben, „*die revolutionäre Machtergreifung ad acta*“ legen², sich in „*Integrationsmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft*“³ verwandeln. Rechtsopportunisten außer- und innerhalb kommunistischer Parteien dagegen suchen die sozialistische Revolution durch eine einfache Summe demokra-

1 „*Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte*“, „*Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien – Moskau 1969*“, Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 25 und S. 42.

2 Herbert Marcuse, „*Der eindimensionale Mensch*“, Studie zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied und (West-)Berlin 1967, S. 40.

3 „*La Chienlit – Dokumente zur französischen Mai-Revolte*“, Darmstadt 1969, S. 270.

tischer Reformen, durch bloß quantitative Ausdehnung der bürgerlichen Demokratie zu ersetzen, ein Unterfangen, das auf Wohlwollen herrschender Kreise stößt, da es mit der flexibleren Taktik gegen die revolutionäre Bewegung, mit der Taktik zur „*Domestizierung*“⁴ und „*Reintegration der Kommunisten*“ in die bürgerliche Gesellschaft korrespondiert.

Wir haben es mit einer Problematik und einer Kontroverse zu tun, die – in ihrer Substanz so alt wie die revolutionäre Arbeiterbewegung – sich auf höherer Ebene immer wieder neu stellt. Es handelt sich um das Problem der Vermittlung zwischen den unmittelbaren Bedürfnissen und den langfristigen Interessen der Arbeiterklasse. Nur dann, wenn die Arbeiterbewegung beides richtig miteinander verband, vermochte sie dauerhafte Siege zu erringen, Kehrten sich einzelne Abteilungen der Arbeiterbewegung vom sozialistischen Ziel ab, verabsolutieren sie den Weg demokratischer Aufgaben, so gerieten sie letztlich in Reformismus. Ließen sie nichts gelten außer dem Ziel, negierten sie die demokratischen Schritte, dann drohte fruchtloses Sektierertum. In beiden Fällen waren sie nicht in der Lage, ihre historische Mission zu erfüllen

Lenins Konzeption

Die kommunistischen Parteien setzen mit ihrer Strategie jenen Grundgedanken der marxistisch-leninistischen Revolutionslehre kontinuierlich fort, der sich, nach Lenin, „*wie ein roter Faden durch alle Werke von Marx zieht, nämlich, daß die demokratische Republik der unmittelbaren Zugang zur Diktatur des Proletariats ist*“⁵. Lenin führte diesen „roten Faden“ weiter und erarbeitete, der neuen Entwicklungsstufe des Kapitalismus entsprechend, eine umfassende Theorie und Strategie des Kampfes um Demokratie und seines Hinüberwachsens in die sozialistische Revolution.

Die Kontinuität von Marx zu Lenin besteht in der praktisch erhärteten Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse nicht mit einem unvermittelten Sprung zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus gelangen kann, sondern nur über vielfältige Kämpfe und Zwischenschritte, die zunächst noch nicht sozialistisch sind, die aber die Klasseninteressen der Bourgeoisie bereits einschränken. Nur so werden, wie Engels einmal schrieb, „*die Verhältnisse reif ... für uns und wir für sie*“⁶, nur so wird die Aktivität der Arbeiterklasse geweckt und geschult, entwickelt sich ein breites Bündnis, werden Rechte und Institutionen erobert, die als Instrumente gegen die Herrschenden und für die eigene Emanzipation notwendig sind, entstehen die subjektiven und objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution.

4 Ossip K. Flechtheim, „*Weltkommunismus im Wandel*“, Köln 1965, S. 232.

5 W. I. Lenin, „*Staat und Revolution*“, Werke, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1960; S. 459.

6 FriedrichsEngels an Eduard Bernstein, 12./13. Juni 1883, Marx/Engels, Werke, Bd. 36, Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 38.

Diese allgemeine Grundlinie nimmt gemäß den jeweiligen historischen Verhältnissen unterschiedliche konkrete Gestalt an, es modifizieren sich Inhalt und Ziel. Richtete sie sich bei Marx vor allem gegen feudale Rückstände, war sie ihrem Inhalt nach vorwiegend *bürgerlich-demokratisch*, so änderte sich das mit der Epoche, in der Lenin lebte, dem Imperialismus und der beginnenden proletarischen Revolution. Lenin gelangte zu weiterführenden Schlüssen⁷. In dem Maße, wie mit dem Aufkommen des Imperialismus die Großbourgeoisie zur Reaktion auf der ganzen Linie überging, wie andererseits das Proletariat an Zahl, Organisation und Erfahrung stärker wurde, verlagerten sich allmählich die Tendenzen des Kampfes um Demokratie: Hauptgegner wurde die imperialistische Bourgeoisie, während die Arbeiterklasse zum Hegemon auch der demokratischen Revolution aufstieg. Demokratischer Kampf gegen den Imperialismus hieß aber, daß sein *bürgerlich-demokratischer* Charakter schwand, sein *allgemein-demokratischer* Charakter wuchs, er sich nicht mehr in Richtung auf eine bürgerliche Demokratie, sondern auf eine revolutionär-demokratische Diktatur des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse entwickelte. Da sich dieser Kampf gegen das Rückgrat des modernen Kapitalismus, gegen die Herrschaft des Monopolkapitals, richtete, also dem Wesen nach gegen den Feind auch der sozialistischen Revolution, da er von der Arbeiterklasse geführt wurde, also dem Hegemon auch der sozialistischen Revolution, entstand eine engere Verflechtung zwischen dem Kampf um Demokratie und Sozialismus sowie die Möglichkeit

⁷ Lenin analysierte diese Veränderungen, zunächst am Vorabend und während der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland 1905–1907, wo sich die antifeudale demokratische Aufgabe bereits mit dem Kampf gegen die reaktionäre Großbourgeoisie verband. Er verallgemeinerte während des ersten Weltkrieges, im Zusammenhang mit seiner Untersuchung des Imperialismus, seine Erkenntnisse über Rußland hinaus und gelangte zur Lehre des antiimperialistischen Inhalts des demokratischen Kampfes, die er schließlich in bezug auf die sich herausbildenden Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus und den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution in Rußland vertiefte. Schließlich kehrte Lenin nach den Niederlagen der Revolution in Deutschland und Ungarn, als sichtbar wurde, um wieviel schwerer der Übergang zur sozialistischen Revolution in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern war, erneut zu dieser Problematik zurück. Die wichtigsten Arbeiten Lenins, die diese verschiedenen Entwicklungsphasen der Lehre vom Kampf um Demokratie und seinem Verhältnis zum Kampf um den Sozialismus markieren, sind: Für die Periode der ersten bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ (Werke, Bd. 9, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 1 ff.). Für die Zeit des ersten Weltkrieges: „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Werke, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 412 ff.); „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen)“ (Werke, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 144 ff.); „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (ebenda, S. 326 ff.); „Antwort an P. Kijewks (J. Pjatakow)“ (Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 11 ff.); „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus““ (ebenda, S. 18 ff.). In bezug auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus: „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ (Werke, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 327 ff.); „Staat und Revolution“ (ebenda, S. 393 ff.) und schließlich 1920 „Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (Werke, Bd. 31, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 1 ff.).

eines organischen Hinüberwachsens der konsequent demokratischen in die sozialistische Revolution. Der Kampf um Demokratie wurde immer mehr unmittelbarer Bestandteil des Kampfes um Sozialismus.

Diese Leninsche Lehre wurde praktisch erprobt und bestätigt im Kampf der Partei der Bolschewiki um die Eroberung der politischen Macht – angefangen von der Revolution 1905–1907 bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Weiterentwickelt durch die Kommunistische Internationale, wurde sie zur Richtschnur für die kommunistischen Parteien. In den volksdemokratischen Revolutionen – darunter auch in der DDR – wurde sie schöpferisch verwirklicht. Das veränderte internationale Kräfteverhältnis und der staatsmonopolistische Kapitalismus haben Bedingungen, Inhalt und Formen des demokratischen Kampfes weiter modifiziert. Dadurch haben die Leninschen Ideen keineswegs an universeller Bedeutung verloren, im Gegenteil, sie sind aktueller denn je.

Die Notwendigkeit des Kampfes um Demokratie heute

Geboren aus dem Zwang des Kapitalismus, sich der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und der wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen, hat sich heute in allen imperialistischen Ländern der staatsmonopolistische Kapitalismus durchgesetzt. Der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte hat sich gigantisch erweitert und vertieft, bestimmte Elemente staatlicher Regulierung haben sich entwickelt. Kurz, heute bildet mehr denn je der staatsmonopolistische Kapitalismus „die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe“⁸. Zugleich werden diese Produktivkräfte nach wie vor unter das Profitmotiv privater Angehnung gepreßt und dadurch immer mehr pervertiert. Das Ringen der Monopole um die Erhaltung ihres Privateigentums als Grundlage ihrer Macht und ihres Profitsystems hat alle Widersprüche des Kapitalismus vertieft, seine Aggressivität nach innen und außen gesteigert und bedroht die Menschheit heute mit der Zerstörung ihrer Lebensbedingungen. Der Imperialismus ist zum Haupthindernis jedes gesellschaftlichen Fortschritts geworden. Diese Existenzbedrohung der Menschheit läßt sich nur dann vollständig beseitigen, wenn der Grundwiderspruch des Kapitalismus aufgehoben wird, also durch die sozialistische Revolution. Der Imperialismus ist somit sowohl durch die materielle Vorbereitung der neuen Gesellschaftsordnung als auch durch die Gefahr, die er für die Menschheit bildet, überreif zur Ablösung durch den Sozialismus.

Folgt daraus nicht, daß der Sozialismus unmittelbar auf der Tagesordnung steht, daß nur noch eine „reine“ antikapitalistische Strategie befolgt werden dürfe, daß jeder Kampf um Demokratie nur noch Betrug oder Illusion sei? Lenin bezeichnete solche Auffassungen bereits während des ersten Weltkrieges als „Karikatur auf den

⁸ W. I. Lenin, „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“, Werke, Bd. 25, S. 370 S. 370.

*Marxismus*⁹ und betonte, wer eine „reine Revolution“ erwarte, der würde sie nie erleben, eine soziale Revolution sei nicht denkbar ohne die verschiedenartigsten Bewegungen, die zunächst nicht sozialistisch sind, etwas anderes glauben „heißt der sozialen Revolution entsagen“¹⁰. Lenin polemisierte: „Bei Gen. P. kommt es so heraus, daß er im Namen der sozialistischen Revolution das konsequent revolutionäre Programm auf dem Gebiet der Demokratie mit Geringschätzung beiseite schiebt. Das ist nicht richtig. Das Proletariat kann nicht anders siegen als durch die Demokratie, d.h. indem es die Demokratie vollständig verwirklicht, indem es mit jedem Schritt seiner Bewegung die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung verbindet.“¹¹

Die historische Überlebtheit einer Gesellschaftsordnung führt bekanntlich nicht automatisch zu ihrer Ablösung. Insbesondere der staatsmonopolistische Kapitalismus besitzt eine hohe Anpassungsfähigkeit, die nicht unterschätzt werden darf. Er bricht weder unter der Last sich häufender Spannungen und Widersprüche von selbst zusammen, wie manche Sektierer erwarten, noch wandelt er sich durch seine eigenen Reformen lautlos und allmählich von selbst um, wie Reformisten hoffen. Der Imperialismus kann nur durch den Klassenkampf, „der einzigen realen Triebkraft der Geschichte“¹², überwunden werden. Dieser Klassenkampf entwickelt sich nur allmählich, in dem Maße, wie die gesellschaftlichen Widersprüche untrüglich werden, ins Bewußtsein breiter Massen dringen und sich in politisches Handeln umsetzen. Er stimmt keineswegs automatisch mit der objektiven Reife einer Gesellschaft für ihre Ablösung überein. So bequem sei die menschliche Gesellschaft nicht eingerichtet, schrieb Lenin: „Der Umsturz kann herangereift sein, allein die Kräfte der revolutionären Schöpfer dieses Umsturzes können sich als ungenügend erweisen, ihn zu bewerkstelligen – dann fault die Gesellschaft, und die Fäulnis kann Jahrzehnte andauern.“¹³

Die Machtkonzentration der Monopole bei gleichzeitiger Vertiefung des kapitalistischen Grundwiderspruchs hat für den Klassenkampf eine doppelte Tendenz zur Folge: Es wachsen die Kräfte und Möglichkeiten, das kapitalistische System zu durchbrechen und zu überwinden, aber auch die Barrieren, die dies erschweren. Die Potenzen des Klassenkampfes wachsen, zugleich wird dieser Kampf komplizierter. Beides müssen die kommunistischen Parteien sorgfältig im Auge behalten.

Die wachsende äußere und innere Labilität zwingt die Monopole, immer neue Mittel zur Stabilisierung ihrer Macht einzusetzen. Auf der einen Seite wird ihre soziale Basis immer schmäler. Das nötigt sie, ihre Herrschaftsmechanismen vor

9 W.I. Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“, Werke, Bd. 23, S. 71.

10 W. I. Lenin, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, Werke, Bd. 22, S. 103.

11 W. I. Lenin, „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, Werke, Bd. 21, S. 415.

12 W. I. Lenin, „Noch einmal über ein Dumakabinett“, Werke, Bd. 11, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 57.

13 W. I. Lenin, „Das letzte Wort der ‚iskritischen‘ Taktik“, Werke, Bd. 9, S. 367.

möglichen Einflüssen demokratischer Kräfte abzuschirmen, die bürgerliche Demokratie offen und versteckt abzubauen. „Die Demokratie überhaupt durch die Oligarchie zu ersetzen“¹⁴, wie bereits Lenin schrieb, ist eine Tendenz, die wir in allen imperialistischen Ländern finden, von der Entrechtung parlamentarischer Vertretungen über den Ausbau der Bürokratie bis zu Notstandsgesetzen und Neofaschismus. Auf der anderen Seite braucht der Imperialismus mehr denn je sowohl im Kampf der Gesellschaftssysteme als auch für sein inneres Funktionieren (so für die wissenschaftlich-technische Revolution), eine breite Gefolgschaft, die nicht nur bloß passiv gehorcht, sondern aktiv mitmacht, ein Volk und insbesondere eine Arbeiterklasse, die sich mit den ihnen feindlichen Monopolinteressen identifizieren. Diese „Formierung“ und „Integration“ der Werktäglichen wird mit einem vielseitigen Instrumentarium ökonomischer, politischer, ideologischer und psychologischer Mittel und langfristigen Strategien betrieben. In dem Maße, wie seine Widersprüche wachsen, wird der Imperialismus auch in Zukunft weitere flexible Mittel zur Absicherung seines Systems hervorbringen.

Insgesamt werden dadurch die Widersprüche des Imperialismus und ihre Ursachen noch weit weniger unmittelbar durchschaubar als früher. Die Sicherung des Monopoleigentums durch den Staat erscheint an der Oberfläche als Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher Interessen, die verstärkte Ausbeutung verbindet sich mit vielfältigen Zugeständnissen, die Aggressivität mit scheinbarer Friedensstrategie. Die wissenschaftlich-technische Revolution erscheint als Fortschritt im Interesse aller, das Unsichtbarwerden der Kapitalisten als Verschwinden des Kapitals, der steigende Lebensstandard als Überwindung der Ausbeutung. Dieser Eindruck, der sich an der Oberfläche bietet, der den Blick in die Tiefe trübt, wird noch verstärkt durch bürgerliche Theorien von der „Industriegesellschaft“. All das erschwert breiten Schichten das bewußte Erfassen der wesentlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und Zusammenhänge. Es macht den Klassenkampf komplizierter, verlangt nach tieferen Einsichten, einer höheren Organisiertheit der antiimperialistischen Kräfte.

Zugleich jedoch wachsen die sozialpolitischen Möglichkeiten für den Klassenkampf in den imperialistischen Ländern. Dazu gehört erstens die steigende Polarisierung der Klassen. Die große Mehrheit der Werktäglichen, zwischen 70 und 85 Prozent, zählt heute zur Arbeiterklasse, die allein schon nach Zahl und Rolle im Produktionsprozeß die entscheidende Kraft jedes antiimperialistischen Kampfes ist. Darüber hinaus sind auch alle anderen Klassen und Schichten dem wachsenden Druck der Monopole ausgesetzt, was eine „zunehmende Übereinstimmung der Interessen der Bauernschaft, der städtischen Mittelschichten, der Intelligenz mit den Interessen der Arbeiterklasse“¹⁵ bewirkt und neue Möglichkeiten breiter Bündnisse auf konsequenteren antiimperialistischen Positionen hervorbringt.

14 W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 36.

15 „Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte“, „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien – Moskau 1969“, S. 30.

Ferner bahnt sich eine Höherentwicklung in den elementaren Lebensbedürfnissen und damit in den unmittelbaren Forderungen der Arbeiter und anderer Werktätiger an. Durch die Verflechtung von Ökonomie und Staat werden die bisherigen trade-unionistischen Forderungen politisiert. Zugleich wächst der Kreis jener Probleme, die sich aus der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihren unter kapitalistischen Verhältnissen wie Naturkatastrophen hereinbrechenden sozialen Folgen ergeben, wie Umstrukturierung, Bildungsfragen. Es handelt sich um neue, elementare Bedürfnisse, die sich jedoch nicht mehr nur über einen höheren Lohn und den individuellen Konsum befriedigen lassen. Sie erfordern mehr und mehr gesamtgesellschaftliche Lösungen. Das aber erzeugt einen wachsenden Drang nach Demokratie.

In jenen beiden ineinander greifenden Tendenzen – Konsolidierung der Monopolmacht, wodurch es schwerer wird, sie zu durchbrechen, und Zunahme der anti-imperialistischen Kräfte und ihrer Bedürfnisse, die sich nur durch Ausdehnung der Demokratie befriedigen lassen – tritt heute jener „*Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen*“¹⁶ in verschärfter Form zutage, auf den Lenin hinwies.

So sehr der Imperialismus seine Widersprüche auch zu vertuschen und zu überbrücken sucht, beseitigen kann er sie nicht. Sie wirken weiter, und je mehr sie sich vertiefen, um so stärker treten sie dort zutage, wo auch die raffinierteste Manipulation sie nicht wegzubauen kann: im unmittelbarsten, tagtäglichen, elementaren Lebensbereich. Dieser Lebensbereich dehnt sich heute über Arbeitsplatz, Wohnung und Konsum hinaus aus, die Menschen werden immer mehr direkt mit gesamtgesellschaftlichen Problemen konfrontiert.

Der Wunsch, und schließlich der Wille, etwas zu verändern, richtet sich naturgemäß zunächst auf die Lösung unmittelbarer Bedürfnisse: Erhaltung des Friedens, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, Mindesteinkommen, Vollbeschäftigung, saubere Luft, reines Wasser, Erhaltung der Natur, Verbesserung des Verkehrs, Hebung der Renten, bessere Sozialleistungen, Kampf gegen die Armut, Verbot rassistischer und neonazistischer Organisationen. Die meisten dieser Forderungen zielen gegen bestimmte einzelne Symptome des bestehenden Systems, nicht schon gegen das System als Ganzes. Sie sind antiimperialistisch, ohne deswegen bereits sozialistisch zu sein.

Das zunehmende, schwer vertuschbare, unmittelbare, schmerzhafte tagtägliche Erleben dieser Erscheinungen imperialistischer Widersprüche hat in den letzten Jahren steigendes Unbehagen, Unruhe, Gärung unter den verschiedensten Schichten erzeugt und zu einem Aufschwung der Massenbewegung in vielen imperialistischen Ländern geführt¹⁷.

Verbunden damit ist ein ganz natürliches Anwachsen der Spontaneität, des Suchens nach Wegen und Zielen. Es bestätigt sich das Wort Lenins: „*Die sozialistische*

¹⁶ W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 14.

¹⁷ Siehe dazu Harald Neubert, „Probleme des Kampfes der Arbeiterklasse in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, „Einheit“, Heft 12, 1969, S. 1435 ff.

Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen – ohne eine solche Teilnahme ist ein Massenkampf nicht möglich, ist überhaupt keine Revolution möglich –, und ebenso unweigerlich werden sie in die Bewegung ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantastereien, ihre Fehler und Schwächen hineinragen. Objektiv aber werden sie das Kapital angreifen.“¹⁸ Ultralinke, aber auch Rechtsrevisionisten folgern aus der wachsenden Spontaneität, die Funktion der Partei sei überlebt, die Massen würden gewissermaßen instinktiv den richtigen Weg zu einer neuen Gesellschaft finden.

Ohne Zweifel ist elementares Bewußtsein Voraussetzung für jeden Klassenkampf. Es hat jedoch nie ausgereicht, um mehr als vorübergehende Teilerfolge innerhalb der kapitalistischen Ordnung zu erringen. Will man einen konsequenten Kampf führen, dann muß man ihn über die Symptome hinaus gegen die Grundlagen der bestehenden Ordnung richten. Das erfordert Kenntnis der grundlegenden Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, eine dauerhafte, kampffähige Organisation und eine langfristige Strategie, also das genaue Gegenteil von Spontaneität. Das gilt heute, angesichts dessen, daß es schwieriger geworden ist, die Macht der Monopole zu durchbrechen, in höherem Maße. Damit aber schwindet nicht, sondern wächst die Funktion der Partei, einer Partei, die kein kampfunfähiges Konglomerat von Intellektuellen ist, sondern die sich an die Leninschen Prinzipien hält, an den demokratischen Zentralismus, die fähig ist, als Vortrupp der Arbeiterklasse eine richtige revolutionäre Strategie zu entwickeln, auf dieser Grundlage die Massen zu organisieren und zu führen, die aktiv den revolutionären Prozeß vorantreibt.

Lenin schrieb an der Stelle, an der wir sein letztes Zitat unterbrochen hatten, weiter: „... und die klassenbewußte Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das diese objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfes zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern, die Banken in Besitz zu nehmen, die allen (wenn auch aus verschiedenen Gründen!) so verhafteten Trusts zu expropriieren und andere diktatorische Maßnahmen durchzuführen, die in ihrer Gesamtheit den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus ergeben...“¹⁹ „Das in Westeuropa und Amerika durchzuführen“, schrieb Lenin später, 1920, „ist sehr schwer, unvorstellbar schwer, aber es kann und muß getan werden, denn ohne Mühe können die Aufgaben des Kommunismus überhaupt nicht gelöst werden, die Mühe aber muß der Lösung der immer mannigfaltigeren praktischen Aufgaben gelten, die immer mehr mit allen Zweigen des öffentlichen Lebens verknüpft sind und durch die immer mehr ein Zweig, ein Gebiet nach dem anderen der Bourgeoisie abgerungen wird.“²⁰ Und wenige Seiten zuvor schrieb er

¹⁸ W. I. Lenin, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, Werke, Bd. 22, S. 364.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ W. I. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheiten im Kommunismus“, Werke, Bd. 31, S. 86.

den Kommunisten in den imperialistischen Ländern: „Jetzt gilt es, alle Kräfte, die ganze Aufmerksamkeit auf den nächsten Schritt zu konzentrieren, der weniger wichtig zu sein scheint – und es von einem gewissen Standpunkt auch wirklich ist –, aber dafür der konkreten Lösung der Aufgabe praktisch näher kommt, nämlich darauf, die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangebens an sie ausfindig zu machen.“²¹

Dieser Schritt kann zunächst nichts anderes sein als der Kampf um eine antiimperialistische Demokratie²², er kann nur bestehen in der schrittweisen, vor allem durch die Aktion bewirkten Vermittlung zwischen den unmittelbaren Forderungen der Massen und der zu ihrer Verwirklichung notwendigen strategischen Aufgabe, dem Sturz der Monopole.

Diese Vermittlung von Nah- und Fernziel war in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer schwierig. Zwei Umstände erleichtern sie heute: Das sind einmal in den entwickelten imperialistischen Ländern die bereits genannten neuen elementaren Forderungen, in denen sich das Streben nach unmittelbaren Veränderungen direkt mit der Tendenz zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen verbindet. Das ist zum anderen der Einfluß des Sozialismus, der in dem Maße als einer der wichtigsten bewußtseinsbildenden Faktoren zunimmt, wie die Bedürfnisse der Menschen in den kapitalistischen Ländern nach gesamtgesellschaftlichen Lösungen drängen und wie der Sozialismus die Modelle solcher Lösungen – beispielsweise der sozialen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Bildungsstruktur – bietet.

21 Ebenda, S. 79.

22 „Und wir sind doch alle überzeugt“, schrieb Lenin, „daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Ohne Klassenbewußtsein und ohne Organisiertheit der Massen, ohne ihre Schulung und Erziehung durch den offenen Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann von der sozialistischen Revolution keine Rede sein. Und als Antwort auf die anarchistischen Einwände, daß wir angeblich die sozialistische Umwälzung hinausschieben, werden wir sagen: Wir schieben sie nicht hinaus, sondern machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzige mögliche Weise und auf dem einzigen richtigen Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik. Wer auf einem anderen Weg als dem des politischen Demokratismus zum Sozialismus kommen will, der gelangt unvermeidlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und raktionär sind. Sollten uns manche Arbeiter im entsprechenden Augenblick fragen, weshalb wir denn nicht das Maximalprogramm verwirklichen, so werden wir ihnen mit dem Hinweis darauf antworten, wie fremd die demokratisch gestimmten volksmassen dem Sozialismus noch gegenüberstehen, wie unentwickelt die Klassen-gegensätze, wie unorganisiert die Proletarier noch sind... daß die Verbreitung dieser sozialistischen Aufklärung von der möglichst vollständigen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltung abhängig ist.“ (W. I. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, Werke, Bd. 9, S. 15).

Neue demokratische Alternativen

Die Kommunisten stellen sich an die Spitze des Kampfes um die Durchsetzung der berechtigten unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten. Zugleich zeigen sie die Wege zur Verwirklichung und zur Sicherung der Ergebnisse. Das ist der Sinn jener vielfältigen Alternativen, die die meisten kommunistischen Parteien in den letzten Jahren erarbeitet haben und gemäß den sich wandelnden Verhältnissen fortwährend weiter erarbeitet müssen.

Auf einen allgemeinen Nenner gebracht besteht ihr Sinn darin, die doppelte Aufgabe, die seit eh und je vor der Arbeiterbewegung gestanden hat, zu verschmelzen: Die Lage der Werktätigen noch unter der Herrschaft des Kapitals zu verbessern und zugleich diese Herrschaft zu durchbrechen. Sie zielen darauf ab, die Logik der gesamtgesellschaftlichen Interessen durchzusetzen, was nur dadurch möglich ist, daß die Macht der Monopole eingeengt und schließlich beseitigt wird. Sie vertiefen damit den Grundwiderspruch des Kapitalismus, denn nur durch Vertiefung, nicht durch Überbrückung kann er gelöst werden.

Hierzu schlagen die meisten kommunistischen Parteien in den imperialistischen Ländern eine Vielfalt konkreter Maßnahmen vor, die in allen Bereichen dem staatsmonopolistischen Kapitalismus den Kampf ansagen. Bei allen Unterschiede finden wir viele gleiche Zielsetzungen.

Auf sozialökonomischem Gebiet sind sie darauf gerichtet, die Konzentration der Produktion, die wissenschaftlich-technische Revolution, die sich daraus ergebenden sozialen und ökonomischen Strukturwandlungen und die Regel- und Steuerfunktionen des Staates nicht etwa rückgängig zu machen, wie es manche „Linksradikale“ fordern, sondern diese Prozesse organisch fortzuentwickeln, sie den Interessen der Gesellschaft als Ganzes unterzuordnen und als Voraussetzung dafür, sie von der beengenden und pervertierenden Hülle monopolkapitalistischer Produktionsverhältnisse zu befreien. Nur so bieten sich die Mittel, um die meisten jener Probleme zu lösen, die die Menschen in der kapitalistischen Welt bewegen.

Dazu zählt eine schrittweise öffentliche Kontrolle über die Monopole bis hin zur Nationalisierung der Schlüsselunternehmen als rationelle demokratische Lösung des Problems der Konzentration. Zugleich ist es von entscheidender Bedeutung, „daß die verstaatlichten Unternehmen mit aktiver Beteiligung und unter Kontrolle von Vertretern der Werktätigen geleitet“ werden als notwendige Voraussetzung dafür, daß eine Verstaatlichung nicht mehr, wie bisher, den Interessen der Trusts untergeordnet wird, sondern den Bedürfnissen des Volkes dient²³.

Angesichts der Notwendigkeit, immer mehr zu einer gesamtgesellschaftlichen komplexen Leitung der sozialökonomischen Entwicklung zu gelangen, rückt die Forderung nach demokratischer Planung und Programmierung als Alternative zur

23 Georges Marchais, „La lutte contre le pouvoir des monopoles. Le rassemblement des forces ouvrières et démocratiques, pour une démocratie avancée et le socialisme.“ Rapport du Comité Central, XIXe Congrès du Parti Communiste Français, Beilage zu „Cahiers du Communisme“, Nr. 2, Februar 1970, S. 38/39 und S. 42.

staatsmonopolistischen Regulierung in den Vordergrund. So stellte der 19. Parteitag der FKP fest: „Diese umfassenden demokratischen Verstaatlichungen werden eine solide Ausgangsbasis für die demokratische Ausarbeitung und effektive Realisierung eines echten ökonomischen und sozialen Entwicklungsplans bilden, der die willkürliche Entscheidungsmacht der Finanzherrschaft eingrenzt.“²⁴

Diese Alternativen verbinden die kommunistischen und Arbeiterparteien mit Agrarprogrammen, die die Bauern insbesondere auf den Zusammenschluß in demokratisch gelenkte Genossenschaften orientieren als einem wesentlichen Mittel, die wissenschaftlich-technische Revolution auf dem Lande ohne Ruin der bäuerlichen Existenz durchzuführen und zugleich größeren Widerstand gegen die Ausbeutung durch die Monopole zu leisten. Sie entwickeln Alternativen auf dem Gebiet des Bildungswesens, die den Formierungsbestrebungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus entgegentreten und zugleich durch Demokratisierung des Zugangs zu den Bildungseinrichtungen, der Methoden, der Strukturen, vor allem aber des Inhalts der Bildung den gegenwärtigen und künftigen gesellschaftlichen Anforderungen Rechnung tragen. Die Alternativen werden ergänzt durch die Forderung, eines der stärksten Machtmittel des Imperialismus, die Massenmedien, unter demokratische Kontrolle zu stellen. Hinzu kommen vielfältige Programme zur Verbesserung des Gesundheits- und Sozialwesens, zur Entwicklung rückständiger Gebiete, zur Behebung der Wohnungsnot und gegen die chaotische, menschenfeindliche Entwicklung der Städte.

In ihren Alternativen zur Aggressionspolitik des Imperialismus weisen die Kommunisten auf *internationalem Gebiet* die Wege, auf denen der Wunsch nach Frieden und Sicherheit Wirklichkeit werden kann. Diese Alternativen sind auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969 gemeinsam erarbeitet und beschlossen worden: Friedliche Koexistenz an Stelle der Aggression, Kampf gegen den US-amerikanischen Krieg in Vietnam, ein System der europäischen Sicherheit, in dem die bestehenden Grenzen und die DDR völkerrechtlich anerkannt werden, der Kampf für ein Verbot der Kernwaffen als ersten Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung, Alternativen, die zu einem friedlichen Zusammenleben aller Völker die Bahn ebnen können.

Diese Alternativen können jedoch nur dann verwirklicht werden, wenn das Volk selbst, in erster Linie die Arbeiterklasse, ausreichende Kraft entwickelt und über seine Organisationen die Einleitung, Konzipierung, Durchsetzung und Kontrolle der verschiedenen Forderungen und Programme selbst in die Hände nimmt. Es geht um die Durchsetzung des Prinzips, wie es im Programmentwurf der KP der USA heißt, „daß die Menschen, die unmittelbar von den Programmen und Instituten betroffen werden, eine entscheidende Stimme bei der Ausarbeitung der Politik und bei ihrer Durchführung haben müssen... von der Sozialfürsorge bis zur Hochschulbildung, von der industriellen Sicherheit bis zur Neuentwicklung des Gemeinwesens“²⁵. Die *Mitbestimmung* der Werktätigen in allen Bereichen, auf allen Ebenen

24 Ebenda, S. 39.

25 New Program of the Communist Party USA, Second Draft (Revised), New York, Januray 1969, S. III – 68.

bildet somit die *zentrale Frage aller demokratischen Alternativen*. Sie ist keine gesonderte Forderung neben den anderen Alternativen, sondern das wichtigste Instrument, um sie zu verwirklichen. Sie bedeutet, daß die Werktätigen durch ihre Organisationen fixierte Rechte erobern und ausdehnen, die es ihnen ermöglichen, auf den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft an der Festlegung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung maßgebend beteiligt zu sein; daß sie dabei die Interessen des Volkes zur Geltung bringen; daß alle Maßnahmen offengelegt werden und ein breiter Kreis in die Ausarbeitung einbezogen wird und daß schließlich aktiv bei der Durchführung und Kontrolle mitgewirkt wird. Der Kampf um die Mitbestimmung wird, wie die KP der USA oder die IKP betonen, zum Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit den Monopolen. Durch ihn wird in allen Bereichen, auf allen Ebenen bereits die Frage nach der Macht gestellt.

Es wird die Frage nach dem *Staat* aufgeworfen. „Die Frage der Staatsmacht“, schrieb Lenin, „kann weder umgangen noch beiseite geschoben werden, denn das ist eben die Grundfrage, die in der Entwicklung der Revolution, in deren Innen- und Außenpolitik, alles bestimmt.“²⁶

Bekanntlich werden durch die wachsende Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates die ökonomischen zu politischen und die politischen zu ökonomischen Aufgaben. Der Kampf um die Macht gegen die Monopole kann nur dann erfolgreich sein, wenn er zugleich auf beiden Ebenen geführt wird. Kaum eine der angestrebten Alternativen, gar nicht zu reden von einer demokratischen Planung, läßt sich auch nur in Ansätzen ohne die Lenkungsfunktionen des Staates durchführen. Damit wird die Demokratisierung des Staates, eine gesicherte Mitbestimmung des Volkes in allen Entscheidungszentren, wesentliches Element der demokratischen Alternativen. Demokratisierung des Staates, das bedeutet vor allem Eindämmung, Reduzierung, Zerbrechen seiner Eigenschaft, Machtorgan der Monopole zu sein, und zugleich Ausbau seiner gesellschaftlich notwendigen Funktionen unter wachsender Beeinflussung und Kontrolle durch die Werktätigen. Unter diesem Gesichtspunkt kämpfen die Kommunisten für die Wiederherstellung, Erhaltung, vor allem aber Erweiterung der demokratischen Rechte²⁷.

Betrachten wir diese vielfältigen Alternativen als Ganzes, dann erkennen wir, daß es sich um ein System voneinander abhängiger Ziele handelt: Friedliche Außenpolitik ist auf die Dauer nicht möglich ohne Demokratisierung des Staates, Demokratisierung nicht ohne Zurückdrängung, diese Zurückdrängung nicht ohne Mitbestimmung. Erst in diesem System zusammengenommen können die Alternativen wirksam werden. Einzelne für sich genommen, unterliegen sie dagegen immer der Gefahr, von den Monopolen umfunktioniert und absorbiert zu werden. Es ist eine wichtige Aufgabe der kommunistischen Parteien, diesen Systemcharakter zu erkennen, im Auge zu behalten, zu entwickeln und durchzusetzen. Dann werden sie dem Hinweis Lenins gerecht werden: „Entwicklung der Demokratie bis zu Ende, Auffin-

26 W. I. Lenin, „Eine der Kernfragen der Revolution“, Werke, Bd. 15, S. 378.

27 Vgl. dazu auch Gerhard Meyer, „Erfordernisse demokratischer Erneuerung in Westdeutschland“, „Einheit“, Heft 2, S. 164 ff.

den der Formen einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung in der Praxis usw. – das alles bildet eine der integrierenden Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie für sich genommen, sondern mit anderen Erscheinungen zusammengenommen, er wird seinen Einfluß auch auf die Ökonomik ausüben, ihre Umgestaltung fördern, dem Einfluß der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte.“²⁸

Hierbei verflieht sich offensichtlich der Kampf um unmittelbare Demokratie (in Gestalt der Mitbestimmung auf verschiedenen Ebenen und Bereichen)²⁹ mit dem Kampf um die Staatsmacht, der Bildung einer demokratisch geprägten Regierung und der Entmachtung der Monopole in den Entscheidungszentren. Es wäre töricht, das eine vom anderen zu trennen oder dem anderen entgegenzusetzen. Diese Entgegensetzung finden wir bei gewissen, heute „modernen“ Konzeptionen der „Selbstverwaltung“, mit der man nicht nur den imperialistischen Staat, sondern den Staat schlechthin als angebliche Verkörperung des Anthumanen gewissermaßen von unten her allmählich aufzulösen hofft. Diese Theorien, wie sie von Daniel Cohn-Bendit, dem Renegaten Henri Lefèvre³⁰ propagiert werden, und die Beifall bei Ernst Fischer und Garaudy finden, berufen sich auf Lösungen nach „Studentenmacht“ an den Hochschulen, nach „Arbeitermacht“ in den Betrieben, die sich in den letzten Jahren spontan verbreitet haben. In diesen Lösungen kommt das Gespür dafür zum Ausdruck, daß die Macht in bürokratischen Händen, außerhalb der Sicht- und Reichweiter des Volkes liegt, und sie bestätigen das wachsende Verlangen, jene Institutionen, denen man unmittelbar unterworfen ist, auch mitzuleiten. Darin liegt ihre Stärke als Element des demokratischen Kampfes. Darin liegt aber auch ihre Grenze. Als Universalmittel sind sie unbrauchbar zum Sturz der Monopolmacht, denn dieser zentralisierten Macht kann nicht wirksam durch eine Zersplitterung der Macht des Volkes in kleinste Teile entgegengetreten werden. Und sie sind erst recht ungeeignet zum Aufbau einer neuen Gesellschaft, da sie die Gesellschaft in Konglomerat winziger Gruppen und Gruppeninteressen auflösen, zu einer Zeit, da der hohe Grad der objektiven Vergesellschaftung sogar schon die Monopole zwingt, zu gesamtgesellschaftlichen Regulierungen Zuflucht zu nehmen. Lenin bekämpfte immer die kleinbürgerlichen Anschauungen des Anarchismus, aus denen sich prinzipiell der Föderalismus ergibt, und lehrte „.... den bewußten, demokratischen, proletarischen Zentralismus dem bürgerlichen, militärischen, bürokratischen entgegenzustellen.“³¹

28 W. I. Lenin, „Staat und Revolution“, Werke, Bd. 25, S. 456.

29 Lenin schrieb, „daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne eine gewisse ‚Rückkehr‘ zum ‚primitiven‘ Demokratismus unmöglich ist (wie soll denn sonst der Übergang zur Ausübung der staatlichen Funktionen durch die Mehrheit der Bevölkerung, ja durch die ganze Bevölkerung ohne Ausnahme erfolgen?)“ (Ebenda, S. 433).

30 Siehe Daniel Cohn-Bendit, „Linksradikalismus – Gewaltkurs gegen die Alterskrankheit des Kommunismus“, Hamburg 1968; Henri Lefèvre, „Aufstand in Frankreich. Zur Theorie der Revolution in den hochindustrialisierten Ländern“, Frankfurt (Main) 1969.

31 W. I. Lenin, „Staat und Revolution“, Werke, Bd. 25, S. 443.

Reform und Revolution

Das Ringen um die demokratischen Alternativen tritt zunächst in Erscheinung als Kampf um tiefgreifende Reformen, die sich aber von den durch die Reformisten angestrebten grundsätzlich dadurch unterscheiden, daß sie die staatsmonopolistischen Verhältnisse nicht stabilisieren, sondern angreifen, mit der Tendenz, sie zu vernichten. „Reformistisch“, schrieb Lenin, „ist eine Veränderung, welche die Grundlagen der Macht der herrschenden Klasse nicht untergräbt, sondern nur ein Zugeständnis ihrerseits unter Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft ist. Das Revolutionäre untergräbt die Grundlage der Macht“³².

Lenin kämpfte gegen jeden pseudorevolutionären Verzicht auf Reformen. Zugleich wandte er sich entschieden gegen jede reformistische Reduzierung der sozialistischen Revolution auf demokratische Reformen, eine Tendenz, die heute bei den modernen Revisionisten erneut zutage tritt. Lenin mahnte, „besonders darauf zu achten, daß die Teilaufgaben unserer Tätigkeit und die einzelnen Methoden des Kampfes nicht zu etwas gemacht werden, was sich selbst genügt, daß die Voraarbeit nicht zur Hauptarbeit, nicht zur einzigen Arbeit erhoben wird“³³. Er verwies dabei immer wieder auf den dialektischen Zusammenhang von Reformen, die notwendige Voraussetzungen für die Revolution schaffen, und der Revolution, die allein das Anliegen tiefgreifender Reformen vollständig durchzuführen und zu sichern vermag. Diesen Zusammenhang müssen die kommunistischen Parteien heute besonders beachten. Der permanente Zwang zur Anpassung treibt den staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst zu immer neuen Reformen, die sein System stabilisieren sollen, die das aber nur können, wenn sie in bestimmtem Grade dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte Rechnung tragen. Damit öffnen sie aber auch ein Feld für den demokratischen Kampf und bieten Ansatzpunkte für ihr „Um-funktionieren“ in antiimperialistische Richtung. Damit schafft der staatsmonopolistische Kapitalismus einen breiteren und günstigeren Boden für den Kampf um Reformen. Zugleich aber nimmt aus den gleichen Gründen auch seine Fähigkeit zu, antiimperialistische Alternativen zu absorbieren, sie aus anfangs systemdurchbrechenden in letztlich systemstabilisierende umzuformen.

Es ist nicht schwer, reformistische und revolutionäre Reformen theoretisch voneinander zu scheiden. Durch die neue Situation, die der staatsmonopolistische Kapitalismus schafft, können jedoch diese Grenzen im praktischen Kampf leichter als zuvor verfließen, zumal der Kampf um Reformen zunächst, nach Maßgabe des jeweiligen Kräfteverhältnisses, auf Kompromisse hinauslaufen wird, in denen sich demokratische Forderungen nur teilweise, in einzelnen Elementen durchsetzen lassen. Es wäre falsch, wegen dieser Gefahr den risikoreichen Kampfboden der Reformen überhaupt zu verlassen, wie die Ultralinken vorschlagen. Es wäre jedoch auch außerordentlich verhängnisvoll, dieses Risiko zu unterschätzen, Teilreformen

32 W. I. Lenin, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, Werke, Bd. 22, S. 351

33 W. I. Lenin, „Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung“, Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 368.

und Reformelemente zum Selbstzweck zu machen, sie gar als Inseln des Sozialismus hinzustellen.

Lenin schrieb dazu folgendes: „Die Revolutionäre werden natürlich nie auf den Kampf für Reformen, auf die Eroberung einer, sei es auch unwichtigen und untergeordneten Position des Feindes verzichten, wenn diese Position den revolutionären Ansturm verstärkt und den vollständigen Sieg erleichtert. Aber sie werden auch nie vergessen, daß es Fälle gibt, wo der Feind selber eine bestimmte Position aufgibt, um die Angreifer zu spalten und leichter zu schlagen. Sie werden nie vergessen, daß die Bewegung nur dann vor falschen Schritten und schmählichen Fehlern bewahrt werden kann, wenn man das ‚Endziel‘ stets im Auge behält, wenn man jeden Schritt der ‚Bewegung‘ und jede einzelne Reform vom Standpunkt des allgemeinen revolutionären Kampfes beurteilt.“³⁴

Dieses „vom Standpunkt des allgemeinen revolutionären Kampfes“ bedeutet vor allem daß die kommunistischen Parteien nicht eine „Strategie der Reformen“, sondern eine Gesamtstrategie des Kampfes um den Sozialismus entwickeln müssen, in der die noch gründlicher auszuarbeitenden Zwischenetappen dem sozialistischen Ziel organisch ein- und untergeordnet werden. Je tiefer die Bewegung in die Aktionen des Tageskampfes eindringt, um so dringender braucht sie den Zusammenhang, die Ausrichtung auf die sozialistische Zielstellung. Vernachlässigt sie das, neigt sie dazu, die sozialistischen Prinzipien zu verwässern, gar mit der Bewegung des Tages zu identifizieren, wie sich das bei einigen Vertretern des Revisionismus abzeichnet, dann läuft sie Gefahr, aufzuhören, eine ernsthafte Bewegung für eine grundsätzliche Umwälzung zu sein. Die Grundprinzipien des Sozialismus besitzen somit nicht etwa nur theoretischen Zukunftswert, sondern sie haben unmittelbar Bedeutung als Richtpunkt für den Tageskampf um demokratische Reformen, sie entscheiden wesentlich über Konsequenz oder Inkonsequenz des demokratischen Kampfes. „Keine einzige demokratische Grundforderung“, schrieb Lenin, „ist in den fortgeschrittenen imperialistischen Staaten auch nur halbwegs umfassend und dauerhaft zu verwirklichen außer durch revolutionäre Kämpfe unter dem Banner des Sozialismus.“³⁵

Unter dieser Voraussetzung kann der Kampf um tiefgreifende Reformen Bewußtsein und Organisation der Massen entwickeln und zugleich, wie Lenin schrieb, Voraussetzungen schaffen, daß „ein Geist nach dem anderen der Bourgeoisie abgerungen wird“³⁶, „die halben und heuchlerischen ‚Reformen‘ auf dem Boden der jetzigen Ordnung in Stützpunkte der auf dem Wege zur vollen Emanzipierung des Proletariats voranschreitenden Arbeiterbewegung zu veranlassen“³⁷, allmählich das Kräfteverhältnis zugunsten der demokratischen Kräfte

34 W. I. Lenin, „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus“, Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 66/67.

35 W. I. Lenin, „Über das ‚Friedensprogramm‘“, Werke, Bd. 22, S. 171.

36 W. I. Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Werke, Bd. 31, S. 86.

37 W. I. Lenin, „Beratung der erweiterten Redaktion ‚Proletari‘“, Werke, Bd. 15, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 444.

zu verändern und zugleich Positionen zu erringen, die Machtpositionen werden können. Lenin sagte einmal, man dürfe nicht vergessen, „daß die neue Macht nicht vom Himmel fällt, sondern neben der alten, gegen die alte Macht, im Kampf gegen sie heranwächst und ins Leben tritt“³⁸.

Der Kampf wird zunächst um Teilerfolge geführt. Zugleich werden dabei die Massen früher oder später begreifen, daß ein Teilerfolg unzureichend ist. Das führt mit großer Sicherheit zur tendenziellen Verschärfung des Klassenkampfes. Auf der einen Seite wird das Bestreben der Monopole wachsen, tiefgreifende Reformen gänzlich zu verhindern, früher oder später umzufunktionieren, sie in einer Flucht nach vorn durch gewisse Zugeständnisse scheinbar vorwegzunehmen oder die abgerungenen Positionen gewaltsam zu zerschlagen. Auf der anderen Seite wächst die Erkenntnis der Massen, daß partielle Lösungen nicht ausreichen. Das – zusammen mit dem Widerstand der Monopole – treibt zum Ringen um die Erhaltung und Erweiterung der erkämpften Positionen. Damit verschärft sich die Klassenkonfrontation, die Forderungen nach Reformen durchlaufen einen Veränderungsprozeß. Sie bewegen sich in Richtung auf eine mehr grundsätzliche Kampfansage an die Vorrechte der Monopole, von der Erringung einzelner Machtpositionen auf die Erlangung dauerhafter Macht auf politischem und ökonomischem Gebiet, von Veränderungen innerhalb der bestehenden Klassenverhältnisse zur Veränderung der Gesellschaft als Ganzes. So kann sich unter heutigen Bedingungen das vollziehen, was Lenin forderte: „eine Ausweitung des Kampfes um Reformen bis zur Revolution“³⁹.

Voraussetzung und Folge dieses Kampfes ist, daß muß betont werden, kann aber im Rahmen dieses Beitrages nicht näher dargelegt werden, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ein breites Kampfbündnis aller antiimperialistischen Kräfte unter Führung der revolutionären Arbeiterparteien. Das Entscheidende ist dabei die Entwicklung des Massenkampfes. „Die Kommunisten“, heißt es im Hauptdokument der Moskauer Beratung, „die alle Möglichkeiten parlamentarischer Tätigkeit ausnutzen, unterstreichen gleichzeitig, daß die Entfaltung der Massenbewegung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen das Entscheidende im Kampf für Demokratie und Sozialismus ist.“⁴⁰

Diese Massenkämpfe nehmen vielfältige Formen an. Hierbei kann eine neue Form, die des gesamtnationalen Streiks, der sich zum ersten Male im Mai 1968 in Frankreich abzeichnete, sich in einigen Zügen im Herbst 1969 in Italien wiederholte und in Ansätzen auch in Spanien sichtbar wurde, große Bedeutung für das Durchbrechen der staatsmonopolistischen Macht gewinnen. Es ist ein Streik, der über den politischen Generalstreik der Arbeiterklasse hinausgeht, ihn verbindet mit Streiks bzw. Arbeitseinstellungen großer Teile der Bauern, der Intelligenz, der staatlichen Angestellten, der Handwerker und Gewerbetreibenden, ja sogar mit der Schließung der Fabriken und Geschäfte durch Angehörige des kleinen und mittleren Bürgertums.

38 W. I. Lenin, „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei“, Werke, Bd. 10, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 243.

39 W. I. Lenin, „Pläne zu der Broschüre, Statistik und Soziologie“, Werke, Ergänzungsband 1896 bis 1917, Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 394.

40 „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien – Moskau 1969“, S. 32.

tums. Sein Ziel ist die Lahmlegung des staatlichen Machtmechanismus, des gesamten staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Dieser gesamtationale Streik ist Ausdruck der Entwicklung einer breiten antimonopolistischen Front. Wie die französischen Erfahrungen zeigen, ist er verbunden mit der Besetzung der Betriebe und anderer Institutionen durch die Werktätigen und mit der Herausbildung von Organen einer Gegenmacht zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Das wird natürlich nicht die einzige Kampfform sein. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Parteien, alle Kampfformen zu beherrschen, um jähnen Wendungen des Klassenkampfes, um möglichen revolutionären Situationen, aber auch massierten diktatorischen Angriffen der Monopololigarchie gewachsen zu sein. Das erfordert zugleich angesichts der internationalen Integration des Monopolkapitals und der damit notwendigen Internationalisierung des Klassenkampfes ein enges, koordiniertes Zusammenwirken über den nationalen Rahmen hinweg auf der Grundlage einer gemeinsamen Strategie.

Das Verhältnis von demokratischer und sozialistischer Revolution

Das Ergebnis dieser Kämpfe wird sehr wahrscheinlich zunächst die Errichtung einer antiimperialistischen „fortschrittlichen Demokratie“ sein. Diese hat nichts zu tun mit der formalen bürgerlichen Demokratie. Es handelt sich um das, was Lenin revolutionäre Demokratie nannte, um einen Staat, der die Macht der Monopole entscheidend zurückdrängt und sie schließlich beseitigt, in dem das Volk auf allen Gebieten seine Interessen durchsetzen kann, eine Demokratie „die fähig ist“, wie Waldeck Rochet sagte, „die Souveränität des Volkes und aktive Mitbestimmung (participation) an den großen nationalen Aufgaben zu sichern“⁴¹. Diese Demokratie ist schon kein Imperialismus mehr, aber auch noch kein Sozialismus, sie ist keine eigene Gesellschaftsformation, sondern die notwendige Durchgangsphase von einem zum anderen, eine Phase des Kampfes, in der die Macht der Monopole vollständig überwunden wird und die Voraussetzungen für die sozialistische Revolution geschaffen werden. Lenin hat immer wieder auf zweierlei hingewiesen: auf die enge Verbindung von demokratischer und sozialistischer Revolution und zugleich darauf, daß es sich um zwei verschiedene Stufen in einem einheitlichen revolutionären Prozeß handelt⁴².

Die Notwendigkeit des Kampfes um zunächst demokratische Ziele ergibt sich heute daraus, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in den Vordergrund des

41 Waldeck Rochet, „L'avenir du parti communiste français“, Paris 1969, S. 65.

42 Lenin schrieb: „... das Nichtverstehen des Unterschieds zwischen der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung führt dahin, daß bei den demokratischen Aufgaben deren wirklich revolutionäre Seite nicht zur Geltung kommt, während in die sozialistischen Aufgaben die ganze Unklarheit der bürgerlich-demokratischen Weltanschauung hineingebracht wird. So entsteht eine Lösung, die für den Demokraten ungenügend revolutionär, für den Sozialisten aber unverzeihlich verworren ist.“ (W. I. Lenin, „Sozialismus und Bauernschaft“, Werke, Bd. 9, S. 310)

gesellschaftlichen Kampfes solche Probleme gerückt hat, ohne deren Lösung die sozialistische Umgestaltung nicht möglich ist, deren Bewältigung aber noch nicht unmittelbar den Sozialismus bedeutet. Dazu gehören vor allem die Erhaltung des Friedens, die Verhinderung des Abbaus der Demokratie und der Errichtung der offenen Diktatur der Monopololigarchie, die Erweiterung der demokratischen Rechte durch breite Mitbestimmung der Werktätigen, die Verteidigung und Sicherung ihrer unmittelbaren ökonomischen und sozialen Interessen. Dazu werden die verschiedenen Formen der Kontrolle über die Monopole notwendig sein bis hin zur Beseitigung des Finanzkapitals, von denen Lenin sagte, das sei „in einem revolutionär-demokratischen Staat... noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr. Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, daß schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte.“⁴³

Zugleich mit der Vernichtung des Imperialismus entstehen demokratische Formen und Institutionen des gesellschaftlichen Lebens. Dabei lernen die Arbeiterklasse und die antiimperialistischen Kräfte nicht nur das Alte zu zerstören, sondern auch das Neue aufzubauen. Das Klassenbewußtsein erreicht so eine höhere Stufe, die Massen werden an die Lenkung und Leitung der Gesellschaft herangeführt. Erst auf diesem Boden entwickelt und festigt sich auf breiter Ebene die Einheit der Arbeiterklasse und das Bündnis mit den anderen Werktätigen, und die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei als Vorhut bildet sich vollständiger heraus. All das – die Institutionen und die Erfahrungen, das Bündnis und die führende Rolle der Partei – sind notwendige Voraussetzungen, ohne die ein Übergang zum Sozialismus unmöglich ist.

Im Verlaufe der demokratischen Umgestaltungen lernen die Massen, daß diese Veränderungen unvollständig sind, daß sie labil bleiben, daß man zu tiefer dringenden Umgestaltungen vorgehen muß, sollen die demokratischen Errungenschaften gesichert werden. So, wie die Demokratie notwendig ist, um an den Sozialismus heranzukommen, so ist der Sozialismus notwendig, um die Demokratie durch ihre Weiterführung zu sichern. Lenin betonte, daß es keine „chinesische Mauer“ zwischen der demokratischen und der sozialistischen Revolution gibt⁴⁴, und er schrieb, daß „eine konsequente Demokratie sich auf der einen Seite in Sozialismus verwandelt und auf der anderen Seite den Sozialismus erfordert“⁴⁵, wobei sich „einzelne Teilelemente der einen und der anderen Umwälzung miteinander verflechten“⁴⁶.

Diese Verflechtung mit dem Sozialismus wird enger: in dem Maße, wie die Monopole vernichtet, aufgehoben werden, verschwindet zugleich die wesentliche, bestimmende Erscheinung des Kapitalismus, der Kapitalismus hört auf, als For-

43 W. I. Lenin, „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“, Werke, Bd. 25, S. 371.

44 W. I. Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Werke, Bd. 28, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 301.

45 W. I. Lenin, „Staat und Revolution“, Werke, Bd. 25, S. 465.

46 W. I. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, Werke, Bd. 9, S. 74.

mation zu existieren. Mit der demokratischen Vergesellschaftung und Planung z.B. entstehen einige wichtige Bedingungen und Grundlagen für die spätere sozialistische Umwälzung. Wie die Erfahrungen unserer Republik bereits zeigen, braucht das breite, demokratische Bündnis nicht mehr umgruppiert zu werden, es kann sich organisch unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut zum sozialistischen Bündnis entwickeln. Der entscheidende Kampf gegen die Ausbeuterklasse verlagert sich vielleicht mehr noch als das schon in den volksdemokratischen Revolutionen der Fall war in die Phase der demokratischen Umgestaltung. Je umfangreicher und tiefer die demokratischen Veränderungen sein werden, um so leichter, organischer vollzieht sich der Übergang zur sozialistischen Revolution. „Je vollständiger wir die demokratische Umwälzung verwirklichen werden, um so näher werden wir den Aufgaben der sozialistischen Umwälzung von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen.“⁴⁷

Es zeigt sich somit, daß die Grundgedanken Lenins über den Kampf um Demokratie als notwendiger Zugang zum Sozialismus unter den heutigen Verhältnissen mehr mehr denn je universelle Bedeutung besitzen. Die Kommunisten bauen darauf auf, weil es sich hierbei um Grundgesetzmäßigkeiten der Strategie handelt, die aus den Entwicklungsgesetzen des Imperialismus und des Übergangs zur sozialistischen Revolution abgeleitet wurden, und die ihre aktuelle, praktische Bedeutung so lange behalten, wie diese Entwicklungsgesetze fortwirken. Zugleich wendet die kommunistische Bewegung jene Leninschen strategischen Grundprinzipien schöpferisch auf die veränderten Verhältnisse unserer Zeit an. Nur durch diese Weiterentwicklung, im Kampf gegen rechts- und linksrevisionistische Verfälschungen, wird die Kontinuität der marxistisch-leninistischen Prinzipien und ihre Funktion als Anleitung zum Handeln bewahrt. Diese Kontinuität und Weiterentwicklung durch die kollektive Arbeit der internationalen kommunistischen Bewegung bildet eine permanente Aufgabe für den erfolgreichen Kampf gegen den Imperialismus, für Demokratie und Sozialismus.

47 W. I. Lenin, „Sozialismus und Bauernschaft“, Werke, Bd. 9, S. 305.

Anhang

Auszug aus dem Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit (Regierungsprogramm der Französischen Kommunistischen Partei)

Die vorliegende deutsche Übersetzung folgt dem in den „Cahiers du Communisme“, Paris 1971, Heft 11, veröffentlichten Auszügen aus dem Programm. Überschriften und Einteilung wurden nicht verändert.

Frankreich befindet sich in der Krise

Für viele Millionen Männer, Frauen und Jugendliche wird das tägliche Leben immer schwieriger.

Die arbeitende Bevölkerung ist von der Leitung und Verwaltung der Betriebe ausgeschlossen, sie kann an großen Entscheidungen, die die Entwicklung des französischen Volkes bestimmen, nicht teilnehmen.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist den egoistischen Interessen des Großkapitals untergeordnet, das den größten Teil der nationalen Reichtümer an sich gerissen hat.

Das Großkapital ist eng mit dem Staat verflochten. Es kommandiert, beherrscht und bevorzugt das gesamte nationale Leben.

Enorme Skandale werden aufgedeckt.

Der Kurs muß von Grund auf geändert werden.

Ein anderes Leben ist möglich.

Frankreich ist reich an materiellen und gesellschaftlichen Ressourcen.

Eine andere Politik ist notwendig.

Die Französische Kommunistische Partei hat ein Regierungsprogramm ausgearbeitet.

Sie fordert zur Diskussion und zur Entscheidung der Französinnen und Franzosen auf.

Das Programm eröffnet folgende Perspektiven:

1. Für ein besseres Leben

Im Dienste einer verschwindenden Minderheit von Privilegierten opfert die gegenwärtige Regierung die Bedürfnisse der großen Mehrheit. Die demokratische Regierung wird eine grundsätzlich andere Wahl treffen; ihr zentrales Ziel wird sein, für alle Werktätigen, Lohn- und Nichtlohnabhängigen, in Stadt und Land sowie für die Jugend ein besseres Leben zu ermöglichen.

Besser leben heißt zunächst Mittel für ein besseres Leben schaffen.

Die Erhöhung der Kaufkraft

Die niedrigen Löhne werden sofort erhöht.

Kein Lohn darf heute unter 1000 Francs monatlich liegen.

Eine Erhöhung und Reform aller Löhne, Gehälter, Pensionen und Renten wird vorgenommen. Ein neuer nationaler und aller Berufe betreffender Mindestlohn wird festgelegt. Die Kaufkraft wird entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung gestärkt. Die Unterschiede zwischen den regionalen Einkommenszonen werden aufgehoben. Die Familienbeihilfen werden erhöht.

Umfassender sozialer Schutz

Die Sozialversicherung wird modernisiert und die Verordnungen von 1967 und 1968 außer Kraft gesetzt. Die Sozialeistungen müssen den Versicherten und ihren Familien ermöglichen, tatsächlich in den Genuß der Mittel zur Vorbeuge und Krankenbehandlung zu kommen. Das Prinzip der kostenlosen Krankenbehandlung wird verwirklicht. Die Rückerstattung der Arzt- und Rezeptkosten wird sofort mindestens auf 80 % heraufgesetzt und die Zuschüsse des Staates werden erhöht. Die Kosten werden bei schweren und kostspieligen Krankenfällen sowie für die Schichten mit den niedrigsten Einkommen vollständig übernommen. Die Unentgeltlichkeit der Behandlung wird später verallgemeinert. Für die Lohnabhängigen wird die Verwaltung der öffentlichen Krankenkassen nur ihren durch allgemeines Wahlrecht gewählten Vertretern entsprechend dem Verhältniswahlrecht übertragen. Die Finanzierung wird durch den Staat sichergestellt und ergänzt werden, indem der Unternehmerbeitrag erhöht wird. Das Rentenalter wird für Männer auf 60, für Frauen auf 55 Jahre herabgesetzt. Ruhestands- und Altersrenten werden nicht unter dem gesetzlich festgelegten allgemeinen Mindestlohn liegen. Renter und alte Menschen werden in den Vorteil neuer sozialer Einrichtungen und Steuersätze kommen. Besser leben, das bedeutet auch Zeit zum Leben, Arbeitsplätze und neue Arbeitsbedingungen.

40-Stundenwoche

Die Wiedereinführung der 40-Stundenwoche wird allen Lohnabhängigen bei vollem Lohnausgleich gewährt. Eine Politik des beruflichen Aufstiegs und der Arbeitsqualifikation wird in Angriff genommen. Die Produktionsgeschwindigkeit wird herabgesetzt, die Arbeitspläne werden entsprechend verändert.

Beschäftigungsgarantie

Die Sicherheit der Arbeitsplätze, der Abbau der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung werden zu einem vorrangigen Ziel. Jede Entlassung ohne gleichzeitige Maßnahmen zur gleichwertigen Neubeschäftigung wird verboten. Alle Diskriminierungen der Jugend, der Frauen, der alten Arbeiter, der Landarbeiter und der ausländischen Arbeiter werden beseitigt. Die ausländischen Arbeiter werden ein Statut erhalten, das ihnen dieselben Rechte einräumt wie den französischen Arbeitern.

Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte

Die Rechte der Gewerkschaften, der Vertrauensleute, der Betriebsräte, der Produktionsausschüsse, der Gesundheitsausschüsse und der Ausschüsse für die Sicherheit am Arbeitsplatz werden in diesen Fragen wie in allen anderen, die den Betrieb betreffen, erweitert.

Besser leben bedeutet auch für die Frauen und die Jugend, die ihnen zukommenden Funktionen in der Gesellschaft zu erhalten.

Die Förderung der Frau und Familienhilfe

Trotz ihrer wachsenden Bedeutung in der Gesellschaft bleiben die Frauen noch immer sehr benachteiligt. Die Regierung wird den Frauen gleiche Rechte in der Gesetzgebung, am Arbeits-

platz, in Familie und Gesellschaft garantieren und ihre Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben des Landes fördern. Sie wird ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern.

Die Frau muß gleichzeitig die Möglichkeit haben, einen Beruf zu ergreifen und unter guten Bedingungen ihre familiären Verpflichtungen zu erfüllen. Der Lebensstandard der Familien wird garantiert, die Mutterschaft und die Entwicklung der Kinder geschützt: durch die Bezahlung eines verlängerten Schwangerschaftsurlaubs, die Einrichtung neuer Kindergärten und Vorschulen.

Neue Rechte für die Jugend

Die Jugend wird das aktive Wahlrecht mit 18 und das passive Wahlrecht mit 21 Jahren erhalten. Mit ihren Organisationen wird sie zur Vorbereitung aller Entscheidungen, die sie betreffen, beitragen. In dem Maße, in dem die Jugend an den Resultaten des Fortschritts in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen teilhat, wird sie an der Verwirklichung einer Politik teilnehmen, die ihren gesellschaftlichen Erwartungen entspricht.

Besser leben bedeutet für alle größere Möglichkeiten zur Bildung, Ausbildung und Förderung.

Demokratische Reform des nationalen Bildungswesens

Die Regierung wird eine demokratische und moderne Reform zum nationalen Bildungswesen, vom Kindergarten bis zur Universität, einleiten. Sie wird die sozialen Unterschiede aufheben. Sie wird umfassende finanzielle und soziale Maßnahmen treffen, um die Einrichtung der Bildungsinstitutionen zu verbessern, die Klassenunterschiede zu verkleinern und die Bedingungen des Lehrpersonals zu verbessern. Die erste dieser Maßnahmen, die staatlich garantiert wird, ist die tatsächliche Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit für jeglichen Unterricht. Die konfessionsunabhängige staatliche Bildung muß Schritt für Schritt zu einer einheitlichen öffentlichen Dienstleistung werden. Unabhängig von den Konfessionen wird sie die verschiedenen religiösen und philosophischen Weltanschauungen respektieren; sie wird keine offizielle Philosophie vertreten. Die Privatschulen werden in staatliche Schulen umgewandelt. Die fortschreitende Überführung der konfessionellen Privatschulen in öffentliche Anstalten wird jede soziale Benachteiligung ausschließen und die Interessen der Eltern respektieren.

Beruf und Weiterbildung für alle

Die gewerkschaftlichen Organisationen und die Betriebsräte werden direkt an der Berufsbildung teilnehmen, die zum festen Bestandteil des staatlichen Bildungswesens wird. Die ständige Weiterbildung wird ebenso wie die Grundausbildung ein allgemeines Recht.

Staatliche Forschungspolitik

Die Bedingung des Fortschritts in allen Bereichen ist die Förderung der Grundlagenforschung, die angewandte Wissenschaft und die Entwicklungsforschung. Die Intelligenz wird öffentliche Unterstützung für ihre schöpferische Tätigkeit, Forschungen und wissenschaftlichen Untersuchungen in allen Disziplinen der Wissenschaft, der Kunst, Literatur und Technik erhalten. Der Zugang aller zur Kultur entspricht einem allgemeinen sozialen Grundbedürfnis. Gestützt auf die Reform des staatlichen Bildungswesens wird dieses Grundbedürfnis durch die

Entfaltung kultureller Aktivitäten für die Lohnabhängigen, für die Kinder, für die Jugend und durch die Demokratisierung der Massenmedien gefördert.

Besser leben bedeutet, die dazu notwendigen öffentlichen Einrichtungen dem gesellschaftlichen Leben zur Verfügung stellen.

Wohnungen für alle Franzosen

In Stadt und Land muß jeder über eine angemessene Wohnung verfügen. Jährlich sollen 700 000 Wohnungen, davon 300 000 Sozialbauwohnungen errichtet werden. Die Regierung wird die Bodenspekulation unterbinden, indem sie die Bodenübereignungen der Wohnungsbaugesellschaften hoch besteuert. Den Kommunen wird ein Vorkaufsrecht eingeräumt. Die Mietpreise werden auf der Basis eines allgemeinen Grundpreises neu festgelegt.

Eine ausreichende medizinische Versorgung für alle

Von Anfang an werden beträchtliche Anstrengungen zur Verbesserung des öffentlichen Krankenhauswesens nach einem allgemeinen Modernisierungsplan unternommen: Die Sofortmaßnahmen werden die Ausbildung von Ärzten und allen notwendigen Spezialkräften ermöglichen. Die Kosten für Medikamente und medizinische Einrichtungen werden herabgesetzt. Vorbeugenden Maßnahmen und ärztlicher Untersuchung wird besondere Aufmerksamkeit zukommen.

Ein modernes Transportwesen

Die wichtigsten Bemühungen erstrecken sich auf das öffentliche Transportwesen, das ein besonderer staatlicher Plan in ein entwickeltes öffentliches Dienstleistungsunternehmen umwandeln wird. Für die wichtigsten Schwerpunktgebiete und die Region von Paris wird ein Modernisierungs- und Entwicklungsplan ausgearbeitet. In Lyon und Marseille wird eine Untergrundbahn gebaut. Die Unternehmer tragen die Kosten für die Arbeiterwochenkarten im öffentlichen Verkehr.

Die Städte der Menschen

In allen Schwerpunktgebieten werden die notwendigen Strukturmaßnahmen für die Bevölkerung, die allgemeine Beschäftigung, das Transportwesen, Sport und Erholung und soziale Einrichtungen verwirklicht. Die verantwortlichen Institutionen für die städtische Entwicklung werden in erster Linie Delegierte der Kommunen sein, die in enger Verbindung zur Bevölkerung stehen. Die Aufgabe wird darin bestehen, wirtschaftliche Effektivität mit ästhetischen und städtebaulichen Gesichtspunkten wirksam zu verbinden. Besser leben bedeutet auch an denjenigen Entscheidungen und Aktivitäten teilnehmen, die die allgemeinen gesellschaftlichen Lebensbedingungen des einzelnen, der Familie und des französischen Volkes bestimmen.

2. Eingreifen und Teilnehmen

Die sich immer weiter ausdehnende Teilnahme der körperlich und geistig Arbeitenden an der Definition der Ziele und Mittel, an ihrer Verwirklichung und ihrer Kontrolle ist eine Grund-

voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines jeden einzelnen. Ohne sie gibt es keine lebendige Demokratie.

Diese Beteiligung, die nur eine demokratische Regierung gewährleisten kann, wird die große Erneuerung im nationalen Leben darstellen. Die Reformen, die die demokratische Regierung im wirtschaftlichen und politischen Bereich durchführen wird, werden dafür die Bedingungen schaffen und die Mittel bereitstellen. In den verstaatlichten Unternehmen werden die Beschäftigten direkt an der Leitung der Unternehmen beteiligt sein.

In den privaten Unternehmen werden sie weitergehende Rechte erhalten. An den Universitäten wird eine echte Selbstverwaltung eingerichtet. In den Wohngebieten und in den Bezirken wie auf nationaler Ebene werden die Werktätigen und die Bevölkerung auf alle wichtigen Fragen Einfluß nehmen. Die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen werden nicht länger ihrer Beteiligung entzogen bleiben. Sie werden selbst zu Herren über die Entscheidungen, von denen ihr Schicksal und die Zukunft der Nation abhängen.

Die neue Regierung beruht auf der Souveränität des Volkes. Sie wird die Freiheiten garantieren und erweitern. Die Verfassungsartikel, die das Regime der persönlichen Macht etablieren, werden aufgehoben oder geändert.

Demokratisierung der Institutionen

Die Nationalversammlung wird die Gesetze erlassen und die Regierung kontrollieren.

Der Grundsatz der Unvereinbarkeit zwischen parlamentarischem Mandat und bestimmten beruflichen Funktionen wird strikt befolgt und sein Prinzip konsequent angewendet.

Der Legislaturvertrag

Das durch die Mehrheit der Wähler bestätigte Programm wird zu einem für die Dauer der Legislaturperiode gültigen Vertrag zwischen Parlament und Regierung. Dieser Vertrag wird zu dem Zeitpunkt abgeschlossen, an dem ihn die Mehrheit des Parlaments akzeptiert, zu demselben Zeitpunkt also, an dem es den Ministerpräsidenten und die Regierung bestimmt hat.

Damit wird ein doppeltes Abkommen geschlossen: einerseits zwischen der Mehrheit der Abgeordneten und den Wählern und andererseits zwischen der Regierung und der Mehrheit der Abgeordneten. In letzter Instanz wird es Aufgabe desjenigen Wahlkörpers sein, dem der Vertrag zugehört, die Einhaltung des Vertrags zu gewährleisten. Der Legislaturvertrag wird eine Garantie der Stabilität, der Wirksamkeit und der Zusammenarbeit zwischen den politischen Funktionsträgern sein. Im Falle einer schweren Krise, welche die Einhaltung des Vertrags unmöglich macht, wird die Regierung zurücktreten. Die Nationalversammlung wird aufgelöst und das Volk entscheidet durch Neuwahlen über die Fortdauer des Vertrages.

Verhältniswahlrecht – das einzig gerechte Wahlrecht

Die politische Repräsentation durch das Verhältniswahlrecht sichert jeder Partei einen ihrem tatsächlichen Einfluß entsprechende Vertretung. Das Verhältniswahlrecht muß durch ein Gesetz mit Verfassungskraft verankert werden, das für alle Wahlen Gültigkeit hat. Die Jugend erhält das aktive Wahlrecht mit 18 und das passive Wahlrecht mit 21 Jahren.

Größere gesellschaftliche Einheiten

Die Zentralisierung der Verfügungsgewalt, eine Überführung der Ressourcen und Mittel in demokratische Kontrolle, die Abschaffung administrativer Bevormundung, eine Zusammenarbeit, die auf der Übereinstimmung zwischen gewählten Versammlungen und Bevölkerung beruht, ihre ständige Teilnahme an der Formulierung der öffentlichen Interessen und der Ausarbeitung der Entscheidungen, werden es den Kommunen, den Bezirken und den zu schaffenden Regionen ermöglichen, ihre gesellschaftliche Bedeutung voll zu entfalten. Diese neue Struktur wird ebenfalls Paris und die Region von Paris umfassen.

Schutz der individuellen Freiheiten

Die seit 1958 erlassenen autoritären Verfügungen werden außer Kraft gesetzt. Neue Gesetze werden die Wahrnehmung und Ausübung aller Grundrechte und Freiheiten garantieren. Niemand darf wegen seiner Auffassung, seiner Weltanschauung, seines Glaubens, seiner sozialen Lage und seiner Nationalität benachteiligt werden. Rassismus und Antisemitismus werden scharf bekämpft. Faschistische Aktivitäten und Organisationen werden verboten. Die Rechtsprechung wird von der Regierung unabhängig. Sie wird vereinfacht und für jedermann zugänglich. Die juristische Verteidigung wird ihre Rechte voll ausüben können. Es wird kein Ausnahmerecht mehr geben.

Erweiterung der allgemeinen Freiheiten

Die Rechte der Meinungsfreiheit, das Koalitions- und Versammlungsrecht und die Freiheit der Presse werden garantiert sein. Die Parteien werden ihre Tätigkeit frei im gesetzlichen Rahmen ausüben. Die Pluralität der Parteien und die Freiheit der Wahlkandidatur werden Elemente der französischen Demokratie sein.

Die demokratische Regierung wird die uneingeschränkte Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte und Streikrechts im öffentlichen wie im privaten Bereich garantieren. Die Gewerkschaften werden sich in gänzlicher Unabhängigkeit vom Staat und von den politischen Parteien entwickeln. Die Arbeiter und Angestellten werden das Recht auf Organisierung und politische Meinungsäußerung in allen Unternehmen erhalten.

Ausgestattet mit einer demokratischen Satzung wird eine nationale französische Rundfunk-Fernsehgesellschaft die Meinungs- und Informationsfreiheit garantieren. Sie wird die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen gesellschaftlich wichtigen Tendenzen der öffentlichen Meinung sichern und an der kulturellen Entwicklung teilnehmen. Die aktive Teilnahme der Werktätigen und der Gesamtheit der politischen Kräfte wird der parlamentarischen Mehrheit und der Regierung die notwendige Kraft verleihen, die von der Reaktion geschaffenen Hindernisse zu überwinden. Sie wird den Weg für neue Fortschritte öffnen.

3. Grundlegende Reformen

Eine Politik des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts erfordert eine tiefgreifende Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens der Nation. Die Erweiterung der Freiheiten und die Demokratisierung der Institutionen werden mit wirtschaftlichen Reformen von großer Tragweite einhergehen.

Notwendige Nationalisierung

Die Nationalisierung ist die moderne demokratische Organisationsform der großen Produktion. Im Gegensatz zum Kapitalismus, der Mittel und Menschen im Dienste des Profits konzentriert, wird die Nationalisierung die Produktivkräfte im kollektiven Interesse mit demokratischen Methoden reorganisieren und koordinieren. Die Überführung der großen monopolistischen Industrie- und Bankunternehmen in die Hände der Nation wird die gewaltigen finanziellen und technologischen Mittel, die zu einer einheitlichen Ausrichtung der Wirtschaft im Interesse der Gesellschaft notwendig sind, unter die Verfügung der Nation stellen: damit wird die Finanzaristokratie an den Wurzeln ihrer Macht getroffen und ihr Einfluß auf das Leben der Nation eingeschränkt; damit wird die wirtschaftliche Basis der nationalen Unabhängigkeit und die Entwicklung und der internationale Zusammenarbeit gesichert.

Die ersten Maßnahmen

Mit dem Beginn der ersten Legislaturperiode wird die Regierung die Nationalisierung der Schlüsselindustrien einleiten. Bestimmte Nationalisierungen werden sofort, andere in der Folge durchgeführt. Die Gesamtheit des Produktionsapparats wird in einer einheitlichen, genau abgestimmten Weise fortschreitend umstrukturiert.

Damit die nationalen Ressourcen kontrolliert und reorganisiert werden können, wird die Nationalisierung eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung sein. Sie wird sich auf die großen Handels- und Depotbanken, auf die großen Versicherungsgesellschaften und ihre finanziellen Beteiligungen erstrecken. Sie wird nicht die Spareinlagen einzelner betreffen. Die industriellen Bereiche, die die entscheidenden Wirtschaftszweige und die Entwicklung der Spitzentechnologie bestimmen, werden nationalisiert: Stahlherzeugung und Erzgruben, chemische und pharmazeutische Industrie, Erdöl-, Elektro- und Rüstungsindustrie, Luftfahrt, Luft- und Seetransport, Kernindustrie, Automobilindustrie und Autobahnen. Nationale Gesellschaften werden im Bereich der pharmazeutischen, der elektronischen Industrie, im Maschinenbau und in der nuklearen Brenn- und Treibstoff erzeugenden Industrie geschaffen.

Die Regierung wird das aus persönlicher Arbeit und Ersparnis entstandene Privateigentum sowie den Kleinaktienbesitz schützen. Der wichtige Bereich kleiner und mittlerer Privatunternehmen, der der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft nützt, wird unterstützt.

Demokratische Unternehmensleitung

Die Nationalisierung ist keine Verstaatlichung. Das nationale Unternehmen wird auf demokratische Weise und selbständig im Rahmen des Plans geleitet. Verantwortlich für die Unternehmensleitung wird sich der Verwaltungsausschuß aus gewählten Vertretern der Belegschaft der Verbraucher und vom Staat ernannten Vertretern zusammensetzen. Das Statut des nationalen Unternehmens wird die Teilnahme der Beschäftigten und ihrer Vertreter an der Leitung und Zielsetzung der Unternehmensaktivität organisieren. Die Erweiterung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte wird diese Teilnahme verstärken. Das nationale Unternehmen wird zur Festlegung der Ziele des Plans beitragen und dann in diesem allgemeinen Rahmen über seine Unternehmenspolitik bestimmen. Die Nationalisierung wird die Zusammenarbeit zwischen den großen Unternehmen ermöglichen.

Eine neue Landwirtschaftspolitik

Die Regierung wird eine neue Agrarpolitik betreiben. Es werden Maßnahmen zugunsten der kleinen und mittleren Bauern ergriffen: zu verpachtendes oder zu verkaufendes Land wird vorzugsweise ihnen übertragen; Rationalisierungshilfen für ihre Betriebe; Unterstützung von Zusammenarbeit in allen Formen; Garantie einer gerechten Entlohnung ihrer Arbeit; Verminde rung ihrer Belastungen; Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande; Neufassung und Verbesserung der Pachtbedingungen.

Demokratische Planung

Der Plan wird die Ausrichtung der Produktion und ihre Verteilung entsprechend den Interessen der Bevölkerung und der Nation bestimmen. Er wird dem Zusammenhang der verschiedenen Gesichtspunkte des modernen Lebens sowie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen. Er wird sich an langfristigen Perspektiven orientieren. Die Planung wird sich öffentlich vollziehen. Die Werktäglichen und ihre Vertreter werden an ihrer Ausarbeitung, ihrer Anwendung und ihrer Kontrolle teilnehmen.

Jede Instanz einschließlich der nationalen Koordinierungsorgane wird ihre Auffassung und abweichenden Vorstellungen zu den Fragen darlegen, die sie betreffen. Der Plan wird von der Nationalversammlung diskutiert und angenommen. Die Veröffentlichung der Unternehmensbuchführung und die Reform der Planungsmethoden werden den Anwendungsbereich wirtschaftlicher und statistischer Information erweitern, die damit zu einer echten öffentlichen Dienstleistung wird.

Diese erste Gesamtheit von Maßnahmen, die gemeinsam mit der Demokratisierung des Staates, des politischen und sozialen Lebens und mit der Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse durchgeführt werden, öffnen den Weg zu tiefgreifenderen Veränderungen und fördern die Entwicklung Frankreichs zum Sozialismus.

4. Die Mittel

Die gegenwärtige Regierung lässt bestimmte Industriezweige zugrundegehen. Die Produktion wird vernichtet. Die Regionen sind der Stagnation ausgeliefert. Große geistige und körperliche Fähigkeiten bleiben ungenutzt.

Die Inanspruchnahme und Verschwendungen nationaler Ressourcen für Monopolprofite und Wettrüsten gehen einher mit der Einschränkung des Massenkonsums der Bevölkerung und erhöhten Steuerlasten.

Es ist möglich, den sozialen Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs gleichzeitig zu sichern. Mehr noch, das eine kann ohne das andere nicht geschehen.

Die Verwirklichung der oben genannten großen sozialen Ziele wird ein machtvoller Faktor der sozialen Entwicklung sein. Die Entfaltung des inneren Marktes wird sich auf die Produktion anregend auswirken. Eine bessere Ausbildung der Werktäglichen, eine bessere Aufteilung der Arbeit und bessere Bedingungen zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit werden die Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität begünstigen.

Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung

Eine neue industrielle Entwicklungspolitik wird die vorhandenen Produktionskapazitäten wirksamer ausnutzen und eine bessere Verteilung der Ersatzinvestitionen gewährleisten. Sie wird es damit ermöglichen, eine nie dagewesene Entfaltung der Produktivkräfte vorzubereiten. Der Ausdehnung desjenigen industriellen Bereichs wird der Vorrang gegeben, von dem die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse in erster Linie abhängen (Bauindustrie und öffentliche Arbeiten, landwirtschaftliche- und Nahrungsmittelindustrie, pharmazeutische Industrie). Die Erhöhung des Volkseinkommens wird sich auf die Textil-, Leder- und Möbelindustrie stimulierend auswirken. Ausgleichs- und Modernisierungsmaßnahmen werden es ermöglichen, die Rückständigkeit in den Schlüsselbereichen der Produktion zu überwinden (Maschinenbau, Werkzeugmaschinenbau, chemische Industrie, EDVA-Produktion usw.). Eine Rationalisierung der Grundstoffindustrien und die Entwicklung moderner technischer Verfahren wird eingeleitet. Eine Energiepolitik, die auf den Wechselbeziehungen der Verfahren und nicht auf ihrer Konkurrenz beruht, sowie umfassende Energieerzeugungsprogramme besonders für Kernenergie werden es ermöglichen, die Befriedigung der nationalen Bedürfnisse in Unabhängigkeit zu sichern. Die Transportpolitik wird auf denselben Grundsätzen beruhen. Ein Programm für die zivile Luftfahrt wird eine leistungsfähige Industrie für Gerätbau ins Leben rufen und die Motorenindustrie entwickeln. Sie wird die Flugzeugtypen „Concorde“, „Airbus“ und „Mercur“ durch neue Konstruktionen weiterentwickeln.

Entwicklung der Regionen

Die Regionalpolitik wird die harmonische Entwicklung der Regionen und die Anwendung der natürlichen Mittel und menschlichen Fähigkeiten sichern, sie wird in erster Linie die Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit in Krisengebieten berücksichtigen. Unter besonderer Berücksichtigung des Nachholbedarfs wird sie vor allem im Westen, im Südwesten und in Zentralfrankreich Industrie und Landwirtschaft gleichzeitig entwickeln; sie wird die Stillegungspolitik im Kohle- und Erzbergbau überprüfen; sie wird für die Entwicklung der Grenzgebiete sorgen und die Auswirkungen der planlosen Entwicklung des Pariser Gebiets bekämpfen. Die Bekämpfung der Umweltschäden und der Umweltverschmutzung wird eingeleitet und den verantwortlichen Unternehmen und Institutionen zur Pflicht gemacht.

Die Mittel zur Finanzierung sind vorhanden

Die Zahl und die Qualifikation der körperlich und geistig Arbeitenden unseres Landes, die vorhandenen natürlichen Ressourcen und Produktionsmittel machen den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt möglich. Die Nationalisierung der Schlüsselindustrien und die demokratische Planung werden eine Einschränkung unnützer doppelter Produktionsausrüstungen bewirken, Fehlplanungen, den Rückstand in der Modernisierung produktiver Anlagen und die Unzulänglichkeit der allgemeinen Verbraucherausgaben beseitigen.

Die Staatsausgaben werden zukünftig weder durch parasitäre Ausgaben der Monopole noch durch die für die atomare Streitmacht („force de frappe“) verwendeten Ausgaben belastet sein. Die Struktur und Zielbestimmung der öffentlichen Ressourcen wird grundlegend geändert, um eine Verteilung des Volkseinkommens entsprechend dem doppelten Erfordernis nach sozialem Fortschritt und wirtschaftlichem Fortschritt zu gewährleisten.

Reform des Steuersystems

Die erforderlichen Mittel müssen da entnommen werden, wo die Reichtümer geschaffen werden, das heißt entsprechend dem Stand der Produktion und nicht in erster Linie aus den Einkommen der Werktätigen. Deshalb wird die Besteuerung der Realprofite der Unternehmen erhöht. Die Maßnahmen zur Steuererleichterung der Kapitalgesellschaften, die sich seit 1958 vervielfachten, werden ebenso aufgehoben wie die Begünstigungen der großen Aktienbesitzer; das Kapital der Großkonzerne und der großen Vermögen wird einer progressiven Besteuerung unterworfen.

Dagegen werden die Steuerbelastungen der Einkommen und des Verbrauchs der Werktätigen verringert. Für jedes Familienmitglied wird die Höhe der untersten Steuerklasse mindestens dem jährlichen Ansteigen des gesetzlich garantierten Mindestlohnes angeglichen. Güter des Massenverbrauchs und des Grundbedarfs werden insbesondere durch eine Senkung der indirekten Steuern von der Besteuerung ausgenommen. Darüber hinaus wird die Besteuerung vereinfacht und für die Kleinhändler und Handwerker tragbar gestaltet.

Der Spekulation, der Preiserhöhung und der Inflation wird eine Ende gesetzt.

Die Nationalisierung des Finanzsystems (Großbanken, Versicherungen usw.) und der Schlüsselindustrien sowie eine neue Kreditpolitik werden es ermöglichen, die Finanzierung der Produktion sicherzustellen.

Diese Maßnahmen werden einen wirksamen Kampf gegen Spekulation, Preiserhöhung und Inflation erlauben. Mit Hilfe der Belegschaften wird in den industriellen Unternehmen, in Banken und Versicherungen eine öffentliche Kontrolle eingeführt. Devisenhandel, Finanzoperationen und Finanzverbindungen zum Ausland werden kontrolliert.

Ein Preisstop für bestimmte Waren und Dienstleistungen (Wohnungen, Nahrungsmittel des Massenverbrauchs, gesundheitsfördernde Produkte, Transport usw.) wird durchgeführt und eine allgemeine Preiskontrolle eingeführt.

Die Regierung wird die Ursachen der Inflation beseitigen, die im Druck des Großkapitals auf das Geld und den Kredit sowie in den parasitären Staatsausgaben liegen.

Diese Veränderungen werden die Verwirklichung einer Politik ermöglichen die die Ressourcen des Landes planvoll erschließt und ihre demokratische und ausgewogene Anwendung zur Bedürfnisbefriedigung des einzelnen wie der Gesamtheit gestattet.

5. Unabhängigkeit, Frieden und Zusammenarbeit

Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes

Frankreich wird seine Unabhängigkeit und seine Souveränität sichern. Es wird zum Frieden, zur friedlichen Koexistenz und zur Abrüstung beitragen. Es wird ohne Unterschied mit allen Ländern zusammenarbeiten.

Seine Regierung wird die Charta der Vereinten Nationen strikt befolgen. In seinen Beziehungen zu anderen Ländern wird sie folgende Prinzipien vertreten: die Respektierung der Souveränität, der nationalen Integrität, die Gleichheit der Rechte, die friedliche Regelung von Konflikten zwischen Staaten, die Nichteinmischung, die Ablehnung jeder Anwendung von Gewalt oder jeder Drohung, gewaltsam die bestehenden Grenzen zu verändern sowie einer Nation die Wahl seiner Bündnisse oder seines sozialen oder politischen Systems aufzuzwingen.

Ausschließlich mit dem Schutz des nationalen Territoriums beauftragt, wird die Armee zukünftig weder zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung noch für kolonialistische Interventionen eingesetzt.

Die Pflichten und Rechte der Soldaten und Offiziere werden durch demokratische Statut festgelegt und geschützt. Die Dauer des Wehrdienstes wird schrittweise auf die Dauer der Grundausbildung herabgesetzt, die allgemein auf sechs Monate berechnet ist.

Aktiver Beitrag zur allgemeinen Abrüstung

Frankreich wird aktiv an allen Verhandlungen teilnehmen, die der Beendigung des Wettrüstens und der Abrüstung dienen.

Es wird auf eine atomare Streitmacht verzichten, es wird ohne Verzug die internationalen Verträge unterzeichnen, die eine Einschränkung des Wettrüstens und von Vernichtungswaffen vorsehen. Es wird eine internationale Konferenz zur Einschränkung der Rüstung, der bewaffneten Streitkräfte und der Militärhaushalte vorschlagen.

Für ein demokratisches und friedliches Europa

Frankreich wird für die Errichtung eines großen, wahrhaft demokratischen und friedlichen Europa eintreten.

Seine Regierung wird für die Auflösung der bestehenden Militärblöcke und für die Herstellung kollektiver Sicherheit aller europäischen Staaten eintreten.

Frankreich darf keinem militärischen Block angehören. Es wird Maßnahmen ergreifen, um sich aus der NATO zu lösen.

Sofort mit ihrer Bildung wird die Regierung aktiv zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems beitragen, dem ein allgemeiner europäischer Sicherheitsvertrag rechtliche Wirkung geben muß. Frankreich wird die DDR anerkennen. Die Durchführung einer Konferenz der Staaten für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird einen wichtigen Schritt zum Aufbau eines echten Europa darstellen.

Frankreich wird seine Bindungen an den Gemeinsamen Markt nicht einseitig brechen. Aber seine Regierung wird es ablehnen, das Land in einem kleinen Europa zu isolieren und wird eine weitere Zusammenarbeit mit allen Ländern ohne Unterschied und unter Respektierung der nationalen Souveränität verwirklichen. Sie wird gleichzeitig für eine Revision der Verträge von Rom eintreten, um die Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu demokratisieren.

Förderung politischer Regelung internationaler Konflikte

Frankreich wird es sich zur Aufgabe machen, die politische Regelung von internationalen Konflikten und Streitigkeiten auf der Grundlage des Rechts jedes Volkes fördern, frei über seine Geschicke in Unabhängigkeit und Frieden zu entscheiden.

Die Demokratische Republik Vietnam und die Revolutionäre Provisorische Regierung von Südvietnam werden sofort anerkannt. Die Regierung wird sich für den vollständigen und bedingungslosen Rückzug der nordamerikanischen Truppen und ihrer Verbündeten von der Halbinsel Indochinas aussprechen. Sie wird sich für das Recht der vietnamesischen, laotischen und khmerischen Völker aussprechen, über ihre gesellschaftliche Zukunft und über ihre nationalen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung zu entscheiden.

Im Nahen Osten wird es sich Frankreich zur Aufgabe machen, eine politische Regelung des Konflikts zu fördern, die die Durchführung der Beschlüsse der Vereinten Nationen voraussetzt, insbesondere den Rückzug aus den besetzten arabischen Gebieten, die Anerkennung der nationalen Rechte aller Völker in diesem Gebiet einschließlich des arabischen Volkes Palästinas und das Existenzrecht des israelischen Staates.

Frankreich wird für die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen eintreten und die Demokratische Volksrepublik Korea anerkennen.

Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Überseevölker

Frankreich wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Überseeischen Departements und Gebieten anerkennen. Sie müssen die Herrschaft und Verfügungsgewalt über ihre nationalen Reichtümer sowie die uneingeschränkten Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten erhalten.

Frankreich wird den nationalen Bestrebungen der Völker Guayanais, Guadelupes, Martiniques, der Réunion-Inseln, Neukaledoniens, Polynesiens, der komorischen Inseln usw. nachkommen, deren repräsentative Organisationen die Ersatzung ihres gegenwärtigen Status durch einen Status der Autonomie fordern.

Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern

Frankreich wird mit allen Entwicklungsländern, insbesondere mit denen des ehemaligen französischen Kolonialreichs, Kooperationsbeziehungen aufnehmen die – alle neokolonialistischen Ziele ausschließend – auf freier Übereinstimmung, auf der Respektierung der Unabhängigkeit, der Souveränität, der Gleichheit der Rechte, der Nichteinmischung und auf gegenseitigem Interesse beruhen.

Frankreich wird hinsichtlich einer gemeinsamen Bestimmung der neuen Formen wechselseitiger Zusammenarbeit auf der Grundlage dieser obengenannten Prinzipien denjenigen Staaten die Eröffnung von Verhandlungen anbieten, die sich mit Nachdruck für die Revision der Kooperationsvereinbarungen aussprechen. Die Regierung wird zugunsten einer internationalen Regelung der Handelsbeziehungen eintreten, indem sie stabile und der Produktion der Entwicklungsländer angemessene Preise garantiert, um der wachsenden Verschlechterung in den Handelsbeziehungen entgegenzuwirken.

Frankreich wird in umfassendem Maße gegen die vom Imperialismus verursachte und aufrechterhaltene Unterentwicklung und ihre Folgen zu kämpfen: gegen Hunger, Krankheit und Analphabetismus.

6. Für eine Regierung der Volkseinheit

Die Verwirklichung dieser großen Ziele wird die wichtigsten gegenwärtigen Bedürfnisse der überwältigenden Mehrheit der Franzosen befriedigen.

Sie gewährleistet die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes. Sie wird den Riegel sprengen, den das Großkapital dem Leben der Nation vorgeschieben hat.

Die Entwicklung und Entfaltung dieser politischen und wirtschaftlichen Demokratie, die Frankreich bisher noch nicht erleben durfte, werden den Weg zu einer tieferen Umwälzung öffnen.

Wie in der ganzen Welt steht auch in unserem Land der Sozialismus auf der Tagesordnung. Die Umsetzung des Programms, das die Französische Kommunistische Partei vorschlägt, stellt eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus dar.

Wie ist es möglich, diese neue politische Demokratie zum Sieg zu führen? Durch das Bündnis aller körperlich und geistig Arbeitenden – Lohnarbeiter und Nichtlohnarbeiter – in den Städten und auf dem Lande. Durch die Einigung aller sozialen Schichten, die Opfer des ge-

genwärtigen Regimes sind und nach Veränderung, Fortschritt und einem freien und glücklichen Leben streben. Durch die Einheit der demokratischen Parteien und Organisationen auf der Grundlage eines gemeinsamen Regierungsprogramms, gemeinsam ausgearbeitet und gemeinsam durchgeführt. Die Französische Kommunistische Partei wird keine Anstrengung unterlassen, um die Einheit zu verwirklichen. Das Programm, das sie vorschlägt, muß weder angenommen noch abgelehnt werden. Aber ein gemeinsames Programm muß den Franzosen die Mittel sichern, besser zu leben, wirklich am politischen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen und tiefgreifende demokratische Reformen durchzuführen, die unserem Land den Weg zum Sozialismus öffnen.

Frankreich braucht eine demokratische Regierung der Volkseinheit!

Klassenkämpfe im kapitalistischen Europa

Eine Reihe herausgegeben vom
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Lothar Peter

Klassenkämpfe in Frankreich heute

Band 1 der Reihe, 118 Seiten, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main 1972, DM 4.–

Aus dem Inhalt:

Die gesellschaftliche Situation Frankreichs in der V. Republik und die Massenstreikbewegung 1968; Aktionen und Probleme der französischen Arbeiterbewegung 1968 bis 1971; die Kampfbewegung bei Renault 1971; Bemerkungen zur Geschichte der Klassenkämpfe in Frankreich von der Pariser Kommune bis zur V. Republik.

Helga Koppel

Klassenkämpfe in Italien heute

Band 2 der Reihe, 115 Seiten, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main 1972, DM 4.–

Aus dem Inhalt:

Die gesellschaftliche Situation Italiens seit Beginn des antifaschistischen Widerstandskampfes 1943 bis zur Massenstreikbewegung 1969; Arbeitskämpfe und Probleme der italienischen Arbeiterbewegung 1969 bis 1971; Gewerkschaften und demokratische Bewegung; Statistischer Anhang.

**Verlag Marxistische Blätter GmbH,
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Landstraße 78a**

**Technischer Fortschritt
Kapitalbewegung – Kapitalfixierung**

Einige Probleme der Ökonomie des fixen Kapitals unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Von Dr. Robert Katzenstein

1971. 222 Seiten – 64 Tabellen – 8° – M 18,-

Bestell-Nr. 751 865 9 (5877)

In einer ausführlichen politökonomischen Analyse untersucht der Autor die qualitativ neuen Zusammenhänge zwischen technischem Fortschritt und dem Anwachsen des fixen Kapitals, seiner Strukturveränderung und zunehmenden Fixierung unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die qualitativ neue Rolle des fixen Kapitals wird in den beiden ersten Kapiteln auf der Grundlage umfassender statistischer Untersuchungen und unter Verwendung bisher kaum bekannten Materials sowohl quantitativ wie auch in seiner charakteristischen Strukturentwicklung als Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution belegt. In einem abschließenden Kapitel werden eine Reihe sozialer Probleme wie die Auswirkung zunehmender Kapitalfixierung auf den Kampf der Arbeiterklasse eine wertvolle Bereicherung der Literatur zum gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus, indem sie den untrennbar Zusammenhang zwischen der wissenschaftlich-technischen Revolution und einer weiteren Verschärfung vieler gesellschaftlicher und ökonomischer Widersprüche, insbesondere der sozialen Probleme in einer neuen Qualität, nachweist.

Bestellungen durch eine Buchhandlung oder direkt an den Verlag erbeten

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN
Deutsche Demokratische Republik

NEUERSCHEINUNG

François Quesnay

Ökonomische Schriften

In zwei Bänden

Band I: 1756–1759

Übersetzt, eingeleitet und unter Benutzung von neuen Materialien herausgegeben von Marguerite Kuczynski

1. und 2. Halbband 1971

Zusammen XCI, 832 Seiten – 4 Falttafeln – 8° – M 58,-
Bestell-Nr. 751 627 4 (2093/5/1)

Der erste Teil einer zweibändigen Ausgabe der wichtigsten ökonomischen Schriften des wohl bekanntesten Vertreters der französischen physiokratischen Schule, François Quesnay, enthält die Frühschriften des Autors, darunter das berühmt gewordene Tableau Economique. Eine ausführliche Einleitung vermittelt den gesellschaftlich-historischen Bezug des Wirkens von Quesnay und gibt eine eingehende kritische Würdigung seiner persönlichen Leistung wie auch der gesamten physiokratischen Schule.

Die Texte sind durchweg an Hand der Originale völlig neu übersetzt, es wurden umfangreiche textkritische Vergleiche vorgenommen und in einem ausführlichen wissenschaftlichen Apparat erläutert. Für die wissenschaftliche Arbeit auf ökonomischem Gebiet, für historische Disziplinen sowie für eine gründliche ökonomische Ausbildung bilden beide Bände eine wesentliche Grundlage.

Bestellungen durch eine Buchhandlung oder direkt an den Verlag erbeten

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN
Deutsche Demokratische Republik